



## Die kriegstreiberische Rhetorik der Grünen

Aus der ehemaligen „Friedenspartei“ wurde eine fanatisierte Lobby der Waffenindustrie.

SEITE 11

## Judenfeindliche Unruhen auf dem islamisch-okkupierten Tempelberg

SEITE 34



## Irak beschließt „Anti-Israel-Gesetz“

Für Kontakte nach Israel droht sogar die Todesstrafe

SEITE 8



## KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, die Zeit läuft schnell. Mit der vor Ihnen liegenden Juni-Ausgabe schließt sich das achte Jahr seit dem Erscheinen unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU.

Vieles hat sich ereignet und vieles hat sich verändert seit der ersten Ausgabe unserer Jüdischen Rundschau im Juni 2014. Und so bedauerlich es auch ist, davon leider nur wenig zum Guten.

Zwischenzeitlich diktieren die Auswirkungen der Corona-Epidemie, wenn nicht gar überlappend so doch zumindest nahtlos gefolgt von der im Nachkriegs-Europa beispiellosen Ukraine-Krise das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen in Deutschland und Europa.

Schon die schier nicht enden wollende, überlange Zeit der unsäglichen, zunehmend nach links und vor allem nach grün gedrifteten Merkel-Regierung hat unsere seit ihrer Nachkriegs-Gründung wunderbar gelungene, prosperierende, freiheitlich-westliche, säkulare, Religions-tolerante und Religions-getrennte Bundesrepublik Deutschland bis in ihre Grundfesten erodiert, viele unserer bürgerlichen Handlungsaxiome ausgehebelt, die staatsbürgerliche Mitte nahezu beseitigt, Resignation und Politikverdrossenheit gefördert die extremen Ränder gestärkt und unsere Gesellschaft nachhaltig polarisiert und gespalten.

Die ihr folgende durch die Steigbügelhaltung und den Verrat der FDP an ihren bürgerlichen und wirtschaftsliberalen, am freiheitlichen westlichen Politikverständnis orientierten Wählern in die Regierung gehievte grün-dominierte Ampel-Koalition setzt der Verachtung der unser Land über viele Nachkriegsjahrzehnte zu einem weltweit geachteten und beneideten Erfolgsmodell führenden bürgerlich-liberalen Wertewelt die Krone auf.

►► Fortsetzung auf Seite 2

**Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>**

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



# Muslimischer Antisemitismus in Deutschland



## Boris Reitschuster/reitschuster.de

Im Mai stellten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bayerns Justizminister Georg Eisenreich (CSU) die aktuellen Zahlen für antisemitische Straftaten vor. Sowohl in Deutschland als auch ganz Europa ist seit Jahren eine teilweise stark steigende Tendenz von gegen Juden gerichtete Straftaten zu beobachten. Im Jahr 2021 erreichten diese mit 3.027 offiziell erfassten Delikten einen traurigen Höchststand, nachdem bereits die im Vorjahr gemeldeten 2.351 antisemitischen Straftaten einen Rekord bedeuteten hatten.

Eisenreich kommentierte diese Zahlen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der 93. Justizministerkonferenz so: „Der Judenhass hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Wir in Deutschland haben eine besondere Verantwortung für Jüdinnen und Juden. Deshalb ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, alles für den Schutz des jüdischen Lebens in Deutschland zu tun. Jeder ist gefordert. Auch der Rechtsstaat muss seine Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus weiter verstärken.“ Eisenreich schaffte es, während der gesamten Pressekonferenz, den muslimischen Antisemitismus in Deutschland mit keiner Silbe zu erwähnen. Stattdessen verwies er auf Judensterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“, die bei einigen Corona-Demonstrationen zu sehen gewesen seien und sprach von einer Häufung antisemitischer Straftaten etwa rund um Nazi-Jahrestage. Die Pressekonferenz endete vorhersehbar damit,

dass die Begriffe Antisemitismus und Rechtsextremismus noch zusammen in einem Satz untergebracht werden mussten. Eisenreich warnte: „Bei uns darf es keinen Platz für Judenhass geben. Antisemitismus muss erkannt, benannt und bekämpft werden. Aus dieser Überzeugung und Verantwortung führt die bayerische Justiz den Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus entschlossen und konsequent.“

Aber hat der bayrische Justizminister nicht recht? Laut Bundeskriminalamt (BKA) werden doch rund 90 Prozent aller antisemitischen Delikte von Tätern aus dem rechtsextremen Spektrum begangen. Wer sich in der Gesellschaft umschaute und zum Beispiel an die antisemitischen Spaziergänge in Berlin und anderen deutschen Großstädten denkt, der merkt schnell, dass der Judenhass bei Weitem nicht nur von Rechtsextremen ausgeht. So werden in der BKA-Statistik alle gegen Juden gerichtete Straftaten, bei denen die Motivlage unklar ist, automatisch als „rechtsextrem motiviert“ eingestuft. Dasselbe gilt, wenn Anhänger muslimischer Terrororganisationen auf einer Demonstration den Hitlergruß zeigen oder ein Vater in Königs Wusterhausen seine Familie auslöscht und im Abschiedsbrief gegen Juden hetzt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass bei antisemitischen Straftaten in Deutschland zwar Alter und Geschlecht der Täter, sofern sie ermittelt werden können, aufgeführt werden, nicht aber die Religionszugehörigkeit. Dass die vom BKA geführte Statistik lediglich dazu dient, die von

der Politik gewünschten Zahlen zu liefern, darüber ist man sich natürlich auch in Berlin im Klaren. Schließlich war es der vom Bundestag im Jahr 2017 eingerichtete Expertenkreis Antisemitismus, der eine Studie zu diesem Thema in Auftrag gegeben hat, bei der Juden nach ihren Erfahrungen mit Antisemitismus befragt worden sind. Demnach gehen 62 Prozent der Beleidigungen und 81 Prozent der körperlichen Übergriffe gegen Juden von Muslimen aus. Man mag nun richtigerweise entgegenhalten, dass es auch hier zu Verzerrungen kommen kann, etwa durch eine falsche subjektive Wahrnehmung seitens der Opfer. Die extreme Diskrepanz gegenüber den offiziellen Zahlen kann dies aber nicht erklären.

## Seit Jahren konstanter Anstieg antisemitischer Straftaten in Deutschland

Laut einer offiziellen Statistik des Bundesinnenministeriums (BMI) sind die antisemitischen Straftaten in Deutschland in den vergangenen Jahren von 1.366 (2015) auf zuletzt 3.027 (2022) angestiegen. Ist Deutschland quasi „über Nacht“ zu einem von Rechtsextremen dominierten Land geworden oder wie ist diese Steigerung um 221 Prozent innerhalb von nur sieben Jahren zu erklären? Auffällig ist zudem, dass die Kurve in den Jahren 2015 bis 2017 zunächst nur sehr langsam ansteigt, um dann ab 2018 exponentiell nach oben zu schießen. Parallel zu dieser besorgniserregenden Entwicklung

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

# Muslimischer Antisemitismus in Deutschland

Die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten steigt auf Rekordniveau, doch bei der Vorstellung des BKS-Jahresberichts in Anwesenheit der Innenministerin Nancy Faeser, erwähnt der bayerische Justizminister Georg Eisenreich, ebenso wie viele andere Vertreter unserer Regierung und der Medien, den muslimischen Antisemitismus mit keiner Silbe. Dabei gehen 81 Prozent der körperlichen Übergriffe gegen Juden von Muslimen aus.

begann im Jahr 2015 die Flüchtlingskrise, in deren Verlauf Deutschland und Europa in einem nie gekannten Ausmaß mit Flüchtlingen aus dem muslimischen Kulturraum überschwemmt worden sind. Laut Statista lag der Anteil der Muslime unter allen im Jahr 2021 registrierten Asylbewerbern bei 74,7 Prozent. Seit Beginn der Flüchtlingskrise ist die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime um 900.000 auf zuletzt rund 5,5 Millionen gestiegen, wie aus der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ hervorgeht. Bemerkenswert ist dabei, dass die Türken erstmals nicht mehr die absolute Mehrheit unter den in Deutschland lebenden Muslimen ausmachten. Während Türken oft in die deutsche Gesellschaft hineingeboren werden und deren Eltern seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik leben, gilt dies für muslimische Migranten aus den meisten anderen Ländern und Regionen nur in den seltensten Fällen. Sie sind in der Regel in Ländern aufgewachsen, in denen antisemitische Einstellungen weit verbreitet sind. Sich an die Werte der westlichen Welt anzupassen, sofern sie das überhaupt wollen, fällt vielen dieser Migranten häufig schwer.

Auch die Ergebnisse einer vor wenigen Tagen vom Allensbach-Institut veröffentlichten und vom American Jewish Committee Berlin (AJC) in Auftrag gegebenen Studie mit dem Titel „Antisemitismus in Deutschland“ zeichnet ein vollständig anderes Bild der Situation. Demnach empfinden nur sechs Prozent

der deutschen Gesamtbevölkerung Juden als „eher unsympathisch“. Unter insgesamt neun abgefragten Gruppen ist dies der beste Wert. Unter den in Deutschland lebenden Muslimen gaben hingegen 22 Prozent an, dass ihnen Juden „eher unsympathisch“ sind. Nur Homosexuelle (28 Prozent) sowie Sinti und Roma (33 Prozent) kommen hier auf noch schlechtere Werte. Dazu passt, dass Muslime antisemitischen Aussagen bis zu dreimal häufiger zustimmen als die Gesamtbevölkerung in Deutschland. Die größten Unterschiede ergaben sich bei folgenden Aussagen: „Juden sind für viele Wirtschaftskrisen verantwortlich“ (Gesamt: 11 Prozent, Muslime: 33 Prozent), „Juden haben zu viel Macht im Bereich der Medien“ (Gesamt: 18 Prozent, Muslime: 46 Prozent), „Juden haben zu viel Macht in der Politik“ (Gesamt: 18 Prozent, Muslime: 45 Prozent) und „Juden haben zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen“ (Gesamt: 23 Prozent, Muslime: 49 Prozent).

## Muslimischen Antisemitismus darf es für Grüne und Linke nicht geben

Die Politiker haben sehr gute Gründe, die Augen vor dem offensichtlichen Problem des stark zunehmenden muslimischen Antisemitismus in Deutschland so fest wie nur möglich zu verschließen. Grüne und Linke müssten sich ansonsten eingestehen, dass der Islam eben nicht zu Deutschland gehört, wovon auch Horst Seehofer

(CSU) und 72 Prozent der Bundesbürger überzeugt sind. Wer einerseits die Einwanderung von Migranten aus dem muslimischen Kulturraum ermöglichen will, am liebsten ohne jede Begrenzung, und andererseits feststellen muss, dass er damit ganz wesentlich zu einem immer stärkeren Anstieg des Antisemitismus in Deutschland beiträgt, ist in eine selbst gestellte Falle getappt. Da die Grenzen aus ideologischen Gründen aber um jeden Preis und für jedermann offenbleiben müssen, hilft beim letztgenannten Problem nur, dieses auf die Rechtsextremen zu schieben.

Die Volksvertreter aus ehemals konservativen Parteien wie der CDU oder CSU müssen den muslimischen Antisemitismus in Deutschland ebenfalls zum Tabu erklären. Schließlich machen Muslime einen immer größer werdenden Anteil unter den Wahlberechtigten aus, deren Stimme beim nächsten Urnengang natürlich verdient sein will. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Irene Mihalic (Grüne) wies bei ihrer Rede am 10. Juni 2021 darauf hin, dass die mehr als fünf Millionen Muslime inzwischen 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten und „knapp die Hälfte, nämlich 47 Prozent“ von ihnen den deutschen Pass habe.

Jonas Hermann, Deutschland-Redaktor der NZZ, empfiehlt der Bundesregierung den Blick über den Tellerrand, genauer gesagt nach Dänemark. Dort habe ein Umdenken eingesetzt und es werde die Frage gestellt, „wie viel muslimische Zuwande-

rung einer liberalen Demokratie guttut“. Die nicht selten mangelnde Integrationsbereitschaft muslimischer Migranten stellt eine westliche Gesellschaft aber noch vor viele weitere Herausforderungen. Hermann formuliert das so: „Neben jüdenfeindlichen Einstellungen bringen Migranten aus islamisch geprägten Regionen oft auch weitere problematische Überzeugungen mit – zum Beispiel ein groteskes Frauenbild oder die Ansicht, gleichgeschlechtliche Liebe sei verdammenswert.“

Indem die Politik ausschließlich mit dem rechten Auge auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland schaut, tut die Bundesregierung niemandem einen Gefallen – weder den Juden noch den Muslimen. Es ist an Heuchelei kaum zu überbieten, wenn gerade in Deutschland einerseits immer wieder die besondere Verpflichtung zum Schutz von Juden betont wird, andererseits aber trotz besseren Wissens bestimmte Tendenzen ignoriert und ausgeblendet werden. Es braucht den Mut, auch politisch oder ideologisch unbequeme Wahrheiten offen auszusprechen, nicht zuletzt um die Mehrheit der Muslime, die wie die Mehrheit der Gesamtbevölkerung in Deutschland eben keine antisemitischen Straftaten begehen, keinem Generalverdacht auszusetzen.

Über den Autor: Boris Reitschuster leitete von 1999 bis 2015 das Büro des Nachrichtenmagazins „Focus“ in Moskau. Er ist Journalist, Blogger und Sachbuchautor.

◀ Fortsetzung von Seite 1

## KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Betrachtet man die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl und ihre Wahlbeteiligung, so muss man feststellen, dass es die Grünen – wegen der absoluten und geradezu lebensgefährlichen Unfähigkeit der Führungen der bürgerlichen Parteien CDU und FDP – mit nur etwas mehr als 11 % der Stimmen aller Wahlberechtigten (auch der Nichtwähler) unseres Landes geschafft haben, die politische Handlungs-Dominanz in unserer Republik zu usurpieren.

Ohne Zeit zu verlieren, sorgen die grünen Machthalter dafür, dass dies so bleibt und haben bereits in Teilbereichen mit Erfolg das Wahlalter auf gut beeinflussbare, unmündige, jedem pseudoprogressiven Schlagwort leicht erliegende Jugendliche gesenkt, um ihren eigenen Stimmanteil bei künftigen Wahlen zu erhöhen. Dazu gehört natürlich auch die Ausdehnung des Wahlrechts auf Migranten ohne Staatsangehörigkeit, die – wie der nahezu unkontrollierte Zuzug vor allem muslimischer Zuwanderer belegt – mit entsprechenden Wahlgeschenken belohnen, wie etwa dem erleichterten Zugang zu unseren Sozialsystemen, faktischer Duldung Islam-dominierter No-Go-Areas vor allem für Juden sowie Anonymisierung und Einzelfall-Bagatellisierung ihrer explodierenden Zahl an spezifischen Straftaten. Bereits jetzt rufen Mitglieder krimineller Clans bevorzugt zur Wahl der Grünen auf.

Unter dem ebenso griffigen wie falsch euphemistischen Schlagwort einer in Wirklichkeit angesichts der Erfolgsgeschichte unserer Republik vollkommen überflüssigen und gefährlichen Zeitenwende – auch begünstigt durch die unter dem grünen CDU-U-Boot in Person der politisch in der falschen Partei veror-

teten Ewig-Kanzlerin Merkel initiierte Zerstörung der politischen Mitte – feiert der grüne und linke Systemchange unserer bislang bürgerlichen, freiheitlich-demokratischen westlich ausgerichteten Republik weitere Urstände.

Dehistorisierendes Cancel-Culture unserer Aufklärungs- und Revolutionsgeläuterten abendländischen Kultur, Sprachverunglimpfender Genderwahn mit all seinen negativsten Auswirkungen wie etwa Entwertung und Banalisierung der Familie, verdrehte Evolutionsferne Frühsexualisierung und Familien-Entfremdung unsere Kinder bereits im Kindergartenalter dazu Fakten-resistenter Klima-Gagaismus in der Gefolgschaft der aggressiv unseren Fortschritt verachtenden „Zeugen Greta“-Sekte und der immer deutlicher ihren antisemitischen Charakter offenbarenden sogenannten „Friday for Future“ Agitation zur radikalen Opposition gegen die Elterngeneration verführter Schulkinder, Krieg gegen den Individualverkehr, Krieg gegen unser marktwirtschaftlich liberales Wertesystem und Krieg gegen unsere historisch gewachsenen kulturellen Werte beherrschen heute unsere grün-ideologisierte Politik und ihre gesinnungstreuen Informations-Falschgewichtungs- und Erziehungsmedien.

## Mut zur Wahrheit

Und je mehr von Seiten unserer Politik falsch-etikettierte Bezüge auf Freiheit und Demokratie bemüht werden, desto weniger hält dies einem Faktencheck stand. Nie in unserer Nachkriegsrepublik gehörte mehr Mut dazu das in unserem Grundgesetz verbrieftete Recht auf Meinungsfreiheit zu nutzen und etwa eine

liberale Meinung zu vertreten, die nicht konform ist mit der gründominierten Politik. Ausgrenzung, Mobbing, schulische und berufliche Nachteile sowie vorsätzlich diffamierende Falschverortungen abweichender Meinungen in die rechte Ecke sind nur ein Teil des zwischenzeitlich Standard gewordenen Repressionspektrums des links-grünen Machtapparats.

Dass dazu die Kritik an der schädlichen und wirtschaftlich suizidalen Verfolgung eines unbewiesenen angeblich menschengemachten Klimawandels ebenso gehört, wie die Zweifel an der Richtigkeit, der von jeder Vernunft verlassenen Migrationspolitik oder dem neu entdeckten und dem moralisch alternativlosen Deeskalationseinwirken entgegenstehenden und keinesfalls auf die vermeidbaren Kriegsoffer Rücksicht nehmenden Bellizismus der ehemals nahezu infantil pazifistischen grünen Bundeswehr-Entwaffner. Mehr noch – zwischenzeitlich befinden sich vor allem die Grünen, begleitet von ihrem Steigbügelhalter FDP und Teilen der CDU im Kriegsgefiel. Aus der ehemaligen „Friedenspartei“ wurde ganz offensichtlich eine grüngefärbte fanatisierte Lobby der Waffenindustrie. Wurden Waffenexporte in Kriegsgebiete im Wahlprogramm noch ausgeschlossen, rufen grüne Parteisoldaten nun lauter als alle anderen danach. Die grüne Außenministerin warnt – abtrüser geht es kaum – tatsächlich und eindringlich vor der „Kriegsmüdigkeit“ des Westens.

Neben den neuen Entwicklungen auf unserem Kontinent, ist in den acht Jahren seit dem ersten Nachkriegs-Erscheinen unserer Jüdischen Rundschau leider auch einiges gleich geblieben oder hat in sei-

nen negativen Auswirkungen sogar zugenommen.

## Acht Jahre Jüdische Rundschau

Dabei meine ich natürlich nicht die dankenswerte Treue die uns unsere Leser in zunehmender Zahl gehalten haben bei unserem steten Bemühen sich mit ganzer Seele ausschließlich und vorbehaltlos für die jüdische Sache und den Staat Israel, die Heimat aller Juden, einzusetzen.

Acht Jahre, in denen unsere Redaktion und unsere Autoren unermüdlich bemüht waren, Ihnen über viele aktuelle und historische Aspekte des nahezu unbegrenzt facettenreichen jüdischen Lebens in der Diaspora und in Israel zu berichten, die unschätzbaren evolutionären Verdienste des jüdischen Volkes für die moralische und kulturelle Entwicklung unserer freiheitlichen Lebenswelt zu beleuchten und gegen jede Form des Antisemitismus, gleich welcher Couleur sowie gegen Diffamierung und Dämonisierung des wieder erstandenen jüdischen Staates anzukämpfen.

Acht Jahre, in denen Sie, unsere Leser, uns mit wachsendem Interesse zur Seite gestanden und uns mit Ihren zahlreichen wertvollen, konstruktiven Beiträgen und Hinweisen in der Richtigkeit unseres Bemühens bestärkt haben.

Dafür danken wir Ihnen und betrachten Ihren Mut machenden und unverzichtbaren Zuspruch als Verpflichtung auch in der Zukunft mit unserer journalistischen Arbeit gegen Hass und Diffamierung für die jüdische Sache, für Sie und für uns alle einzutreten.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 10

# CPAC 2022 in Ungarn: Starke Signale einer erfolgreichen konservativen Politik

Die Konferenz CPAC steht für „Conservative Political Action Conference“ und ist seit über einem halben Jahrhundert das Aushängeschild der American Conservative Union (ACU). Die jährlich stattfindende Konferenz bringt US-amerikanische Politiker und konservative Aktivisten zusammen und hat sich zur weltweit einflussreichsten Networking-Veranstaltung für Konservative entwickelt. Themenschwerpunkt war die unkontrollierte Migration aus islamischen Ländern und der damit verbundene ungebremste Anstieg antisemitischer Angriffe. (JR)

Von Filip Gašpar

Am 19. und 20. Mai wurde die „CPAC Hungary“ von der ungarischen Denkfabrik „Zentrum für Grundrechte“ in Zusammenarbeit mit der ACU in Budapest durchgeführt. Es war nicht nur die erste CPAC Konferenz in Ungarn, sondern die erste in Europa überhaupt. Laut Dan Schneider, dem Vize-Präsidenten der ACU und der CPAC, waren sie schon seit längerem auf der Suche nach einem geeigneten Ort, um CPAC nach Europa zu bringen. Die Politik Viktor Orbans habe bewiesen, dass Ungarn ein Garant für konservative Politik in Europa sei.

Das Motto der Konferenz lautete: „Gott, Nation und Familie“ und die Rednerliste war hochkarätig

Darunter waren Namen wie der ehemalige Präsident der Tschechischen Republik Václav Klaus, der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyás und seine Kollegin, die ungarische Justizministerin Judit Varga. Außerdem der Publizist und einer der führenden Köpfe hinter „Project Veritas“ Matthew Tyrmand und Trumps Lieblings-Influencerin Candace Owen, die erste Stipendiatin der Open-Society-Stiftung von George Soros Mária Schmidt, die deutsche Publizistin Birgit Kelle, und der aufs Völkerrecht spezialisierte Verfassungsrechtler aus Israel Eugene Kontorovich, und natürlich noch einige mehr. Von den europäischen Rechtsparteien waren die EU-Abgeordneten Jorge Buxadé (VOX), Herman Tertsch (VOX), Harald Vilimsky (FPÖ), Jordan Bardella (Rassemblement national), der ehemalige Italienische Minister für europäische Angelegenheiten Lorenzo Fontana (LEGA), der Vorsitzende von Vlaams Belang Tom Van Grieken.

Bevor es mit dem offiziellen Programm losgehen konnte, sprachen die Vertreter der großen christlichen Konfessionen und der orthodoxe Rabbiner Slomó Köves ihre Segenswünsche.

Danach eröffnete der Direktor des ungarischen Forschungsinstituts Zentrum für Grundrechte, Miklós Szánthó, die Veranstaltung. Er sagte, dass das politische Gewicht der ungarischen Konservativen heute dem einer Großmacht gleiche. Weiter führte er aus, dass Ungarn ständig für die konservativen Werte eintrete, wie eine „Bastion, um die Angriffe der Liberalen gegen die Einheit von Gott, Heimat und Familie zu stoppen“.

Als nächstes folgte ein Grußwort von Matt Schlapp, Präsident der „American Conservative Union“ und ein Videobotschaft von Tucker Carlson. Es sollten noch weitere Videobotschaften folgen, wie zum Beispiel vom ehemaligen Stabschef des Weißen Hauses, Mark Meadows, und vom „Mr. Brexit“ Nigel Farage.

Zwischen den einzelnen Reden gab es Podiumsdiskussionen zu den Themen „Westliche Zivilisation in Gefahr“, „Wir vertrauen Gott“, „Kulturkampf in den Medien und „Der Vater ist ein Mann, die Mutter ist eine Frau“, „Konservative Renaissance“ und „Die Zukunft der EU“, um nur einige der Themen zu nennen.



Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei der CPAC 2022

Gleich danach kam das erste Highlight mit der Grundsatzrede des frisch wiedergewählten Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Auf seinen erneuten, mittlerweile vierten Wahlsieg, spielte er auch gleich zu Beginn seiner Rede an, als er sagte, dass Ungarn die vierte Dosis erhalten habe, und der Patient vollständig genesen sei. Anschließend stellte er sein Erfolgsrezept in Form eines 12-Punkte Planes vor. Er spannte einen Bogen vom Kampf der Konservativen gegen die Linken im Ungarn seit dem Zusammenbruch des Sozialismus, bis zum zweiten Wahlsieg 2010, von wo aus es seitdem vier in Folge geworden sind.

Er begann seine Aufzählung damit, dass man sich nicht den Regeln des Gegners anpassen dürfe, sondern nach den eigenen spielen müsse. „Die Sache der Nation ist keine Frage von Ideologien oder gar Traditionen“, sondern in der Innenpolitik müsse ein „nationaler Konservatismus“ die Politik bestimmen, der auf die Wähler höre. Als die Ungarn „Nein“ zur illegalen Einwanderung sagten, baute seine Regierung einen Grenzzaun im Süden. Natürlich stehe diese Einstellung im starken Kontrast zu den sogenannten Progressiven, die ihre eigenen ideologischen Träume der ganzen Gesellschaft aufzwingen wollen.

Die Außenpolitik würde nach dem Motto „Hungary first, America first“ behandelt, sagte Orbán weiter. Als Beispiel dafür führte er den Krieg in der Ukraine an. Er bezeichnete Russland deutlich als den Aggressor und die Ukraine als das Opfer. Seine Regierung wolle den Krieg so schnell wie möglich beenden, denn er lasse die Menschen immer mehr verarmen.

Im vierten Punkt ging der Fidesz-Chef auf die Rolle der Medien ein und sagte, dass die „Verrücktheiten der progressiven Linken“ nur mithilfe von Medien dargestellt werden könnten. Über die modernen westlichen Medien sagte er, dass sie

es seien, die den linken Positionen dazu verholfen hätten, als Mehrheitsmeinung wahrgenommen zu werden.

Der fünfte Punkt ging um die „Entlarvung der gegnerischen Absichten“, noch bevor diese selbst es täten. Als Beispiel führte er mehrere Volksabstimmungen gegen die „LGBTQ-Propaganda“ an.

Der Wirtschaft galt der nächste Punkt. Die Politik müsse so ausgerichtet sein, dass sie den Bürgern einen Mehrwert bringe. Er warnte im siebten Punkt davor sich im Internetzeitalter von den eigenen Wählern zu entfernen und sich an den Rand drängen zu lassen.

Lesen, lesen und nochmals lesen! ist Orbáns Aufforderung Nummer 8, denn „es gibt immer noch nichts Besseres als Bücher, um komplexe Zusammenhänge zu verstehen und weiterzugeben“.

Dem Glauben war der neunte Punkt gewidmet. Wer sich nicht davor fürchte, sich für sein Handeln einst vor Gott verantworten zu müssen, der laufe Gefahr, die eigene Macht zu missbrauchen. Wichtig für den Erfolg eines jeden Konservativen sei die Suche nach wahren Freunden, mit denen man eine Gemeinschaft bilde. Denn je einsamer die Menschen seien, desto größer der Erfolg der Liberalen, so Orbán.

Der letzte und abschließende Punkt sei die Bildung von generationenübergreifenden Institutionen, denn Politiker würden kommen und gehen, aber Institutionen seien dazu in der Lage, die Politik intellektuell zu erneuern.

Das Jahr 2024 wird für Orbán ein Schicksalsjahr, denn die Europawahlen fallen zusammen mit den Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den USA. Er schloss seine Rede damit, dass man zwei Jahre Zeit habe, um sich vorzubereiten, und die ungarische Lektion sei, dass es keine Wunderwaffe gebe.

Viktor Orbáns 12-Punkte-Plan für eine erfolgreiche konservative Politik:

1. Spielt nach euren eigenen Regeln!

2. Eine nationalkonservative Innenpolitik
3. In der Außenpolitik steht die eigene Nation an erster Stelle.
4. Sorgt für ein Medienangebot!
5. Entlarvt die Absichten des politischen Gegners.
6. Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft.
7. Lasst euch nicht an den Rand drängen!
8. Lest jeden Tag!
9. Seid fest im Glauben!
10. Sucht euch Freunde!
11. Bildet Gemeinschaften!
12. Schafft Institutionen!

Natürlich war die Spannung im Vorfeld der Tagung groß, ob Donald Trump persönlich erscheinen würde oder nicht. Als erster Programmpunkt am zweiten Tag stand um 9 Uhr eine „Überraschungsvideobotschaft“. Und tatsächlich erschien der EX-US-Präsident um 9 Uhr auf der Leinwand und sprach zum Publikum. Er gratulierte Ministerpräsident Viktor Orbán, den er als einen großartigen und führenden Politiker bezeichnete und er fühle sich geehrt, Orbán im Wahlkampf unterstützt zu haben. Trump sagte weiter, dass er sich normalerweise auf die 50 US-Bundesstaaten konzentriere, aber sich dieses Mal weiter umgesehen habe, „weil Orbán eine unvergleichliche Arbeit für sein Land leistet“. Als Herausforderungen bezeichnete er es jetzt, die vielen Probleme anzugehen, die die Welt und die USA heute bedrohen würden.

Der letzte Themenkomplex hieß „Vereint stehen wir, getrennt fallen wir“ und es sprachen der amerikanisch-polnische Publizist Jack Posobiec sowie der deutsche Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der derzeit Gastprofessor am Deutsch-Ungarischen Institut (MCC) in Budapest ist.

Über den Autor: Filip Gašpar hat Romanistik und Slavistik in Göttingen, Perugia, Zagreb und Krakau studiert.

# Bidens widersprüchliche Signale im Ukraine-Russland-Krieg sind eine Gefahr auch für die USA

*Moskau ist es nicht vorrangig wichtig, was Washington D.C. sagt, sondern das, was es tut. Der beste Weg, Kriege zu vermeiden, ist es maßvolle Entscheidungen aus einer Position der eigenen Stärke heraus zu treffen. Die US-Außenpolitik, besonders aber die Joe Bidens, sind aber eine katastrophale Aneinanderreihung unbeholfener und widersprüchlicher und was die Nato betrifft, maßloser Statements. Putin ist unter Obama im Februar 2014 und unter Biden im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert. Der Zeitpunkt beider Invasionen war wohl auch kein Zufall, denn beide Male hatte es Russland mit einem schon von Grund aus falsch ideologisierten demokratischem Präsidenten zu tun. Wovor die Jüdische Rundschau und JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher immer gewarnt haben, scheint sich nun zunehmend zu bewahrheiten. Ohne die russische Verantwortung schmälern zu wollen, erweist sich Joe Biden immer mehr, wie es auch Hillary Clinton gewesen wäre, als ein links-ideologischer und fatal-zuverlässiger Garant für Krieg. (JR)*

**Daniel Greenfield/  
Gatestone Institute**

Nach dem Einmarsch Putins auf der Krim rief Obama Putin an, um ihn zu warnen, dass Russlands Handeln „eine Verletzung der Souveränität der Ukraine“ sei und dass „wir in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern bereit sind, Russland für sein Handeln zusätzliche Kosten aufzuerlegen“.

Diese „Sanktionen“ bestanden darin, im Januar 2015 doppelt so viel russisches Öl zu kaufen wie im Februar 2014.

Wie sein früherer Chef beleidigt und bedroht auch Biden Putin nicht aus einer Position der Stärke heraus, sondern als Eingeständnis der Schwäche. Biden fordert einen Regimewechsel und Kriegsverbrecherprozesse gegen Putin, bremst dann aber Waffenlieferungen und weigert sich, Flugzeuge an die Ukraine zu liefern.

Moskau achtet nicht auf das, was Washington D.C. sagt, sondern auf das, was es tut. Und die eigentliche Botschaft von Biden ist, dass er Angst vor Putin hat, dies aber mit harten Worten zu vertuschen versucht.

Biden hat nicht die Absicht, das Land [Ukraine] angemessen zu bewaffnen, um auf dem Schlachtfeld zu gewinnen.

In Tat und Wahrheit bedeutet das, dass Biden und seine Regierung Amerika auf eine Niederlage vorbereitet haben.

Das ängstliche Zaudern der Regierung hat Putin den Eindruck vermittelt, er könne die Ukraine rasch einnehmen und gewinnen. Nachdem er Putin die Erlaubnis für einen „kleinen Einmarsch“ als seine Version von Obamas roter Linie gegeben hatte, wurde Biden mit einer vollständigen Invasion konfrontiert und hat nach einem Monat immer noch weder Russland noch der Ukraine, noch einem unserer Verbündeten klar gemacht, was sie von Amerika erwarten können.

Starke Nationen machen deutlich, wofür sie kämpfen werden und wofür nicht. Und sie senden keine gemischten Signale, die nur Schwäche vermitteln. Sie sprechen auch nicht darüber, wie sehr sie sich vor einem Kampf fürchten.

Der beste Weg, Kriege im Ausland zu vermeiden, ist... als Entscheidung, die aus einer Position der Stärke heraus getroffen wird, und nicht als katastrophaler Abschluss einer Reihe ungeschickter Verwicklungen, die unsere Feinde abwechselnd davon überzeugen, dass wir nicht kämpfen werden und dass sie nichts zu befürchten haben, selbst wenn wir es tun.

In der Ukraine versteckt sich Biden, wie Obama, hinter den Europäern, die sich hinter uns verstecken, um der ganzen Welt ein Schauspiel der Feigheit vorzuführen.

Wladimir Putin weiß, dass Kriege



Wladimir Putin hat 2014 die Unentschlossenheit Obamas ausgenutzt und 2022 das Zögern Bidens.

etwas sind, das man gewinnt, während das Establishment in Washington keine Kriege führt, sondern die amerikanischen Streitkräfte zur Durchsetzung multilateraler Werte einsetzt.

Putin ist unter Obama im Februar 2014 und unter Biden im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert.

Die Invasionen, die auf den Monat genau acht Jahre auseinander liegen, sind kein Zufall. Beide Male hatte es Wladimir Putin mit einer lahmen Ente von demokratischem Präsidenten zu tun, der gerade vor einem militärischen Einsatz zurückgeschreckt war.

Jedes Mal roch Putin Schwäche und schlug zu.

## Strategische Fehler der USA werden bestraft

Nachdem Obama in Syrien eine rote Linie gezogen hatte, war er 2013 in Panik geraten und hatte einen Rückzieher gemacht. Dann feuerte er die ukrainischen Proteste gegen das prorussische Regime in Kiew an, und Moskau reagierte, indem es seinen Bluff durchschaute und die Krim eroberte.

Die jüngste russische Invasion folgte auf den Fall von Kabul und das erbärmliche Schauspiel amerikanischer Streitkräfte, die ihre eigenen Bürger dem Terror der Taliban auslieferten, was dazu beitrug, dass Biden eine lahme Ente wurde.

Würden wir einen Krieg in der Ukraine erleben, wenn es nicht Bidens Schande in Afghanistan gegeben hätte?

Abgesehen von der Frage, was wir in Afghanistan oder Syrien hätten tun sollen, stellt sich die Frage nach der grundlegenden nationalen Glaubwürdigkeit. Nationen können im Ausland

kluge oder dumme Dinge tun, aber eines können sie sich nicht leisten: nicht ernst genommen zu werden. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten etwas sagt, sollte die Welt aufhorchen und es zur Kenntnis nehmen, anstatt zu gähnen und auf einen anderen Sender umzuschalten.

Putin ist, entgegen den Behauptungen der Regierung und ihrer Medien, ein rationaler Akteur. Wie jeder Tyrann sieht er keinen Wert in Rhetorik, außer zur Durchsetzung von Stärke oder als Eingeständnis von Schwäche.

Die Botschaft ist dieselbe wie damals, als Obama Putins Einmarsch auf der Krim verurteilte und sich dann weigerte, der Ukraine sinnvolle Waffen zu liefern, während er die Lieferung von Stiefeln hinauszögerte.

Putin versteht die Botschaft so, wie ein großer Hund versteht, wenn ein kleiner Hund kläfft.

Biden will alle politischen Vorteile, die ein Schulterchluss mit der Ukraine mit sich bringt, ohne die militärischen Risiken. Wie Obama versucht er, eine internationale Ordnung aufrechtzuerhalten, in deren Mittelpunkt die Vereinigten Staaten stehen, und gibt vor, dass dies durch Diplomatie und Sanktionen ohne den Einsatz von Gewalt erreicht werden kann.

Die reale Welt funktioniert nicht so. Die falsche Wahl zwischen Globalismus und Isolationismus ist genau das. Außenpolitik ist keine Ideologie, sie ist ein Gleichgewicht. Wenn Nationen eine ideologische Außenpolitik betreiben, ziehen sie eine Katastrophe auf sich. Putins Desaster in der Ukraine hat Ideologie über Strategie gestellt und sich einem Wunschenken ver-

schrieben, das die Realitäten auf dem Schlachtfeld und die Kosten des Krieges ignoriert. Das ist etwas, das wir kennen.

## Biden schadet der USA

Abgesehen vom wirtschaftlichen Schaden hat Biden einmal mehr die Glaubwürdigkeit Amerikas zerstört, indem er öffentliche Verpflichtungen einging und sich privat von ihnen distanzierte, indem er unsere Ehre für einen Krieg aufs Spiel setzte, den er nicht zu gewinnen gedenkt und an dem er nicht einmal beteiligt sein will. Putin weiß, dass selbst ein Teilsieg in der Ukraine nicht nur eine Niederlage für das Land bedeutet, sondern auch für die Vereinigten Staaten und Europa als Papiertiger.

Und Moskau ist möglicherweise bereit, für dieses strategische Ziel zehn- oder zwanzigtausend Mann zu opfern.

Biden hat Amerika in die schreckliche Lage gebracht, sich auf einen Krieg einzulassen, den nur eine dritte Partei gewinnen kann. Und er hat nicht die Absicht, diese dritte Partei angemessen zu bewaffnen, um auf dem Schlachtfeld zu gewinnen.

Wie Obama hat auch die Regierung Biden uns durch eine Reihe von internationalen Demütigungen geschleift, die offenbar darauf abzielen, uns als Weltmacht zu schwächen und unsere Glaubwürdigkeit zu zerstören.

Biden hat Sanktionen und Waffenlieferungen ungeschickt hinter Putins strategischem Zeitplan hergeschoben, indem er dem Tempo der Ereignisse hinterherlief und Russland die Führung überließ. Das hat den Krieg weder besser noch sicherer gemacht, sondern für alle noch quälender.

Wenn Russland doch noch besiegt wird, wird Biden den ganzen Ruhm für sich beanspruchen und nichts davon verdienen.

Wenn Biden der Meinung ist, dass es in unserem nationalen Interesse liegt, Russland zu besiegen, dann sollte er das auch sagen und entsprechend handeln, anstatt inhaltsleeres Geschwafel darüber zu halten, wer Moskau regieren sollte, worauf er keinen Einfluss hat, oder noch hohleren Drohungen mit Kriegsverbrecherprozessen. Wenn er die Ukraine bewaffnen will, dann sollte er das richtig tun oder ganz damit aufhören, denn ein halbherziger Ansatz wird nur noch mehr Menschen töten.

### Gefährliche Unentschlossenheit

Washington D.C. kann die Ukraine wie Boko Haram und ISIS auf einen Hashtag-Krieg reduzieren, aber China und der Iran beobachten das Geschehen und ziehen ihre Lehren daraus. Und wenn wir Taiwan und den Nahen Osten, unsere regionalen Lebensadern für Technologie und Energie, als Wegwerfartikel behandeln, wird es zu einem Krieg kommen, den wir führen müssen. Und der Himmel helfe uns, wenn wir versuchen, ihn mit Hashtags und Sanktionen zu kämpfen.

Starke Nationen machen klar, wofür sie kämpfen werden und wofür nicht. Und sie senden keine gemischten Signale, die nur Schwäche vermitteln. Sie sprechen auch nicht davon, wie sehr sie sich vor einem Kampf fürchten.

Das heißt aber nicht, dass Kriege im Ausland eine gute Idee sind oder als Politik begrüßt werden sollten.

Doch Biden hat die gescheiterte Politik mehrdeutiger globaler Verpflichtungen unter dem Deckmantel des



Als Obama sich aus Syrien zurückzog, überließ er Russland das Feld

Völkerrechts und der noch unglaublicheren Werte der internationalen Gemeinschaft fortgesetzt, für die es keine klaren roten Linien für ein Engagement oder einen Rückzug gibt.

Putin weiß, warum er in der Ukraine ist. Wissen wir das? Was sind unsere nationalen Interessen dort oder anderswo? Wie macht uns der Einsatz militärischer Gewalt sicherer, stärker oder reicher? Sind wir involviert, um die Energie- und Brotpreise niedrig zu halten, oder um einen zukünftigen

Krieg zu schlechteren Bedingungen zu vermeiden?

Dies sind grundlegende Fragen, und wenn wir sie nicht beantworten, werden wir jedes Mal eine Niederlage erleiden.

Zwei demokratische Regierungen haben unseren Verbündeten, Feinden und Ländern, die sich fragen, wer von ihnen sie sein wollen, die Botschaft vermittelt, dass die amerikanische Ära zu Ende ist.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Dieser Artikel wurde zuerst im Frontpage Magazine veröffentlicht und wird hier mit freundlicher Genehmigung des David Horowitz Freedom Center nachgedruckt.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

## EU kürzt erst nach massivem Protest Gelder für antisemitische und Israel-feindliche Schulbücher

Nach Protesten wird das Budget für UNRWA-Schulen wegen deren Israel- und jüdenfeindlichen Agitationen im Lehrplan lediglich um unzureichende 40 % gekürzt. Damit reagiert die EU, wenn auch nur gezwungen und teilweise, auf die ununterbrochene Hass-Propaganda in den arabischen Schulen, welche bereits die Kinder mit einem negativen Israelbild und Juden Hass indoktriniert. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Die Europäische Union hat letzte Woche mitgeteilt, dass ihr UNRWA-Budget zwischen 2022 und 2024 deutlich geringer ausfallen wird als in den vorangegangenen Jahren. Die UNRWA ist ein Hilfsprojekt der Vereinten Nationen für Flüchtlinge aus den „Palästinensergebieten“ im Nahen Osten. Die Abkürzung steht für „United Nations relief and works agency for Palestine Refugees in the Near East“. Es handelt sich um ein eigenes Hilfswerk nur für „Palästinenser“. Chinesische Uiguren und weiße Buren in Südafrika scheinen irgendetwas falsch zu machen angesichts des Fokus, der auf die vergleichsweise kleinen Probleme der „Palästinenser“ weltweit seit Jahrzehnten gelegt wird.

Der Hauptschwerpunkt liegt auf der Schulbildung arabischer Kinder. Sie betreibt 711 Schulen in Judäa, Samaria, Gaza und umliegenden arabischen Ländern. Das Werk ist damit der größte Schulträger für „palästinensische“ Kinder.

Böse Zungen würden behaupten, dass hochgradig korrupte Staaten wie der Libanon Geld aus dem Westen für ihre „palästinensischen Flüchtlinge“ bekommen und diese Länder deshalb keinen Grund



In den UNRWA-Schulen werden im Lehrmaterial teilweise jüdenfeindliche Stereotype vermittelt.

haben, diese „Flüchtlinge“ (von denen viele bereits in der 3. oder 4. Generation in den jeweiligen Ländern geboren sind), zu integrieren.

Nach Informationen des Institute for Monitoring Peace and Cultural Toleran-

ce in School Education (IMPACT-se), einer in Jerusalem ansässigen gemeinnützigen Organisation, die Bildungsmaterialien auf der ganzen Welt auf extremistische Inhalte hin überprüft, werden mit dem neuen Haushalt jährlich 82 Mio. US-Dollar bereitgestellt, der Durchschnittswert der letzten Jahre betrug 135 Mio. US-Dollar jährlich. Zusätzliche 15 Millionen Dollar wurden der EU-Behörde für Ernährung und Krise für das Jahr 2022 bewilligt, um die Ernährungssicherheit nach den Auswirkungen der Ukraine-Krise zu gewährleisten, heißt es in dem Bericht. Die Ukraine-Krise hat globale Auswirkungen auf Lebensmittelpreise, Experten blicken mit Sorge auf die derzeitigen Entwicklungen.

Im April letzten Jahres verurteilte das EU-Parlament die UNRWA, weil sie von IMPACT-se aufgedecktes Hassmaterial im Namen der Vereinten Nationen unterrichtet und produziert. Passiert ist daraufhin jedoch zunächst nichts, bis internationale Proteste den Druck auf Brüssel erhöhten.

Die EU gab daraufhin bekannt, fortan die Gewährung von EU-Mitteln von

einer Änderung des Lehrplans abhängig machen zu wollen. Der zuständige EU-Kommissar sagte letztes Jahr nach der offiziellen Verurteilung durch das Parlament, dass die Europäische Union jeglichen Antisemitismus bekämpfen werde und in Erwägung ziehen sollte, die Hilfe für die UNRWA von der vollständigen Einhaltung der UNESCO-Standards für Frieden und Toleranz in den Lehrbüchern abhängig zu machen.

Den Kürzungen des EU-Beitrags für die UNRWA ging eine ähnliche Entscheidung des Vereinigten Königreichs Ende letzten Jahres voran. London kündigte an, es könne nicht länger unverhohlen „israelfeindliches und antisemitisches“ Lehrmaterial finanzieren. Anfang 2021 hatte US-Außenminister Anthony Blinken offen eingeräumt, dass die UNRWA-Schulen „palästinensischen“ Kindern Juden Hass beibringen. Das UNRWA „verbreitet in seinen Bildungsprodukten antisemitische oder israelfeindliche Informationen“, sagte Blinken bei einer Anhörung im Kongress. Diese Nachricht macht Hoffnung. Schön zu sehen, dass es auch in Brüssel noch Beamte gibt, die sich weigern, Rassenhass zu subventionieren.

# Westliche Appeasement-Politik verharmlost nukleare Genozid-Ambitionen des Iran

Wie schon zum Abschluss des suizidalen Atomabkommens zu Zeiten seiner, ganz offensichtlich von jeder politischen Vernunft verlassenen, geistigen Väter John Kerry, Barack Obama und Frank-Walter Steinmeier von der Jüdischen Rundschau kritisiert, strebt der Iran der Ayatollahs danach, die schiitische Vorherrschaft über die sunnitische Welt ebenso wie seine Expansionsziele gegebenenfalls auch atomar zu erreichen. Die mit Hilfe des Westens hergestellten Atomwaffen wären vor allem auch eine akute Bedrohung für die Sicherheit Israels und seiner Menschen. (JR)

Emanuele Ottolenghi/  
tabletmag.com

Wladimir Putin hat mit dem Einmarsch in die Ukraine das Tor zur Hölle aufgestoßen und ist damit am Ende seiner 23-jährigen Reise angelangt, die darauf abzielt, die europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg zu zerstören und Russlands verlorenen imperialen Ruhm wiederherzustellen. Während die zivilisierte Welt mit einer Bedrohung konfrontiert ist, die wir von dem Moment an hätten kommen sehen müssen, als Putin vor mehr als 20 Jahren Grosny in Stalingrad verwandelte und damit davonkam, wird unsere Reaktion durch die Tatsache eingeschränkt, dass Putins Russland über ein gewaltiges Atomwaffenarsenal verfügt, zu dessen Einsatz der russische Tyrann sich bereit erklärt hat. Die schockierenden und entsetzlichen Szenen, die wir auf unseren Fernsehbildschirmen miterleben, und unsere Unfähigkeit, etwas dagegen zu tun, sollten den westlichen Staats- und Regierungschefs, die sich blindlings auf ein neues Atomabkommen mit Teheran einlassen wollen, am meisten zu denken geben.

Wir sollten es besser wissen. Wie Putins Russland ist die Islamische Republik eine Macht, die sich nicht an den Status quo hält und deren Handlungen mehr als alles andere von Ideologie bestimmt werden. Früher oder später strebt eine revolutionäre Macht danach, ihre Revolution zu exportieren, sowohl als Instrument des radikalen Wandels als auch als Mittel zur Durchsetzung ihrer hegemonialen Herrschaft. In einem Artikel mit dem Titel „Ein Pulverfass namens Islam“, der am 13. Februar 1979 in der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ veröffentlicht wurde, wenige Tage nachdem der Gründer der Islamischen Revolution, der verstorbene Imam Ruhollah Khomeini, aus seinem Pariser Exil in den Iran zurückgekehrt war, schrieb der französische Philosoph Michel Foucault:

Vielleicht liegt seine historische Bedeutung nicht in seiner Übereinstimmung mit einem anerkannten „revolutionären“ Modell, sondern in seinem Potenzial, die bestehende politische Situation im Nahen Osten und damit das globale strategische Gleichgewicht umzustürzen. Seine Einzigartigkeit, die bisher seine Kraft ausmachte, droht ihm folglich die Macht zu verleihen, zu expandieren. Es stimmt also, dass sie als „islamische“ Bewegung die gesamte Region in Brand setzen, die instabilsten Regime stürzen und die solidesten stören kann. Der Islam – der nicht nur eine Religion, sondern eine ganze Lebensweise, ein Bekenntnis zu einer Geschichte und einer Zivilisation ist – droht zu einem gigantischen Pulverfass zu werden, das Hunderte von Millionen von Menschen umfasst. Seit gestern kann jeder muslimische Staat von innen heraus revolutioniert werden, und zwar auf der Grundlage seiner altherwürdigen Traditionen.



Der Iran führt einen Terror- und Propagandakrieg gegen Israel. Mit Atomwaffen ist Teheran noch unberechenbarer und gefährlicher.

Zumindest damals war Foucault ein Fan der iranischen Revolution. Doch er hatte nicht unrecht.

Der Iran der Ayatollahs strebt danach, die schiitische Vorherrschaft über die sunnitische Welt wiederherzustellen, ähnlich wie Putins Russland das Zarenreich wiederbeleben will. Die iranischen Mullahs hoffen, zum Leuchtturm des Islams über die Region hinaus zu werden, ähnlich wie Putin von einem panslawischen Erwachen träumt; als Anführer der Unterdrückten der Erde aufzutreten, ähnlich wie Russland versucht, die globale Vorherrschaft des Westens zu untergraben; und die Unterdrückten davon zu überzeugen, Khomeinis Vision als Banner des Widerstands gegen die vom Westen dominierte internationale Ordnung anzunehmen, ähnlich wie Putin an das Christentum, den Antikapitalismus und die Anti-Wokeness appelliert in seinem Kampf gegen Amerikas „Imperium der Lügen“.

## Fatale Fehleinschätzung

Doch selbst nachdem Putin all unsere Illusionen über eine Wiederherstellung der Beziehungen zu Moskau und eine gütliche Beilegung von Streitigkeiten zunichte gemacht hat, selbst nachdem er einen Angriffskrieg gegen einen wehrlosen Nachbarn entfesselt hat, selbst nachdem er grünes Licht für die mutwillige Zerstörung einer ganzen Nation gegeben hat; Die Debatte in Washington über die Iran-Politik konzentriert sich nach wie vor auf den Irrglauben – den die Regierung Biden mit ihren demokratischen Vorgängern teilt – dass gut platzierte Sicherheitsvorkehrungen (die der JCPOA ohnehin nicht hat) im Austausch gegen wirtschaftliche Vorteile nicht nur das iranische Streben nach

Atomwaffen einschränken, sondern auch das Verhalten des Irans ändern könnten. Wir sagen uns, dass der Iran nicht Russland ist. Das muss er auch nicht sein, wenn er nach einer Größe strebt, die unsere Welt auf den Kopf stellen wird.

Dennoch wird unsere Politik immer noch von der grundlegenden Kosten-Nutzen-Analyse geleitet, die jedem Sanktionsregime in der Vergangenheit zugrunde lag und die auch die Russlandpolitik des Westens seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Sowjetblocks bestimmt hat: Angesichts der zunehmenden Isolation, der Kosten und der Schäden für ihre Wirtschaft werden Gegner die vermeintlichen Belohnungen für schlechtes Verhalten gegen wirtschaftliche Chancen eintauschen. Selbst wenn sie irrational handeln – zumindest nach den Maßstäben der westlichen Rationalität des 21. Jahrhunderts – halten wir ihren Wahnsinn für eine List, die wir durch eine kalkulierte Mischung aus Schmeicheleien und Strafen entlarven können. Die gleiche Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche haben wir bei Mussolini in Äthiopien und Hitler in München ausprobiert. Trotz Hollywood hat das nie funktioniert, denn was Teheran (und Moskau) letztlich antreibt, sind keine rationalen Berechnungen des nationalen Eigeninteresses, wie Barack Obama 2015 insistierte, sondern der brennende Wunsch, seine revolutionäre Ideologie zu verbreiten, und die Entschlossenheit, unermüdlich einen Kampf der Ideen zu führen, um die auf westlichen Regeln basierende internationale liberale Ordnung zu untergraben und zu zerstören. Der zusätzliche Status als Atommacht sorgt dafür, dass die

bestehenden Beschränkungen für diese Ambitionen, wie schwach sie auch sein mögen, schwinden werden.

Das iranische Regime als Ganzes mag nicht der Art von apokalyptischer Politik verhaftet sein, die die Rhetorik mancher seiner Führer oft suggeriert – aber im Kern bleibt der Iran eine revolutionäre Macht, die von einer Ideologie angetrieben wird, die erfolgreich persischen Nationalismus, schiitischen Erweckungsgeist, Dritte-Welt-Glauben und revolutionäre marxistisch-leninistische Theorien miteinander verbindet. Das verheerende Potenzial der Revolution ergab sich immer aus der explosiven Verbindung des Subversiven mit dem Göttlichen. Der Wunsch, diese Agenda noch aggressiver und erfolgreicher voranzutreiben, treibt das Streben nach Atomwaffen an.

Die Tatsache, dass der Iran in seinem revolutionären Streben nicht dieselbe Macht hat wie beispielsweise die ehemalige Sowjetunion, macht seine Bemühungen nicht lächerlich oder seine Position anfälliger auf Druckversuche. Das ist es, was den Iran dazu motiviert, sich ein Atomwaffenarsenal zuzulegen, ganz gleich, welche Opfer diese Bemühungen mit sich bringen. Ein Atomwaffenarsenal oder auch nur das Prestige, das sich daraus ergibt, nach langer und erfolgreicher Umgehung des wirtschaftlichen Drucks des Westens zu einem nuklearen Schwellenstaat zu werden, ist ein Kraftmultiplikator, den wir auf eigene Gefahr unterschätzen. Teheran den Erwerb dieser Fähigkeit zu gestatten, was das JCPOA unter dem Schutz der USA ermöglichen soll, ist das diplomatische Äquivalent dazu, eine brennende Zigarette in ein trockenes Gebüsch zu werfen.

### Ideologische Expansion des Iran

Dass der Iran von heute eine revolutionäre Macht ist, deren Entscheidungsträger kaum unter Druck gesetzt werden können, sollte inzwischen klar sein. Dreiundvierzig Jahre nach dem Sturz des Schahs und der Gründung der Islamischen Republik investiert Teheran selbst unter extremem wirtschaftlichem Druck weiterhin beträchtliche Mittel, um seine Revolution in jeden Winkel der Welt zu exportieren. Die finanziellen und militärischen Unternehmungen, die erforderlich sind, um das Regime von Bashar Assad in Syrien zu retten, die Hegemonie der Hisbollah im Libanon zu stärken und pro-iranische schiitische Milizen auf die Beine zu stellen, die vom Jemen bis zum Irak die Flammen der Gewalt schüren, sind nur die berichtenswertesten, teuersten und naheliegendsten Beispiele dafür, wie der Iran dem Export seiner Revolution ins Ausland Vorrang vor dem Gemeinwohl im eigenen Land einräumt.

Der Iran hat keine gemeinsamen Grenzen oder persönlichen territorialen Streitigkeiten mit Israel, doch er ist krankhaft davon besessen, Israel zu zerstören, was er durch seine Unterstützung für „palästinensische“ Islamisten, weltweite Terroranschläge gegen Juden und unerbittlichen diplomatischen Druck kultiviert. Der Iran trägt auch beträchtliche Kosten für die Aufrechterhaltung weit verzweigter Bündnisse (siehe Venezuela), die nur wenig finanziellen Nutzen bringen und im eigenen Land keine Dividende abwerfen. Und dann ist da noch Irans weltweiter Einsatz, um durch Missionierung Gefolgsleute zu gewinnen – ein törichtes Unterfangen vielleicht, aber eines, das Iran mit wirtschaftlicher Verschwendungssucht verfolgt. Liberale Demokratien mögen all dies als unverantwortliche Verschwendung wertvoller nationaler Ressourcen betrachten, für den Iran ist es eine heilige Pflicht.

Dass die Kosten-Nutzen-Analyse, die durch die Sanktionen angestoßen wurde, nicht so aufgeht wie etwa beim damaligen Apartheid-Südafrika, sollte inzwischen ebenfalls klar sein. Der Iran verhält sich nicht wie ein zahlungsun-

fähiger Schuldner, der versucht, seine Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, sondern wie ein reueloser Dieb, der es vorzieht, seine Fähigkeit, immer ausgeklügeltere Sicherheitssysteme zu knacken, ständig zu verbessern. Mit dem Beispiel von Putins Russland vor Augen muss die Regierung Biden Amerikas langfristiges Spiel gegenüber dem Iran radikal überdenken.

Es ist durchaus anzunehmen, dass der Iran den Schutz sucht, den Atomwaffen Russland eindeutig bieten, seinen Nachbarn seinen Willen aufzuzwingen – und zwar ungestraft. Und die neue Welt, die der Iran anstrebt, wird von

etablieren. Die Folgen werden schwerwiegend sein, und ein Konflikt, der weitaus tödlicher ist als der in der Ukraine, kann kaum ausgeschlossen werden.

Teheran macht keinen Hehl aus seinem Bestreben, der Knotenpunkt für alle antiwestlichen und antiglobalen Bewegungen werden zu wollen. Der Iran von heute träumt davon, sich in eine Neuauflage der Sowjetunion zu verwandeln und den antiwestlichen Revolutionären zu Hilfe zu eilen. Der nukleare Iran von morgen wird in der Lage sein, diesen Traum zu erfüllen. Er wird ein Netzwerk radikaler, gewalttätiger Gruppen unterstützen, die auf der

suchen für den Iran auch in der extremen Rechten zu finden, insbesondere seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien, der zahlreiche rechtsextreme Organisationen in Europa dazu veranlasste, Russland, die Hisbollah und den Iran als vermeintliche Verteidiger christlicher Minderheiten und Bollwerke gegen sunnitische Salafisten zu verehren. Der Iran hat dieses Image seither über ausländische Propagandakanäle kultiviert.

Ein ermutigter, nuklearfähiger Iran würde sich auch nicht darauf beschränken, globalisierungsfeindliche politische Kräfte an den Extremen unserer politischen Systeme zu unterstützen. Er würde eine bereits bestehende internationale Koalition von Staaten konsolidieren, die Irans ideologische Feindschaft zum Westen teilen. Irans Bündnisse mit Bolivien, Venezuela, Nicaragua und Kuba in Lateinamerika haben sich im letzten Jahrzehnt verstärkt. Wann immer in den Entwicklungsländern prowestliche Regierungen gestürzt werden, wird es dem Iran leichter fallen, sich als ihr Paladin anzubieten – indem er in ihre Wirtschaft investiert, die Bankkonten willfähriger Führer auffüllt, ihre Armeen ausbildet und beliefert und sie in internationalen Foren politisch unterstützt. Russland und China werden den Iran gerne als Hammer benutzen, um gegen westliche Interessen und Sicherheitsvereinbarungen vorzugehen, die ihren eigenen Ambitionen im Wege stehen.

Während wir zusehen, wie Putins Russland die Ukraine zerstört, sollten wir erkennen, dass wir mit dem Iran eine ähnliche Schwelle überschreiten werden.

*Emanuele Ottolenghi ist ein Senior Fellow der Foundation for Defense of Democracies.*

*Dieser Artikel erschien ursprünglich in englischer Sprache im Tablet Magazine, unter tabletmag.com, und wird mit freundlicher Genehmigung nachgedruckt.*

*Aus dem Englischen von Daniel Heiniger*

» Der Iran hat keine gemeinsamen Grenzen oder persönlichen territorialen Streitigkeiten mit Israel, doch er ist krankhaft davon besessen, Israel zu zerstören, was er durch seine Unterstützung für „palästinensische“ Islamisten, weltweite Terroranschläge gegen Juden und unerbittlichen diplomatischen Druck kultiviert.«

Teheran dominiert werden: Sie wird geprägt sein von einem erbitterten Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten um die Vorherrschaft am Persischen Golf und von dem Bemühen, Allianzen zu schmieden, um den ideologischen und geopolitischen Gegnern des Iran in Riad, Ankara, Jerusalem und Kairo Paroli zu bieten. Dies wird eine Reihe von Themen umfassen, einschließlich Irans kompromissloser Feindseligkeit gegenüber der Existenz Israels oder jeglicher politischen Annäherung an Israel.

### Antiwestliche Revolution

Doch sie wird kaum vor dem jüdischen Staat Halt machen. Ermutigt durch das Erreichen der nuklearen Schwelle wird die revolutionäre Führung des Iran versuchen, Partnerschaften und Abhängigkeiten zu festigen und ihre Dominanz weit über den Nahen Osten hinaus zu

Suche nach einem mächtigen Schirmherrn nach Teheran eilen werden. Teheran wird dann nur noch einen kleinen Schritt davon entfernt sein, ein ebenso potenter Sponsor der Subversion in aller Welt zu werden wie Putins Russland.

Dieses Szenario ist nicht so weit hergeholt, wie es scheinen mag. Der Iran hat bereits wichtige Freunde in Europa und schürt revolutionäre Fantasien unter eingefleischten westlichen Marxisten. Die Verbindungen zwischen der europäischen extremen Linken und der iranischen Variante des radikalen Islam sind gut etabliert. Ihre gegenseitige Abscheu vor dem westlichen Kapitalismus und der Demokratie übertrumpft die Differenzen, die sie in Fragen wie Gender und Homosexualität haben könnten. Am anderen Ende des politischen Spektrums sind Sympathie- und Unterstützungsbekun-

## Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

**Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!**  
Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre  
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

# Irak beschließt „Anti-Israel-Gesetz“: Für Kontakte nach Israel droht sogar die Todesstrafe

Die schiitische Mehrheit im irakischen Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das jeglichen Kontakt zu Israel unter drakonische Strafen stellt. Das Gesetz betrifft auch ausländische Firmen und Privatpersonen im Irak. Damit wollen die geistlichen islamischen Hardliner die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern unterbinden. Eine Empörung über diesen antisemitischen Exzess hielt sich in unseren Medien und unserer Politik deutlich in Grenzen. (JR)

Von Mirjam Lübke

Es klingt zunächst nach dem üblichen anti-israelischen Geklapper, das so häufig aus der arabischen Welt, aber auch aus Teheran zu hören ist: Mit einer Mehrheit von 275 Stimmen innerhalb des 329 Abgeordnete zählenden Parlaments verabschiedete der Irak ein neues »Anti-Israel-Gesetz«, welches sich gegen die Normalisierung jeglicher Beziehungen zum jüdischen Staat stellt. Doch um eine reine Propagandahandlung handelt es sich dabei nicht, wie man zunächst meinen könnte. Denn die einflussreichen Schiiten unter der Führung des Geistlichen Muqtada al-Sadr zielen mit dem von ihnen initiierten Gesetz vor allem auf die eigene Bevölkerung ab. Während sie die Furcht vor »zionistischen Agenten« schüren, welche den Irak angeblich bereits unterwandert hätten, geht es vor allem um die Einschüchterung der eigenen Bürger.

## Feindbild Israel bröckelt

Denn viele Iraker sind des Hasses gegen Israel überdrüssig geworden, der auch von den hausgemachten wirtschaftlichen Problemen des Irak ablenken soll. Das Muster ist altbekannt: Man konzentriert die Wut der Frustrierten auf einen äußeren Feind, um sich selbst aus der Kritik zu nehmen. Im Irak selbst leben nur noch wenige Juden, die meisten sind längst aus Furcht vor antisemitischen Übergriffen ausgewandert, vollkommen berechtigt, denn sie wären wohl zu den ersten Opfern des neuen Gesetzes geworden. Aber auch 300 prominente muslimische Iraker fanden sich im letzten Jahr bei einer Konferenz im kurdischen Erbil ein, um sich dort einem Friedensappell anzuschließen. Den Hardlinern im Irak jagt das höllische Angst ein, denn die Mauer aus Hass gegen den jüdischen Staat zeigt nicht nur im eigenen Land, sondern auch in anderen arabischen Ländern deutliche Risse.

In Erbil forderten die irakischen Delegierten den Beitritt ihres Landes zum sogenannten »Abraham-Abkommen«: Mit diesem Abkommen sollte ein Zeichen der Hoffnung gesetzt werden, die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel zu normalisieren und alte Feindbilder zu durchbrechen. Schaut man sich den Hass an, der bis auf deutsche Straßen getragen wird, könnte man meinen, ausnahmslos jeder Araber wünsche sich nichts sehnlicher als die Vernichtung des jüdischen Staates, doch in manchen Staaten siegt mittlerweile die Vernunft über den Vernichtungswillen. Hier sind vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate zu nennen, die durch Vermittlung der USA inzwischen sogar freundschaftliche Beziehungen zum jüdischen Staat unterhalten. Israel als High-Tech-Schmiede ist ein begehrter Handelspartner, hat aber durch seine Stärke und Innovationskraft auch die Achtung der Golfstaaten gewonnen. Aber auch Marokko und der Sudan haben sich der Friedensinitiative inzwischen angeschlossen.

## Hartes Vorgehen gegen Friedensbewegung

Direkt nach ihrer Rückkehr mussten die Delegierten bereits mit Strafverfolgung



Anhänger von Muqtada al-Sadr feiern das neue antiisraelische Gesetz

rechnen. Der bei der Konferenz anwesende irakisch-kurdische Stammesführer Wissam al-Hardan hatte nicht nur zum Frieden mit Israel aufgerufen, sondern auch dazu aufgefordert, sich mit den aus dem Land vertriebenen Juden zu versöhnen – was ihm prompt den Vorwurf einbrachte, die »palästinensische Sache« verraten zu haben. Das wies al-Hardan angesichts des Empörungsturms zwar weit von sich, seine Kernaussage jedoch nahm er nicht zurück. Ali Abbas, der die irakische Friedensinitiative koordiniert, spricht von enormem Druck, der auf die

» Der in Jahrzehnten kultivierte Antizionismus scheint aufzuweichen, auch wenn er bei vielen Muslimen noch zum „guten Ton“ gehört.

irakischen Teilnehmer ausgeübt wurde. Abbas selbst unterhält die »virtuelle Botschaft des Iraks in Israel« - doch aufgrund des neuen Gesetzes ist dies eine illegale Aktivität.

Denn die angedrohten Strafen für jeglichen Kontakt mit Israelis sind hart, jeder Verstoß kann mit langen Gefängnisstrafen oder gar dem Tod geahndet werden. Unter dem Vorwand der »Spionagebekämpfung« ist es nicht offiziellen Vertretern des Staates verboten, mit Bürgern des Staates Israel zu kommunizieren, das Gesetz trifft ausdrücklich auch den »kleinen Mann von der Straße«. Sollte etwa ein Iraker für die bezaubernde Schauspielerin Gal Gadot schwärmen und diese mit einem »Like« auf ihrer Facebook-Seite zum Ausdruck bringen, hat er damit einen Akt »zionistischer Spionage« begangen. Bis in privateste, harmlose Äußerungen hinein wirkt der totalitäre Geist

des Gesetzes – man könnte sich darüber lustig machen, wenn es für die Betroffenen nicht so grausame Konsequenzen hätte. Die vollkommen irrationale Furcht der schiitischen Väter dieses Machwerks vor einer möglichen Entspannung lässt sie wild um sich schlagen, selbst durch Alltäglichs, das noch weit von der Sphäre der Politik entfernt ist, lassen sie sich zu Grausamkeiten gegen das eigene Volk treiben. Darin steckt nur ein kleiner Hoffnungsschimmer: Der in Jahrzehnten kultivierte Antizionismus scheint aufzuweichen, auch wenn er bei vielen Musli-

men noch zum »guten Ton« gehört. Aber auch daran nagt der Wunsch nach Ruhe und Normalität.

## Spielball iranischer Interessen

Es ist kein Geheimnis, dass nicht nur die Türkei, sondern vor allem der Iran ihren Einfluss auf die irakische Politik stetig vergrößern wollen. Vor allem Teheran gilt als Zentrum des »Antizionismus«, was eine verharmlosende Umschreibung des sehnlichen Wunsches ist, Israel möglichst bald von der Landkarte zu tilgen. Das auch von Ex-Außenminister Heiko Maas so leichtfertig unterstützte Atomprogramm des Iran ist Teil dieser Pläne, aber die schiitischen Geistlichen setzen auch auf lautstarke Propaganda. Bis nach Deutschland reicht ihr Einfluss, man denke nur an die al-Quds-Märsche in Berlin, an die sich bislang kein Senat wirklich herantraute, trotz offener Todesdrohungen

gegen Juden und Israelis. Mit Muqtada al-Sadr und seinen 75 Abgeordneten im irakischen Parlament verfügt Teheran über einen starken Verbündeten in Bagdad, wenn man schon nicht so weit gehen will, ihn in Anspielung auf das »Anti-Israel-Gesetz« einen »pro-iranischen Agenten« zu nennen.

## Der Irak schadet sich selbst

Die teils weitgefaste und schwammige Formulierung des Gesetzestextes erlaubt der irakischen Regierung, unter dem Vorwand eines Kollaborationsverdachts nicht nur ihre Bürger im In- und Ausland zu bedrohen, sondern auch internationale Unternehmen auszuweisen, welche Beziehungen zu Israel unterhalten. Das erinnert stark an die Bemühungen der BDS-Bewegung, Israel wirtschaftlich niederzuringen und dürfte dem gleichen Ziel folgen. Der Irak schränkt also nicht nur die Meinungsfreiheit von Medien und Bevölkerung ein, sondern wird sich selbst durch den Fanatismus seiner schiitischen Abgeordneten auf dem internationalen Markt isolieren. Die daraus zu erwartenden desaströsen Auswirkungen auf Wirtschaft und Wohlstand des Landes zeigen auf, wie egal den einflussreichen schiitischen Geistlichen die von ihnen regierten Bürger sind: In ihrem ideologischen Starrsinn lassen sie den Irak zugrunde gehen, nur um ihren Vernichtungsfantasien nachzugehen.

Es gibt offensichtlich viele Iraker, die genau das erkannt haben und stattdessen ihren gesunden Menschenverstand sprechen lassen wollten. Das neue Gesetz nimmt ihnen die Möglichkeit dazu – man kann nur hoffen, dass sie Mittel und Wege finden, ihre Beziehungen zu Israel weiterhin aufrecht zu erhalten. Auch als Stimme der Vernunft, der sich die Bevölkerung anderer arabischer Länder anschließen kann – zum Vorteil aller in der Region.



# Elisabeth II: 70. Thronjubiläum und kein einziger Besuch in Israel

Queen Elisabeth feiert das 70. Jahr ihrer Regentschaft, in all diesen Jahren hat sie mehr als 100 Länder bereist, doch der jüdische Staat stand nie auf dem Reiseplan der Monarchin. Trotz mehrfacher Einladung aus Israel. Dabei verbindet das Könighaus vieles mit dem Heiligen Land. *Honi soit qui mal y pense...* (Ein Schelm, der Böses dabei denkt). (JR)

Von Ulrich W. Sahn und Elisabeth Lahusen

Anlass für diesen Artikel war die Entdeckung eines geheimen Films aus dem Jahr 1933. Die britische Zeitschrift „the Sun“ veröffentlichte daraus auf ihrer Titelseite ein Bild, wie König Edward VIII, selber ein Sympathisant Hitlers, der späteren Queen Elisabeth II zeigt, wie man mit erhobenem Arm den Hitlergruß macht. Die spätere Königin, sowie ihre ebenfalls abgebildete Schwester Margaret, waren damals noch kleine Mädchen im Alter von nur etwa 8 Jahren. Diese Zuneigung zu den Nazis dürfte auch im Könighaus kurz darauf umgeschlagen haben, als die Briten Krieg gegen Deutschland führten und London bombardiert wurde.

## Die britische Königin hat fast jedes Land der Welt besucht

Nur um Israel hat sie einen großen Bogen gemacht. Zwar war Prince Charles, der Thronfolger und Sohn von Elisabeth, zweimal nach Israel gekommen und mit allen Ehren empfangen worden. Doch waren das „inoffizielle“ Visiten, aus Anlass der Begräbnisse von Jitzhak Rabin 1995 und von Schimon Peres 2016. Als Staatsoberhaupt und Chefin des britischen Königshauses hätte ein Besuch der Queen eine ganz andere Qualität gehabt. Und dazu konnten die Briten sich bisher nicht aufraffen. Erst 2018 Jahr hat das britische Königshaus das unausgesprochene Tabu gebrochen mit einer ersten offiziellen Visite von Prince William, dem Enkel der Queen.

## Bis zur letzten Minute

Bis 1948 waren die Briten Mandatsmacht in Palästina. Obgleich sie eigentlich durch die Balfour-Deklaration, Beschlüsse des Völkerbundes und später der UNO den Auftrag hatten, im Gebiet von Palästina eine „nationale jüdische Heimstätte“ zu schaffen, haben sie alles getan, die Entstehung eines jüdischen Staates buchstäblich bis zur letzten Minute zu verhindern. Am Freitag, dem 14. Mai 1948 bestiegen die letzten britischen Soldaten gegen Mittag in Haifa ihre Schiffe, um das Mandatsgebiet endgültig zu räumen. Dieser Zeitpunkt war strategisch ausgewählt. Die arabischen Staaten standen schon „Gewehr bei Fuß“, um Israel zu stürmen. Die Briten konnten davon ausgehen, dass die Juden es nicht schaffen würden, bis zum Anbruch des Sabbats zum Sonnenuntergang ihren „jüdischen Staat“ auszurufen. Doch der Staatsgründer David Ben Gurion und seine Weggenossen schafften es innerhalb der wenigen verbliebenen Stunden. Die Unabhängigkeitserklärung hat Ben Gurion in Tel Aviv vom Blatt ablesen, weil die Zeit nicht ausreichte, den Text in Schönschrift auf ein Pergament zu kopieren. Die Unterschriften der Teilnehmer auf einem vorbereiteten Pergament wurden später angehängt.

Ohne die sofortige Ausrufung des jüdischen Staates nach Abzug der Briten wäre Israel nicht zustande gekommen. Den Sabbat über das rechtliche wie politische Vakuum zu belassen, hätte für die Juden verheerende Folgen gehabt.

In den Jahren davor hatten auch die Briten im Heiligen Land keine leichte Zeit. Einerseits haben „die Araber“ gegen die jüdischen Einwanderungswellen, erst aus Russland und dann verstärkt aus

Nazi-Deutschland, angekämpft. Es kam zu schweren Pogromen, etwa 1929 in Hebron, zu denen der von den Briten eingesetzte Mufti von Jerusalem, Hadsch Amin el Husseini, aufgerufen hatte. Der wurde von den Briten erst nach Irak verbannt, und floh dann in Richtung Berlin, wo er ein enger Verbündeter Adolf Hitlers wurde und im Balkan mit einer eigenen SS-Gruppe an der Deportation von Juden nach Auschwitz beteiligt war.

Die Briten mussten als Erben des zusammengebrochenen Osmanischen Reiches neben den Franzosen die gesamte arabische Welt unter Kontrolle halten, und konnten oder wollten allein deshalb keine großen Rücksichten auf die Juden und ihre Bestrebungen nach einem eigenen Staat nehmen.

Obgleich die Briten während des Zweiten Weltkriegs gegen die Deutschen kämpften und die Juden vor ihrer Vernichtung in Palästina retteten, indem sie Rommels Vormarsch in Nordafrika im ägyptischen El Alamein stoppten, fielen ihnen zeitgleich jüdische Nationalisten in den Rücken. Es kam zu jüdischen Attacken auf die Briten, zur Hinrichtung britischer Soldaten als Reaktion auf die Hinrichtung jüdischer Aufständischer und schließlich zur Sprengung des King David Hotels in Jerusalem, einem britischen Hauptquartier. Den Befehl dazu hatte Menachem Begin gegeben. Der galt den Briten bis zuletzt als „Terrorist“, auch als er 1977 mit Mehrheit zum Premierminister Israels gewählt worden war.

Bis heute verfolgen die Briten vor allem wirtschaftliche Interessen in der riesigen arabischen Welt und in ihren alten Kolonien, in denen auch viele Moslems leben. Ein Besuch der Queen in Israel hätte ihnen wohl keine besonderen Lorbeeren eingebracht.

## Prince William kam nach dem Brexit

Man kann nur spekulieren, wieso die Briten mit dem ersten offiziellen Besuch eines Mitglieds des Königshauses, Prince William, das alte Tabu durchbrochen haben. Am 25. Juni 2018 landete erstmals Prince William zu einem offiziellen Besuch in Israel. Damals war noch Reuven Rivlin der Staatspräsident und Benjamin Netanjahu war der Regierungschef.

Ein Grund mag der damals bevorstehende Brexit gewesen sein. London war auf der Suche nach neuen Partnern und einer Vertiefung der Beziehungen mit den USA. Ob die dramatische Anerkennung Jerusalems durch Präsident Donald Trump für die Briten der Anlass war, den Prinzen nach Israel zu schicken, würde aber von offizieller Stelle niemals eingestanden werden.

Dabei haben die Royals durchaus eine enge Beziehung zum Land der Bibel. Königin Viktoria war überzeugt, dass das britische Königshaus vom biblischen König David abstamme. Die Sitte hatte ursprünglich König George I aus Hannover nach England gebracht. Seitdem werden alle männlichen Mitglieder, darunter auch Prince Charles und die anderen Thronfolger beschnitten. Die Beschneidung wird traditionell von einem jüdischen Mohel (Beschneider) durchgeführt. Diese kuriose Tradition durchbrach 1982 Diana, Prinzessin von Wales.

Zu den Grundfesten der Krönungszeremonie eines neuen Monarchen gehört ein



Die Staatsbesuche der Queen haben auch eine politische Botschaft

roh behauener Sandstein aus dem Heiligen Land. Es handelt sich gemäß der Tradition um den echten „Thron des Königs David“, auf dem er saß, als er zum König gesalbt wurde. Jener Stein liegt in einen hölzernen Thron eingelassen und wird heute im schottischen Edinburgh aufbewahrt, jedoch mit dem Gelöbnis, ihn auszuleihen zur Krönungszeremonie. Auf ihm sitzt dann der neue Monarch oder die Monarchin, auch um die direkte Abstammung von dem biblischen König zu demonstrieren.

Das Poem „Jerusalem“ von William Blake aus dem Vorwort zu seinem Werk Milton (1804–1810) in der Vertonung von Hubert Parry ist Englands populärstes patriotisches Lied, die Nationalhymne der Cricket-Länderspiele wie auch aller Commonwealth Games, international bekannt durch die „Last Night of the Proms“. Es ist in seiner Art einmalig: verbunden mit dem englischen und britischen Nationalismus, mit dem Christentum und sogar mit dem Sozialismus und der Frauenbewegung, es gehört zu internationalen Popkonzerten und in jede englische Kirche und wurde sogar während des Gottesdienstes anlässlich der Hochzeit von Prince William und Kate Middleton gesungen. Das Gedicht wurde inspiriert von der Legende, Jesus Christus habe als junger Mann, begleitet von Josef von Arimathia, Glastonbury besucht. Der Dichter hat an die Legende geglaubt, die auch heute noch in England bekannt ist.

Neben diesen legendären Elementen gibt es in Jerusalem auch einen ganz direkten Bezug zum englischen Königshaus. In der Krypta der russisch-orthodoxen Maria Magdalena Kirche zu Füssen des Ölbergs, oberhalb des weltberühmten „Garten Gethsemane“, liegt Prinzessin Victoria Alice Elizabeth Julia Marie von Battenberg, die Mutter des Prinzen Philipp, also dem Gemahl von Queen Elisabeth. Sie ist die Großmutter von Prinz Charles und die Urgroßmutter des Prinzen William. Bei

ihren Besuchen in Jerusalem machten sie selbstverständlich einen Abstecher zu dem Grab der Prinzessin.

Aus ihrer Ehe mit Andreas von Griechenland gingen fünf Kinder hervor: Margarita (1905–1981) ∞ 1931 Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Langenburg  
Theodora (1906–1969) ∞ 1931 Berthold Markgraf von Baden  
Cäcilia (1911–1937) ∞ 1931 Georg Donatus von Hessen-Darmstadt  
Sophie (1914–2001) ∞ 1930 Christoph Prinz von Hessen (gefallen im Jahre 1943) / ∞ 1946 Georg Wilhelm Prinz von Hannover Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, (1915–2006)

Philip, Duke of Edinburgh (\* 1921) ∞ 1947 Elisabeth II., Königin von Großbritannien

Da das Kirchlein mit den vergoldeten Zwiebeltürmen in dem von Israel 1967 eroberten ehemals jordanischen und dann annektierten Ostteil Jerusalems liegt, den die „Palästinenser“ für sich als Hauptstadt des künftigen Staates Palästina beanspruchen, waren diese „Privatbesuche“ protokollarisch delikats.

Laut israelischen Medien soll Prinz Philip 1994 einen fast nie erwähnten Besuch an dem Grab abgestattet haben. Der Prinz besuchte Israel, als die nationale Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem seiner Mutter posthum den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ verlieh, weil sie im Zweiten Weltkrieg die Familie Cohen versteckt und so vor ihrem Tod bewahrt hatte.

## Über die Autoren

Ulrich W. Sahn, Sohn eines deutschen Diplomaten, belegte nach erfolgtem Hochschulabschluss in ev. Theologie, Judaistik und Linguistik in Deutschland noch ein Studium der Hebräischen Literatur an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seit 1975 ist Ulrich Sahn Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Medien und berichtet direkt aus Jerusalem. Elisabeth Lahusen ist Heilpädagogin und Journalistin.

◀ Fortsetzung von Seite 2

Mut hierfür macht uns 74 Jahre nach der neuen Staatsgründung auch die erfreuliche Entwicklung des an Attraktivität als prosperierende westliche Demokratie ständig zunehmenden jüdischen Staates und seiner nunmehr seit 55 Jahren wiedervereinigten heiligen jüdischen Hauptstadt Jerusalem.

Mehr als ausreichend Anlass zu großer Sorge liefern uns dagegen leider die zunehmend bedenkliche Situation aus Unterdrückung und Entrechtung der eigenen Populationen in nahezu allen islamischen Staaten besonders des Mittleren Ostens und ganz zuvorderst der erheblich dezimierten dort noch verbliebenen nicht-islamischen Minderheiten.

All dies hindert unsere von tiefer linker und grüner Israel-Ablehnung beherrschte deutsche und westeuropäische Islam-Appeasement- und Islam-Einlass-Politik in keiner Weise sich bei den blutrünstigen Terror-Unterstützern, wie letztlich in Katar mit jeder noch so prinzipienlosen Rückgratverbiegung anzubiedern und den islamischen Terror gegen Israel zu finanzieren.

Nicht genug damit, deutsche Politvertreter der vergangenen Jahre wie Merkel, Schulz, Gabriel, Steinmeier aber auch andere westeuropäische Politiker haben mit ihrer im wahrsten Sinne grenzenlosen Islam-Willfährigkeit die immer sichtbarer werdende Vereinnahmung unserer freiheitlichen abendländischen Demokratien durch die Unkultur des Islam befördert, den bereits offensichtlichen Abbau unserer noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt weitgehend unbeschwerten, freien Lebensweise verursacht, unsere Gesellschaften nahezu täglicher Islam-generierter Gewalt und mörderischem Islam-Terror ausgesetzt sowie unbeeindruckt die Zunahme islamischen Judenhasses auf den Straßen unserer Städte und die Entjudung ganzer Stadtbezirke zugelassen, kurzum den Bessermensch- und Mainstreampressebegleiteten kollektiven Suizid Europas vorangetrieben, das sich aber ohne auf diese Gefahr zu reagieren und sehr zum Nachteil seiner Menschen immer mehr und keinesfalls Wahl-legitimiert widerrechtlichen supra-nationalen Bundesstaat ermächtigt.

### Familienclans empfehlen Wahl der Grünen

Während sich in immer kleiner werdenden Intervallen in Europa und weltweit grauenvolle islamische Tormorde häufen, während sich auf den Straßen unserer deutschen und europäischen Städte, durch die Schwäche unserer Gutmenschkultierten Strafanwendungen, zu nahezu unumstrittenen kriminellen Beherrschern ganzer Stadtteilbezirke gewachsene muslimische Familienclans ohne jeden Respekt vor der Justiz und den Exekutivorganen unserer durch unsere Politik quasi aufgegebenen Rechtsordnung, gefährliche bewaffnete Straßenschlachten mit der Polizei liefern, unsere Polizeikräfte verletzen und teilweise sogar in die Flucht schlagen, während wie geschehen, Frauen vor den Augen ihrer verängstigten männlichen Begleiter durch Muslime sexuell belästigt oder gar vergewaltigt werden, ohne die Polizei auch nur zur Hilfe bewegen zu können, verschweigen und negieren unsere linkslastigen öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien und un-



Israelische Soldaten an der Klagemauer in Jerusalem am 10. Juni 1967

sere mehr um ihre Wiederwahl als um das Wohl der Wähler bemühten Politiker der bisherigen Volksparteien und ihrer bereitwilligen Koalitionsstimmenbeschaffer die offensichtliche Beschädigung unserer Gesellschaft und den Zusammenhang dieser Sachverhalte mit dem nicht mehr zu übersehenden Krebsfraß des Islam.

Zwischenzeitlich hat die Massen-Migration aus islamischen Ländern auch zu einem demographischen Wandel an den Schulen geführt. Während früher Übergriffe auf jüdische Schüler nur die Ausnahme waren und zu Diskussionen führten, sind sie heutzutage leider trauriger Alltag und bleiben vielfach unerwähnt. Die Islamisierung schreitet, von vielen Lehrern, Eltern und der Politik ungebremst, voran. Nichtmuslimische Schüler müssen sich vielerorts den Interessen ihrer islamischen Mitschüler unterordnen, um nicht deren vorgeschobene religiöse Befindlichkeiten zu „verletzen“. Dabei geht die Vermittlung einer offenen Weltanschauung an unseren Schulen und in der Folge auch in unserer Gesellschaft nahezu vollständig verloren.

Ein ähnlich desaströses Bild liefern die Aktivitäten und Haltungen der übrigen Pseudo-Bessermensch besetzten gesellschaftlichen Gruppierungen wie etwa Kirchen und Gewerkschaften.

Ungeachtet dessen bietet der Juni des Jahres 2022 für den Staat Israel und für die Juden in aller Welt allem anderen voran die freudige Gelegenheit an ein großes, in seiner Bedeutung für das Fortbestehen des Staates Israel durch nichts zu überschätzendes Geschehen aus der ohnehin ereignisreichen Zeitgeschichte des nach der Tragödie der Schoah neu begründeten jüdischen Staates.

### 55 Jahre Befreiung der ewigen jüdischen Hauptstadt

Im Juni dieses Jahres jährt sich zum 55. Mal der unter dem Namen Sechs-Tage-Krieg in die jüdische Geschichte eingegangene siegreiche, heldenhafte Kampf des kleinen jüdischen Staates gegen die überwältigende Übermacht der auf Initiative Ägyptens vereinigten Armeen fast aller arabischen Staaten. Dem Kriegsgeschehen vorangegangen waren vor den Augen der untätigen UNO und der Welt von arabischer, vor allem von ägyptischer Seite ausgestoßene Drohungen, Israel endgültig von der Landkarte zu tilgen und seine Bevölkerung ins Meer zu jagen, die in der ägyptischen Schließung der israelischen Lebensader, der Meerstraße von Tirana, gipfelten.

Im Verlauf der Kampfhandlungen hat die Armee Israels, angeführt von ihrem

damaligen Generalstabschef Itzchak Rabin und dem Verteidigungsminister Mosche Dajan, sämtliche arabischen Armeen umfassend geschlagen und den Staat Israel und seine Bevölkerung schicksalhaft vor der durch die arabischen Machthaber angedrohten existentiellen Vernichtung bewahrt. Gleichzeitig konnten die dem damals noch schwachen jüdischen Staat unmittelbar nach seiner Gründung im Jahre 1948 durch arabische Aggression geraubten Gebiete Judäas, Samarias und Galiläas sowie der die jüdischen Heiligtümer tragende, den Juden vorsätzlich unzugänglich gemachte Ostteil der ewigen jüdischen Hauptstadt Jerusalem befreit und Jerusalem nach ewiger Fremdherrschaft und durch den Islam begangener vorsätzlicher Entweihung und multipler Zerstörung uralter heiliger jüdischer Stätten endlich und dauerhaft wiedervereinigt werden.

Dass sich die hiesigen und auswärtigen Feinde Israels damit nicht abfinden können, beweist der kürzliche überaus widerwärtige Erlass des Irak. Die schiitische Mehrheit im irakischen Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das jeglichen Kontakt zu Israel unter drakonische Strafen stellt. Das Gesetz betrifft auch ausländische Firmen und Privatpersonen im Irak. Eine Empörung über diesen antisemitischen Exzess hielt sich in unseren Medien und unserer Politik deutlich in Grenzen.

Im gleiche Sinne ist auch die hiesige Medien-Berichterstattung zu werten über die jüngsten islamischen Ausschreitungen auf dem Tempelberg, dem mit einer Eroberungsmoschee der islamischen Eroberer überbauten Dach des uralten jüdischen Tempels in Jerusalem.

Ändern an dem Fortbestehen des wiedergeborenen, erfolgreichen und wehrhaften jüdischen Staates wird das nichts.

War Israel vor dem 6-Tage-Krieg noch nahezu täglich von der physischen Vernichtung durch seine arabischen Nachbarn bedroht, änderte sich seine Sicherheitsla-

ge nach dem erfolgreichen Kriegsgeschehen grundlegend, besonders als auch der wiederholte arabische Vernichtungsversuch im Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 erfolgreich abgewehrt wurde, trotz der anders als im gegenwärtigen Fall der Ukraine dem jüdischen Staat durch die damalige SPD-Regierung verweigerter Überlebenshilfe.

Seither hat sich Israel, der einzig freiheitlich-demokratische Staat westlicher Prägung in der gesamten Region zu einer unverzichtbaren High-Tech Macht entwickelt und beschert seinen Bürgern Sicherheit und Wohlstand.

Als Zeichen der Solidarität mit dem jüdischen Volk und der großen Bedeutung des historischen Geschehens entsprechend dankt die Jüdische Rundschau den gefallenen jüdischen Soldaten und Helden des Juni 1967 und werden sie in ewiger Erinnerung behalten.

In diesem Sinne wünsche ich dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen alles erdenklich Gute und ein gesundes Chag Shewuoth Sameach.

**Am Israel Chai!**

**Ihr  
Dr. Rafael Korenzecher**

# Die kriegstreiberische Rhetorik der Grünen

Die Grünen im Kriegsieber: Aus der ehemaligen „Friedenspartei“ wurde ganz offensichtlich und gegen jeden vernünftigen und im Sinne der unschuldigen Opfer moralisch begründeten Deeskalations-Anspruch eine grüne gefärbte fanatisierte Lobby der Waffenindustrie. Wurden Waffenexporte in Kriegsgebiete im Wahlprogramm noch ausgeschlossen, rufen jetzt grüne Parteisoldaten nun lauter als alle anderen danach. Der in seiner damaligen Überzogenheit geradezu infantile ehemalige Pazifismus scheint für Außenministerin Annalena Baerbock und ihre politischen Seitengänger angesichts des Ukraine-Kriegs ausgedient zu haben. Heute warnt sie, man mag es glauben oder nicht, tatsächlich und eindringlich vor der „Kriegsmüdigkeit“ des Westens. (JR)

Von Mirjam Lübke

»Kriegsmüdigkeit« mache sich in den westlichen Staaten breit – davor warnte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei einem Treffen des Ostseerates in Kristiansand. »Wir haben einen Moment der Fatigue erreicht«, sagte sie im Hinblick auf die Angst in Europa vor steigenden Energiepreisen durch den Krieg in der Ukraine. Man kann nur staunen: Ist das noch die Annalena Baerbock, die wir aus dem Wahlkampf kennen? Stets plapperte sie ein wenig unbeholfen, naiv, aber fröhlich daher, die Medien und die Wähler verziehen ihr einfach alles: Schummelei im Lebenslauf und Plagiate in ihrem Buch »Jetzt – Wie wir unser Land erneuern«. Die Medien schilderten sie uns als eine erfrischende Abwechslung im Einerlei des Politikbetriebes. Nun zeigt man sich von ihrem neuen Selbstbewusstsein beeindruckt, ebenso von ihrem kompromisslosen Auftreten im Kreis der Außenminister. Doch Moment: Geht es hier noch um den Krieg in der Ukraine oder die Reifung der Annalena Baerbock zur streitbaren Amazone, welche die Europäer mit erhobenem Schwert in den Kampf führt?

»Die Maus, die brüllte« hieß ein britischer Filmklassiker mit Peter Sellers, in dem ein kleines Fürstentum sich mit den Vereinigten Staaten anlegt – als hätten die Macher damals schon Frau Baerbock vor Augen gehabt. Doch der aktuelle Krieg darf weder als Selbstfindungstherapie für die Außenministerin genutzt werden, um ihr Profil auf dem internationalen Parkett zu schärfen, noch eine Gelegenheit für die Grünen sein, zu zeigen, dass sie auch »hart können«. Das bringt der Ukraine den Frieden nicht zurück.

Als Juden mit großem Herzen für das von Feinden umgebene Israel wissen wir um die Notwendigkeit von Verteidigungsbereitschaft für den Fall der Fälle. Notwehr und Nothilfe – »Steh nicht still beim Blut deines Nächsten«, sagt die Bibel – sind im jüdischen Recht durchaus vorgesehen. Der Talmud nennt hier das Beispiel eines nächtlichen Einbruchs: Wird der Dieb von einem Hausbewohner auf frischer Tat ertappt, so steht zu befürchten, dass er, um seine Straftat zu verdecken, den Hausbewohner tötet. Dieser geht also straflos aus, wenn er dem Dieb zuvorkommt, weil er sein eigenes Leben selbstverständlich schützen darf. Daraus kann man auch das Recht eines Staates ableiten, sich gegen einen Aggressor zu verteidigen, der die eigene Heimat überrennt, so wie es Putins Armee in der Ukraine getan hat. Vorrang muss hier der Schutz der Zivilbevölkerung haben, nicht nur der eigenen, sondern auch der des angreifenden Staates, wenn man zur Selbstverteidigung Truppen in sein Territorium schicken muss. So warnt etwa die israelische Armee stets durch Flugblätter oder Telefonanrufe bei Vertrauenspersonen vor, wenn sie eine Raketenstellung der Hamas durch einen Luftangriff zerstört, damit Zivilisten das Gebiet verlassen können.

Auch wenn die Halacha keinem grenzenlosen Pazifismus huldigt, so fordert sie stets die Abwägung der Rechtsgüter der beteiligten Parteien. »Kriegslust«



Pazifismus passt wohl nicht mehr in die Politiklinie der Grünen

ist hierbei unangemessen, die Kampfhandlungen sind notwendiges Übel zur Schadensabwehr, bei denen die Verhältnismäßigkeit im Auge behalten werden muss. Hauptziel muss sein, den Angreifer so weit zurückzudrängen, dass er keinen Schaden mehr anrichten kann – alles darüber hinaus ist sorgfältig zu überdenken. Eben diese Sorgfalt lassen die Grünen gegenwärtig sehr vermissen, es scheint, als seien sie in eine Art Kriegstaumel geraten, der sie – in Moral gegürtet – ihren bisherigen Pazifismus vergessen lässt. Noch in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021 hörte sich das so an: »Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von europäischen Rüstungsex-

Israel bei ihrem Besuch im Februar dieses Jahres darf man sie durchaus daran erinnern: Auch während notwendiger Kampfhandlungen zur Selbstverteidigung sollte stets ein Kanal für Verhandlungen mit dem Gegner offenbleiben, auch im Hinblick auf die »Zeit danach«. Noch einmal zur Erinnerung: Es geht darum, das Eigene zu schützen, nicht den Gegner zu vernichten.

Leider jedoch paaren sich bei den Grünen – und anderen linken Bewegungen – hier zwei unselbige Eigenschaften, die nicht nur konstruktive Lösungen verhindern, sondern auch eine gewisse Zukunftsorientierung vermissen lassen – obwohl diese angeblich der Leitgedanke ihrer Politik ist. Das eine ist die Weigerung, mit politischen Gegnern in einen kritischen, aber demokratischen

nicht schwimmen kann, wird kaum ins Wasser springen, um einen Ertrinkenden zu retten – das würde nur dafür sorgen, dass am Ende zwei Menschen in Not geraten sind. Das heißt im Gegenzug nicht, dem Ertrinkenden die Hilfe komplett zu verweigern, sondern ihm etwa einen Schwimmreifen zuzuwerfen. Es nutzt niemandem, wenn Deutschland sich – wie der Nichtschwimmer – vollkommen in seinen Möglichkeiten überschätzt, anstatt auch das eigene Überleben im Auge zu behalten. Konkret bedeutet dies, auf die Folgen zu schauen, die etwa ein Gasembargo für die deutsche Wirtschaft hat. Faktisch ist es so, dass wir noch bis 2030 vertraglich an die russischen Lieferungen gebunden sind – also zahlen müssen, ohne etwas dafür zu bekommen. Putin wird wahrscheinlich herzlich darüber lachen, wenn er das bezahlte, aber nicht gelieferte Gas an andere Länder noch einmal verkaufen kann. Dieses Embargo verkürzt den Krieg nicht.

Es wird derzeit sehr viel Opferbereitschaft von den Bürgern gefordert, ohne dass man ihnen erklärt, wie es nach Beendigung des Krieges für sie wirtschaftlich weitergehen soll. Berechtigten Ärger zog sich Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow zu, als er leichtfertig äußerte, die 7000 Beschäftigten der Glasindustrie seines Bundeslandes müssten sich darauf einrichten, ihre Jobs dem Krieg zu opfern. Glasherstellung benötigt viel Energie und rentiert sich bald nicht mehr, da erschien es dem Ministerpräsidenten wohl angemessen, der Branche im Namen der Kriegsmoral den endgültigen Todesstoß zu verpassen. Natürlich nahmen die Beschäftigten das nicht ohne Protest hin, also hoffte man auf einen durch Wirtschaftsminister Robert Habeck aufgespannten Rettungsschirm. Der blieb allerdings ebenfalls aus. Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen die Verantwortlichen kopflos, aber mit viel Haltung durch die Kriegspolitik stolpern.

Das Mindeste, was die Bürger in dieser Situation erwarten können, ist eine offene Debattenkultur, die nicht nur ihre wirtschaftlichen Sorgen ernst nimmt, sondern auch ihre Befürchtungen vor einer Ausweitung des Krieges auf ganz Europa – auch wenn Annalena Baerbock einem Atomkrieg »gelassen entgegenseht«. Es mag stimmen, dass einige Deutsche den Ambitionen Putins zu viel Verständnis entgegenbringen, aber daraus darf keine Tabuisierung der Forderung nach neuen Friedensverhandlungen abgeleitet werden, wie sie von der AfD und Teilen der Linken kommen. Man mag von beiden Oppositionsparteien halten was man will, aber angesichts der gleichermaßen blauäugigen und aggressiven Kriegsrhetorik einer Annalena Baerbock macht es zur Wahrung der deutschen Interessen durchaus Sinn, wenn sie für einen Ausgleich in der Diskussion sorgen. Man kann es nur noch einmal betonen: Dieser Krieg darf nicht zu einem Selbstfindungstrip der Grünen missbraucht werden – dazu steht zu viel auf dem Spiel. Es stünde ihnen gut an, nicht durch Überschätzung der eigenen Möglichkeiten weiteres Öl ins Feuer zu gießen.

» Es wird derzeit sehr viel Opferbereitschaft von den Bürgern gefordert, ohne dass man ihnen erklärt, wie es nach Beendigung des Krieges für sie wirtschaftlich weitergehen soll.

portieren wollen wir eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten.«

Zeitenwende grüner Politik

Man kann nur spekulieren, ob die plötzliche Regierungsverantwortung den Sinneswandel verursacht hat, denn die Krisenherde dieser Welt sind zahlreich und rüttelten bisher nicht am grünen Pazifismus – nun jedoch vergisst Annalena Baerbock bisweilen ihre Rolle als »Chefdiplomatin« und übernimmt nahtlos die Rolle, die auch schon Joscha Fischer in seiner Zeit als grüner Außenminister in der Regierung Schröder spielte. Der jüdischen Kriegsethik ist sie als deutsche Außenministerin natürlich nicht verpflichtet, aber im Hinblick auf ihre mahnenden Worte an den Staat

Diskurs einzutreten. Dies gelingt schon in der deutschen Politik nicht, weil es als Zugeständnis an die andere Seite missdeutet wird. Zum zweiten besteht bei ihnen eine verhängnisvolle Neigung, Bestehendes, was aus ideologischen Gründen abgelehnt wird, wie ein altes Gebäude einzureißen, ohne schon brauchbaren Ersatz anbieten zu können: Im Falle der Energiekrise, die durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland noch verschärft wird, wird das besonders deutlich.

Kurzfristige Außenpolitik

Man muss sich dabei immer vor Augen halten, dass Deutschland selbst nicht das Opfer des russischen Überfalls ist, sondern freiwillig die Rolle des »Not Helfers« übernommen hat. Jemand der

# Ein neues jüdisches Gesicht bei BILD TV

Die israelische Reporterin Antonia Yamin wurde 2018 in Berlin Neukölln während einer Berichterstattung in Hebräisch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund angepöbelt und mit einem Böller attackiert. Trotz des Übergriffs entschied die Mutter einer Tochter, sich in Deutschland niederzulassen. Die Jüdische Rundschau traf die deutsch-israelische Journalistin an ihrer neuen beruflichen Wirkungsstätte „Bild Live“. Wie es um die Sicherheit der Juden in Deutschland bestellt ist, beantwortet sie in einem charmanten und ehrlichen Interview. (JR)

Von Björn Akstinat

Zweimal attackierte man sie bereits während und wegen ihrer Arbeit. Die erfahrene Fernsehfrau Antonia Yamin ist seit 1. Mai Chefreporterin des neuen TV-Programms der BILD-Zeitung. Als solche reist sie zu den Nachrichten-Brennpunkten in Deutschland und der Welt. Ihre Berichte - oftmals auch über jüdische Themen - sind meist in der Sendung „BILD LIVE“ zu sehen. 1988 wurde Antonia Yamin als Tochter einer deutschen Christin und eines aus Libyen stammenden Israeli geboren. Die Eltern hatten sich bei einem Israel-Urlaub der Mutter kennengelernt. Antonia wuchs überwiegend in der Küstenstadt Netanja auf. Während ihres Dienstes bei der Armee konvertierte sie zum Judentum. Danach studierte sie Journalismus in Tel Aviv. Nach Deutschland kam sie für ein Praktikum bei der "Frankfurter Rundschau". Bevor sie bei „BILD TV“ landete, arbeitete sie noch beim ZDF als Produzentin im Studio Tel Aviv und zuletzt als Europa-Korrespondentin des israelischen Rundfunksenders „KANN“ in Berlin. Björn Akstinat führte mit Frau Yamin ein Interview zu ihrer Arbeit und ihrem Leben zwischen zwei Kulturen.



Antonia Yamin

**Björn Akstinat: Liebe Frau Yamin, warum braucht Deutschland das neue Programm „BILD TV“ und warum braucht das Programm Sie als neue Reporterin? Wollen Sie selbst besondere neue thematische Akzente setzen?**

Antonia Yamin: Deutschland braucht „Bild TV“, weil es Live-Nachrichten braucht, die schnell sind und auf den Punkt kommen. Ich als "News-Junkie" bekomme nie genug Nachrichten und habe früher oft Meldungen auf Twitter gesehen (beispielsweise zur Flut, zu einem Terror-Anschlag, zum Beginn der Ukraine-Invasion), habe dann schnell mein Fernsehgerät eingeschaltet, um weitere Informationen zu erhalten, aber es gab nichts. Mit der Sendung „BILD LIVE“ hat der Sender in kurzer Zeit bereits bewiesen, dass er schnell auf jede Situation reagieren kann - und zwar mit zunehmendem Erfolg im Zuschauermarkt. Ich denke, es ist Konsens in der deutschen Medienbranche, dass BILD zum Beispiel mit Paul Ronzheimer derzeit die beste Berichterstattung aus der Ukraine leistet. In den letzten 5 Jahren war ich in ganz Europa als Korrespondentin tätig - ich habe jeden Terroranschlag, Naturkatastrophen, Wahlen aber auch Adelshochzeiten begleitet. Ich bin schnell, präzise und schalte gerne live. Das ist mein Vorteil als Reporterin. Ich denke, dass ich genau in so ein Programm hinein passe, und ich mache es während ich eine Halskette mit dem Davidstern trage, weil ich hoffe, dass es eines Tages einfach normal wird. Natürlich setze ich im Programm auch einige jüdische Akzente. So habe ich kürzlich dem Antisemitismus-Skandal bei der Lufthansa durch meine Fernsehberichterstattung zu internationaler Beachtung verholfen: Anfang Mai verweigerten Lufthansa-Mitarbeiter einer größeren

Pilgergruppe von über 100 orthodoxen Juden in Frankfurt/Main pauschal den Weiterflug nach Ungarn - nur weil einzelne keine Corona-Masken tragen wollten.

**Björn Akstinat: Sie sind als jüdische Reporterin bereits zweimal in Berlin-Neukölln attackiert worden. Wie lief das ab? Wer waren die Täter?**

Antonia Yamin: Der erste Angriff war 2018 auf einer Straße in Neukölln. Ich war allein mit meinem Kameramann vor Ort und drei jugendliche Araber haben einen Böller auf mich geschmissen. Der zweite Vorfall passierte in der großen Anti-Israel-Demo im Mai 2021. In beiden Fällen war ich live auf Sendung und habe in mein Mikrofon hebräisch gesprochen. Das zweite Mal war ich mit einem größeren TV-Team vor Ort. Die Leibwächter des Teams haben die Täter erkennen können, sie als arabische Männer beschrieben und auch gehört, wie sie sagten: „Sie spricht hebräisch!“ Es war also ein gezielter Angriff. Leider hat die Polizei in beiden Fällen die Täter im Nachhinein nicht gefunden, obwohl sie einmal deutlich in den TV-Aufnahmen zu sehen waren.

**Björn Akstinat: Was denken Sie und Ihre jüdischen Freunde über diese jährlichen Demonstrationen in Berlin und den muslimischen Antisemitismus in Deutschland?**

Antonia Yamin: Dass es langsam genug sein muss. Es kann doch nicht sein, dass man in Berlin, auch wenn nur für ein Tag, Russland- und Ukraine-Flaggen verbietet, aber Demos erlaubt, in denen man schon vorher weiß, dass Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet werden. Jedes Jahr sagen die Politiker dasselbe. Immer wieder hören wir, dass es beschämend für Deutschland ist, dass Deutschland ein

Problem mit importiertem Antisemitismus hat - aber dann macht doch mal was dagegen! Reden ist nicht genug. Zuletzt versicherte mir am 6. Mai die Berliner Bürgermeisterin Franziska Giffey in einem Interview, dass man in Demos keine antisemitischen und antiisraelischen Äußerungen mehr zulassen will. Da werde ich dranbleiben und die Einhaltung des Versprechens immer wieder prüfen.

**Björn Akstinat: Alle jüdischen Institutionen in Deutschland müssen von der Polizei gesichert werden. Ist ein normales jüdisches Leben in Deutschland möglich und wie sehen Sie die Lage in der Zukunft, also beispielsweise in 20 Jahren?**

Antonia Yamin: Die Tatsache, dass jüdische Institutionen in Deutschland von der Polizei gesichert werden, ist alles andere als normal. Aber wie wir leider immer wieder sehen, ist es auch ein Muss. Ich werde Halle niemals vergessen. Als die erste Meldung kam, war ich bei meiner Oma in Mannheim. Ich stand sofort auf und fing an, meine Sachen zu packen, um schnell loszufahren. Meine Oma fragte mich, was denn los ist. Ich antwortete mit Tränen in den Augen: „In Deutschland versucht man wieder, Juden in Synagogen umzubringen“. Erst als ich dann mit den Überlebenden im Bus saß und alle zusammen „Am Israel Chai“ gesungen haben, war ich erleichtert. Was die Zukunft angeht, da hoffe ich, dass es besser wird. Ich habe mich jetzt entschieden, in Deutschland zu leben und meine Tochter hier aufwachsen zu lassen. Aber ich weiß nicht, was ich machen werde, wenn eines Tages meine Tochter in der Schule gemobbt wird, weil sie Jüdin ist. Und wenn es mal wirklich schlimm wird in Deutschland, habe ich immer noch Israel.

**Björn Akstinat: Sie wuchsen in Isra-**

**el auf. Was denken ihre Eltern darüber, dass Sie als Journalistin und Auslandskorrespondentin nach Deutschland - ins Heimatland ihrer Mutter - zurückgekehrt sind?**

Antonia Yamin: Ich habe erst vor kurzem mit meiner Mama drüber gelacht, dass im Leben immer alles so unerwartet kommt. Meine Mama kam nach Israel für eine Woche Urlaub, traf meinen Vater am zweiten Tag am Strand und als der Urlaub vorbei war, hat sie sich entschieden, dass sie bleibt. Ein Jahr später kam ich auf die Welt - und zwar in Mannheim, weil meine Mama ihre Mutter bei der Geburt dabei haben wollte, aber es war klar für sie, dass sie mich in Israel aufzieht. Und jetzt, 33 Jahre später, hat mich mein Job zurück nach Deutschland geführt und ich werde meine Tochter hier erziehen - eine Entscheidung, die meine Mama total gut findet.

**Björn Akstinat: Halten Sie persönlich die Lage in Israel für sicherer als in Deutschland?**

Antonia Yamin: Die Welt ist gerade kein sicherer Ort - Punkt. Aber ich freue mich, dass ich mich in beiden Ländern zu Hause fühle und dass ich mich immer entscheiden kann, auch woanders zu leben.

**Björn Akstinat: Der Axel-Springer-Verlag, zu dem „BILD TV“ gehört, beschäftigt überdurchschnittlich viele jüdische Journalisten und setzt sich sichtbar für Israel ein. Meinen Sie, dies sollten alle deutschen Medienhäuser tun? Finden Sie, dass einige andere deutsche Medienhäuser in ihrer Personalpolitik und in ihrer Berichterstattung ein Antisemitismus-Problem haben?**

Antonia Yamin: Axel Springer beschäftigt viele großartige Journalisten und ich freue mich, dabei zu sein. Dass zu den

fundamentalen Werten hier die Unterstützung des jüdischen Volkes und das Existenzrecht Israels gehören, bestärkt mich darin natürlich. Aber auch die Vielfalt der Meinungen, die ich hier erlebe, ist sehr angenehm. Wenn alle Medienhäuser in Deutschland gleich wären, würde ich das sehr schlecht finden und sehr undemokratisch. Aber ja, natürlich sehe ich manche Sendungen im deutschen Fernsehen und schüttele den Kopf. Manchmal sieht es wirklich so aus, als ob man es in manchen TV-Sendungen gezielt auf Israel abgesehen hat. Das ist noch ein Grund, warum ich Axel Springer für mich als berufliches Zuhause gewählt habe.

**Björn Akstinat:** Als Tochter einer Christin und eines Juden waren Sie nicht automatisch Jüdin, sondern sind erst im Erwachsenenalter während Ihres Militärdienstes in Israel zum Judentum übergetreten. Warum haben Sie sich für den jüdischen Glauben entschieden?

**Antonia Yamin:** Ich habe mich nicht wirklich für das Judentum entschieden, es war schon immer ein Teil von mir. Meine Mama, obwohl Christin, hat seit ich klein war eine riesige Davidstern-Kette um den Hals getragen. Ich bin in Israel groß geworden und habe bei den Eltern meines Vaters die jüdischen Feste gefeiert. Weihnachten haben wir immer bei Oma und Opa in Mannheim gefeiert und das mache ich bis heute noch so. Irgendwann als ich



Antonia Yamin im Gespräch mit JR-Autor Björn Akstinat

Teenager war, habe ich erfahren, dass ich offiziell keine Jüdin bin. Da habe ich mich geschämt - im Nachhinein eigentlich blöd, weil ich denke, dass diese Vielfaltigkeit mir im Leben nur geholfen hat. Ich habe in der Armeezeit konvertiert, weil ich es offiziell haben wollte, aber ich wusste schon immer, wer ich bin.

**Björn Akstinat:** Wodurch sind Sie auf die Idee gekommen, Journalismus zu studieren?

**Antonia Yamin:** Ich war schon immer sehr neugierig. Das ist vielleicht die wichtigste Eigenschaft eines Journalisten. Und ich habe schon immer sehr gut Geschichten erzählt. Als ich in der Armee war, habe ich eines Tages einen Vortrag von einem Journalisten gehört, der früher Direktor des Präsidiums von Premierminister Yitzhak Rabin war. Ich war fasziniert. Nach dem Vortrag haben wir uns auf einen Kaffee getroffen und er meinte, dass es eine tolle Journalisten-

schule an der Tel Aviver Universität gibt.

**Björn Akstinat:** Sie sind in Israel aufgewachsen und sprechen trotzdem sehr gut Deutsch. Hat Ihre aus Mannheim stammende Mutter mit Ihnen in Israel immer Deutsch gesprochen? Wie war die deutsche Kultur in Ihrem Elternhaus präsent?

**Antonia Yamin:** Ja, meine Mutter hat mit mir nur Deutsch gesprochen und alle anderen Hebräisch. Untereinander haben sich meine Eltern auf Englisch unterhalten. Das führte dazu, dass ich erst im Alter von zwei Jahren mit dem Sprechen anfang. Aber auch das ist okay, weil ich so gelernt habe, dass es viele Möglichkeiten gibt, irgendwas zu sagen und eine Geschichte zu erzählen. Auf der anderen Seite war meine Erziehung sehr deutsch und für israelische Verhältnisse sehr streng. Ich habe die typisch deutschen Sprüche gehört und ich durfte nie zu spät kommen. Einmal, als ich 12 Jahre alt war, bin ich 5 Minuten zu spät gekommen. Meine Mama hat mir daraufhin - mitten in den Sommerferien - sofort Stubenarrest gegeben. Seitdem komme ich nie mehr zu spät und ich bin meiner Mama auch sehr dankbar dafür.

*Björn Akstinat ist Leiter der Internationalen Medienhilfe (IMH), die u.a. deutschsprachige Zeitschriften in Israel unterstützt und das „Verzeichnis jüdischer Medien in deutscher und jiddischer Sprache“ herausgibt (www.medienhilfe.org).*

## Auswärtiges Amt sponsert Israel-feindliche Organisation CFFP

Sie wolle „nicht ausgrenzen, sondern einbinden“ so die deutsche Außenministerin in ihrer Rede beim Feminist Foreign Policy Summit, das vom Auswärtigen Amt finanziell gefördert wird. Doch gerade das CFFP betreibt mit Vorliebe offensives Israel-Bashing. Die grüne Außenministerin scheint dies offensichtlich bei ihrer Förderung nicht zu stören. (JR)

Von Dr. Manfred Schwarz

Die Meldung, dass das deutsche Außenministerium das „Centre for Feminist Foreign Policy“ (CFFP) finanziell fördert, macht Schlagzeilen. Denn das Centrum für feministische Außenpolitik, das besonders in Berlin und London aktiv ist, betreibt offensichtlich Hetze gegen Israel.

Die Israel-feindliche Vereinigung hat auf seiner Internetseite dem israelischen Staat Israel zum Beispiel unterstellt, „ethnische Säuberungen“ zu betreiben. Das CFFP pflegt auch oft den Staat „Israel“ in Anführungsstriche zu setzen – „ein Zeichen, dass der Staat nicht anerkannt wird“ (Bild-Zeitung).

### Weitere Projekte sollen gefördert werden

Bild meldete ebenfalls, dass das Auswärtige Amt (AA) im Jahr 2021 150.000 Euro in CFFP-Projekte gesteckt hat. Nach den Informationen der Zeitung plant das AA, noch weitere Vorhaben des CFFP zu unterstützen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lechte zeigte sich ob dieser Meldungen empört: „Beiträge, in denen Israel in Gänsefüßchen stehen, gehen gar nicht.“ Auch der Bundesvorsitzende der Jungen Union, der CDU-Bundestagsabgeordnete Tilman Kuban, übte heftige Kritik: „Aufklären und schnellstens die Förderung stoppen!“

Inzwischen hat sich das AA zu den Vorwürfen – sehr allgemein gehalten – geäußert: „Die Position des Auswärtigen Amtes zu Israel und zum Nahostkonflikt ist bekannt.“ Deutschland sei „der Sicherheit und Existenz Israels ver-

pflichtet.“ Zu den konkreten Vorwürfen gab es keine Reaktion.

Hierbei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grünen) die „feministische Außenpolitik“ – was immer die auch letztlich beinhalten mag – vorrangig fördern will.

### Feministische Außenpolitik

Kristina Lunz, die Mitbegründerin des CFFP, wollte sich auf eine entsprechende Nachfrage zu der Kritik aus den Reihen der FDP und CDU nicht äußern. Allerdings wurden die entsprechenden, heftig monierten Formulierungen nach der Bild-Anfrage aus dem Internet gelöscht.

Die Feministin Lunz wurde bekannt durch ihre Kampagne „Stop Bild Sexism“ und ihre Aktivitäten für eine feministische Außenpolitik. Das CFFP will „die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt“ stellen und „das internationale Machtgefüge so ändern, dass die Bedürfnisse aller Gruppen gesehen werden und Menschenrechte prioritär behandelt werden.“

Das CFFP meint, im Rahmen der – zu kritisierenden – traditionellen, patriarchalisch geprägten Außenpolitik seien die Staaten ständig bemüht, ihre eigene Macht zu vergrößern. Das funktioniere aber nur durch die militärische Unterdrückung anderer Länder.

### Gegen eine patriarchalisch geprägte Politik

Das CFFP wird auch durch die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen sehr nahesteht. Zu den Unterstützern zählen die SPD-Bundestagsabgeordnete

Michelle Müntefering (NRW) und die umstrittene ehemalige Berliner SPD-Staatssekretärin Sawzan Chebli, die Mitglied des CFFP-Advisory Board ist.

Kristina Lunz, die auch als Mit-Geschäftsführerin des CFFP fungiert und einige Zeit ebenfalls als „Beraterin“ des Außenministeriums gearbeitet hat, wurde vom Handelsblatt zu ihrem Buch „Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch“ interviewt.

In diesem Interview hat Lunz sich auch über die Kriegspolitik von Wladimir Putin geäußert. Sie ist der Ansicht, dass Putin „ein toxisches maskulines Bild verinnerlicht“ habe. Insbesondere die Invasionspolitik des russischen Präsidenten sei Ausdruck eines patriarchalischen Verständnisses von Politik, die allgemein immer mehr zur „Zerstörung, zu mehr Tod“ führen werde.

Deutsche Regierung unterstützt „palästinensische“ Behörde

Die Bundesrepublik stützt noch etliche andere Organisationen, die Israel alles andere als friedlich gesonnen sind. Erst am 15. September 2021 gab das „palästinensische“ Nachrichtenportal „Wafa“ bekannt, dass die deutsche Regierung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde (PA), die autoritär die Westbank regiert, eine erneute Unterstützung in Höhe von 100 Millionen Euro zugesagt hat, die innerhalb der nächsten zwei Jahre ausgezahlt werden sollen. Dass im Westjordanland schon seit 16 Jahren keine Wahlen mehr stattfinden, stört die Berliner Ampelkoalition offenbar nicht.

Allerdings haben bisher weder das deutsche Vertretungsbüro in Ramallah noch das AA oder das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenar-

beit und Entwicklung (BMZ) auf ihren Internet-Seiten eine Meldung zu den deutschen Unterstützungsgeldern veröffentlicht.

Diese mangelhafte Finanz-Transparenz hat freilich in bundesrepublikanischen Regierungsstellen seit langem Tradition. Insbesondere in Bezug auf Transferleistungen für die Autonomiebehörde.

Das unabhängige Nahost-Thinktank Menawatch schreibt dazu: „Gerade die Auszahlungen von Hilfgeldern an die palästinensischen Gebiete sind seit Jahren höchst problematisch, denn damit werden u.a. die sogenannten Terror- oder Märtyrer-Renten ermöglicht – bei denen verurteilte und getötete Terroristen bzw. deren Angehörige, Zahlungen von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhalten – und Terrororganisationen und Terrororganisationen mitfinanziert.“

NGOs und Parteistiftungen: Zweifelhafte Kooperationen

Oft undurchsichtig ist auch die Zusammenarbeit von NGOs und Auslandsbüros von deutschen Parteistiftungen. Etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nicht selten kooperieren solche Auslandsbüros auf problematische Weise zum Beispiel mit Organisationen, deren Mitarbeiter enge Kontakte zu islamistischen Terrororganisationen pflegen oder gar Mitglieder dieser Terrorvereinigungen sind.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) genannt. Die USA, Kanada, die Europäische Union und Israel haben die PFLP offiziell als terroristisch eingestuft.

# BDS-Veranstaltung in der Evangelischen Hochschule Freiburg

„Verschlossene Räume – Wo ist der Schlüssel“ war der bizarre Titel einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Diskursräume ermöglichen – Kontroversen aushalten“ der Freiburger EH. Zum Thema „Israel-Palästina-Konflikt“ wurden auch BDS-Vertreter eingeladen. Pro-israelische Stimmen waren allerdings vom Podium ausgeschlossen. (JR)

Von Simone Schermann

Die Evangelische Hochschule Freiburg (EHF) sorgte Anfang Mai dafür, dass die Antisemiten-Truppe von „Palästina spricht“ nach dem Brüllen judenfeindlicher Hassparolen von Freiburg bis Berlin, nun auch in einer kirchlichen Einrichtung ungestört Propaganda betreiben konnte.

„Verschlossene Räume – Wo ist der Schlüssel“ war der bizarre Titel der Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Diskursräume ermöglichen – Kontroversen aushalten“.

Dazu lud die EH zum Thema „Israel-Palästina-Konflikt“ sechs BDS-Leute zum geschlossenen Stuhlkreis der antisemitischen Israelboycott-Bewegung ein. Pro-israelische Stimmen waren vom Podium ausgeschlossen, was fehlte, war die Kontroverse. Die Stadt im Breisgau ist seit einem Jahr im Begriff, der südliche Außenposten von Islamofaschisten, Israelhassern und Vernichtungsfanatikern zu werden.

Dabei hatte 2019 der Bundestag den Beschluss gefasst, Unterstützern der antisemitischen BDS-Kampagne, deren oberstes Ziel die Vernichtung Israels ist, weder staatliche Unterstützung noch die Nutzung von Steuerzahlern finanzierter Räume mehr zu gestatten. Auf dem Klageweg wird nun sukzessive in Städten und Kommunen, der sich kurzzeitig in der Krise befindenden Judenfeindschaft, weit Tür und Tor geöffnet, denn schließlich ist der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft längst angekommen. Die verhinderten „Israel-Abschaffer“ trafen sich zur Konsolidierung gemeinsamer Werte: Thema „Meinungsfreiheit.“ Dazu lud die Evangelische Hochschule Freiburg (EHF) Anfang Mai nur „BDS-Experten“, einer davon ein Vertreter von „Palästina spricht“.

Gott bewahre die Evangelische Kirche davor, Judenfeinde, Israelhasser und Terrorbefürworter durch unangenehme Fragen stören zu lassen.

Beim Versuch „Verteidigung der Meinungsfreiheit“, dem „Diskurs um Israel/Palästina in Deutschland“ und bei ihrem Begehren „einen offenen Diskurs und das Teilen unterschiedlicher Perspektiven anregen“ zu wollen, so in der Ankündigung, hat die EHF dabei aber im Sumpf ihres selbst gestalteten Anti-israel-Kultes den Schlüssel für den Ausgang nicht mehr gefunden.

Auf der Straße brüllte „Palästina spricht“ bereits im Mai 2021 in Freiburg seine „Perspektive“ heraus, spricht seitdem abermals dem einzigen demokratischen Staat im Nahen Osten das Existenzrecht ab und solidarisiert sich mit antisemitischen Terrorregimen wie Hamas und Hisbollah. Evangelischerseits sah die Freiburger Hochschule sich nun berufen, Vertretern und Freunden dieser radikal-antisemitischen Truppe eine exklusive Propagandaveranstaltung zu gewähren, die jede projüdisch-israelische Gegenposition vermied.

Letztes Jahr hatte die EHF ein kontroverseres Podium anberaumt, das sogar jüdische Stimmen erlaubte. Aber man glaubt es kaum: die BDS-nahe Gruppe



Bei der Auswahl ihrer Gäste sollte die EHF genauer hinsehen

von „Palästina spricht“ sagte kurzfristig ab, sodass die Hochschule die ganze Sache platzen ließ, da sonst nur jüdische Stimmen zu Wort gekommen wären.

Im jüngst angesetzten Podium sympathisierten alle sechs mit der einschlägig bekannten BDS-Bewegung an. So ließ die EHF, auf der Suche nach dem ominösen „Schlüssel für verschlossene Räume“, „Fachleute“ auf dem Gebiet des Israelhasses komplett unter sich brillieren und schafft so freie Diskussionsräume, für die Königsdisziplin selbsternannter

Angesichts der braunen Geschichte der Evangelischen Kirche ist nichts daran verwunderlich. Selten war der Dialog unter deutschen Experten so offen voreingenommen, faktenungetrüb und einseitig wie in der BDS-Veranstaltung in der EHF. Außer vor rund 80 Jahren, bei der freiwilligen Gleichschaltung der NSDAP-hörigen Deutschen Evangelischen Landeskirche unter Reichsbischof Ludwig Müller, gleich nach der Macht ergreifung Adolf Hitlers. Um Faktenfreiheit zu schaffen, diente sich die Evange-

Entjudung – der Heiligen Schrift, später um die Auslöschung des Judentums als Ganzes.

Die Evangelische Kirche hat sich derart schuldig gemacht, den Hass gegen Juden tief in die Herzen der Gesellschaft hinein zu pflanzen und mit Selbstverständlichkeit eine Theologie praktiziert, die Auschwitz mitemöglicht hat. Sie war eine nationalsozialistische Kirche gewesen, die mit Elan, einer unglaublichen Akribie und in der vollen Überzeugung höchst wissenschaftlich vorzugehen, um nachweislich zu zeigen, dass Jesus keinerlei jüdische Wurzeln habe.

Der Antijudaismus als Grundpfeiler der protestantischen Theologie setzt seine Tradition jahrhundertalter Judenfeindschaft heute fort, geboren aus einem einzigen Grund: man kommt einfach mit dem Gedanken nicht klar, dass die Juden zuerst da waren. Denn Jesus kann kein Jude gewesen sein und Israel eben auch kein jüdischer Staat. Unerträglich ist es diesen Gesellen, dass das Christentum von einem Juden begründet wurde, die christliche Religion in der jüdischen Religion wurzelt, wie eben der noch später entstandene Islam. Je unbestreitbarer, desto unerträglicher sind Fakten für Judenhasser auch heute noch.

Wie in der Politik, in der Verwaltung und in der Justiz haben auch in den Kirchen nach 1945 die alten Eliten in Deutschland wieder Führungsrollen übernommen. Die Politisierung der Evangelischen Kirche hat bis heute nicht aufgehört und nach dem Hass auf Juden nun mit Israel seine Perspektive nie gewechselt.

Zum alten Selbstbewusstsein zurückgekehrt sitzen also sechs BDS-ler und mixen gemeinsam einen Giftcocktail aus altbekanntem und neugebrautem Judenhas in einer kirchlichen Einrichtung. Mit den Experten-Forderungen „From the river to the sea - Palestine will be free“ und „Scheißjude – Drecksjude“, wird 80 Jahre nach den ebenso brauchbaren Er-

## Der Antijudaismus als Grundpfeiler der protestantischen Theologie setzt seine Tradition jahrhundertalter Judenfeindschaft heute fort

„Experten“: der Dämonisierung und Delegitimierung Israels. Freedom of speech ist für die EHF, wenn die Initiatoren der unlängst am 1. Mai 2022 in Berlin stattgefundenen Sprechchöre von „Palästina spricht“ mit dem etwas plakativen Motiv „Scheißjude und Drecksjude“ unbehindert durch sinnloses Hinterfragen in der Freiburger Hochschule kultiviert plaudern dürfen.

### Die chronische Haltung der Evangelischen Kirche

Die Evangelische Kirche hat ein klares Antisemitismus-Problem, wenn sie so etwas zulässt. Denn die EHF rechtfertigt die Podiumszusammenstellung so: „Auf dem von einem Journalisten moderierten Podium sprechen Expert\*innen und politische Aktivist\*innen. Sie bringen also aus unterschiedlichen Fachgebieten ihre Expertise ein“, die Hochschule wolle „eine offene Gesprächskultur“ praktizieren und „Dialog“ zulassen, so Rektorin Renate Kirchhoff und weist den Vorwurf der Einseitigkeit zurück.

liche Kirche damals leidenschaftlich im „Dritten Reich“ den Nazis an.

Der gemeinsame Feind von Kirche und Politik war: Jesus der Jude. Kurz entschlossen gründete man zur Abschaffung von Tatsachen am 6. Mai 1939 im thüringischen Eisenach das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, getragen von 11 deutschen evangelischen Landeskirchen, die sich zur Finanzierung zusammentaten – ganz ohne Zwang durch den NS-Staat. Landesbischof Ludwig Müller (später Reichsbischof) posierte unterm Hakenkreuz mit dem Hitlergruß bereits im September 1933 bei der Eröffnung der Nationalssynode in Wittenberg.

Das evangelische „Entjudungsinstitut“ sollte Glaube und Kirche von allem Jüdischen befreien, alles ausmerzen, was jüdisch ist im Christentum: aus dem kirchlichen Leben, den Gottesdiensten, den Gemeinden, dem Unterricht sollten alle Elemente der jüdischen Tradition getilgt werden. Es ging um die Reinigung – die

fahrungen mit dem hauseigenen Entjudungsinstitut und dem nicht ganz erfolgreichen Ausmerzen der Juden weltweit nun die Auslöschung Israels im Fokus bewahrt: denn diese Meinungsfreiheit ist für Protestanten Freiburgs ein hohes Gut.

Der Podiumsgast und „Raum-Einkläger“ für die antisraelische Boykottbewegung BDS, Lothar Zechlin, bringt die Sache für die EHF auf den Punkt. In seinem Blog titelt er: „Auf Antisemitismus (oder das, was manche dafür halten) kommt es bei der Meinungsfreiheit nicht an. Mit seiner erfolgreichen Klage, nach der nun BDS staatliche Räume in München nutzen darf, ist der deutsche Steuerzahler der „Sugar-Daddy“ dafür.

BDS ist ein politischer Akteur, agiert gegen die Koexistenz von Juden und Muslimen in einem israelischen Staat und sieht sich sogar Einverstanden mit Gewalt und Terror, samt dem Ziel Israel, den einzigen jüdischen Staat, von der Landkarte zu tilgen.

### Die „Entjudung“ der Evangelischen Kirche

Der Jenaer Theologe Walter Grundmann, Leiter des „Entjudungsinstituts“, war überzeugter Nationalsozialist und auch ein militanter Antisemit. In seiner Schrift über „Das religiöse Gesicht des Judentums“ von 1942 schrieb er: „Der Jude muss als feindlicher und schädlicher Fremder betrachtet werden und von jeder Einflussnahme ausgeschaltet werden.“

Die großangelegte „Entjudung“, war das Ziel, um jüdische Begriffe aus dem Neuen Testament zu entfernen: Jesus



Walter Grundmann: „Die Entjudung des religiösen Lebens als Aufgabe deutscher Theologie und Kirche“

sollte als Gegner des Judentums erscheinen und nicht auch noch selbst als Jude. Entjudete Bibeln, entjudete Gesangbücher. Mit seinem enthusiastischen „Entjudungsinstitut“ zur Befreiung der Christen vom Juden Jesus, hat der Protestantismus einen entscheidenden und exklusiven Beitrag zur Vernichtung der europäischen Juden geleistet.

Die Fatah von Mahmud Abbas hat 2020 ein Lied veröffentlicht, in dem dazu aufgerufen wird, Jerusalem „von den Juden zu befreien“, „Jerusalem zu erlösen“ und den „Friedhof der Juden vorzubereiten“, wie Mena-Watch (Der unabhängige Nahost-Thinktank) berichtete.

Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärte: „Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der

glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk!“

Aus den Betroffenheitsexperten, die zur alljährlichen Kristallnacht alle fleißig, Graben, Recherchieren, Stolperstein-Polieren und Diskutieren, um sich der Einzigartigkeit der deutschen Geschichte zur vergewissern und sich damit über die eigene Bedeutungslosigkeit hinwegzutrusten, haben ihr Schoa-Business restrukturiert. Sie retten heute die Meinungsfreiheit von Muslimen die „Drecksjude und Scheißjude“ rufen und auf der Berlin-Demo am 1. Mai 2022 kritische Journalisten der BILD entfernen ließen, die sie ebenfalls als „Drecksjuden“ bezeichneten. In dieser Funktion arbeitete „Palästina spricht“ erfolgreich mit der Berliner Polizei und ließ auch jüdische Journalisten entfernen.

Die „Wiederjudmachung Deutschlands“ (wie der von mir verehrte Eike Geisel schrieb) ist vollbracht. Die „christlich-jüdische Verbrüderung“ findet in bombensicheren Ghetto-Gemeinden statt und bald ist keine mehr ohne eigenen Judenreferenten, man nennt ihn heute auch Antisemitismusexperten. Aus den einstigen „Vernichtungsexperten“ sind unter Glanz und Gloria der letzten Jahrzehnte die „Expert\*innen und politische Aktivist\*innen“ auf dem Gebiet der „Boykott, Desinvestment und Sanktion-Fraktion“ geworden – jeder davon ein potentieller Fachmann. Unter der Schirmherrschaft der EHF wird die Entgrenzung der Banalität des Guten entfacht: Was Antisemitismus ist, bestimmen deutsche Fachgrößen. Auf deren historische Expertise kommt es eben an.

Jedem Menschen müsste die rigide, frauenfeindliche, homophobe und vor allem die rassistische Israel-Politik von Hamas, Iran, der Hisbollah und ihrer „Palästina spricht“ Freunde auffallen – nicht so den Experten der EHF, obwohl Gaza und viele arabische Länder um Israel längst „judenrein“ sind. Oder gerade weil? Vielleicht wird Freiburg deshalb

## Der Nationalsozialismus unserer Zeit ist der judenhassende, gewalttätige Islamofaschismus.

gerade zum Hotspot von Antisemiten, Israelhassern und Terrorverstehern.

Denn der Freiburger Martin Horn (parteilos) bewies unlängst, dass er wahrlich ein Oberbürgermeister des „gesunden Menschenverstands“ ist, der sich nur dann fachmännisch über Demonstrationen echauffiert, wenn sie nicht von gewaltbereiten Islamofaschisten kommen. Wird in seiner Stadt von muslimischen Judenhassern auf Arabisch gefordert, die „Juden zu Schlachten“, wird der Holocaust von Muslimen relativiert, der jüdische Staat dämonisiert und delegitimiert, schweigt Horns gesunder Menschenverstand hartnäckig.

Die Stadt genehmigte im Mai 2021 eine Demo. Der Anlass dafür war der Raketenterror gegen die israelische Zivilbevölkerung, mit zu diesem Zeitpunkt rund tausend auf Israel abgefeuerten Raketen. „Palästina spricht“ brüllte auf dem Platz der Alten Synagoge, im Herzen der Stadt Freiburg, den Schlachtruf: „Chaybar, Chaybar ya Yahud“ (ein arabisch-islamischer Schlachtruf, in voller Länge: „Chaybar, Chaybar, ya Yahud, Jaish Muhammad sa yaud“. Zu Deutsch: Ihr Juden Chaibars (zu Zeiten Mohammeds eine von Juden besiedelte Oase), das

Heer Mohammeds wird zurückkehren. Im Jahr 628 wurde der jüdische Stamm von Chaybar von Mohammed und seinem Heer angegriffen und fast völlig ausgelöscht. Frauen und Kinder wurden versklavt – Anm.d.Red.). Sie schrien nach einem Palästina „from the river to the sea“ – forderten also die Auslöschung Israels.

Ich erinnere mich noch deutlich an das Gefühl, beim Anblick des grölenden Mobs: So müssen sich die Juden nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland gefühlt haben, als sie damals die Mordaufrufe auf den Straßen ihrer deutschen Heimat hörten und die ihnen galten. Zwischen hunderten hasserfüllten Männern stand ein Einpeitscher, der die Schlachtaufrufe vor- und dem alle anderen nachbrüllten. Der braune Mob hat in Deutschland einen Wiedergänger gefunden: Der Nationalsozialismus unserer Zeit ist der judenhassende, gewalttätige Islamofaschismus.

Die Freiburger Partei „JUPI“ sprach im offiziellen Amtsblatt der Stadt Freiburg vom Mai 2021 von „offen zur Schau gestelltem Antisemitismus.“ Es wurden Schilder gezeigt, die insinuierten sollen, dass Israel vorsätzlich Kinder töte und so die antisemitische Ritualmordlegende fortgesetzt. Außerdem sah man Plakate, die von einem angeblichen Genozid an der „palästinensischen“ Bevölkerung handeln, direkt neben einem Schild, welches die Situation der „Palästinenser“ mit der Shoa gleichsetzt. Das relativiere die Verbrechen der Nazis und erfülle den Tatbestand der Volkverhetzung. BDS mache auf seiner Homepage unmissverständlich klar, dass sie den jüdischen Staat Israel zerstören wollen. „Hier reiht sich die letzte Demonstration von Palästina Spricht mit ein“, so die im Stadtrat Freiburgs sitzende Partei. Man sah Flaggen, die eine Nähe der Gruppierung zur radikalislamischen Terrormiliz Hamas und Hisbollah zeigten, sodass die Fraktion juristische Konsequenzen forderte. Von einer „brandaktuellen, gefährlichen Ideologie, die das friedliche Zusammenleben“ bedrohe, ist die Rede.

Am 17. Mai 2021 auf Radio Dreyeckland.

Der Freiburger Oberbürgermeister Martin Horn sprach jedoch im SWR-Interview vom Januar 2022 nach einer Anti-Corona-Maßnahmen-Kundgebung von „Corona-Leugnern und Leugnerinnen“, die wie „Spaltpilze in der Gesellschaft“ wirkten. Er sähe eine Radikalisierung, die „alle Grenzen überschritten hat“ und forderte ein „hinschauen und benennen“ statt „wegzuschauen.“ Er appellierte mit Betroffenheitsmine an „den gesunden Menschenverstand“ und forderte eine „gesellschaftliche Gegenbewegung.“ Auf der Demo habe es ein Plakat gegeben, dass die Polizeikräfte mit KZ-Wächtern gleichgestellt haben soll. Es steht außer Frage, dass solche Vergleiche abscheulich und vollkommen inakzeptabel sind. Martin Horn schwieg aber, als eine Horde gewaltbereiter Muslime in seiner Stadt zur Tötung von Juden aufriefen und gegen Israel hetzten. Er schwieg, als Holocaust-Relativierungen von muslimischen Judenhassern kamen, die mit Nazi-Vergleichen den Holocaust und Israels Demokratie verhöhnern. Er schwieg, als die Polizei nichts dagegen unternahm und völlig passiv zuschaute, als gewaltbereite arabische Holocaustleugner im Chor zu Hunderten judenfeindliche Parolen grölten.

Wer schweigt, stimmt zu. Wer schweigt, ist ein Mitläufer. Wer schweigt, macht sich mit Judenhassern gemein. Denn wie predigte Steinmeier in seiner Funktion als Bundespräsident: „Wer auf den Straßen den Schulterchluss mit Rechtsextremisten sucht, aber auch wer nur gleichgültig neben Neonazis, Fremdenfeinden und Antisemiten herläuft, wer sich nicht eindeutig und aktiv abgrenzt, macht sich mit ihnen gemein.“ Wie verhält es sich hier mit Martin Horn und den Islamofaschisten auf den Straßen Freiburgs?

Der gesunde Menschenverstand von Martin Horn verbietet ihm vermutlich, überhaupt Stellung zu offen zur Schau gestelltem Antisemitismus in seiner Stadt zu beziehen, eine Gegenbewegung hält er hier nicht für notwendig.

Oder ist es ein Schulterchluss ohne jegliche roten Linien von Freiburgs Politik und Kirche mit Hetzern, Antisemiten, Holocaustleugnern und Islamofaschisten?

Simone Schermann ist in Haifa geboren und wuchs in der jüdischen Gemeinde Frankfurt auf. Sie studierte Neuere und Neueste Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Europäische Ethnologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie ist heute freischaffende Historikerin und forscht zum Thema Theodor Herzl. Sie ist Vorsitzende im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis (Ettenheim), der sich für Israel und das Judentum in Deutschland einsetzt.

### DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

# Wie der Islam unsere Schulen verändert

*Die Massen-Migration aus islamischen Ländern hat auch zu einem demographischen Wandel an den Schulen geführt. Während früher Übergriffe auf jüdische Schüler nur die Ausnahme waren und zu Diskussionen führten, sind sie heutzutage leider trauriger Alltag und bleiben vielfach unerwähnt. Die Islamisierung schreitet - von vielen Lehrern, Eltern und der Politik ungebremst - voran. Nichtmuslimische Schüler müssen sich vielerorts den Ansprüchen ihrer islamischen Mitschüler unterordnen, um nicht deren vorgeschobene religiöse Befindlichkeiten zu „verletzen“. Dabei geht die Vermittlung einer offenen Weltanschauung an unseren Schulen und in der Folge auch in unserer Gesellschaft nahezu vollständig verloren. (JR)*

Von Petra Drews

In Städten mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil stellen Muslime in vielen Schulen etwa zwei Drittel der Schüler und Schülerinnen dar.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, verhindert der Islam auch hier eine Integration in die freiheitlich geprägte und westlich orientierte Schulgemeinschaft und versucht, seine muslimisch konservative Weltanschauung durchzusetzen. Die Interessen nichtmuslimischer Schüler werden dabei aus den Augen verloren und muslimischen Wünschen und Vorgaben untergeordnet. Nichtmuslimische Schüler und Lehrer sind immer mehr aufgefordert, sich „rücksichtsvoll“ zu verhalten. Aktuell diktiert eine Schule neuerdings eine „kultursensible“ Kleidervorschrift.

Eine einseitige Political Correctness verhindert, die Zustände an Schulen für nichtmuslimische und besonders für jüdische Schüler, aber auch für Lehrer, zum dringenden Thema zu machen. Die Tatenlosigkeit wird mit Toleranz und Vielfalt entschuldigt. Der Leitsatz „Schule ohne Rassismus“, den sich viele Schulen auf die Fahnen geschrieben haben, mag gut gemeint sein, ist aber für viele Beteiligte längst zur Einbahnstraße geworden.

In den letzten 21 Jahren unterrichtete ich an Grund-, Gesamt-, Real- und Förderschulen, Berufskollegs und einem Gymnasium. In allen Jahrgängen und in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets. Insgesamt waren es, inklusive einiger Tätigkeiten im Nachmittagsbereich, über 30 Schulen.

Dadurch erhielt ich ein umfassendes Bild über den Schulalltag und seine Veränderungen durch den islamischen Selbstbehauptungsfeldzug der letzten zwei Jahrzehnte, der sich nicht nur an zwei oder drei Brennpunktschulen im Norden der Städte zeigt, sondern mittlerweile alle Schulformen erreicht hat.

Aus meiner Erinnerung heraus kann ich sagen, dass es in den 2000er Jahren noch keine große Rolle spielte, ob, oder wie viele muslimische Schüler sich in einer Klasse befinden. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Mädchen und junge Frauen einen Niqab, Tschador oder Hidschab trugen. Auch nicht daran, dass Eltern muslimischer Kinder religiös motivierte Forderungen stellten. Oder dass eine offensichtlich feindselige und aggressive Stimmung nichtmuslimischen Mitschülern gegenüber herrschte. Und schon gar nicht kann ich mich an Vorfälle erinnern, in denen jüdische Mitschüler als Reflexionsfläche für den politischen Hass galten, der sich gegen die Existenz des Staates Israel richtete.

## Wachsende Verrohung in den Klassen

Anfang der 2010er Jahre dominierte das Thema Inklusion und die stetig steigende Zahl der sozial- und emotional verhaltensauffälligen Schüler ohne Diagnosen die Diskussionen in Lehrerzimmern. Man registrierte das sinken-



Besonders die zunehmende Gewalt gegen Juden durch gläubige Muslime muss als das benannt werden, was es ist: Ein spezifisch muslimisches Problem.

de Leistungslevel in den Klassen und auch das Thema Mobbing spielte eine wesentliche Rolle. Viele Lehrer und Lehrerinnen kamen mit ihren Lernstoffen nicht mehr durch, fühlten sich überfordert durch die wachsende Verrohung in ihren Klassen und äußerten dies auch offen.

2014 arbeitete ich zum ersten Mal an einer Grundschule und erlebte dort, wie sehr sich die mangelnden Deutschkenntnisse zu vieler Kinder in einer Klasse auf das Leistungslevel auswirken. Mit der Binnendifferenzierung lässt sich der Unterricht zwar organisieren, aber nach den Sommerferien muss schlicht mit dem Buch des neuen Jahrgangs begonnen werden und Probleme werden dadurch nicht gelöst, nur verschleppt. Dass das Wiederholen einer Klasse nicht mehr erwünscht ist, vereinfacht die Situation an Schulen auch nicht gerade.

Die Bedürfnisse der Kinder die den Lernstoff gut verstanden, versuchte man natürlich im Blick zu behalten, nur gibt es für das Sprachproblem meiner Meinung nach in unserem Schulsystem mit den immer noch auf Dauer festgelegten Lerngruppen keine Lösung, solange Eltern die Angebote für das Erlernen der deutschen Sprache im Vorschulbereich nicht wahrnehmen, mindestens ein Elternteil kaum bis gar nicht Deutsch versteht oder manchmal sogar ein Dolmetscher anwesend sein muss, damit eine Kommunikation überhaupt möglich ist. Ich hatte in Elterngesprächen oft den Eindruck, dass die Eltern dies ausschließlich als unser Problem betrachten, nicht als ihres. Natürlich ärgerte das viele Kollegen, aber letztendlich hieß es häufig nach solchen Gesprächen: „Wenn sie nicht wollen, können wir nichts machen!“

Ich erinnere mich noch genau an den Moment, in dem ich zum ersten Mal

mit dieser betonten Einordnung von „Ihr und Wir“ der islamischen Welt konfrontiert wurde. Eine muslimische Erstklässlerin hatte mich gebeten in ihr Freundschaftsbuch zu schreiben. Es war ihr sehr wichtig das Buch am nächsten Tag wiederzubekommen und ich versprach ihr, ganz bestimmt daran zu denken. Da sie nicht locker ließ, gab ich ihr mein „Ehrenwort“. Sie guckte etwas verlegen, druckste herum und sagte, dass mein Ehrenwort doch nicht zählen würde. Ich hakte nach, was sie damit meine. Sie antwortete, da ich keine Muslimin sei, hätte ich auch keine Ehre und dass deshalb mein Ehrenwort nicht zählen würde.

Ich bin wirklich selten sprachlos, aber in diesem Moment war ich es. Sie bemerkte meine Fassungslosigkeit und schob achselzuckend nach: „Ach, Sie verstehen das nicht.“

Dieser Vorfall war für mich aus zwei Gründen bedeutsam. Zum einen, weil mir diese umfassende Ablehnung einer ganzen Gesellschaftsgruppe vorher noch nie begegnet war, und weil er mir bewusst machte, dass sie eine Akzeptanz des Anderen dauerhaft unmöglich macht. Kinder, die so indoktriniert sind, werden sich als Erwachsene nur schwer von diesem anerzogenen Menschenbild lösen können. Dazu kam, dass ich die Eltern des Mädchens kannte und sie als mir gegenüber freundliche, aufgeschlossene und moderne Menschen wahrgenommen hatte.

Die Ablehnung drückte sich an dieser Schule auch im Misstrauen anderer Gegebenheiten gegenüber aus. Das „Halal“-Essen wurde von einigen muslimischen Kindern nicht gegessen, weil ihre Eltern Sorge hatten, dass es vielleicht doch „haram“ sei. Auf dem Ausflug der 1. Klasse tauchten im Vergnügungspark die Familien der Kinder auf, obwohl die Schule darum gebeten hatte,

sie aus pädagogischen Gründen ein paar Stunden alleine mit der Klasse fahren zu lassen. Und das Sportfest glich, ebenfalls entgegen der Bitte der Schulleitung, mit nicht so vielen Familienmitgliedern dort zu erscheinen, einem muslimischen Volksfest.

Zu dieser Zeit trat Staatspräsident Erdogan in der Gruga-Halle in Essen auf und rezitierte aus dem Koran. Dass ein hochrangiger Politiker öffentlich als gläubiger Muslim auftrat war neu, und sein Aufruf, sich als Moslem in Deutschland nichts gefallen zu lassen, zeigte sich durch seine Anhänger auf den Straßen und natürlich auch in den Schulen.

## Mangelnder Respekt vor „ungläubigen“ Lehrern

In einer Realschule meinte ein muslimischer Junge der 5. Klasse die Schulglocke gehört zu haben und marschierte an mir vorbei, um hinaus zu gehen. Als ich ihm sagte, dass er sich wohl verfehlt habe und bis zur Pause noch etwas warten müsse, regte er sich furchtbar auf und schrie, ich würde lügen und es wäre jetzt Pause. Und sein Vater hätte ihm gesagt, dass er auf die Kuffar-Lehrer im Unterricht zwar hören müsse, aber nicht in der Pause.

Der Respekt gegenüber weiblichen Lehrern sank. Schüler zeigten nun vermehrt, dass sie sich von mir als Frau nichts sagen lassen würden und brachten immer öfter ihre Ablehnung gegenüber der nichtmuslimischen Lebensweise zum Ausdruck. In den Klassen trugen jetzt viele Mädchen Kopftücher. In einer Gesamtschule bat eine Kollegin darum, in einer bestimmten Klasse nicht mehr unterrichten zu müssen.

Auch das Verhältnis zu muslimischen Eltern veränderte sich. Die Zusammenarbeit bei Regelverletzungen ihrer Sprösslinge wurde schwieriger und es kam zu Situationen, in denen Schulen



klein beigaben, sobald die Religion oder die Ehre lauthals ins Spiel gebracht wurden.

Das erlebte ein Kollege an einer Realschule. Er hatte eine verschleierte muslimische Schülerin, die während einer Klausur ständig störte, nach vorne gebeten, um mit ihr zu reden. Als sie wieder auf ihrem Platz saß, sagte sie etwas sehr Anzügliches zu ihm und der Fall landete bei der Schulleiterin. Es kam zu einem Gespräch, bei dem auch die Mutter der jungen Frau anwesend war. Die Schülerin stritt zunächst alles ab, aber Mitschüler hatten auch gehört, was sie gesagt hatte, und die Schülerin sollte sich nun entschuldigen. Das wollte sie aber nicht und behauptete plötzlich, sie hätte den Kollegen nur beschimpft, weil er während des Gesprächs in der Klasse ihren Ärmel berührt hätte. Von dem Moment an, so der Kollege später, war eine vernünftige Klärung nicht mehr möglich gewesen, weil die Mutter ihm lauthals vorwarf, dass er ihre Tochter hätte anfassen wollen und sich nicht mehr beruhigen konnte. In einem Vieraugengespräch mit der Schulleiterin wurde er dann letztendlich gebeten, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

In den ersten Jahren der Flüchtlingskrise und dem damit verbundenen Zugang von etwa 1,5 Millionen Muslimen, war ich an zwei Realschulen beschäftigt. Beide Schulen überschlugen sich mit Aktivitäten, um sich als „Schule ohne Rassismus“ zu präsentieren. Die öffentliche Meinung forderte unreflektiert, den Islam zu akzeptieren. Keine noch so läppische Comedy-Show, die ohne Warnung vor Rassismus auskam. Nichtmuslimische Schüler verstanden die Botschaft: Muslime und der Islam gelten als sakrosankt. Wer meckert, ist islamophob.

### Die Islamisierung der Schulen

Die Schulen weiteten ihr Vielfaltsprogramm aus. Islamunterricht gab es schon an vielen Schulen und obwohl so viele Schüler mit Migrationshintergrund schlecht Deutsch sprachen und verstanden, wurden, auch an Grundschulen, weiter die Fächer Türkisch und Arabisch eingeführt.

Durch die wachsende Zahl der Muslime ab 2017, bekam der Islam weiteren Aufwind. Muslimische Schüler weigerten sich jetzt häufig, die Gleichwertigkeit aller Religionen anzuerkennen und reagierten heftig, wenn jemand den Islam kritisierte. Oft endeten Diskussionen über Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau oder Verweise auf das Grundgesetz mit Beleidigungen und der Einforderung von Respekt. Mädchen, die ihre Meinungen vertraten, wurde gesagt, sie sollen den Mund halten.

Viel zu viele Jungen fanden Ehrenmorde auf einmal akzeptabel und Kopftücher für ihre Schwestern völlig okay. Viel zu viele Schwestern rechtfertigten diese Auffassungen.

Ich hörte mehrfach, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis die Muslime „hier das Sagen haben“.

In meinen Augen „übersahen“ Schulen schon damals diese Entwicklung. Wer solche Vorfälle in Konferenzen erwähnte, bekam kräftig Gegenwind und hielt zukünftig den Mund. Dafür wurde er oder sie von Kollegen danach zu dem Mut beglückwünscht „endlich mal die Wahrheit gesagt zu haben“.

In einem Fernsehbericht damals, in dem Mitschüler eines Flüchtlingsmädchens befragt wurden, was ihrer Meinung nach wesentlich für das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sei, antwortete ein Junge, dass es wichtig sei, anderen

Menschen vorurteilsfrei zu begegnen und andere Kulturen zu respektieren.

Wie oft hatte ich ähnliche Sätze als Lehrerin schon gehört oder auch selber gesagt. Und gemerkt, dass sie für muslimische Schüler und für nichtmuslimische Schüler und Schülerinnen längst zu lahmen Floskeln geworden waren, die sie nicht mehr ernst nahmen. Weder muslimische Schüler, deren Toleranz in vielen Fällen schon aufgrund ihrer massiven Abneigung der westlichen Lebensart gegenüber schnell an ihre Grenzen stößt, noch die nichtmuslimischen Schüler, die gelernt hatten, dass die Forderungen nach Toleranz irgendwie immer dem Islam gelten, aber scheinbar niemand zu bemerken schien, dass sich das Blatt an vielen Schulen längst gewendet hatte und die Aufforderung, mehr Toleranz zu zeigen, eigentlich die neue Minderheit an vielen Schulen einschließen sollte: die Gruppe der nichtmuslimischen Schüler.

Die nichtmuslimischen Schüler spüren schon lange, dass sie keine Lobby mehr haben und dass niemand ihre Interessen vertritt. Sie lernen, dass sie Rücksicht nehmen und die Veränderungen in ihrem Schulleben akzeptieren sollen. Und sie erleben die Veränderungen in vielen Bereichen.

Das Thema ‚Islam‘, früher lediglich Bestandteil des Religionsunterrichts, ist

„Der Leitsatz „Schule ohne Rassismus“, den sich viele Schulen auf die Fahnen geschrieben haben, mag gut gemeint sein, ist aber für viele Beteiligte längst zur Einbahnstraße geworden.“

jetzt auch Thema in anderen Fächern und füllt ganze Projekttag und -wochen.

Alljährlich wird darüber diskutiert, ob ein Weihnachtsbaum die Muslime brüskiere, ob der St. Martin-Zug nun Lichterfest oder das Weihnachtsfest lieber Jahresendfest heißen sollte. Traditionelle Weihnachtslieder wurden schon längst durch „neutrale“ Weihnachtslieder ersetzt. Zudem ploppt regelmäßig die Diskussion auf, ob, aufgrund der hohen Zahl der Muslime, eine christliche Feier in ihrer Klasse überhaupt noch Sinn mache. Und tatsächlich ist das auch zu hinterfragen, wenn bei der Weihnachtsfeier einer Klasse kaum noch eine Handvoll Kinder anwesend ist. Sie sehen, dass Entschuldigungen für das Fernbleiben beim Sportunterricht aus religiösen Gründen akzeptiert werden, genau so wie das Fernbleiben von Mädchen bei Klassenfahrten. In den Islamräumen, die oft auch als Ausweichräume für Unterricht

genommen werden, sind die Wände oft mit Suren bemalt, die sie nicht lesen können. Und sie erleben, dass der Unterricht an Ramadan praktisch wertlos ist, weil muslimische Schüler in der Zeit fehlen oder vor Müdigkeit mit den Köpfen auf den Tischen einschlafen. Sie werden gebeten, sich in dieser Zeit rücksichtsvoll beim Essen zu verhalten. Das Anliegen mag legitim sein, aber oft reicht auch das rücksichtsvolle Verspeisen eines Wurstbrotts nicht mehr aus und führt zu heftigen Auseinandersetzungen bis hin zu körperlichen Attacken.

Und ja, natürlich kann ich es nicht verallgemeinern, aber mein Eindruck ist, dass in Lehrbüchern oft Emre der Klügere ist, während Jan noch etwas lernen muss.

Wer denkt, dass diese Veränderungen nichtmuslimischen Kindern wenig ausmache, liegt falsch. Sie führen dazu, dass sie sich als nicht mehr wahrgenommen empfinden. Sie sollen – zu Recht – andere Kulturen wertschätzen, erfahren selber aber keine Wertschätzung ihrer eigenen Kultur oder ihrer Traditionen. Es nimmt ihnen ihre Identität, die wir so bestrebt sind, anderen Kulturen hier zu lassen.

Eine ganz wesentliche Sache ist, dass sie oft kaum noch die Chance auf Teilhabe an einer Klassengemeinschaft haben. Ihre Ausgrenzung durch die we-

Es finden verbale und körperliche Attacken auf jüdische Schüler und andere „Ungläubige“ statt. „Du Jude“ ist schon lange zum Schimpfwort geworden, „Kartoffel“ und „Schweinefresser“ ebenfalls. Unverhüllte Mädchen werden als Schlampen bezeichnet.

Ich höre oft, dass die Mehrheitsgesellschaft mehr Anstrengungen für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unternehmen muss, da die Ausgrenzung eine wesentliche Ursache für ihr Verhalten sei. Oft fallen dabei Begriffe wie „Diskriminierung“ und „Partizipation“. Was die Kollegen angeht, die ich kennengelernt habe, kann ich dazu nur sagen, dass viele von ihnen bestrebt waren, besonders Kinder aus muslimischen Familien zu fördern und in Projekte einzubinden.

Wir Erwachsenen verschließen die Augen vor der Situation in den Schulen. Konflikte zwischen Muslimen und Nichtmuslimen werden gerne auf die persönliche Ebene reduziert, darauf, „dass die Chemie zwischen den beiden eben nicht stimme“. „Du Jude“ wird zu oft als Unterrichtsstörung oder „normale Beleidigung“ bewertet, inhaltlich aber selten behandelt.

Der Grund, dass normale Streitereien zunehmend eskalieren, dass auf die Köpfe am Boden Liegender eingetreten wird, ist in zu vielen Fällen der muslimische Hass auf eine westliche Weltsicht.

Religiös-ideologisch bedingte Konflikte müssen auch als solche behandelt werden. Die Zustände an Schulen müssen dringend thematisiert und nicht reflexhaft als ausländerfeindlich gebrandmarkt und als Spaltungsversuch definiert werden. Besonders die zunehmende Gewalt gegen Juden durch gläubige Muslime muss als das benannt werden, was es ist: Ein spezifisch muslimisches Problem. Denn immer mehr jüdische Mitbürger haben Bedenken, ihre Kinder in die Schulen zu schicken, verlassen sogar das Land oder tragen sich mit dem Gedanken.

Die muslimische Bevölkerung wird in Zukunft weiter stark wachsen. Der Schulalltag für nichtmuslimische Schüler wird sich dadurch nicht verbessern. Umso wichtiger ist es, endlich an Schulen eine klare Haltung zu zeigen und dem orthodoxen Islam nicht weiter den Gebetsteppich auszurollen.

Die Nachfrage nach Gebetsräumen läuft übrigens.

Über die Autorin:

Petra Drews, geboren 1960, arbeitete zunächst als Innenarchitektin und studierte später Lehramt. Als Autorin für Jugendbücher erschienen von ihr im Rowohlt Taschenbuch Verlag: *Glamour Fisch* (2008), *Einfach abgehoben! Ein Jahr USA* (2009) und *Kurzgeschichten*.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

# Antisemitismus und freie Rede in sozialen Medien: Ein Spannungsfeld

*Wo sind die Grenzen der Meinungsfreiheit? Strafbare Inhalte werden von den Betreibern der sozialen Medien oft stehen gelassen, während harmlose Postings gelöscht werden und ihre Nutzer gleich mit ihnen. Ein Blick in die Sozialen Medien offenbart, dass selbst geringste Ansätze der Islamkritik zu sofortigen Sperrungen führen, während Judenhass und Israelfeindlichkeit, besonders wenn sie von islamischer Seite kommen, nahezu durchweg toleriert werden. (JR)*

Von Julian M. Plutz

Ob Elon Musk Twitter übernimmt oder nicht, eines hat die Meldung in jedem Fall erreicht: Eine breite Debatte über sagbare und strafbare Inhalte in sozialen Medien. Dabei kann man grob von zwei argumentativen Lagern sprechen. Da gibt es die einen, für die Twitter immer wieder freie Rede verhindert. Ihnen ist es ein Dorn im Auge, dass ausgerechnet Donald Trump als damals noch amtierender Präsident der Vereinigten Staaten gesperrt wurde. Sie sehen dadurch und durch viele andere Dinge, dazu später mehr, ihr Recht auf Meinungsfreiheit gefährdet.

Und dann gibt es die, die bemängeln, dass Twitter oftmals eine Bühne für „Hass und Hetze“ sei. Sie befürchten, dass gerade aufgrund vieler verbaler Entgleisungen die freie Rede in Gefahr ist, da sich viele Nutzer schlicht nicht mehr trauen, ihre Sicht der Dinge zu beschreiben. Einem Shitstorm, also das gezielte Niedermachen einer Person, sehen sie sich nicht gewachsen. Also zensieren sie sich lieber selbst.

## Twitter muss Grundgesetze wahren

Beide Standpunkte haben ihre Berechtigung. So kann und darf es nicht sein, dass Twitter einen amtierenden und demokratisch gewählten Präsidenten sperrt. Da Twitter laut dem Medienanwalt Joachim Steinhöfel ein Monopolist auf seinem Gebiet ist, steht das soziale Medium besonders in der Verantwortung, freie Rede möglich zu machen. Twitters Alleinstellungsmerkmal ist die Pflicht der Nutzer, sich pointiert zu äußern. Pflicht deshalb, da sie aufgrund der Zeichenbegrenzung, die mit 280 Zeichen etwa der Größe zweier SMS entspricht, gezwungen sind, sich klar und deutlich auszudrücken. Tun sie es nicht, werden sie nicht getwittert und damit nicht gelesen.

Im Idealfall kann ein Tweet eine Debatte auslösen. Vielleicht moderiert man damit auch einen längeren Artikel an. Greift nun Twitter aktiv in diesen Prozess ein, sei es durch Sperren von Nutzern oder Löschen von Inhalten, wird die freie Rede beschnitten. Freie Rede ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Demokratie und Freiheit.

Doch die freie Rede, in Deutschland eher unter freie Meinungsäußerung bekannt, wird hierzulande sanktioniert. Die Grenzen der Meinungsfreiheit bestimmen jedoch keine Algorithmen, oder Social-Media-Vorstände, letzteres wie im Falle Trump, sondern Gesetze. Twitter muss das Grundrecht auf Meinungsfreiheit respektieren. Kleinere Einschränkungen im Sinne der marktwirtschaftlichen Selbstbestimmung gewährt der Gesetzgeber sozialen Medien schon, immerhin trägt Twitter ein unternehmerisches Risiko mit unternehmerischen Interessen. Dennoch bleibt die Grundrechtsfähigkeit bestehen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass soziale Medien Artikel 5 des Grundgesetzes mit kleineren Einschränkungen einzuhalten hat. Eine willfährige Lö-



All zu oft sind Soziale Medien ein Hort für Hassrede, auch gegen das Judentum und Israel

schung mit Verweis auf ihr Hausrecht zieht, nicht zuletzt aufgrund der Monopolstellung, nicht.

## „Hass“ und „Hetze“ nicht präzise definiert

Ein weitverbreiteter Irrtum ist die landläufige Definition des Begriffs „Meinung“. Für den Schutz dieser kommt es nicht darauf an, ob es sich um ein richtiges oder falsches, emotionales oder rational begründetes Werturteil handelt. So präziserte bereits 1972 das Bundesverfassungsgericht den Begriff: „In einem pluralistisch strukturierten und auf der Konzeption einer freiheitlichen Demokratie beruhenden Staatsgefüge ist jede Meinung, auch die von etwa herrschenden Vorstellungen abweichende, schutzwürdig.“ Man definiert „Meinung“ als den Moment der Stellungnahme, des Dafürhaltens und des Meinens im Rahmen einer geistigen Auseinandersetzung.

Ein großes Problem, das weiß auch Rechtsanwalt Steinhöfel, ist die Formulierung „Hass und Hetze“. Hass ist ein Gefühl, das im Gesetzbuch unscharf definiert ist. Und die einzige „Hetze“, die das Gesetz kennt, ist „Volksverhetzung“, welche eng definiert ist. Statt von „Hass und Hetze“ zu sprechen, wäre es sinnvoller und vor allem präziser, über „strafbare Inhalte“ zu reden. Da weiß jeder, was damit gemeint ist. Denn manche sprechen bereits von „Hass“, wenn sie eine Fernsehserie oder einen Fußballclub nicht mögen. Von strafbaren Inhalten kann hierbei keine Rede sein. Das Wort „Hass“ ist im Kontext der freien Meinungsäußerung nicht hilfreich.

## Islamischer Antisemitismus auf Twitter

Auf der anderen Seite lässt Twitter viele strafbare Inhalte stehen. Gerade beim Thema Antisemitismus scheint das

soziale Medium immer wieder beide Augen zuzudrücken. So kann man nur von Zynismus sprechen, wenn Donald Trump, ein ausgewiesener Freund der Juden und Israel, gelöscht wird, während einer der bedeutendsten Antisemiten, Ayatollah Ali Chamenei weiterhin fröhlich Tweets absondern kann. Judenhass ist in sozialen Medien an der Tagesordnung und häufig wird er nicht gelöscht.

So wurde vor einiger Zeit ein Nutzer in Twitter Spaces auf das übelste antisemitisch beleidigt. Twitter Spaces ist eine Funktion des sozialen Mediums, bei dem Nutzer „Räume“ eröffnen können, um mit anderen Nutzern zu sprechen. In diesem Falle empfahlen die migrantisch geprägten Protagonisten dem User den Weg in die Gaskammer. Er solle sich doch seine Spindnummer merken, wenn er „vom Duschen“ kommt. Irgendwann sprachen sie ihm nur noch mit „seiner“ gegebenen Nummer an. Auch in Direktnachrichten und in Tweets äußerten sie sich eindeutig antisemitisch.

Konsequenzen seitens Twitter? Bis auf, dass das Opfer selbst für einige Tage von Twitter Spaces gelöscht wurde, während die Täter diese Funktion weiter nutzen konnten: Keine. Die menschenverachtenden Tweets stehen bis heute online und kein Hahn kräht danach, diese zu löschen.

## Holocaustvergleiche an der Tagesordnung

Kein Einzelfall. Ähnliche Äußerungen betätigen regelmäßig Aktivisten aus dem queerfeministischen Lager. Queerfeministen sehen das Geschlecht weniger als biologische Tatsache, als ein soziales Konstrukt, das man je nach Gefühlslage ändern kann. Damit stehen sie im Gegensatz zu Radikalfem-

ministern, Alice Schwarzer sei hier als prominentes Beispiel genannt, aber auch im Gegensatz zu Konservativen. Wer leugnet, dass eine Transfrau eine Frau ist, bekommt die volle Härte der Social-Media-Ächtung zu spüren. Anbei einige Beispiele:

„Terfs (=Radikalfeministen) sind natalistisch und Natalismus beruht auf Eugenik. Außerdem sind Terfs mega rassistisch.“

„Dass Terfs offen für rechts und Faschismus sind, zeigen schon die meisten ihrer Quellen.“

„Terfs sind bei diesen Unterdrückungen ganz vorne dabei. Da wird gerne mal die „Endlösung für trans\* Menschen gefordert oder Gaskammern für Transpersonen sollen geöffnet werden.“

„Es findet ein lautloser Genozid an Trans Personen statt und keinen juckts. Terfs wollen noch Applaus für was sie tun.“

## Judenfeindliche Internetarmeen aus dem Iran dominieren den Diskurs

Doch auch von islamischer Seite kommt immer wieder lupenreiner Judenhas, der von Twitter oft nicht geahndet wird. Schon vor den jüngsten Terroranschlägen in Israel befeuerte eine Onlinetruppe Antisemitismus: Tweets zeigen Juden, die attackiert werden. Es geht dabei um die Verherrlichung von Anschlägen, um Aufrufe zum Völkermord. Sie zeigen Kämpfer mit Messern und Sturmgewehren, wie die Rechercheplattform „Online Antisemitism Task Force“ akribisch sammelt.

Die Twitter-Botschaften bedienen gezielt antisemitische Klischees, mit denen die islamischen Terrororganisationen Hamas und „Palästinensischer Islamischer Dschihad“, Anhänger mobilisieren. Die meisten verwenden dieselben Fotos, Symbole, Hashtags und Grafiken. Doch auch Realbilder von Selbstmordattentätern oder Messerstechern werden dort geteilt.

Dahinter steckt ein iranisches Netzwerk, welches die Propaganda auf Twitter verbreitet und verstärkt. Laut einer Schätzung sind rund 800 Accounts daran beteiligt, die stets strategisch vorgehen. Die Namen der Konten sind nicht zufällig gewählt, sondern mit Hilfe von 15 Zeichen generiert. Damit wird die Reichweite der Botschaften enorm vergrößert. Einige dieser Konten sind immer noch online und verbreiten ungehindert ihr Gift.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass soziale Medien u.a. vor zwei Problemen stehen. Einerseits löschen die Plattformen harmlose Inhalte und bescheiden damit das Recht auf freie Meinungsäußerung. Andererseits bleiben eindeutig strafbare Inhalte oft stehen. In Bezug auf Judenhas muss Twitter sensibler werden. Sonst kann sich der Bazillus Antisemitismus weiter und weiter verbreiten, während unbescholtene Nutzer wegen Banalitäten gesperrt werden.

# Unter linker Schirmherrschaft: Antiisraelische Polemik zum Nakba-Tag

Die BDS-Bewegung findet Zugang zu jungen Leuten über vermeintliche Kultur-, Sozialarbeit und sogenannte „dekoloniale“-Bewegungen, auch mit klarer Verbindung zum politischen Islam. In Berlin Neukölln trafen sich einschlägige linksausgerichtete Agitatoren zum anti-israelischen Auftritt mit einem sogenannten Nakba-„Zeitzeugen“. Dabei wurden unverhohlen und vollkommen unwidersprochen eindeutig Israel- und jüdenfeindliche Narrative bedient. (JR)

Von Paul Möllers

Phil von den "Left Internationals Berlin" hüpfte aufgeregt auf und ab, er möchte „Freundinnen und Freunde“ aus der Community „herbeimobilisieren“ – das Verbot der geplanten „Nakba“-Demos müsse sich doch umgehen lassen, zur Not deklariere man die Demos als „Meinungsfreiheitsdemos“. Allerdings: Viele Flaggen und Keffiyehs, auch „Pali-Tücher“ genannt, müssten schon zu sehen sein.

Aber, warnt Sindyana Qasem, so wichtig es sei, die Community und die Flüchtlinge einzubeziehen, so wichtig wäre auch, "die palästinensische Jugend" erst weiterzubilden, "Demo-tauglich" zu machen. Denn es sei ja tatsächlich zu antisemitischen und rassistischen Aussagen gekommen, auch bereits bei den Demos im letzten Jahr.

Das sollte der einzige Moment sein, an dem so etwas wie Realitätsinn aufschien bei dieser Veranstaltung – das „Oyoum“, ein Ort für „dekoloniale und queer\*feministische Perspektiven“, war gut besucht, versammelt die Berliner Prominenz der antiisraelischen BDS-Bewegung. Ramsis Kilani, Majed Abusalama und ein Aktivist namens Qasem waren da, u.a. aktiv für „Palästina spricht“, Anmelder auch von Demos, auf denen es in den letzten Wochen zu antiisraelischen und antisemitischen Sprechchören gekommen war, sogar Journalisten als „Drecksjude“ beschimpft wurden. Außerdem war der bekannte „israelkritische“ Kern der Neuköllner LINKEN anwesend, der Anwalt Ahmed Abed, der schon BDS rechtlich vertrat, sowie Ferat Ali Kocak. Als Gast war Christine Buchholz gekommen, langjährige, nun ehemalige Bundestagsabgeordnete der LINKEN mit bekanntlich großem Herz für islamistische Akteure und „Narrative“ – gegen das Neutralitätsgesetz und für robuste „Israelkritik“.

Entsprechend vernahm man also kämpferisches Vokabular, unzählige Male wurden die „Repressionen“ beklagt und der "antipalästinensische Rassismus", unter dem die „Palästinenser“ in Deutschland litten.

## Ist die LINKE bereit für den „palästinensischen Widerstandskampf“?

Das Treffen im Oyoum sollte dazu dienen, die mögliche Zusammenarbeit von LINKE und "palästinensischen Gruppen" auszuloten. Allerdings äußerten sich die „palästinensischen“ Aktivisten eher verbittert, man warf der deutschen Linken mangelnde Solidarität und Radikalität vor. Die deutsche Linke sei ja traditionell israel-solidarisch sozialisiert, furchtbar, und es würde viel kosten, das aufzubrechen. Christine Buchholz graute es bei der Vorstellung, mit den Genossen über das Thema reden zu müssen. Für "zu bürgerlich" befand man die Politik der LINKEN, Sindyana Qasem stimmte zu, ihm gehe es um den gesellschaft-



Bei antiisraelischen Protesten werden auch Kinder für den Hass instrumentalisiert

lichen Umsturz im Sinne Lenins, um "legitimen Widerstand" gegen den „imperialistischen Staat“. "Die herrschende Klasse" würde aber ohnehin die Unterdrückung vorantreiben, man wolle den „Palästinensern“ alle Rechte, „die Räume“, die Meinungsfreiheit nehmen. Ramsis Kilani war dieser Hinweis wichtig: Der deutsche Staat profitiere ja von der Unterdrückung. Und, egal was tatsächlich gesagt werde, "wir“, die „Palästinenser“, seien vorverurteilt. Es gebe Anweisungen bei der Polizei, migrantische, arabisch aussehende Gruppen zu beobachten bei den Demos, und das sei "racial profiling", das sei "Rassismus". Der Titel, den diese Diskussion laut Programm trug, „Ist palästinensisches Leben in Deutschland möglich?“, zeigte, in welche Richtung die dreiste Relativierung gehen sollte.

Die Ausfälle auf den Demos seien "Journalisten" zuzuschreiben, die ja nur als Provokateure dabei seien, auf solche Szenen lauerten. Und wenn „Palästinenser“ sich darüber beschwerten, dass diese „Journalisten“ Fotos machten, die „Palästinenser“ also forderten, "wie Menschen" behandelt zu werden, dann würde man ihnen das zum Vorwurf machen.

Verzerrter kann man die Vorgänge bei den Demos nicht darstellen, es gab tumultartige Szenen, auch untereinander prügeln sich Demonstranten. Beobachter wurden vom Veranstalter einer der Demos, jenem Qasem, ans Ende der Demo verwiesen, die Polizei wiederholte gegenüber dem Fotografen vom „Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ lediglich die Forderungen des Veranstalters. Der äußerte sich so: „Hab mindestens die Eier, sei ein Mann und sag, wofür du stehst. Sei ein Mann! Sei ein Mann! Geh einfach zur Seite, du hast hier nichts verloren!“ Der Ein-satzleiter stand daneben.

## Als Gast: Ein „Zeitzeuge der Nakba“

Interessant auch ein weiterer Gast, der wenig passte zur Darstellung der anlasslos vom repressiven deutschen Staat verfolgten „Palästinenser“: Ein älterer Herr erzählte, Qasem übersetzte aus dem Arabischen, von der ersten Intifada, schwärmte von Amin El-Husseini, zu dem man in Europa leider keine „neutrale Position“ finde. Er sprach von der „kontinuierlichen Nakba“, von „den Juden“, übersetzt wurde das von Qasem wohl meist eher mit „die Zionisten“. Den Hintergrund zu den Beziehungen zwischen Hitler und dem Mufti ließ man aus. Die anwesenden jungen Frauen, manche mit Kopftuch, betont schlicht gewandet, sprachen dann auch andächtig von einem „Zeitzeugen der Nakba“, den Namen kannten sie nicht.

Wie ist nun der Einfluss dieser Splittergruppen einzuschätzen? Über Sindyana Qasem liest man, er sei wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU, bei Prof. Schirin Amir-Moazami, bekannt als Framing-Expertin, die die Diskussion über islamischen Extremismus meidet und unbequeme Umfrageergebnisse zu Demokratie und die Rolle der Scharia umdeutet, einige Muslime offenbaren da eine Schlagseite: Sie macht die mangelnden Kenntnisse der Befragter verantwortlich, diese Erhebungen sollten Islamwissenschaftler wie sie übernehmen. Sindyana Qasem äußerte auch, dass er sich wohl nicht fürchten müsse, von seinem Arbeitgeber gekündigt zu werden wegen seiner Demoaktivitäten.

Majed Abusalama, ein weiterer Teilnehmer, der auch zu „Palästina spricht“ zu zählen ist, ist ebenfalls gut vernetzt, die ganze Familie ist aktiv, man verehrt den Gründer der PFLP, der Vater saß Jahre in israelischen Gefängnissen wegen „politischer Arbeit“, Abusalamas Schwester ist im Vorstand von Greenpeace Belgien. Man lobte auch

den Schwung, den „Black Lives Matter“ und „Fridays for Future“ für "unsere Bewegung" gebracht hätten. Abusalama gibt Tätigkeiten für Deutsche Welle, Al Jazeera und ZDF an. Ramsis Kilani wird vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) unterstützt, sein Vater und dessen zweite Familie wurden bei einem israelischen Präventivschlag auf Gaza 2014 getötet. Beim ECCHR ist auch Yossi Bartal tätig, ein Mitstreiter und BDS-Unterstützer, außerdem Markus N. Beeko, der Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion. Ehemalige und aktive Verfassungsrichter unterstützen das ECCHR, außerdem u.a. die Open Society Foundations, die leider bekannt sind für die Förderung von „israelkritischen“ „NGOs“.

Dass Kilani von „genozidalen Verbrechen in Gaza“ twittert und behauptet, in Israel sei „Das Bild des Juden in der Staatsräson rein weiß“, stört die mit Projektmitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ausgestattete „Bildungsstätte Anne Frank“ nicht, nach Angaben von Mitstreiter Kerem Schamberger werden beide einen Text in einem Sammelband der Bildungseinrichtung veröffentlichen.

## Gekaperte Kulturstätten?

Abusalama ist ein Freund der Geschäftsführerin des Oyoum, in deren vorherigem Café schon Rasmea Odeh, auch sie gehört zur PFLP, gefeiert werden sollte. Inssan e.V. und die „neue deutsche organisationen“, mit u.a. Emilia Roig vom „Center for Intersectional Justice“, und Ozan Keskinilic, ein Avicenna-Stipendiat, traten auch auf. Im Oyoum sieht man ebenfalls „Aktivisten“ mit Bezug zu FEMYSO, Muslimische Jugend in Deutschland, auch Ouassima Laabich, „iSlam“-Poeten – über sie berichtete die Jüdische Rundschau schon. Die „Kopftuchmädchen“ traten auf, zu denen Aktive von DITIB und „Violence Prevention Network“ gehören, die schon mit Faten El-Dabbas bei Schülern sprachen – El-Dabbas trat ihrerseits bei der DFLP auf. Sindyana Qasem war zuvor bei Ufuq e.V., „Prävention in der Migrationsgesellschaft“, heute ist dort „iSlammer“ Ilhan Kaan Hancer als „Teamer“, auch er rappte über einen „Genozid“ in Gaza. „Kopftuchmädchen“ stellte auch Yasmin Ayhan vor, sie teilte antisemitische Karikaturen – nun war sie gerade an einer Schule als „Referentin“ geladen zum Thema Migration.

Am Ende des Abends lästerte man noch über Klaus Lederer, er sei mit ein Problem bei der LINKEN beim Thema „Palästina“, so wie auch Hakan Tas, der Veranstalter unter Druck gesetzt haben soll, angeblich drohte er mit Abschiebung von Flüchtlingen oder Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, falls sie an Demos teilnehmen würden.

Dabei war es Lederer, der den Damen von Oyoum die Kaperung der "Werkstatt der Kulturen" ermöglichte: Das Konzept von Oyoum, die „diasporische Perspektive“, sei originell und wichtig für Neukölln.

# Aydan Özoğuz und ihr Distanzproblem zu islamischen Hardlinern

*Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz muss sich, wohl nicht ohne Grund, immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, ihre politischen Ämter dafür zu missbrauchen, um islamische Fundamentalisten zu protegieren. Ziel vieler Islamverbände ist es, sich in Deutschland als seriöser, gemäßigter Ansprechpartner für Politiker, Behörden und Sozialverbände zu positionieren und Aydan Özoğuz ist eine der zentralen Figuren in diesen undurchsichtigen Strukturen. Die Brüder der Bundestagsvizepräsidentin betreiben das islamistische Online-Netzwerk „Muslim-Markt“, das auf die Liste, der vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Organisationen gesetzt wurde. Allerdings geht die Doppelmoral des Bundestages so weit, dass man ausgerechnet bei der Personalie Özoğuz, keinen Hinderungsgrund dafür sieht, sie zur Vizepräsidentin des Parlaments zu wählen. (JR)*

Von Birgit Gärtner

Islamverbände präsentieren sich gern launig mit allen möglichen Festivitäten als Teil der Zivilgesellschaft – um bei Tee und Baklava freundlich lächelnd teils separatistische Ansprüche an die Mehrheitsgesellschaft zu stellen. Häufig flankiert von Partei- und religiöser Prominenz. Doch was steckt hinter dieser öffentlichen Inszenierung des Religiösen? Vor allem: Wer? Und was hat Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz (SPD) damit zu tun? Fragen, die anhand eines Ifar-Festes (Fastenbrechen) in Hamburg Ende April 2022 beantwortet werden können.

## Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte

So auch das Foto, bzw. jene Fotos, die Aydan Özoğuz am 26. April 2022 auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte. Auf dem ersten Bild ist eine Gruppe von Menschen zu sehen, neben der Politikerin u.a. eine junge Frau in Polizeiuniform, außerdem Özlem Nas, ihres Zeichens stellvertretende Vorsitzende der SCHURA Hamburg (Rat der islamischen Gemeinden) sowie Rabbiner Shlomo Bistritzky. Auf weiteren Fotos werden Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), Bischöfin Kirsten Fehrs sowie Mehmet Karaoğlu, Imam der Centrum-Moschee, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) und Vorsitzender des Vereins „Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland“ (BIG), dargestellt. Auf einem weiteren Foto wird deutlich, dass die Feierlichkeit vom BIG (Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit) ausgerichtet wurde. Die lächelnde Politikerin fehlt nur auf dem Bild von Tschentscher, das offenbar aufgenommen wurde, während er eine Grußrede hielt.

Besser als mit diesen Fotos ließe sich kaum veranschaulichen, wie stark islamischer Fundamentalismus nicht nur in der Hamburger Stadtgesellschaft, sondern generell in der Zivilgesellschaft verankert ist. Und dass Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz eine zentrale Rolle als Mittlerin zwischen (falsch verstandener) weltoffener Lebenseinstellung und frühmittelalterlicher Ideologie spielt. Aus ihrem politischen Wirken seit Beginn dieses Jahrtausends lässt sich schließen: Die SPD-Politikerin ebnete den Fundamentalisten den Weg in die Zivilgesellschaft und nutzt ihre politischen Ämter, um diese zu protegieren.

Wie eng Aydan Özoğuz mit der Szene verbunden ist, wurde u.a. bei einer Online-Diskussion des „Hamburger Forum für interkulturelles Zusammenleben“ (HAFIZ) am 28. März 2021 zum Thema „Staatsverträge –



Aydan Özoğuz förderte, vielfach aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums, Netzwerke, die mit fundamental-islamischen Organisationen verflochten sind

Warum sind sie für Hamburg wichtig?“ deutlich. Neben Aydan Özoğuz war dort auch IGMG-Multifunktionär Fatih Yildiz als Diskutant beteiligt. Die beiden duzten sich und seitens Aydan Özoğuz fielen Sätze wie „Wir haben damals schon“ (sinngemäß). „Damals“ hieß in dem Zusammenhang die Gründungsphase der SCHURA, die auf Vorschlag der IGMG nahen Vereinigung BIG gegründet wurde, die sich in dubiosen Etablissements traf und in der neben dem IGMG-Spektrum die in den aus den Strukturen um die Muslimbruderschaft (MB) hervorgegangenen „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“ (ZMD) eingebundene Al-Nour-Moschee sowie das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) – die ständige Vertretung der Mullahs an der Alster – versammelt war. Das ist das „wir“, das Aydan Özoğuz meinen könnte.

## Der türkische Zweig der Muslimbruderschaft

Die IGMG entstand ursprünglich in der Türkei in Anlehnung an die Ideenwelt Hasan al-Bannäs, dem Gründer der Muslimbruderschaft. Hasan al-Bannä und seine Mitstreiter schworen, sich ganz in den Dienst des Islams zu stellen. Das bedeutet, ein rechtgeleitetes Leben führen, beten, fasten, spenden, sprich Unterstützung von Armen, mindestens einmal im Leben nach Mekka pilgern, stren-

ge Moralvorstellungen, Purismus als Gegenpart zur verhassten westlichen Dekadenz sowie strenge Geschlechtertrennung. Dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg zufolge lautete das Motto der Muslimbruderschaft:

«Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Jihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch.»

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

«ersucht die MB, durch Missionierung („da'wa“) eine Mehrheit der jeweiligen Gesellschaft für ihr konservatives Islamverständnis zu gewinnen. Ihr erklärtes (Fern-)Ziel ist dabei die Schaffung von islamistischen, auf der Scharia basierenden politischen Systemen.

Qutbs Werk „Unser Kampf mit den Juden“ prägt bis heute die antisemitische Grundhaltung der MB. Die offizielle MB-Führung veröffentlichte im Mai 2017 beispielsweise eine Presseerklärung, in welcher sie aktiven Widerstand gegen Israel und eine Unterstützung der HAMAS solange für gerechtfertigt erklärte, bis „das gesamte islamische Land von den zionistischen Besatzern befreit worden“ sei.»

Weiter heißt es in dem Bericht des BfV:

«In Deutschland gilt die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG; früher: „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD)) als wichtigste und

zentrale Organisation von Anhängern der MB. Eines ihrer vorrangigen Ziele ist es, sich in Deutschland als seriöser, gemäßigter Ansprechpartner für Politiker, Behörden und Sozialverbände zu positionieren. Um dieses Ziel nicht

zu gefährden, vermeiden offizielle Funktionsträger antisemitische Aussagen. Trotzdem lassen sich immer wieder antisemitische Äußerungen einzelner MB-Anhänger aus Deutschland nachweisen. Beispielsweise postete im September 2017 ein der MB nahestehendes Vorstandsmitglied einer norddeutschen islamischen Gemeinde auf seiner privaten Facebook-Seite ein Video, in dem eine Kindergruppe ein arabisches Lied singt. In diesem Lied werden Juden verunglimpft und Kinder zum Jihad gegen Israel aufgefordert.

Im Dezember 2017 hielt der Imam einer der MB nahestehenden ostdeutschen Gemeinde eine Predigt, die er mit dem folgenden Gebet beendete: „Wir beten für Jerusalem als Hauptstadt der Muslime und dass sie aus den Händen der Juden befreit werde!“

Die Vorstellungen Hasan al-Bannäs deckten sich mit denen von Necmettin Erbakan, dem Gründer der Milli-Görüş-Bewegung (Nationale Sicht). Ein stark religiös geprägter Nationalismus kennzeichnet die Ideologie der türkischer Milli-Görüş, aus der auch die aktuelle Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) sowie der jetzige Präsident

Recep Tayyip Erdoğan hervorgingen. Milli-Görüş gilt als türkischer Zweig der Muslimbruderschaft, die sich mittlerweile in 70 Staaten der Welt etablieren konnte.

Die deutsche IGMG will mit der türkischen Ursprungsorganisation – und somit der Muslimbruderschaft – nichts mehr zu tun haben, allerdings gibt es sogar familiäre Verbindungen zwischen der IGMG und dem Milieu, das vom Verfassungsschutz als der Muslimbruderschaft nahe stehend eingestuft wird.

### Viele Vereinigungen – eine Ideologie

Auf Initiative des IGMG-Spektrums, konkret des BIG, wurde die SCHURA Hamburg gegründet. Dort sammeln sich IGMG nahe Moscheegemeinden, Vereine und Organisationen mit denen aus dem als MB nah eingestuften Spektrum, ursprünglich auch Moscheegemeinden, die den türkischen Grauen zuzurechnen waren, sowie dem schiitischen IZH, das als Europazentrale des Teheraner Mullah-Regimes gilt. Aufgrund zahlreicher Proteste exil-iranischer oppositioneller Gruppen zog sich das IZH unterdessen aus dem SCHURA-Vorstand zurück. Vermutlich aus taktischen Gründen, denn es wird auf der Webseite der SCHURA immer noch als Mitglied geführt.

Yavuz und Hasan Özoğuz, die Brüder der SPD-Politikerin, sind aktive Schiiten, die verschiedene Firmen und Organisationen gründeten, die eng an das IZH angebunden sind. Insbesondere Yavuz Özoğuz ist wiederum eng verbunden mit dem jüdenfeindlichen Al-Quds-Marsch zu Ende des Ramadans, der in den vergangenen Jahren wegen Corona ins Internet verlegt wurde. 2020 führte er als Moderator durch die jüdenfeindliche Palästina-Propaganda-show.

SCHURA, IZH und die ebenfalls der SCHURA angehörige Al-Nour-Moschee sind Mitglied im „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD), in dem „Muslimbrüder“ mit den Grauen Wölfen tanzen. Wobei „Muslimbrüder“ nicht Angehörige einer politischen Organisation mit Mitgliedsbuch und Statut beschreibt, sondern Vertreter einer bestimmten Ideologie. Denn die Muslimbruderschaft ist im klassischen Sinne keine Organisation, sondern ein ideologisches Spektrum. Ihm angehörige Vereinigungen bestreiten in aller Regel die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft und verklagen gern jene, die diesen Zusammenhang herstellen. Organisatorisch ist dieser Zusammenhang in den meisten Fällen schwer – oder gar nicht – zu beweisen, die ideologische Nähe zu den Ideen al-Bannäs lässt sich indes nicht bestreiten.

Daniel Abdin, Vorsitzender der Al-Nour-Moscheegemeinde, Mitbegründer und einer der ersten drei Vorsitzenden der SCHURA, war/ist Vorsitzender des Aufsichtsrats des ZMD. Mitte September 2019 wurde in der Moschee der ZMD-Landesverband mit Daniel Abdin als Vorsitzendem gegründet.

### Die DMG als Bauernopfer

Die oben erwähnte DMG gehörte zu den Gründungsmitgliedern der ZMD. Aufgrund der Tatsache, dass das BfV sowie verschiedene Verfassungsschutzämter auf Landesebene deren Aktivitäten und die Nähe zur Muslimbruderschaft beobachteten, wurde die Mitgliedschaft der Organisation Ende 2019 auf Eis gelegt. Bis die Vorwürfe entkräftet seien, hieß es damals. Ende Januar 2022 wurde

sie endgültig aus dem Dachverband ZMD ausgeschlossen. Über die Hintergründe des Ausschlusses schwieg der ZMD sich aus, in einer Pressemitteilung wurde dieser lediglich in knappen Worten bekannt gegeben.

Ob damit auch die personellen Verflechtungen mit dem als MB nah eingestuften Spektrum gekappt wurden, da hat die Islamismus-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall berechtigte Zweifel. Vermutlich ist die DMG schlicht der Bauer, den das ZMD opferte, um die ideologische Nähe zur MB zu verschleiern.

Die Mitglieder stärkste Organisation im Verbund des ZMD ist die „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“, eine Abspaltung der Grauen Wölfe. Diese stellt mit Mehmet Alparslan Çelebi einen stellvertretenden Vorsitzenden des ZMD.

In diesem Milieu, das sich auch in der SCHURA Hamburg widerspiegelt, fühlt sich SPD-Politikerin Aydan Özoğuz sichtlich familiär. Doch nicht nur das: Eigenen Angaben zufolge „coachte“ sie die SCHURA während der Verhandlungen mit dem Hamburger Senat wegen des Ende 2012 geschlossenen Staatsvertrags. Besonders pikant: Innensenator – und somit Verhandlungspartner auf der Senatsseite – war seinerzeit ihr damaliger Ehemann Michael Neumann (SPD). Das klingt nach einem veritablen Interessenskonflikt.

### Der religiöse Fundamentalismus wird zur Norm

„Der Islam gehört zu Deutschland“, betonte der damalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 3. Oktober 2010, dem 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Das führte damals zu heftigen Kontroversen. Wer würde da heute noch widersprechen? Millionen Musliminnen und Muslime leben in Deutschland; zig Verbände vertreten deren Interessen. Oder auch nicht. Jedenfalls tun sie es sehr laut und nachdrücklich. Und seit 1997 jährlich

gionsgemeinschaften. Und die Presse natürlich, sonst würde die große Sause auch wenig Sinn machen.

Auch Nachbarinnen, Politikerinnen oder – wie beispielsweise in Hamburg – Bischöfinnen, sind gern gesehene Gäste bei diesen Events. Da stört es dann nicht, dass Frauen ansonsten zu vielen Moscheen gar keinen Zutritt haben. Oder bestenfalls zu separaten Räumen, wenn eben möglich durch separate Eingänge. Ebenso wenig stört es, dass Frauen in vielen islamischen Gesellschaften und auch in manchen Communities in der westlichen Diaspora nicht am Tisch Platz nehmen, sondern die Speisen vorbereiten und den Tisch decken, sich dann still verhalten, solange die Männer tafeln, um dann zu essen, was diese ihnen übrig lassen.

Das stört weder die Moschee-Gemeinden noch die Gäste, noch die Presse. So werden seit Jahrzehnten Bilder der netten Moschee von nebenan produziert, die die Realität im Alltag leider selten widerspiegelt. Friede, Freude, Baklava, oder einen „herzlichen und so viele wieder zusammenführenden Abend“, wie Aydan Özoğuz am 26. April 2022 auf ihrer Facebook-Seite den Vorabend, ein Iftar-Fest organisiert vom „Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V.“ (BIG), resümierte. Denn Mitte des letzten Jahrzehnts erkannten die islamischen Verbände, was zum Tag der Deutschen Einheit gut ist, kann im Ramadan nicht schaden und bitten fleißig zu Tisch. Je öffentlicher und je größer, vor allem je prominenter die Gäste, umso besser.

Schon 2015 zelebrierte die „Islamische Hochschulgemeinde“ (IHG) Hamburg ein öffentliches Fastenbrechen mit rund 1.500 Gästen. Die Wortbeiträge wurden per Gebärdendolmetscher übersetzt: Koranrezitationen, Gebete und Erörterungen der Weltlage. Dazu wurde eigens ein Imam aus Mekka eingeflogen.

Der ehemalige Vorsitzende der religiösen Studentenvereinigung, Fatih Yildiz, erinnerte laut IHG daran,

„unter welchen schwierigen Umständen die ersten Iftar-Veranstaltungen Anfang

## Die SPD-Politikerin ebnete den Fundamentalisten den Weg in die Zivilgesellschaft“.

öffentlichkeits- und medienwirksam auch am 3. Oktober:

Laut Wikipedia wurde das Datum den Angaben des 1994 gegründeten „Zentralrats der Muslime in Deutschland“ (ZMD) bewusst gewählt,

„um das Ziel einer religionsübergreifenden Verständigung zu verdeutlichen. Zudem soll das Selbstverständnis der Muslime, Teil des 1990 wiedervereinigten deutschen Staates zu sein, und die Verbundenheit mit allen nicht-muslimischen Bewohnern Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden.“

„Mit allen nicht-muslimischen Bewohnern Deutschlands“, damit ist im Prinzip schon gesagt, wer die Normen setzen will – und wer diesen zu folgen hat.

In jedem Fall bekam der „Tag der offenen Moschee“ alsbald Volksfestcharakter: Bänke und Tische im Vorgarten der Moscheen, oder falls dieser nicht vorhanden ist, im Innenraum des Gebetshauses. Gereicht werden reichlich Speisen und Getränke, Tee statt Bier, Baklava statt Sahnetorte und Lamm und Geflügel statt Schwein. Geladen werden „die Nachbarschaft“ sowie die bereits erwähnte Prominenz aus Politik und Vertreter anderer Reli-

1999 der IHG an der Universität Hamburg stattgefunden haben. Was damals mit etwa 30 Teilnehmern in Seminarräumen begann, konnte alhamdulillah zu einem Iftar mit mehr als 1000 Personen auf dem Campus der Universität Hamburg fortgesetzt werden.“

2015 waren wie gesagt bereits 1.500 Gäste zu verköstigen.

Redner Fatih Yildiz, mit dem Aydan Özoğuz per du ist, ahnte damals vielleicht noch nicht, welch glänzende Karriere innerhalb der BIG-Strukturen ihn erwarten. Mittlerweile ist er im Vorstand der „Centrum Moschee“ und des BIG sowie Vorsitzender der SCHURA Hamburg, dem „Rat der Islamischen Gemeinschaften“.

Sie ahnen es bereits: Es ist ein verzweigtes kompliziertes Geflecht, das schwer zu durchschauen ist. Vielleicht aber auch nicht, zumindest ideologisch, denn die politische Linie aller Beteiligten ist streng fundamentalistisch. Und Aydan Özoğuz ist eine der zentralen Figuren in diesen verzwickten Strukturen. Das klingt nach einer steilen These, die zu beweisen schlicht ein Blick hinter die Kulissen des von ihr so hoch gelobten Iftar-Festes reicht.

### Geschwister Özoğuz

Wer sich mit fundamental-islamischen Strukturen in Deutschland beschäftigt, kommt um einen Familien-Clan nicht herum: Die Familie Özoğuz. Umtriebige Schiiten und bekennende Antisemiten die Brüder Yavuz und Gürhan, hochrangige SPD-Politikerin, ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und seit dem 26.10.2021 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags die Schwester Aydan. Die will zwar mit den politischen Ansichten und Aktivitäten ihrer Brüder nicht in Verbindung gebracht werden, was ihr gutes Recht ist, doch ihre politischen Aktivitäten und ihre öffentlichen Äußerungen lassen daran Zweifel aufkommen – und ihre bisherige politische Praxis kann nicht anders bezeichnet werden als Protektion der fundamental-islamischen Verbände und pro-islamischen Netzwerke.

Diese Netzwerke bestehen aus unzähligen Vereinigungen, Initiativen, Moscheegemeinden, Bildungseinrichtungen, in denen verschiedene Generationen unterschiedliche Ansprüche stellen, die durchaus in Konflikt zueinander geraten können, denen Aydan Özoğuz in ihrer Amtszeit als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zu höchsten politischen Ehren verhalf. Sie protegierte, förderte, finanzierte (vielfach aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums) Netzwerke, die mit fundamental-islamischen Organisationen verwoben sind. Sie gründete, förderte, protegierte und finanzierte Institute, die mit akademischen Titeln ausgestattete „Expertinnen“ und „Experten“ hervorbringen, die sich gegenseitig Preise verleihen, um die „Expertise“ noch zu krönen.

Während die Brüder in schiitischen Kreisen aktiv sind, denen der Hauch des Ewiggestrigen anhaftet, und ihre Hauptantriebsfeder der Antisemitismus zu sein scheint, unterstützte und förderte die Schwester massiv und nachhaltig junge, selbstbewusste, eloquente, gut ge- und ausgebildete Musliminnen und Muslime, bzw. Organisationen und Netzwerke, die völlig selbstbewusst und selbstverständlich Akzeptanz des Islams seitens der bundesdeutschen autochthonen Gesellschaft einfordern. Netzwerke, die im Gegensatz zu den fundamentalistischen Gesinnungsgenossen der Gebrüder den Eindruck erwecken wollen, einen jungen, modernen Islam zu verkörpern. Der im Grunde allerdings genauso fundamental ist wie der der reaktionären Islamverbände – und auch mit diesen eng verbunden. Genauso gefährlich – wenn nicht gefährlicher. Vor allem, weil die Protagonistinnen und Protagonisten als Deutsche – die sie zweifelsohne sind – im weltlichen Gewand auftreten, ihre Mission jedoch ist, Sonderrechte für Musliminnen und Muslime zu erstreiten: Ein Stück Scharia in Deutschland. Zum Teil nicht einmal für sich selbst – sondern für die muslimische Community. Ungeachtet der Tatsache, wie vielfältig und inhomogen diese ist und durchaus in großen Teil nicht sonderlich religiös.

### Über die Autorin:

Birgit Gärtner lebt in Hamburg und ist seit knapp 30 Jahren als Journalistin, Pressesprecherin und Öffentlichkeitsreferentin tätig. Seit geraumer Zeit beschäftigt sie sich mit fundamental-islamischen Strukturen.

# Die unrühmliche Vergangenheit der deutschen Rüstungsindustrie

Die wiedererstarkende Kriegslust der vermeintlichen früheren Pazifisten der Ampelregierung und der geplante 100-Milliarden-Sonderfond für die Bundeswehr lassen die Aktien der Rüstungsindustrie in die Höhe schießen. Da lohnt sich ein Blick auf die Geschichte der deutschen Waffenhersteller und ihren wirtschaftlichen und ideologischen Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus. Im Zweiten Weltkrieg profitierten sie von der NS-Kriegsmaschinerie und den billigen Zwangsarbeitern. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der eingesetzten, fast durchweg jüdischen KZ-Häftlinge waren durch und durch unmenschlich. Die Schuldigen wurden nach dem Krieg so gut wie nie zur Verantwortung gezogen und kannten kaum ein Unrechtsbewusstsein. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Ich wünschte, ich könnte hellsehen. Sollten BioNTech- Pfizer und Konsorten jemals eine experimentelle mRNA-Impfung auf den Markt bringen, die ihren Kunden verspricht, nach einer Injektion in die Zukunft blicken zu können, wäre ich gerne freiwillig Versuchskaninchen. Was man damit alles machen könnte! Auf skurrile politische Ereignisse wetten und mit gewagten Vorhersagen reich werden, zum Beispiel.

Wer hätte beispielsweise vor dem 24. Februar gedacht, dass eines Tages ausgerechnet die Grünen die lautesten sein würden, wenn es um militärische Aufrüstung, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und „Die deutsche Verantwortung in der Welt“ geht?

Dass jemand wie Anton Hofreiter, dessen Physiognomie vermuten lässt, dass der Mann in seinem Leben noch nie einen Boxring, oder wenigstens ein Fitnessstudio von innen gesehen hat, es gar nicht erwarten können würde, die Säbel rasseln zu lassen? Dass Robert- „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen“-Habeck plötzlich nationalstaatliche Grenzen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich entdecken würde?

Dass ein SPD- Bundeskanzler einer aufgebrauchten Menge zurufen würde, radikaler Pazifismus sei „aus der Zeit gefallen“?

Und wer hätte es für möglich gehalten, dass es die rechteste Partei im Deutschen Bundestag sein würde, die sich am vehementesten gegen all das stellt? Sicher die wenigsten.

Es stimmt, die Dinge können sich ändern und ein verantwortungsvoller Politiker orientiert sich eher an der echten Welt als an der, die er gerne hätte. Putin ist ein Kriegsverbrecher und niemand muss sich seinem Angreifer kampflös ergeben. Jedem Ukrainer, der sich dem Kampf gegen die russischen Invasoren anschließt, sei alles Glück der Welt gewünscht.

Doch während kritischen Köpfen die Regierung in Kiew mit jeder neuen „Melnyk fordert“-Schlagzeile immer unsympathischer wird und in den deutschen Städten, in denen die allerbesten der guten Menschen leben, russische Schulen angezündet werden, wünscht sich der geneigte politische Beobachter die Grünen der 1980' er Jahre zurück. Die waren zwar auch bescheuert, aber zumindest weniger bescheuert als heutzutage. „Frieden schaffen ohne Waffen“, scheint als Slogan endgültig ausgedient zu haben. Leider.

Pazifismus ist in der Tat eine weltfremde Idee. Die Nazis und den islamischen Staat besiegt man nicht mit entgegenkommender Diplomatie, sondern mit Panzern und Raketen. Es macht aber einen fundamentalen Unterschied, ob man sich für die eigene Nation eine Kugel fängt, oder für die Interessen anderer. Dabei hilft es nicht, wenn besagte andere Straßen und Schulen nach NS-Kollaborateuren benennen und im Weltkorruptionsindex kaum besser abschneiden als das dieser Tage so verhasste Russland. Die in linken Kreisen be-



Wie viel Interesse haben Waffenhersteller am Frieden?

liebte Phrase „gerade wir Deutschen“ passt im Russland/Ukraine-Krieg auch nicht, schließlich haben sich unsere Vorfahren in beiden Ländern nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Wer also glaubt, Deutschland müsse zur Kriegspartei werden und wendet, der Rüstungsindustrie liege etwas am Frieden in der Welt, dem sei ein Blick auf die Geschichte der Waffenindustrie Deutschlands nahegelegt.

## Wer war Edmund Heckler?

Heckler& Koch wurde 1949 gegründet und stellte aufgrund der von den Alliierten verordneten Entmilitarisierung Deutschlands zunächst Nähmaschinen und andere Werkzeuge für den zivilen Gebrauch her.

Dies änderte sich rasch, als es im Zuge des geplanten NATO- Beitritts der neuen Bundesrepublik wieder legal wurde, in Deutschland Rüstung zu produzieren. Seit 1955 ist die Bundesrepublik Teil des Bündnisses, bereits 1951 fertigte Heckler& Koch den ersten Prototyp des CETME- Sturmgewehrs.

Ab 1954 ging die Waffe in die Massenproduktion. Firmengründer Edmund Heckler war ein wichtiger Protagonist des NS-Terrors und wurde, wie viele andere, nie für seine Verbrechen belangt.

Der gelernte Ingenieur Heckler hatte schon in den 1930er Jahren für die „Hugo Schneider AG“ (kurz HASAG) gearbeitet. Durch harte Arbeit, Ehrgeiz, Fachkenntnis und nicht zuletzt Skrupellosigkeit gelang es ihm schnell, im sächsischen Taucha bei Leipzig zum Werksleiter aufzusteigen. Er war seit 1933 NSDAP-Parteimitglied; beschäftigte Juden, Sinti und Roma und andere unter grausamsten Bedingungen als Zwangsarbeiter. Historikern zufolge wurden nach Taucha über 1000 KZ-Insassen aus Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück zur Zwangsarbeit gebracht. Dort mussten sie in Hecklers Werk Panzerfäuste montieren, die im Krieg gebraucht wurden. Die Überleben-

den unter ihnen berichteten später über Vorgänge, bei denen zart besaitete lieber aufhören sollten, das folgende zu lesen.

## „Alle Hoffnung aufgeben“

Die polnische Zahnärztin und Schriftstellerin Danuta Brzosko- Mędryk schildert das Grauen wie folgt: „Bis ich nach Leipzig kam, haben wir gedacht, wir überleben das. Wir haben Majdanek und Ravensbrück überlebt. Doch bei der HASAG habe ich alle Hoffnung aufgeben zu überleben.“ Häftlinge mussten in überfüllten Holzbaracken schlafen. Immer wieder wurden unter leitender Verantwortung des Werksleiters Edmund Heckler Zwangsarbeiter gequält, malträtiert und ermordet. Hildegard Särgel, ebenfalls eine Überlebende, sagt am 14. März 1969 gegenüber der Polizei: „Erhängungen sind im Lager häufig vorgekommen. Bei derartigen Exekutionen mussten wir auf dem Appellplatz antreten.“ Weiter schilderte sie einen besonders barbarischen Akt: „Bei der Brotausgabe setzte sich die Anja dafür ein, dass die Russen vor den Zigeunern bzw. Juden abgefertigt würden. SS-Mann Schmidt trat Anja mit seinen Stiefeln in den Bauch, dadurch fiel sie zu Boden. Schmidt ließ aber nicht von ihr ab: Er trat sie weiterhin mit den Füßen, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Der Bauch war offenbar aufgerissen, denn das Eingeweide war zu sehen. Am Kopf blutete sie stark. Außerdem waren einige Zähne herausgefallen. Zusammen mit weiteren Frauen habe ich ihre Leiche in eine Baracke gebracht und mit einem Tuch abgedeckt.“ Diese Schilderungen sind nur zwei unter vielen.

## Mehr als nur Mitläufer

Das HASAG-Management hatte sich bereits ab 1933 den nationalsozialistischen Machthabern angedient. Man hat die Führungsebene „arisiert“ und in Leipzig bereits 1934 die erste Werkhalle gebaut, in der Waffen erforscht und ent-

wickelt wurden. Das alles zu einer Zeit, als Kriegspläne öffentlich noch gar nicht besprochen wurden.

Die Expansion des Konzerns begann schon vor der Machtübernahme der Nazis. 1932 kauft die HASAG in Thüringen zwei Glas- und Metallbetriebe. 1935 wird in Berlin eine Munitionsfabrik errichtet. Ab 1936 entstehen auch in Brandenburg und Sachsen neue Werke. Die Produktion von Munition und Waffen wird schnell zum Hauptgeschäft des wachsenden Kolosses. In kürzester Zeit entsteht auch in Altenburg ein Munitionswerk auf dem neuesten Stand der Technik. Finanziert wird die rasante Expansion dieser Tage hauptsächlich durch die Dresdner Bank.

Einer der wichtigsten Akteure für den Aufstieg des Leipziger Unternehmens zum Rüstungskonzern ist Paul Budin. Der glühende Nationalsozialist und Antisemit formt das Unternehmen zum Betrieb nach „besten“ NS-Standards um. Budin ist ab 1935 Generaldirektor der HASAG. Er ist ein hochrangiger SS-Mann und Parteimitglied, verfügt über beste Beziehungen zu Albert Speer, der später Rüstungsminister werden sollte. Budin wird angetrieben durch absolute ideologische Hingabe und grenzenlosem Ehrgeiz. Er ist es auch, der das Unternehmen im Sinne des neuen Systems umstrukturiert: Alle leitenden Positionen der Firma werden gezielt mit Partei- und SS-Angehörigen besetzt. Mit Beginn des Überfalls auf Polen expandiert das Unternehmen zunehmend in die besetzten Gebiete, um die schier endlose Nachfrage nach neuen Waffen zu decken. In allen Werken kommt es zu grausamen Exzessen. Im weiteren Verlauf des Krieges wird vermehrt auf polnische Zwangsarbeiter gesetzt, da die meisten deutschen Männer inzwischen einberufen worden waren.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines einberufenen in Skarżysko-Kamienna betrug nur drei Monate. Wer nicht bis zum Zusammenbruch arbeiten

musste oder nach Gusto der Werksleiter ermordet wurde, erlag der giftigen Pikrinsäure und anderen hochtoxischen Substanzen.

In den letzten Kriegstagen ergreift die Verantwortlichen die Angst und man will bei der HASAG die Zwangsarbeiter um jeden Preis loswerden. Unter keinen Umständen soll auch nur einer von ihnen den alliierten Truppen lebend in die Hände fallen und belastende Aussagen tätigen. Rund fünftausend Zwangsarbeiter, nicht wenige unter ihnen sind Frauen, werden notdürftig bekleidet und ohne Nahrung auf so genannte Todesmärsche geschickt. Übernachtet wird in Scheunen, Wäldern oder auf offenem Feld. Immer wieder kommt es von Seiten der indoktrinierten Landbevölkerung zu Hetzjagden und Pogromen an den wehrlosen Menschen.

#### Als wäre nichts gewesen

Professor Christopher Kopper, Wirtschaftshistoriker von der Universität Bielefeld, hat sich intensiv mit der Geschichte des Unternehmens auseinandergesetzt. Sein Urteil über die Rolle Hecklers: „Als Werksleiter war Edmund Heckler nach dem ‚Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit‘ von 1934 der ‚Betriebsführer‘ und damit für das Verhalten des Arbeitgebers gegenüber der gesamten ‚Gefolgschaft‘ und für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verantwortlich. Für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten trug er die Letztverantwortung.“

Ein Briefwechsel zwischen dem Bürgermeister der Stadt Taucha, und der HASAG-Leitung aus dem Mai 1945, zeigt außerdem die totale Abwesenheit von Unrechtsbewusstsein von Seiten Edmund Hecklers. In einem Brief vom 23. Mai 1945 heißt es: „Wir bitten zu bedenken, dass es nicht Sache der HASAG sein konnte, die früher bei ihr eingesetzt gewesenen KZ-Häftlinge mit Kleidung usw. auszustatten.“ Es gelang ihm, der Roten Armee zu entkommen und in die französische Besatzungszone zu gelangen.

1949 gründete er schließlich Heckler & Koch. Zunächst wurden Kochtöpfe und andere Metallutensilien gefertigt. Mit dem anstehenden NATO-Beitritt der neuen Bundesrepublik ging man,

wie sollte es anders sein, Anfang der 1950er Jahre wieder zu Waffen über. Edmund Heckler verstarb 1960 als freier Mann, er wurde niemals für seine Taten belangt.

All das war der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit über Jahrzehnte nicht bekannt. Den Kollegen der „BILD am Sonntag“ ist es zu verdanken, dass diese Verbrechen heutzutage bekannt sind. Im September 2020 hatten sie exklusiv die Akten veröffentlicht. Das Unternehmen gibt sich heutzutage bestürzt und kündigt Aufarbeitung an. Ob man von alledem hätte wissen können, wenn man es denn gewollt hätte, muss jeder für sich

„ Die Nazis und den islamischen Staat besiegt man nicht mit entgegenkommender Diplomatie, sondern mit Panzern und Raketen. Es macht aber einen fundamentalen Unterschied, ob man sich für die eigene Nation eine Kugel fängt, oder für die Interessen anderer. “

selbst beurteilen. Das Geld für Waffenexporte in kriegsgebeutelte Weltregionen nimmt man bei Heckler & Koch selbstredend weiterhin gerne an. Auch die Nachkriegsgeschichte des Unternehmens ist bei Weitem nicht nur von Anstand und Moral geprägt, aber das steht auf einem anderen Blatt.

#### Aus der Geschichte lernen

Wie gesagt, eine Welt ohne Waffen ist blauäugiger Unsinn. Dieser Artikel soll nicht als Plädoyer für totale Abrüstung verstanden werden, damit liefert man sich nur schutzlos seiner Umwelt aus. Was mir jedoch übel aufstößt, ist die wiedererstarkende Kriegslust vieler deutscher Politiker. Dieses Mal nicht von rechts, sondern von links. Warum der hiesige Bürger unter einem Krieg leiden sollte, der ihn nicht betrifft und auf dessen Ausgang Deutschland bestenfalls marginalen Einfluss hat, er-

schließt sich mir nicht. Auch auf die ohnehin gebeutelte Wirtschaft und die dieser Tage rasant steigenden Lebenshaltungskosten, dürfte eine indirekte deutsche Kriegsbeteiligung durch Waffenlieferungen keinen positiven Einfluss haben. Glaubte man einer kürzlich veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Unternehmensberatung McKinsey, machen sich die Deutschen aktuell die größten Sorgen um die Inflation. 40 Prozent gaben an, diese aktuell als Hauptproblem wahrzunehmen, nur 34 Prozent sahen die Angst vor einem Krieg als das Thema der Stunde. 29 Prozent, also fast jeder

nichts außer Nachteile. Ironisch, dass weite Teile der politischen Linken seit zwei Jahren der Pharmaindustrie und seit drei Monaten auch dem Militarismus die Stange halten. Dieselben Menschen, die die letzten zwei Jahre panische Angst vor einer grippeähnlichen Infektion hatten, haben nun den inneren Rambo entdeckt. Wie schnell sich die Dinge doch ändern. Atomkraft? Nein, danke. Atomkrieg? Ja, bitte.

#### Lasst die normalen Leute in Ruhe!

Im alten Rom war nicht alles schlecht. Wer als Senator einen Krieg beginnen wollte, musste bereit sein, selbst in die Schlacht zu ziehen und den Kopf hinzuhalten. Julius Caesar hat mehrfach sein Leben riskiert, um sein Imperium zu vergrößern, oder – im Neusprech formuliert – „Verantwortung zu übernehmen.“ Einen Senator, der Weintrauben naschend Feldzüge plant, ohne sich selbst aufs Pferd zu schwingen, hätte in antiken Zeiten niemand ernst genommen. Dabei wäre das heutzutage durchaus möglich, das Personal dafür hätten wir im Bundestag zuhauf. Die Grünen-Bundeschefin Ricarda Lang beispielsweise. Sie plädiert seit Monaten für die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine. Wenn ihr das Schicksal der Ukraine so sehr am Herzen liegt, sollte sie persönlich zu der Veränderung werden, die sie sich in der Welt wünscht. Gerade ihre Partei predigt im Bezug auf Autofahren und den Konsum von Fleisch tagein tagaus die Selbstkasteiung des Einzelnen. Warum also nicht mit gutem Beispiel vorangehen?

Dem Fußvolk, das den deutschen Kriegskurs frenetisch bejubelt, sei geraten: Wer unbedingt will, soll sich in den FlixBus setzen und nach Kiew reisen, das ist nach wie vor möglich. Jeder, der dies wünscht, kann für Selenskyjs olivgrünes T-Shirt, Melnyks charmante „gib her“-Rhetorik und für die lupenreinen Demokraten des Asow-Bataillons sterben. Dasselbe gilt auch für Leute, die in Putin einen Heilsbringer und unfair behandelten Kämpfer für das Gute sehen. Fahrt hin und tut, was ihr nicht lassen könnt! Der normale Mensch hingegen will nur in Ruhe gelassen werden.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

**Kaufen Sie auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.**

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

# Die Deutsch-Israelische Gesellschaft am Scheideweg

*Im Juni wählt die DIG ein neues Präsidium. Die Delegierten haben die Wahl zwischen echter Israelarbeit und der Unterwerfung unter einem linken und überwiegend Israel-aversen Aktivisten-Block. Ein Linksruck würde die Glaubwürdigkeit der DIG schwächen und sie von einer echten und überzeugten Interessensvertretung Israels ein weiteres Stück entfernen. (JR)*

Von Jaffa Lyn

Den Lesern der Jüdischen Rundschau ist die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) mindestens ein Begriff. Der 1966 gegründete Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, die menschlichen und gesellschaftlichen Kontakte zwischen Deutschland und Israel zu fördern. Arbeitsgemeinschaften der DIG veranstalten Vortragsveranstaltungen, Buchlesungen, Proteste und Podiumsdiskussionen. Das alles auch mit Rednern, die Unliebsames zur Sprache bringen: Der israelfeindliche Linksterrorismus der 70er Jahre, das immer noch problematische Verhältnis der Linken zu Israel, die Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern oder auch der importierte islamische Judenhass. Die DIG kämpft gegen die Dämonisierung Israels, kritisiert das deutsche Abstimmungsverhalten in der UNO und fordert ein Verbot von BDS und Hizbollah in Deutschland. Die Redner, die einzelne AGs der DIG einladen, sind beim Mainstream zum Teil verschrien als wahlweise „rechte oder chauvinistische Apologeten einer bösen israelischen Siedlungspolitik“.

In den letzten Jahren hat das Profil der DIG gleichwohl gelitten. Insgesamt gibt es ca. 6000 Mitglieder in 53 Arbeitsgemeinschaften; vier davon sind selbständige Vereine unter dem Dach der DIG e.V. Eine zweistellige Zahl der Arbeitsgemeinschaften ist inaktiv. Mehrfach erschien das eigentlich zweimal jährlich veröffentlichte zentrale Medium der DIG, das DIG-Magazin, nicht. Insider kritisieren die unzureichende Erreichbarkeit der Geschäftsstelle. Am effektivsten zeigt sich innerhalb der DIG noch das Junge Forum (JuFo) unter der Leitung von Aras-Nathan Keul, das in den letzten Jahren großen Zulauf hatte und bundesweit in 25 Städten aktiv ist.

Die Existenz rechtlich verselbständiger Arbeitsgemeinschaften hat ihre Gründe. Die DIG Berlin-Brandenburg wurde rechtlich selbständig unter ihrem amtierenden Vorsitzenden, dem Ex-MdB Jochen Feilcke, weil sie der finanziellen Förderung der DIG durch das Auswärtige Amt (AA) misstraut. Die Fehlbedarfsfinanzierung des AA untergräbt, so Insider, zunehmend die Selbständigkeit der DIG. Wie soll die DIG denn auch Kritik an der Bundesregierung üben, wenn sie von genau dieser finanziert wird? Themen wie das Abstimmungsverhalten Deutschlands bei der UN oder die deutsche Millionenförderung des antisemitischen Hilfswerks UNRWA sind beim AA nicht gern gesehen.

Die Projektförderung der DIG soll unter Andreas Görgen, dem damaligen Leiter der Abteilung im AA und jetzigem Amtschef bei der Kulturbeauftragten Claudia Roth, mit neuen Auflagen schwierig bis unmöglich gemacht worden sein. Görgen hat sich u.a. für den linken BDS-Unterstützer und Israelkritiker Achille Mbembe eingesetzt und den überparteilich gefassten Beschluss des Deutschen Bundestags gegen die Israelboykotteure des BDS kritisiert. Da



Die DIG ist mit ca. 6.000 Mitgliedern und über 50 regionalen Arbeitsgemeinschaften deutschlandweit vertreten.

verwundert es nicht, dass Görgen auch in der DIG Kritik erfuhr.

## Wie unabhängig ist die DIG?

Die politische Abhängigkeit, in die die DIG seit der Förderung durch das Auswärtige Amt geraten ist, wurde sogar in Israel registriert; Eldad Beck, der Deutschlandkorrespondent von Israel Hayom, warnte vor einer Instrumentalisierung der DIG durch antiisraelische Kräfte in der Bundesregierung. Die DIG setzt dieser Abhängigkeit kaum etwas entgegen, ja verschärft sie sogar noch auf personeller Ebene. Unter dem nun scheidenden DIG-Präsident Uwe Becker, hessischer Antisemitismusbeauftragter und Ex-Bürgermeister der Stadt Frankfurt, wurde die als Bundestagsabgeordnete gescheiterte Michaela Engelmeier (SPD) als Generalsekretärin eingesetzt. Die dem Vernehmen nach eigens für Engelmeier geschaffene (vergütete) Stelle des Generalsekretärs hatte es zuvor nicht gegeben. Kritiker stoßen sich daran, dass die Stelle des Generalsekretärs nie ausgeschrieben wurde.

Die regierungstreue Zentralisierung in der DIG nimmt derweil selbstzerfleischende Züge an. Um Feilckes rechtlich selbständige DIG Berlin-Brandenburg zu schwächen, wurde, an den Berlinern vorbei, eine zuvor in der Berliner DIG aufgegangene DIG-AG Potsdam wiederbelebt, die gegenüber dem Präsidenten und seiner Generalsekretärin willfährig ist. Becker und Engelmeier sollen die Gründung persönlich vorangetrieben haben. Ansonsten waren Präsident und Generalsekretärin nicht sonderlich aktiv. Der zahlreiche andere Ämter innehabende Präsident sagte unzählige Termine im Laufe seiner Legislatur ab. Besonders erstaunlich ist, dass Becker trotz seiner Untätigkeit nun, in jenem Rundbrief, in dem er ankündigt, nicht mehr zu kandidieren,

allen Mitgliedern der DIG gleich noch einen Nachfolger empfahl: ausgerechnet den MdB Alexander Graf Lambsdorff (FDP). Der zum linken Flügel der FDP gehörende Lambsdorff soll FDP-Insidern zufolge seinen Kollegen Olaf in der Beek, heute außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, für den Beirat der BDS nahen „Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft“ benannt haben (aus der in der Beek inzwischen, nach öffentlichem Druck, ausgetreten ist). Innerfraktionell soll Lambsdorff den Vorstößen eigener proisraelischer Parteikollegen (insbesondere Bijan Djir-Sarai und Frank Müller-Rosentritt) in den Rücken gefallen sein und sich zudem gegen ein vollständiges Vereinsverbot der Hizbollah in Deutschland eingesetzt haben (welches die FDP schließlich auch nicht einforderte; sie beschränkte sich auf die Forderung nach einem sogenannten „Betätigungsverbot“). Dass ausgerechnet Lambsdorff nun auf Becker folgen soll, lässt um die weitere Entwicklung der DIG fürchten.

Michaela Engelmeier soll indes als Generalsekretärin kaum wahrnehmbar gewesen sein. Entscheidende Impulse für die Weiterentwicklung der DIG blieben aus. Die Bilanz: mehr als mau. Statt Inhalte voranzubringen, regiert der sozialdemokratische Parteiapparat. Gerüchten zufolge soll der über eine Spendenaffäre gestolperte EX-SPD-Politiker Johannes Kahrs auf der nächsten Hauptversammlung der DIG zum Schatzmeister gewählt werden. Die Stellen des Generalsekretärs (Engelmeier) und des Schatzmeisters (Kahrs) wären dann beide mit Leuten aus dem sozialdemokratischen „Seeheimer Kreis“ besetzt. Pikant dabei: Es war Kahrs, der 2020 die Mittel für die Generalsekretärsstelle im Haushaltsausschuss locker machte.

## Fragwürdige Kandidaten

Neben Engelmeier treten die Präsidiumsmitglieder Vincent Wolff, Daniel Killy und Helge „David“ Gilberg aus Köln als SPD-Parteisolddaten auf. Zusammen war man in den letzten Jahren sichtlich bemüht, die skandalöse Nahostpolitik der SPD-Altvorderen Steinmeier, Gabriel und Maas vor allzu starker Kritik zu schützen. Insbesondere Gilberg fiel damit auf, alle Vorstöße der Generalsekretärin zu unterstützen, so es denn mal welche gab. Gegner überzieht er im Internet auf Twitter, Facebook und Co. mit Pöbeleien. Sich selbst beschreibt Gilberg als „SPD-Mitglied, Jude, Karnevalist und schwul“.

Bei der DIG Köln jedenfalls, in der er von 2017 an als stellvertretender Vorsitzender viel Unruhe stiftete, wurde er vor einigen Monaten nicht mehr in den Vorstand gewählt. Hintergrund war u.a., dass die dortige AG eine Auseinandersetzung mit der schon mehrmals antiisraelisch aufgefallenen Kölner Stadtverwaltung ausfocht. Bei einer von der Kölner AG in Kooperation mit der Stadt Köln organisierten Ausstellung über die Geschichte Israels wurde entgegen vorherigen Absprachen ein Drittel der Ausstellungsfotos zensiert. Sie verletzten wohl nach Auffassung der Stadt die Gefühle von „Palästinensern“. Gilberg war im DIG-Vorstand Köln der Verantwortliche für die Ausstellung und hatte die Unterschlagung der inkriminierten Ausstellungsstücke ohne Absprache mit seinen Vorstandskollegen abgenickt. Den skandalösen Deal mit der Stadt Köln verschwie er bis zur Eröffnung der Ausstellung, wo seine Kollegen dann vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Noch mehr als jede andere Personalie steht Helge Gilberg dafür, dass die DIG nun ihrerseits am Scheideweg steht.

Besonders pikant ist Gilbergs Selbstdarstellung. Recherchen der Jüdischen Rundschau ergaben, dass es große Zweifel sowohl daran gibt, dass er Jude ist, als auch, dass er SPD-Mitglied ist. Bei der SPD Köln flog er jedenfalls 2019 raus. Er hatte seine Beiträge nicht mehr gezahlt. Passiert schon mal. Sein „Jüdischsein“ ist indes höchst zweifelhaft. Gilbergs Mutter ist aktives Mitglied der Neupapstolischen Kirche. Eine Anfrage bei seiner Mutter ergab: Niemand in Gilbergs Familie scheint jemals etwas mit dem Judentum zu tun gehabt zu haben. Ein Giur Gilbergs ist nicht bekannt. Eingetragenes Mitglied einer Jüdischen Gemeinde in Köln ist er auch nicht, wie der Gemeindevorsitzende Abraham Lehrer inoffiziell bestätigte. Allerdings steht Gilberg unter Lehrers Schutz. Er hat ihn beim Verein „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“, der sich aus Staatsmittel finanziert, angestellt. Mit diesem Deckmantel spricht er regelmäßig mit Kippa auf dem Kopf über den zunehmenden Antisemitismus. Ein von deutschen Steuergeldern lebender „Kostümjude“, der Juden das „Jüdischsein“ erklärt und echte Israelarbeit behindert. Noch mehr als jede andere Personalie steht Helge Gilberg dafür, dass die DIG nun ihrerseits am Scheideweg steht.



**Degussa**   
GOLD UND SILBER.

# DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

**DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE**



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart  
Zürich Genf Madrid London

# 4. Jahrestag des Mordes an Susanna Feldmann: Medien schweigen

*Im Mai 2018 wurde das Leben eines 14-jährigen jüdischen Mädchens auf eine abscheuliche Art und Weise beendet. Ihr Mörder war ein illegaler Migrant aus dem Irak. Diana Feldmann macht die deutsche Einwanderungspolitik für den Tod ihrer Tochter mitverantwortlich und muss angesichts des lauten medialen Schweigens feststellen, dass Gewaltopfer von Migranten nicht die gleiche Anteilnahme erfahren, wie Opfer anderer Straftäter. (JR)*

Von Collin McMahon

Am 23. Mai jährte sich der Todestag von Susanna Feldmann zum vierten Mal, die mit 14 Jahren von einem irakischen Migranten vergewaltigt und ermordet wurde. Ihre Mutter Diana Feldmann schrieb dazu am 22. Mai auf Facebook:

„Mein geliebtes Kind... mein wunderschöner Engel... Heute vor 4 Jahren war unser letzter gemeinsamer Tag, unsere letzte gemeinsame Shoppingtour, unser letztes Wiedersehen, unser letztes Abholen deiner kleinen Schwester aus dem Kindergarten, unser letzter Abschied. Keiner von uns konnte sich zu dem Zeitpunkt vorstellen, dass das alles zum letzten Mal sein wird.“

In der Nacht vom 22.05.2018 auf den 23.05.2018 ist etwas Schreckliches geschehen. Deinem jungen, unschuldigen Leben wurde ein Ende gesetzt. Nach vielen schrecklichen und qualvollen Stunden wurdest du zu einem wunderschönen Himmelskind.

Niemals in meinem Leben hätte ich mir vorstellen können, dass ich das Allerschlimmste erleben und durchmachen werden muss, was einer Mama passieren konnte. Rückblickend bin ich sehr darüber froh, dass ich dir am letzten Tag deines Lebens eine Freude bereiten konnte und, dass wir freundlich und nicht im Streit uns von einander verabschiedet haben.

Bis heute konnte ich nicht verstehen, warum dir das Grausamste und Allerschlimmste angetan wurde. Warum dürftest du nur 14 Jahre alt werden?

Ich fühle mich ohnmächtig und schuldig, weil ich dich nicht retten, nicht beschützen und dir nicht helfen konnte. Ich, deine Mama, die dich vom ersten Tag an abgöttisch geliebt hatte, die als Erste deine Hand und dich in meinen Armen, auf meinem Bauch halten dürfte, war in den letzten Stunden, Minuten, Sekunden nicht bei dir, nicht an deiner Seite.

Ich werde nie begreifen können, wie und warum der Gott, der einen beschützen sollte, sowas Schreckliches zugelassen hat. Warum musste dieses Monster in Menschengestalt dir das Schlimmste und Grausamste antun, was man einem Menschen, einem Kind, einer Frau antun kann?

Du warst noch total unerfahren und auf sowas überhaupt nicht vorbereitet. Warum musstest du so schrecklich und so jung sterben? Es war doch noch lange nicht deine Zeit. Du warst noch ein Kind, das sein ganzes Leben vor sich hatte.

Du warst ein freundliches, glückliches Kind, das immer gerne und viel gelacht hat, tolle Pläne für die Zukunft geschmiedet hat, du wurdest von vielen abgöttisch geliebt, gemocht und gern gehabt.

Du hast nie jemanden was Böses gewünscht oder getan. „Susanna, ein Mädchen mit einem Herz aus Gold.“ So beschreiben dich deine Freundinnen. Immer freundlich, schüchtern, nett, hilfsbereit und immer lachend.



Das liebevoll gestaltete Grab von Susanna Feldmann

Seit 4 Jahren gehe/n ich/wir nun den schwersten Weg, ohne eines der wichtigsten Menschen an unserer Seite, ohne dich, mein geliebtes Kind. Diese Traurigkeit, dieser unendliche Schmerz, dieser unfaire Verlust, diese seelische Leere, dieser andauernde Stich im Herzen, dieses Unbegreifliche, dieses Nichts-ändern-können, dieses Endgültige, werden mich mein Leben lang begleiten, bis wir uns hoffentlich wiedersehen werden.

Ich weiß, das Leben geht weiter und muss weitergehen. Ich muss für deine kleine Schwester, die dich unendlich vermisst, weiterleben und weiter kämpfen, egal wie schwer es auch ist. Ich bin mir sicher, dass diese Stärke und die Kraft jeden Tag aufs Neue von dir kommen.

Du gibst mir diese unvorstellbare Stärke, nicht aufzugeben. Sehr oft gibt es Momente, in denen ich es immer noch nicht glauben kann, dass du für immer gegangen bist und der Abschied, der kein richtiger Abschied war, für immer sein sollte.

Jeden Tag und jede Nacht stehst du

vor meinen Augen so wunderschön wie du schon immer warst, mein kleines Püppchen mit deinen wunderschönen langen Haaren, mit deinen wunderschönen großen dunklen Augen.

Den Klang deiner Stimme habe ich immer im Ohr. Ich halte mich an den wunderbaren, unvergesslichen Erinnerungen an einen der tollsten und liebsten, wunderbarsten, schönsten und wichtigsten Menschen meines Lebens. An dich, meine geliebte Tochter Susanna.

Und genauso behalte und trage ich dich weiterhin in meinem Herzen, in meinen Erinnerungen und in meinen Gedanken, denn ein Mensch ist nur dann tot, wenn er vergessen wird. Du lebst in unseren Herzen weiter, als wärst du nie gegangen.

In ewiger Liebe.

Susanna Feldmann wohnte bei ihrer Mutter Diana und deren italienisch-katholischen Lebensgefährten Liborio Famá in Mainz. Susannas Mutter wurde am 27.4.1974 in Belzy, Moldawien geboren und kam 1991 mit ihrer Fami-

lie nach Deutschland. Wie viele russischsprachige Juden folgte sie der deutschen Einladung, jüdisches Leben in Deutschland wieder erblühen zu lassen. Dianas Onkel lebt in Aschdod, Israel, den Diana 1998 besuchte.

Ihren Vater, einen kurdischen Türken, hat Susanna kaum gekannt. Die Eltern trennten sich vor Susannas Geburt am 2.11.2003. „Auf ihrem Instagram-Konto waren eine russische und eine türkische Flagge zu sehen. Sie hat nie erzählt, dass sie Jüdin ist. Das kam erst später auf“, sagte Diana der Journalistin Orit Arfa 2019. „Jetzt feiern sie (den Täter) Ali B. sogar mehr als Erdogan – weil er eine Jüdin umgebracht hat, eine ‚jüdische Schlampe‘.“ Diana Feldmann zeigte Arfa „eine Instagram-Fanseite des Mörders, auf der Karikaturen von Susanna neben einer brennenden israelischen Flagge zu sehen sind“.

Wie viele Mädchen in dem Alter durchlebte Susanna mit 14 eine Sturm-und-Drang-Phase, blieb oft weg, war unglücklich in der Schule und fand neue Freunde in Wiesbaden, etwa eine halbe Stunde mit der S-Bahn von Mainz entfernt. Beim McDonald's in Wiesbaden habe sie eine „Gruppe Ausländer“ kennengelernt, sagte Diana Feldmann zu Orit Arfa, von denen sie „ganz begeistert“ gewesen sei.

„Ich sprach mit ihr über die Asylbewerber“, so Diana Feldmann. „Du weißt nicht, aus welchen Ländern die kommen. Du weißt nicht, ob sie vielleicht Krieg erlebt haben. Du weißt

nicht, wie diese Leute ticken, was in deren Köpfen vorgeht.“ Aber sie hat immer gesagt: „Die sind so lieb. Die sind so cool. Mit denen kann man lachen und Spaß haben!“ Sie hat mir erzählt, dass die geklaut haben. Die haben mit Drogen gehandelt. „Aber mir tun sie doch nichts“, hat sie gesagt.“

Susanna habe sich in den gleichaltrigen KC verliebt, probierte Zigaretten und habe mal an einem Joint gezogen, aber das sei „nichts für sie gewesen“. Ihre Mutter habe ihr immer vertraut, aber auch mit Sorge auf sie geachtet, sagte sie. Als Susanna die Schule schwänzte und sich wie viele junge Mädchen in dem Alter geritzt hat, ging Diana mit ihr zum Jugendamt. Am Morgen des 23. Mai hatten sie eigentlich einen Termin bei einem Sozialarbeiter.

Am Abend des 22. Mai wollte sich Susanna mit KC in Wiesbaden treffen. Doch sein 21-jähriger Bruder Ali Bas-har Ahmad Zebari hatte ein Auge auf Susanna geworfen. „Irgendwann fick ich sie!“, habe Ali einem Afghanen namens Mansur gesagt.

Diana Feldmann glaubt, KC habe Susanna in eine Falle gelockt, um seinem älteren Bruder und seinen Freunden zu gefallen. Am Abend habe Susanna ihre Mutter noch angerufen und gesagt, sie bleibe bei einer Freundin, und versprochen, um 7 Uhr wieder daheim zu sein. Zeugen zufolge soll sie nahe der Flüchtlingsunterkunft in Wiesbaden-Erbenheim gesehen worden sein, in der Alis Familie wohnte.

In der Nacht schrieb sie an eine Freundin namens Sonja: „Hilf mir. Ich habe Angst. Ich bin hier mit Ali und seinen Freunden in einem Flüchtlingsheim. Ich will gehen und sie lassen mich nicht. Sie halten mich fest.“ Diana Feldmann beklagt sich, dass die Freundin diese Nachricht verschwiegen habe. Sonja habe Susanna geraten, ihre Mutter anzurufen, doch Susanna wollte nicht zugeben, ihre Mutter belogen zu haben.

An dem Abend wurde Susanna von Ali Zebari bedroht, der von ihr Geschlechtsverkehr verlangt haben soll. Als sie sich weigerte, soll er sie mit einem Ast geschlagen und gewürgt haben, und sie gezwungen, ihm auf ein Feld in der Nähe der Unterkunft zu folgen, wo er sie vergewaltigt habe.

Als Susanna am Morgen des 23. Mai Ali gebeten habe, sie gehen zu lassen, „soll er Susanna von hinten gepackt und so lange gewürgt haben, bis sie starb“, schrieb die BILD, da er befürchtete, „dass sein Opfer oder deren Eltern die Polizei rufen würden.“

Als Susanna am nächsten Morgen um 7 Uhr nicht heimkam, schrieb Diana ihr per WhatsApp, „Wo bist du? Warum bist du nicht heimgekommen?“ Dann kam um 11:33 Uhr eine „komische“ Nachricht: „Ich komme um 4 Uhr nachmittags. Mein Akku ist alle.“ Zu dieser Zeit wusste die Mutter nicht, dass sie mit dem Mörder ihrer Tochter kommunizierte. „Tschüss Wiesbaden, jetzt nach Paris mit meinem Herz Armando“, schrieb Ali der besorgten Mutter in Susannas Namen.

Um 21 Uhr wurde Susanna Feldmann offiziell als vermisst gemeldet, eine zweiwöchige verzweifelte Suche begann. Die Mutter fuhr sogar mit Alis Bruder Honer im Auto umher, um die Gegend abzusuchen. „Diese ganze verdammte Familie“ hätte ihr ins Gesicht gelogen, sagte Diana Feldmann zu Orit Arfa. „Wir standen bei denen zu Hause! Da standen die Schwester, die Mutter, und sie alle haben gesagt ‚Allah, Allah, wir haben ihn nicht gesehen‘. Sie haben gelogen, denn sie wussten ganz genau, was passiert war. Wie kann eine Mutter – eine Mutter, die selbst acht Kinder hat – einer anderen Mutter ins Gesicht lügen, und sagen ‚Ich weiß nichts?‘“

Am 29. Mai erhielt Diana Feldmann von einer Bekannten ihrer Tochter die Mitteilung, Susanna sei an einem Bahngleis in Wiesbaden vergraben. Am 30. Mai verließ Ali Zebari mit seiner Familie Wiesbaden und flog am 2. Juni unter falschem Namen von Düsseldorf nach Istanbul, dann über Erbil weiter in ihr Heimatdorf Zaxo in der Autonomen Region Kurdistan.

Am 1. Juni veröffentlichte Susannas Mutter auf Facebook einen verzweifelten Hilferuf und machte der Polizei schwere Vorwürfe: „Wie kann es sein, dass die Polizei sich fünf Tage Zeit lässt und nichts tut?“ Erst auf Veranlassung ihrer Anwältin sei eine Handy-Ortung und eine öffentliche Fahndung veranlasst worden, so die Hessenschau. Am 3. Juni meldete sich ein 13-Jähriger bei der Polizei, der im

selben Flüchtlingsheim wie Ali Zebari wohnte, und gab einen Hinweis auf den möglichen Fundort der Leiche. Bis zu 400 Polizisten waren mit Hund und Hubschrauber an der Suchaktion beteiligt.

Am 6. Juni wurde Susannas Leiche in einem Erdloch am Gleis der Ländchesbahn nahe der Flüchtlingsunterkunft gefunden. Am 8. Juni verhafteten kurdische Sicherheitskräfte Ali Bashar, der unter Begleitung des Bundespolizeipräsidenten Dieter Romann nach Frankfurt zurückgeflogen und am 10. Juni in Wiesbaden dem Haftrichter vorgeführt wurde. Zu Prozessbeginn am 12.3.2019 gestand Ali die Tötung Susannas, nannte den Geschlechtsverkehr jedoch „einvernehmlich“.

Am 10.07.2019 wurde Ali Zebari vom Landgericht Wiesbaden zu einer lebenslangen Haftstrafe mit Feststellung der besonderen Schwere der Schuld verurteilt. Im Oktober 2019 wurde er nochmal zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten verurteilt, weil er im Mai 2018 in der

„Liebe Frau Merkel, Sie als unsere Bundeskanzlerin haben in gewisser Art und Weise auch das Blut an Ihren Händen und die Mitverantwortung dafür, dass hierzulande so viele junge Mädchen, Frauen und Männer sterben mussten und wahrscheinlich noch sterben müssen! Durch Ihre großzügige, irgendwann einmal außer Kontrolle geratene Gastfreundschaft wurden sogenannte „Flüchtlinge“ – und damit meine ich viele junge Männer, die als Wirtschaftsmigranten diese einmalige Gelegenheit genutzt haben, in ein wohlhabenderes Land zu kommen – mit offenen Armen empfangen.“

Flüchtlingsunterkunft eine elfjährige Deutsche vergewaltigt haben soll.

Am 8.6.2018 widmete der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz seine Redezeit im Bundestag einer Schweigeminute für Susanna. Die AfD-Fraktion erhob sich schweigend. Die anderen Parteien raunten und störten. Vize-Bundestagpräsidentin Claudia Roth unterbrach die Schweigeminute und forderte Seitz auf, „sich an die Tagesordnung“ zu halten. „Herr Seitz, haben Sie noch etwas zu sagen? Ansonsten würde ich die nächste Rednerin oder den nächsten Redner aufrufen.“ Die anderen Fraktionen applaudierten. Als Seitz weiter schwieg, sagte Roth: „Da Sie mir nicht antworten, ist damit ihre Rede oder ihr Beitrag beendet.“ Diana Feldmann teilte dieses Video auf ihrer Facebook-Seite.

Seit dem Tod ihrer Tochter hat Diana Feldmann außer einer Trauerkarte von Bundespräsident Steinmeier keine Hilfe der Bundesregierung erhalten, sagte sie nun der Jüdischen Rundschau. Die einzige Hilfe kam vom Opferschutzverband „Weißer Ring“, der ihr dabei geholfen hat, Hinterbliebenenrente und Schockschaden vom Versorgungsamt zu beantragen. Die Hilfe sei vorerst nur befristet und werde alle 3 Jahre überprüft, so Feldmann.

Der Weiße Ring Wiesbaden hat Diana Feldmann während des Prozesses unterstützt, den Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Mainz mitfinanziert und die Mutter mit ihrem Lebensgefährten und ihrer damals vierjährigen Tochter Giuliana nach dem Prozess in den Kurzurlaub geschickt. Diana Feldman ist seit der Tat in Psychotherapie. „Mir wurde gesagt, dass es gegen diese Trauer und diesen Schmerz leider keine Medikamente gibt. Aber ich will mich ruhigstellen. Meine Kleine braucht mich“, so Feldmann.

Anfang 2019 richtete sich Diana in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und machte sie für den Tod ihrer Tochter mitverantwortlich, wie die Jüdische Rundschau damals berichtete:

„Liebe Frau Merkel, Sie als unsere Bundeskanzlerin haben in gewisser Art und Weise auch das Blut an Ihren Händen und die Mitverantwortung dafür, dass hierzulande so viele junge Mädchen, Frauen und Männer

die „Hass“ schürten und „gewaltbereite Extremisten“ anstachelten. Bundespräsident Steinmeier nannte die Opfer auf Facebook „Ziel eines mörderischen Plans.“

Diana Feldmann schrieb dazu auf Facebook: „Lieber Herr Steinmeier, das ist sehr, sehr nett von Ihnen. Jeder Tote (Ermordete) ist einer zu viel. Wann gedenken Sie aber Opfern wie meine geliebte Tochter Susanna, die vor knapp 4 Jahren von einem irakischen Flüchtling vergewaltigt und zu Tode gewürgt wurde? Susanna war auch einmalig und einzigartig und durfte nur 14 Jahre alt werden. Es gibt so viele deutsche Opfer, die genauso viel Wert sind, aber diese ‚Einzelfälle‘ erwähnt man nie. (Sie werden) vergessen. Aus den Augen, aus dem Sinn.“

„Meine geliebte Tochter kommt nicht mehr zurück“, so Diana Feldman zu Steinmeier weiter. „Und ohne unsere ehemalige Kanzlerin wäre der Vergewaltiger und Mörder meiner geliebten Tochter nie in Deutschland gelandet. Diese Frau hat dem Vergewaltiger und Mörder meiner geliebten Susanna den sorgenlosen Aufenthalt in Deutschland ermöglicht. Ohne sie würde meine Tochter heute noch leben.“

Weder Faeser noch Steinmeier haben ihr darauf geantwortet. Am 4. Jahrestag von Susannas Ermordung schwiegen die deutschen Medien durch die Bank, die im Februar ausführlich zu Hanau berichtet hatten.

Gegenüber der Jüdischen Rundschau erklärte Diana Feldmann ihre Beweggründe für den Post. Sie finde, dass man „sehr wahrscheinlich mit Absicht einen großen Unterschied zwischen den deutschen und ausländischen Opfern wie auch Tätern macht. Dass die deutschen Opfer weniger bis gar keinen Wert haben, als die Ausländischen.“

Auch Mitarbeiter des Weißen Rings, die hauptberuflich mit Opferschutz zu tun hätten, sagten ihr, es sei „schon auffällig“, dass deutsche Opfer weniger Aufmerksamkeit erhielten als ausländische Opfer, so Feldmann. „Das man die Taten von Ausländern bzw. Flüchtlingen und deutsche Opfer am liebsten so schnell wie möglich unter den Tisch kehren möchte, damit das so wenig wie möglich in die Öffentlichkeit gerät.“

Bis heute sei ihr eine Rückkehr in ein normales Leben nicht möglich, so Diana Feldmann. „Es gibt bei mir kein normales Leben mehr – nicht in der Partnerschaft und auch so nicht. Es ist ein täglicher Kampf zwischen einer trauernden Mutter und einer Mutter, die für ihr anderes Kind funktionieren muss. Auch wenn ich ab und zu lache, habe ich sofort ein schlechtes Gewissen Susanna gegenüber. Denn eigentlich gibt es nichts mehr zu lachen.“

Kurz nach Susannas Beisetzung wurde in der jüdischen Gemeinde in Mainz eine Gedenkfeier veranstaltet, für alle, die nicht zur Beerdigung kommen konnten. Da wurde Diana Feldmann eine Karte überreicht, um ihr mitzuteilen, dass für Susanna in Jerusalem ein Baum gepflanzt wurde. Diana Feldmann sagt, sie „war leider noch nicht dort.“ Eines Tages hofft sie, nach Jerusalem fahren zu können, um den Baum zu sehen.

*Collin McMahon ist ein deutsch-amerikanischer Autor und Übersetzer. Als Kinderbuchautor hat er u.a. den Bestseller „Gregs Tagebuch“ übersetzt. Als Autor schreibt er u.a. für Arutz Sheva, Audiatur, Freie Welt und Jüdische Rundschau.*

# Skandal um den Rektor des Reform-Rabbinerseminars und jüdischen Konvertiten Walter Homolka

*Hartmut Bomhoff, damals noch Dozent an der extrem-reformierten und von unserer Politik bevorzugt finanzierten Potsdamer Rabbiner-Ausbildungsstätte und ausgerechnet Ehemann des Rektors am Rabbinerseminar Walter Homolka, soll ein Selbstbefriedigungsvideo an einen Studenten verschickt haben. Dieser Skandal ist außerdem nur die Spitze des Eisbergs aus sexuellen Belästigungen und Machtmissbrauch im Verantwortungsbereich Walter Homolkas. Jahrelang soll Homolka auch in anderen Bereichen, die eigenen Interessen über das Wohl seiner Studenten gestellt haben. (JR)*

Von Marcel Yaron Goldhammer

Anfang Mai wurde in deutschen Medien über Vorwürfe von Machtmissbrauch und sexueller Belästigung eines Studenten durch Hartmut Bomhoff berichtet.

Der betroffene Student, der in Israel aufgewachsen ist, hatte Anzeige gegen Bomhoff erstattet. Die Staatsanwaltschaft Potsdam sah jedoch, man höre und staune: „kein öffentliches Interesse“ an einer Strafverfolgung und stellte das Verfahren ein.

Danach vertraute sich der Student dem Professor Jonathan Schorsch an, der die Angelegenheit im Institutsrat zur Sprache brachte.

Erst jetzt räumte die Geschäftsführung ein, dass es „Verbreitung von Pornografie“ und weitere Vorkommnisse auch gegenüber anderen Studenten gegeben habe.

Bomhoff, der damals als Dozent und Pressesprecher am Geiger-Kolleg tätig war, soll dem Studenten via Facebook-Messenger ein u.a. der Zeitung „Welt“ vorliegendes Video gesendet haben, in dem er sich selbst befriedigt.

Laut Aussage von Rabbiner- und Kantorenanwärttern soll Bomhoff sich bemüht haben, junge Studenten für sich und Homolka zum Sex zu rekrutieren, und auch zu illustren Ausflügen durch ganz Europa, getarnt als „Dienstreisen“, die dann diskret über das Budget des Geiger-Kolleg abgerechnet wurden.

Gegen Bomhoff wurden bereits im Dezember 2020 und im Februar 2022 Vorwürfe wegen sexueller Belästigung erhoben. Das Arbeitsverhältnis sei Ende Februar 2022 beendet worden.

Somit hat das jüdische Deutschland nun ein eigenes #METOO, und das nur einen Steinwurf von Potsdam-Babelsberg, dem „deutschen Hollywood“, entfernt. Doch anders als bei kommerziellen Filmproduktionen in den Traumfabriken dieser Welt handelt es sich bei der Ausbildung von Rabbinern und Kantoren nicht um die filmreife Vermarktung von Eitelkeiten im Schatten sexueller Gefälligkeiten, sondern um einen von Staat und Gesellschaft steuerlich finanzierten, universitären Ausbildungsbetrieb für religiöse und pädagogische Führungspersönlichkeiten. Für einen solchen Betrieb sind die moralische und fiskalische Integrität der Führung von größter Bedeutung. Daher ist eine gründliche Beleuchtung aller Vorgänge des Machtmissbrauchs und der sexuellen Belästigung am Geiger-Kolleg öffentlich zu untersuchen, genauso wie die politischen und wirtschaftlichen Verstrickungen der Beteiligten.

## Vertuschungsversuche

m jedoch genau eine solche Aufklärung zu verhindern, beauftragte Bomhoff die Unter den Linden ansässige Berliner Anwaltskanzlei BEHM BÉCKER GEBNER, eine identifizieren-



Der Konvertit Walter Homolka verstand es, das Judentum als „Karriereleiter“ zu nutzen

de Berichterstattung zu unterbinden, da es „kein öffentliches Informationsinteresse“ gebe und da „keine sexuelle Belästigung vorliege“.

Das sehen aber mindestens sechs frühere Studenten des Geiger-Kollegs anders, die sich deutlich an belästigende sexuelle Avancen des damaligen Dozenten und Pressesprechers erinnern.

Der Rektor des Kollegs, Walter Homolka, lässt seine Ämter vorerst ruhen zu lassen, darunter den Posten des stellvertretenden Direktors der „School of Jewish Theology“. Der nicht direkt in den Skandal verwickelte geschäftsführende Direktor Daniel Krochmalnik erklärte bereits seinen Rücktritt; er habe „nicht mehr die Kraft, das Institut durch die Krise zu führen“. Ein Schritt, den sich viele auch von Homolka wünschen, der jedoch, bis zum Redaktionsschluss Ende Mai, auf sich warten ließ. Statt endgültig zurückzutreten, lässt Walter Homolka seine Ämter als Rektor und Geschäftsführer des Abraham Geiger Kollegs bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen und zieht sich als Gesellschaf-

ter des AGK Kollegs zurück. Anstatt einen Schlussstrich zu ziehen und Tacheles zu reden, fabuliert Homolka lapidar von „Fehlern mir nahestehender Menschen“ und „Befangenheit“.

Laut einem jüdischen Sprichwort stinkt der Fisch bekanntlich vom Kopfe her.

## Ämter, Titel und Narzissmus

Homolka ist laut einem ehem. Rabbiner-Studenten ein Karrierist, dem Loyalität wichtiger ist als Qualifikation. Er gilt als bestens vernetzt mit vornehmlich sozialdemokratischen und linken Politikern und großzügigen Geldgebern jeglicher Couleur im In- und Ausland.

„Homolka spielt die jüdische Karte“ und sei „unantastbar“, sagt der Professor für jüdische Religions- und Geistesgeschichte Jonathan Schorsch.

Laut dem Berliner Rabbiner Dr. Walter Rothschild verbreite Homolka durch seine schiere Ämterhäufung und sein bei Konflikten cholerasches und teils körperlich bedrohliches Auftreten eine „Atmosphäre der Angst“.

Rothschild meint, die Welt teile sich in zwei Gruppen von Menschen: „Die, die schon mit Homolka gestritten haben, und die, die es noch tun werden...“.

„Ob Nadelstreifen und Regenbogen eine dauerhafte Allianz eingehen können?“, fragte sich die „Welt“ schon im Jahr 1999 über Walter Homolka, wohl ohne sich damals der tieferliegenden Ironie dieser Frage bewusst gewesen zu sein.

Homolka, der damals Greenpeace-Chef von Deutschland war, zog sich bereits nach kurzer Zeit auf diesem Chefessel den Argwohn der Umweltaktivisten-Basis zu: „Er beteilige sich zu wenig an Aktionen, kümmere sich mehr um Organisation und Geschäftliches als um Umweltthemen. Statt mit dem Fahrrad fahre er häufig mit dem Taxi zur Arbeit, statt mit der Bahn reise er lieber mit dem Flugzeug.“

Vorher war Homolka im Vorstand bei Bertelsmann in Gütersloh, davor bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München.

Der Name Homolka bzw. „Ha Mal-kah“ bedeutet auf Hebräisch „die Königin“; und nicht minder royal erstrahlt für den Betrachter die Schatztruhe an Titeln, Orden und Trophäen, die er im Laufe seines Lebens angehäuft hat.

Homolka ist u.a. Ritter des Verdienstordens der Italienischen Republik, Offizier des Treudienst-Ordens, Ritter des Ordens der Eichenkrone des Großherzogtums Luxemburg und sogar Ritter der französischen Ehrenlegion.

Doch damit nicht genug der Ehre. Des Weiteren verlieh man Homolka die Ehrendoktorwürde des Hebrew Union College, das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, das Verdienstkreuz 1. Klasse der BRD, den Verdienstorden des Landes Berlin und den Verdienstorden des Landes Brandenburg.

Darüber hinaus ist er auch noch Träger des Muhammad-Nafi-Tschelebi-Preises, des silbernen Ehrenzeichens der Stadt Wien und des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

Doch diese müde wie ratlos machende Liste wäre nicht komplett ohne seine Machtfülle im jüdischen Kosmos, denn in diesem ist er u.a. Vizepräsident der „European Union for Progressive Judaism“, Mitglied im Direktorium des Selma Stern Zentrums Berlin-Brandenburg, das den wissenschaftlichen Nachwuchs auf dem Gebiet der jüdischen Studien fördert, im Vorstand des Verbands der Judaisten in Deutschland, im Vorstand des Jüdischen Versorgungswerks und im Kuratorium des Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Kurzum, ein Mann mit der Macht, Karrieren zu fördern und zu zerstören.

Eine solche zerstörte er laut „Spiegel“ bei einer Studentin des konser-

vativen Zacharias Frankel College, ebenfalls vis-a-vis vom Potsdamer Neuen Palais, und ebenfalls eine von Homolka geführte Bildungseinrichtung.

Der kurz vor ihrer Ordination stehenden Rabbinerin wurde gekündigt, da sie sich intern für eine Aufklärung der Vorwürfe ausgesprochen hatte.

### Ein Bärendienst am Judentum

Die jüdisch-orthodox lebende Akademikerin Dr. Hannah Tzuberi vom Institut für Judaistik der Freien Universität Berlin, die auch schon in Homolkas Schusslinie geriet, seziiert ein deutsch-jüdisches Systemproblem in ihrer lesenswerten Schrift auf academia.edu:

„Reforesting“ Jews: The German State and the Construction of „New German Judaism“, zu Deutsch in etwa: „Juden ‚aufforsten‘: Der deutsche Staat und die Schaffung des ‚Neuen deutschen Judentums‘“.

Darin beleuchtet sie u.a. die historisch schwierige Situation der Juden in Deutschland, flankiert von dem generell absurden Verhältnis zwischen „Kirche“ und Staat und dem Zusammentreffen verschiedener, jüdischer Strömungen mit inkompetenten Berufspolitikern, die sich vor allem über politisch genehme „Hofjuden“ und schöne gemeinsame Fotos bei Veranstaltungen freuen.

Mit ein Problem, so meinen Rabbiner Dr. Walter Rothschild und Prof. Jonathan Schorsch unisono, sei es, dass im „Neuen deutschen Judentum“ von Regierungsgnaden überproportional viele Vertreter unterwegs seien, die nicht jüdisch geboren oder aufgewachsen sind und erst später im

Leben zum Judentum konvertierten. Es fehle oftmals an Empathie für den jüdischen Alltag, an jüdischem Humor und am Verständnis dafür, was es heißt, „a Mensch“ zu sein.

So auch Homolka, der im Alter von 17 Jahren zum Judentum übertrat, sich aber zeitlebens eine große Faszination vor allem für den prunkvollen römischen Katholizismus bewahrte und als großer Bewunderer der Vatikanstadt gilt. Als solcher führte er auch schon Rabbiner-Studenten des Abraham-Geiger-Kollegs durch die Ewige Stadt und den Petersdom.

Doch nicht nur an seinem jüdischen Kaiserhof von Potsdam oder im glamourösen Bundeshauptstum Berlin treibt der titelgekürzte „Lausbuab“ aus dem bayrischen Landau an der Isar sein Unwesen: auch im fernen Nordrhein-Westfalen kann eine kleine Landsynagoge im beschaulichen Ort Selm-Bork ein Lied von Homolka singen. Stein des Anstoßes war nämlich deren Gebetbuch.

Die ehemalige Synagoge Bork gehört zu den wenigen noch existierenden Landsynagogen im Münsterland, deren äußeres Erscheinungsbild die Zeiten fast unverändert überstanden hat.

Im Zuge der Renovierungsarbeiten am Gebäude, einem Traum aus Backstein und Fachwerk, das bis 1981 als Lagerraum genutzt, danach zum Abriss freigegeben und schließlich von der Stadt Selm angekauft wurde, entdeckte man 1992 auf dem Dachboden fünf alte jüdische Gebetbücher. Im Jahre 1994 wurde das restaurierte Gebäude als „Kulturstätte mit mahnendem und erinnerndem Charakter“ der Öffentlichkeit übergeben. So begannen Frau L. und ein paar jüdi-

sche Mitstreiter aus dem Münsterland und nördlichen Ruhrgebiet vor über zehn Jahren damit, regelmäßige Gottesdienste in dem Fachwerkbau abzuhalten, und bekamen sogar eine Torah-Rolle gestiftet. Als Gebetbuch nutzten sie Kopien der alten deutschen Gebetbücher, die Jahre zuvor auf dem Dachboden der Synagoge wiederentdeckt worden waren, – was den Zorn Homolkas auf sich zog, der zu dieser Zeit mit der Jüdischen Verlagsanstalt sein eigenes Gebetbuch, den Seder HaTefilot, an den Mann bringen wollte. Der Vorwurf Homolkas gegen die kleine Dorfsynagoge lautete, sie würde „die Einheit der Liberalen Gemeinden zerstören“. Das bedarf keines weiteren Kommentars.

Anstatt die Rettung der Integrität des Kollegs mit einem radikalen Neuanfang und Personalwechsel zu erleichtern, spielt Homolka nun auf Zeit und versucht, die Sache auszusitzen. Es wurden symbolträchtig ein paar Spielfiguren und Posten am Hofstaat verschoben, mehr nicht.

Die von Homolka gegründete Leo Baeck Foundation, ebenfalls ansässig am Neuen Palais in Potsdam, hat nun „unentgeltlich“ alle Anteile an der gemeinnützigen Gesellschaft von Homolka übernommen. Die Stiftung sei damit alleinige Trägerin des Geiger-Kollegs. „Kanzlerin“ bleibt Homolkas Vertraute und langjährige Sekretärin, Anne-Margarete Brenker.

Im Stiftungsrat dieser „jüdischen“ Leo-Baeck-Foundation sitzen übrigens:

Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Aiman Mazyek – Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, Bundesaußenministerin Annale-

na Baerbock (Grüne), Erzbischof Dr. Heiner Koch, Bischof Dr. Christian Stäblein, Brandenburgs Bildungsministerin Manja Schüle (SPD) und sogar der Ministerpräsident von Thüringen Bodo Ramelow (Die Linke, SED-Rechtsnachfolgerin)... mit welchem Bomhoff und Homolka übrigens im Sommer 2013 eine Israelreise unternommen haben, um das außenpolitische Profil Ramelow zu schärfen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass natürlich vor allem politische Moraldefizite in Deutschland, Machtallüren und Postenhunger zu diesem nicht enden wollenden unglücklichen Skandal beigetragen haben. Zurück und alleine bleiben die Opfer mit zerstörten Karrieren und verletzten Seelen, die unter sexueller Belästigung, Bedrohung und Machtmissbrauch gelitten haben.

Alle Beteiligten, die den Hofstaat Homolkas über Jahrzehnte gestützt und geduldet haben, sollten jetzt endlich den Mut aufbringen, mit dem Wegschauen aufzuhören und stattdessen Tacheles zu reden. So wie das kleine Kind am Ende vom Märchen „Des Kaisers neue Kleider“, sollte man offen das Problem ansprechen:

„Der hat ja gar nichts an!“

*Marcel Yaron Goldhammer, ist Schauspieler, Moderator und freier Autor. Sein Interesse für Politik und Journalismus entdeckte er als Wehrpflichtiger während des Gaza Krieges 2014 bei den Israelischen Verteidigungskräften in der IDF Spokesperson's Unit. Er ist Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und war früher in der liberalen Jugendorganisation Jung & Jüdisch e.V. und Tamar Olami aktiv.*

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

**Kaufen Sie auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.**

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

# Antizionismus und Gewalt: Ausschreitungen arabischer Kundgebungen an israelischen Universitäten

Infolge des hinsichtlich der Schuldverhältnisse keinesfalls geklärten Todes der Al-Jazeera-Journalistin Shireen Abu-Akleh in Jenin schwappten der Hass und die Hetze der „palästinensischen“ Propaganda-Sender auf israelische Hochschulen über. In Jerusalem, Tel Aviv, Haifa und Beer Sheva kam es bei Demonstrationen unter dem Deckmantel „Gerechtigkeit für Shireen“ zu zügellosen Hassparolen gegen den Staat Israel und Rufe nach „Rache“. Bisher hat keine der in Israel linksdominierten, von vielen Muslimen besucht und durchweg antizionistischen Hochschulen eine Stellungnahme, geschweige denn eine Verurteilung der Vorgänge verfasst, obwohl die Ausschreitungen Verletzte auf jüdischer Seite zur Folge hatten. (JR)

Von: Yonatan Shay

Die jüngste Terrorwelle in Israel legte auch die Situation an den israelischen Hochschulen offen. Diejenigen der arabisch-israelischen Studenten, die Israel nicht als jüdischen und demokratischen Staat akzeptieren, betätigen sich als antizionistischer Block an den Hochschulen und nutzen hierfür die ihnen dort zur Verfügung gestellte Bühne, um die Propaganda und die Hetze der arabischen Parteien in der Knesset sowie der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde zu verbreiten.

Das Phänomen arabischer Hetze und Gewalt gegen Juden an israelischen Hochschulen ist zwar nicht neu, allerdings hat es mit der weit verbreiteten Nutzung sozialer Netzwerke in den letzten Jahren ein bisher nicht für vorstellbar gehaltenes Ausmaß erreicht. Hass-Posts gegen Juden und Israel, die Unterstützung von Terroristen, Boykottaufrufe gegen den jüdischen Staat und die Identifikation mit „Märtyrern“, also Terroristen, die von israelischen Sicherheitskräften neutralisiert oder festgesetzt worden sind, haben ihren Weg aus dem Netz in die israelischen Hochschulen gefunden – meist sind die Urheber derartiger Äußerungen Araber.

## Schwache Regierungskoalition

Seit der Operation „Guardian of the Walls“ in Gaza sowie der Ausschreitungen von Arabern innerhalb Israels im Mai 2021, in deren Rahmen Juden in Israel (!) gelyncht und Dutzende Synagogen verbrannt worden sind, haben sich sowohl die Anzahl als auch die Qualität antizionistischer Vorfälle an den israelischen Hochschulen erheblich verschlimmert und die israelfeindliche Atmosphäre ist an den führenden Universitäten des Landes häufig deutlich spürbar.

Die Hauptfaktoren, die zu dieser Situation geführt haben, sind Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat seitens einiger – meist selbsternannter – Vertreter des arabischen Sektors in Israel und die Ermunterung durch die Ausschreitungen im Mai 2021, aber auch die Schwäche des Staates, der dem Phänomen nicht entschlossen und kompromisslos begegnet. Besonders die aktuelle Regierung Israels begegnet dem gefährlichen Phänomen nur zögerlich und halbherzig, wohl nicht zuletzt deshalb, weil ihr Bestand von einer islamistischen Partei (Ra'am), die Teil der Regierungskoalition ist, abhängt. Die Folge war die jüngste Terrorwelle in Israel, der 19 Israelis – darunter ein drusischer sowie ein arabischer Polizist und 2 Flüchtlinge aus der Ukraine – zum Opfer fielen. Begleitet wurde die Terrorwelle durch eine beispiellose Hasspropaganda in den sozialen Netzwerken, die sich ihren Weg zu den israelischen Hochschulen bahnte. Antisraelische Schmierereien, das Herunterreißen israelischer Flaggen, das Schwenken der Fahne der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, terrorverherrlichende Gesänge und



Gegendemonstration der „Im Tirtzu“-Bewegung zur jährlichen „Nakba-Show“ an der Universität Tel Aviv.

der Ruf nach „der Befreiung Palästinas mit dem Blut“ konnten in großer Zahl beobachtet werden. All dies sind Feindseligkeiten, deren Ausführung sich arabische Israelis seit der Staatsgründung (bis jetzt) nie getraut haben.

## Kaum Konsequenzen an den Hochschulen

Israels akademische Einrichtungen bewiesen leider einmal mehr, dass sie diesem Phänomen hilflos gegenüberstehen. Bei fast jeder Hetzveranstaltung arabischer Studenten gegen Israel und zugunsten von Terroristen war die Reaktion der Institutionen ähnlich: Zuerst Ignoranz, und erst nach der Aufdeckung der Fälle in den sozialen Netzwerken und in den Medien ein sehr lascher Aufruf an Dozenten und Studenten, „die Stimmung zu beruhigen und einen respektvollen Umgang zu pflegen“. Manchmal wurden einige der für die Hetze verantwortlichen Studenten zu „klärenden Gesprächen“ geladen, doch darüber hinaus geschah nichts. Im Gegenteil: Gerade in Fällen, in denen jüdische Studenten versuchten, gegen die Aufstachelung und Ermunterung zu Gewalt zu protestieren, wurden implizite oder explizite Drohungen von akademischen Mitarbeitern speziell gegen diese Studenten, die Verantwortung übernahmen und den Fall meldeten, gerichtet. Dies geschah, da der Fall nicht an die Medien und an die Öffentlichkeit durchsickern und der Ruf der akademischen Institution erhalten bleiben sollte. Das direkte Ergebnis war der Fortbestand und sogar die Stärkung der Aufstachelung und Unterstützung des Terrorismus durch israelisch-arabische Studenten.

## Gewalt gegen israelische Demonstranten

Am 15. Mai 2022 organisierte die „Im Tirtzu“-Bewegung (die größte und einflussreichste zionistische Bewegung in Israel und Wirkungsort des Verfassers dieser Zeilen) eine Gegendemonstration zur jährlichen „Nakba-Show“ am Eingang der Universität Tel Aviv. Im Tirtzu war bekannt, dass arabische Studenten mit PLO-Flaggen eintreffen und versuchen würden, gegen vorbeikommende jüdische Studenten zu hetzen und möglicherweise sogar körperliche Gewalt anzuwenden. Im Tirtzu berei-

tete sich wochenlang auf dieses Ereignis mit Schildern und Flyern vor, welche den Mythos der „Nakba“ entlarven. Die Polizei war mit verstärkten Kräften vor Ort, aber niemand erwartete, dass die „Nakba-Show“ der arabischen Studenten sehr schnell in gewalttätige Aktionen gegen Aktivisten unserer Bewegung und denjenigen Studenten, die sich unserem Protest anschlossen, umschlagen würde. Als Reaktion auf die PLO-Flagge wurden auf der israelischen Seite der Demonstration viele israelische Flaggen geschwenkt.

Schließlich durchbrachen drei arabische Studenten eine Polizeisperre, welche die beiden Demonstrationen voneinander trennte, und fingen an, die jüdischen Studenten zu schlagen, die israelische Fahnen schwenkten.

Diese gewalttätige Aktion führte zu einer handfesten Auseinandersetzung zwischen den drei Studenten und den Sicherheitskräften und Polizisten, die versuchten, sie zu stoppen.

Dies gelang ihnen jedoch nicht sofort, sodass einige jüdische Studenten und Aktivisten teils erhebliche Verletzungen davontrugen.

Die drei arabischen Studenten der Universität Tel Aviv wurden festgenommen: Sie heißen Rami Khatib, Ahmad Jabarin und Nimer Abu-Ahmed und sind in antizionistischen Gruppen an der Universität aktiv.

Der Vorfall, der sich im Herzen von Tel Aviv ereignete, der ersten hebräischen Stadt der Neuzeit, schlug in ganz Israel hohe Wellen und scheint das Fatale gesetzt zu haben, das der breiten Öffentlichkeit in Israel die Augen öffnete und die Gefahr, die durch die antizionistische Hasspropaganda arabischer Studenten ausgeht, schmerzlich ins Bewusstsein rief. Nachdem diese Gefahr lange nicht ernst genommen worden war, gab es, wohl auch unter dem Eindruck der Fotos von verletzten jungen Studenten, eine dringliche Sitzung der Knesset.

(Der Autor dieser Zeilen war einer der Verletzten und hat die arabische Gewalt hautnah miterlebt.)

Umso skandalöser ist die Tatsache, dass nur wenige Tage nach den gewalttätigen Ausschreitungen in Tel Aviv eine weitere „Nakba-Show“, bei der gegen Israel gehetzt und palästinensische Terroristen verehrt wurden, stattfand.

Doch nicht nur in Tel Aviv, sondern auch an der Universität Ben-Gurion in Beer Sheva wurde in aller Öffentlichkeit Terrorverherrlichung betrieben. Die Veranstaltung wurde nicht verboten, da sich die Universitätsleitung auf die „akademische Meinungsfreiheit“ sowie die Akzeptanz „anderer Nationalflaggen“ berief (die Flagge der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde ist in Israel, wie etwa die Hamas-Flagge, nicht verboten). Shai Rosengarten, Leiter der Studenten und Aktivisten Abteilung der „Im Tirtzu“-Bewegung, reagierte auf die jüngsten Ereignisse in Tel Aviv und in Beer Sheva wie folgt: „Es ist unfassbar, dass Studenten an einer Universität im Herzen Israels gegen den Staat Israel und gegen Juden hetzen. Es ist eine Schande, dass die Universitäten von Tel Aviv, Beer Sheva und die israelische Polizei eine solche Veranstaltung, in deren Rahmen Menschen angegriffen wurden, überhaupt zugelassen haben.“

Bereits aus mehreren akademischen Einrichtungen in Israel gab es im vergangenen Jahr Berichte über Studenten, die Angst haben, die Hochschule zu besuchen, weil arabische Studenten Juden auf dem Campus terrorisieren und bei Vorlesungen über den Holocaust in Europa fluchen und lachen, wie es etwa vor einem Jahr am Safed College im Norden Israels und an der Hebräischen Universität Jerusalem geschehen ist. Die israelische Regierung muss eine klare Politik diktieren, um die Anstiftung und Unterstützung für den „palästinensischen“ Terrorismus in der Wissenschaft zu beenden.

Es müssen Instrumente geschaffen und vor allem auch angewendet werden, mit denen die sofortige Verweisung von antisemitischen und terrorverherrlichenden Studenten, die an solchen Aktionen beteiligt sind, ermöglicht und sogar zwingend erforderlich wird. In der aktuellen Situation ist es überdies besonders wichtig, eine Beschwerde- und Anlaufstelle für Studenten einzurichten, die sich während ihres Besuchs auf dem Campus bedroht und eingeschüchtert fühlen.

Das Schweigen der israelischen Universitäten verstärkt nur das Phänomen und führt dazu, dass der nächste gewalttätige Überfall nur eine Frage der Zeit sein wird.

## Über den Autor:

Der Politikwissenschaftler Yonatan Shay studierte Internationale Beziehungen und Diplomatie an der IDC Herzliya. Sein Masterstudium absolvierte er an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach seinem Studium leistete er sein Praktikum im Deutschen Bundestag und AJC Berlin ab. Heute arbeitet er als Abteilungsleiter bei „Im Tirtzu“, die größte zionistische Graswurzelbewegung Israels und betreut innerhalb seiner Tätigkeit auch die Hasbara/Israel-Advocacy Desk. Yonatan Shay ist der ehemalige Gesandter der Jewish Agency for Israel in Süddeutschland und arbeitete auch als Medienanalyst bei dem israelischen Government Press Office.

# Demografie-Update 2022 ergibt eine solide jüdische Mehrheit in Israel

Die künstliche Inflation der arabischen Bevölkerungszahlen ist Teil der Propaganda-Strategie gegen Israel. Der ehemalige israelische Botschafter Yoram Ettinger entlarvte eine Bevölkerungslücke von ca. 1,5 Millionen unter den arabischen Israelis. Zum Teil wurden sogar Geburtenjahrgänge von 1845 mitgezählt. In Wahrheit übersteigt die jüdische Geburtenrate des Jahres 2022 die der muslimischen Geburten. Damit dürfte die jüdisch-kulturelle Identität Israels trotz allen Wunschdenkens seiner Feinde auch in Zukunft nicht in Zweifel zu ziehen sein. (JR)

Yoram Ettinger/  
theettingerreport.com

Im Jahr 2022 sieht sich Israel im Gegensatz zur konventionellen demografischen Weisheit nicht mit einer potenziellen arabischen demografischen Zeitbombe in den Gebieten Judäa, Samaria (dem Westjordanland) und dem Gebiet vor 1967 konfrontiert. Vielmehr profitiert der jüdische Staat von einem starken jüdischen demografischen Rückenwind.

Im Jahr 2022 wird das politische und demografische Establishment in Israel und im Westen weiterhin die offiziellen „palästinensischen“ Zahlen ungeprüft übernehmen und dabei eine künstliche Inflation der Bevölkerungszahlen um 50 Prozent ignorieren.

Im Jahr 2022 ist Israel die einzige westliche Demokratie mit einer relativ hohen Geburtenrate, was ein weiteres Wirtschaftswachstum ermöglicht, ohne auf Arbeitsmigranten angewiesen zu sein. Darüber hinaus sorgt Israels florierende Demografie für eine gestärkte nationale Sicherheit (größere Rekrutenjahrgänge) und eine selbstbewusstere Außenpolitik.

Im Jahr 2022 übersteigt die jüdische Geburtenrate Israels zum ersten Mal – entgegen der vom israelischen demografischen Establishment seit den frühen 1940er Jahren herausgegebenen Prognosen – die muslimische Geburtenrate Israels. Darüber hinaus ist die jüdische Geburtenrate in Israel höher als in allen arabischen Ländern mit Ausnahme von Jemen, Irak und Ägypten.

Im Jahr 2022 steht Israel eine potenzielle Alija-Welle (jüdische Einwanderung) von etwa 500.000 Olims aus der Ukraine, Russland, anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, Frankreich, Großbritannien, Deutschland usw. bevor.

Im Jahr 2022 hält die Verwestlichung der arabischen Geburtenrate als Folge der Modernität, der Urbanisierung, der Aufwertung des sozialen Status der Frauen, der Einschreibung von Frauen in höhere Bildungseinrichtungen und der zunehmenden Verwendung von Verhütungsmitteln an.

Im Jahr 2022 setzt sich die jüdische demografische Dynamik (seit 1995) fort, wobei der säkulare jüdische Sektor den Unterschied ausmacht, während die ultraorthodoxen Juden einen leichten Rückgang der Geburtenrate verzeichnen.

## Jüdische demografische Dynamik

Die Zahl der israelisch-jüdischen Geburten lag im Jahr 2021 (141.250) um 76 % höher als 1995 (80.400), während die Zahl der israelisch-arabischen Geburten im Jahr 2020 (43.806) um 20 % höher war als 1995 (36.500), wie aus dem Monatsbericht vom März 2022 des israelischen Zentralamts für Statistik (ICBS) hervorgeht.

Im Jahr 2021 betrug der Anteil der jüdischen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten 76 %, verglichen mit 69 % im Jahr 1995.

Die Fruchtbarkeitsrate (Anzahl der Geburten pro Frau) der säkularen israelischen Jüdinnen ist in den letzten 25 Jahren tendenziell gestiegen, während sie bei den ultraorthodoxen Frauen leicht gesunken ist.

Israelische jüdische Frauen – deren Präsenz auf dem Arbeitsmarkt nur noch von Island übertroffen wird – sind die einzigen,

die einen Anstieg der Geburtenrate erleben, zusammen mit der zunehmenden Verstädterung, der steigenden Bildung, dem steigenden Lebensstandard, der zunehmenden Integration in den Arbeitsmarkt und dem Anstieg des Heiratsalters, während diese Phänomene die Geburtenrate in allen anderen Ländern gesenkt haben.

1969 war die arabische Geburtenrate in Israel um 6 Geburten höher als die jüdische Geburtenrate. Im Jahr 2015 lagen beide Fruchtbarkeitsraten bei 3,13 Geburten pro Frau, was die dramatische Verwestlichung der arabischen Demografie widerspiegelt, die durch den höheren sozialen Status der Frauen, das höhere Heiratsalter, die stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt und die kürzere Reproduktionszeit ausgelöst wurde. Im Jahr 2020 betrug die jüdische Geburtenrate 3 (und 3,27 bei einem in Israel geborenen jüdischen Vater), während die arabische Geburtenrate insgesamt 2,82 und die muslimische Geburtenrate 2,99 betrug. Die durchschnittliche Fruchtbarkeitsrate innerhalb der OECD liegt bei 1,61 Geburten pro Frau.

Das einzigartige Wachstum der jüdischen Geburtenrate in Israel wird auf Optimismus, Patriotismus, Verbundenheit mit den jüdischen Wurzeln, kommunale Solidarität, die hohe jüdische Wertschätzung der Kindererziehung, die Pioniermentalität und die sinkende Zahl der Abtreibungen zurückgeführt.

Im Jahr 2021 gab es 43.879 israelisch-jüdische Todesfälle, verglichen mit 31.575 im Jahr 1996, ein Anstieg um 39 %, was eine jünger werdende Gesellschaft widerspiegelt. Im Jahr 2021 gab es 6.751 arabische Todesfälle, verglichen mit 3.089 im Jahr 1996, ein Anstieg um 119 %, was eine älter werdende Gesellschaft widerspiegelt.

Die Lebenserwartung von israelischen Arabern (78 Jahre für Männer und 82 Jahre für Frauen) ist ähnlich hoch wie die Lebenserwartung in den USA und höher als in jedem anderen arabischen/muslimischen Land. Im Jahr 2021 lag die Zahl der israelisch-jüdischen Todesfälle im Verhältnis zu den jüdischen Geburten bei 31 %, verglichen mit 40 % im Jahr 1995 – ein Symptom für eine immer jünger werdende Gesellschaft. Im Jahr 2021 lag die Zahl der israelischen arabischen Todesfälle bei 15 % im Verhältnis zu den arabischen Geburten, verglichen mit 8 % im Jahr 1995 – ein Symptom für eine älter werdende Gesellschaft.

Seit 1995 hat der demografische Trend das jüngere Segment der jüdischen Bevölkerung Israels vergrößert, was eine solide Grundlage für eine erweiterte jüdische Mehrheit in der nächsten Generation darstellt.

Der positive jüdische demografische Trend wird durch Israels Nettoeinwanderung noch verstärkt, die aus einer jährlichen Alija (jüdische Einwanderung) besteht, die durch den schrumpfenden Umfang der israelischen Auswanderung verstärkt wird: von 14.200 Nettoabwanderungen im Jahr 1990 auf 6.000-7.000 Nettoabwanderungen in den letzten Jahren.

Darüber hinaus gibt es ein Potenzial von



Während ein moderner Lebensstandard weltweit die Geburtenraten senkt, steigt bei den jüdisch-israelischen Frauen die durchschnittliche Kinderzahl an.

mindestens 500.000 Olim (jüdische Einwanderer) in den nächsten fünf Jahren – die nur darauf warten, dass die israelische Regierung dieses Potenzial ausschöpft – wenn man die jüdischen Gemeinden in der Ukraine, anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Argentinien sowie den USA, Kanada und Australien in Betracht zieht.

## Verwestlichung der arabischen Geburtenrate

500.000 im Ausland lebende Personen, die seit mehr als einem Jahr verreist sind, werden bei der „palästinensischen“ Volkszählung berücksichtigt, was gegen international anerkannte Regeln verstößt, die nur eine vor-Ort-anwesend-Zählung vorsehen. Bei der ersten „palästinensischen“ Volkszählung von 1997 waren es 325.000, wie der Leiter des „palästinensischen“ Zentralbüros für Statistik feststellte, und 2005 stieg die Zahl auf 400.000, wie die „palästinensische“ Wahlkommission feststellte. Die Zahl wächst täglich aufgrund von Geburten im Ausland.

350.000 Ostjerusalem Araber, die israelische Ausweise besitzen, werden doppelt gezählt. Sie werden in der israelischen Volkszählung erfasst, während sie auch in der „palästinensischen“ Volkszählung berücksichtigt werden. Die Zahl wächst täglich aufgrund von Geburten.

Über 150.000 Araber aus dem Gazastreifen und (größtenteils) aus Judäa und Samaria, die israelische Araber geheiratet und israelische Personalausweise erhalten haben, werden doppelt gezählt: von Israel und von der „Palästinensischen“ Behörde. Die Zahl erhöht sich täglich aufgrund von Geburten.

378.000 arabische Auswanderer aus Judäa und Samaria werden bei der Volkszählung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde nicht berücksichtigt. Letztere ignoriert die jährliche Netto-Emigration von meist jungen Arabern aus Judäa und Samaria (20.000 jährlich in den letzten Jahren). Die Nettoabwanderung ist zumindest seit der jordanischen Besetzung im Jahr 1950 ein systematisches Merkmal des Gebiets. Zum Beispiel 28.000 im Jahr 2021, 26.357 im Jahr 2019, 15.173 im Jahr 2017 und 16.393 im Jahr 2015, wie von der israelischen Einwanderungs- und Bevölkerungsbehörde dokumentiert, die alle jüdischen und arabischen Ein- und Ausreisen über Israels internationale Land-, Luft- und Seewege erfasst.

Eine künstliche Aufblähung der „palästinensischen“ Geburten um 32 % wurde von der Weltbank in einem Audit von 2006 dokumentiert. Während die „Palästinensische“ Autonomiebehörde einen Anstieg der Geburtenzahl um 8 % behauptete, stellte die Weltbank einen Rückgang um 24 % fest. Ein dramatischer Rückgang der Fruchtbarkeitsrate von 9 Geburten pro Frau in den 1960er Jahren auf 3,02 Geburten im Jahr 2021 ist im CIA World Factbook dokumentiert, das im Allgemeinen die offiziellen „palästinensischen“ Zahlen widerspiegelt. Darin spiegelt sich die Verwestlichung der arabischen Demografie in Judäa und Samaria wider, die durch die umfassende Verstädterung (von 70 % Landbevölkerung im Jahr 1967 auf 77 % Stadtbevölkerung im Jahr 2021) sowie durch das steigende Heiratsalter der Frauen (von 15 auf 22 Jahre), die starke Verwendung von Verhütungsmitteln (70 % der Frauen) und die Verkürzung der Fortpflanzungszeit (von 16-55 auf 23-45) beschleunigt wurde.

Das Durchschnittsalter der Araber in Judäa und Samaria liegt bei 22 Jahren, verglichen mit 18 Jahren im Jahr 2005.

Die Verwestlichung der Fruchtbarkeitsraten ist für alle muslimischen Länder mit Ausnahme der Subsahara-Region charakteristisch: Jordanien (das den Arabern in Judäa und Samaria sehr ähnlich ist) – 3 Geburten pro Frau, Iran – 1,93, Saudi-Arabien – 1,95, Marokko – 2,29, Irak – 3,32, Ägypten – 3,23, Jemen – 3,1, Vereinigte Arabische Emirate – 1,65, usw.

Die Zahl der arabischen Verstorbenen in Judäa und Samaria wurde (aus machtpolitischen und finanziellen Gründen) systematisch untererfasst, wie verschiedene Studien seit der britischen Mandatszeit belegen. So wurden beispielsweise bei einer kürzlich durchgeführten „palästinensischen“ Volkszählung auch Araber erfasst, die 1845 geboren wurden.

Die oben genannten Daten belegen 1,5 Millionen Araber in Judäa und Samaria, wenn man die oben genannten dokumentierten Daten von der offiziellen „palästinensischen“ Zahl (3 Millionen) abzieht.

## Quintessenz

Die USA sollten aus der oben genannten Dokumentation, die die demografische Überlebensfähigkeit und damit die verbesserte Abschreckungsposition Israels – Amerikas wichtigstem Machtmultiplikator im Nahen Osten und darüber hinaus – belegt, große Genugtuung schöpfen.

Im Jahr 1897 gab es eine jüdische Minderheit von 9 % im gesamten Gebiet von Israel vor 1967, Judäa und Samaria. Im Jahr 1947 hatte sich die Minderheit auf 39 % gesteigert. Im Jahr 2021 gibt es eine jüdische Mehrheit von 68 % (7,5 Mio. Juden, 2 Mio. israelische Araber und 1,5 Mio. Araber in Judäa und Samaria), die von einem starken demografischen Rückenwind durch Geburten und Migration profitiert.

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung gibt es keine arabische demografische Zeitbombe. Es gibt hingegen einen noch nie dagewesenen jüdischen demografischen Rückenwind.

Aus dem Englischen von D.Heiniger

# Im Interview: Der israelische Finanzminister Avigdor Lieberman

«Es wird keine vorgezogenen Wahlen geben!» versicherte Avigdor Lieberman trotz anhaltender Destabilisierungsgerüchte bei der Frage nach der Regierungsfähigkeit der Acht-Parteien-Koalition unter Ministerpräsident Bennett. Das Parteien-Bündnis steht angesichts anhaltender arabischer Terroranschläge und massiver Preissteigerungen vor großen Herausforderungen. (JR)

**Herr Minister, sollen wir uns auf Neuwahlen vorbereiten, wie die Mehrheit der politischen Kommentatoren in Israel behauptet?**

Ich denke, dass der Großteil politischer Kommentatoren sich heutzutage nicht gebraucht fühlt; möglicherweise hoffen sie deshalb auf die vorgezogenen Wahlen. Diese wird es jedoch nicht geben. Heute zählt die Koalition 60 Abgeordnete, bei Netanjahu gibt es aber viel weniger. Um das Gesetz über die Auflösung der Knesset und die Neuwahlen zu verabschieden, bedarf es 61 Stimmen; für ein Misstrauensvotum ebenfalls 61 Stimmen. Also müssen alle, inklusive des Abgeordneten Aiman Uda von der Gemeinsamen Arabischen Liste, die Kandidatur Netanjahus für den Posten des Ministerpräsidenten unterstützen (das Parteienbündnis Gemeinsame Arabische Liste (Ra'am) stellt eine arabisch-antizionistische Kooperation dar; Ende April drohte Ra'am seine Mitgliedschaft in der Regierung «einzufrieren» und somit die Koalition zu sprengen, so wurde die Möglichkeit der vorgezogenen Wahlen diskutiert, - Anm. d. Übers.). Das hätte Netanjahu vielleicht gepasst, ich denke allerdings, dass Uda nicht für Netanjahu stimmen würde... (Aiman Uda (Ayman Odeh) ist arabischer Knessetabgeordneter, der Hauptgegner der arabischer Integration in Israel, insbesondere des Dienstes arabischer Israelis bei der Polizei und IDF (israelischen Verteidigungsstreitkräften). Er spricht offen auch beispielsweise darüber, dass «über die Mauer von Jerusalem palästinensische Flaggen wehen» sollen, - Anm. d. Übers.).

Uda zeigt jedoch mit seinem Verhalten, dass er auch nicht vorhat, die gegenwärtige Koalition zu unterstützen; bei jeder Gelegenheit würde er ihr Steine in den Weg legen.

Ich hoffe, dass nach seinen neusten Aussagen Aiman Uda seinen Personalausweis auf den Tisch legt und Israel verlässt (vor dem Hintergrund der neusten gewaltsamen Unruhen und Zusammenstößen auf dem Tempelberg rief der Knesset-Abgeordnete Aiman Uda arabische Soldaten auf, die IDF zu verlassen, mit den Worten: «Werft ihnen die Waffe zurück, ins Gesicht. Sie demütigen unser Volk, unsere Familien und alle, die in die Al-Aqsa-Moschee kommen, um zu beten.» - Anm. d. Red.).

**Wäre es möglich, ihn strafrechtlich zu belangen? Wurde das bereits in der Knesset diskutiert?**

Diese Frage steht immer im Raum. Das Problem besteht darin, dass es nicht die Knesset ist, die die Abgeordneten strafrechtlich belangen kann, sondern die Staatsanwaltschaft. Und in solchen Fällen sind unsere Erfahrungen leider ausschließlich negativ. Bei allen Versuchen, die Knesset-Abgeordneten für eine Anstiftungshandlung, für haltlose Anschuldigungen zu sanktionieren wurden wir mit der Antwort konfrontiert, das sei natürlich unangenehm, befinde sich aber noch im Rahmen der freien Meinungsäußerung.



Avigdor Lieberman

Ich möchte aber zurück zu den vorgezogenen Wahlen kommen. Diese wird es nicht geben, und, was ganz wichtig ist, die wären das Letzte, was der Jüdische Staat heute braucht.

**Aber spätestens im März 2023 werden Sie gezwungen sein, den Haushalt für das kommende Jahr zu verabschieden. Es werden 61 Stimmen benötigt, es gibt aber keinerlei Unterstützung seitens der Opposition. Werden Sie diese eine fehlende Stimme bei der Likud-Partei oder bei der Gemeinsamen Arabischen Liste suchen?**

Die 60 Stimmen werden ausreichen: um den Haushalt zu verabschieden, ist eine absolute Mehrheit nicht erforderlich.

Dabei werden bereits jetzt Kompromisse geschlossen, vor Kurzem bezüglich des Vorschlags Ihrer Partei, die Zuschüsse für die Kinderkrippe für die nichterwerbstätigen orthodoxen Juden und die Studenten der Jeschiwot zu canceln (Jeschiwa, Pl. : Jeschiwot, ist eine jüdische Hochschule, wo sich die strengreligiösen jungen jüdischen Männer mit dem Torah- und Talmudstudium beschäftigen, - Anm. d. Übers.). Diese Initiative haben Sie um ein Jahr verschoben. In den anderen Projekten strebt Ihre Partei ebenfalls die Kompromisslösungen an, damit niemand verärgert wird und die Koalition nicht zerfällt. Jetzt wird jeder Abgeordnete Sie aufsuchen und Sie und Ihre Kollegen werden sich verpflichtet

fühlen, ihnen entgegenzukommen.

Ich weiß nicht, wovon Sie reden. Noch während des Wahlkampfes haben wir unsere Ziele offengelegt: ein Regierungs- und Premierminister-Wechsel, eine Koalition ohne die Parteien Schas und Vereinigtes Torah-Judentum (die Schas-Partei vertritt die Interessen religiöser sephardischer Juden (Juden, die im 15. - 16. Jh. von der Iberischen Halbinsel vertrieben wurden). Vereinigtes Torah-Judentum stellt eine Allianz aus zwei orthodoxen aschkenasischen Parteien dar; aschkenasische Juden stammen aus Osteuropa, - Anm. d. Übers.). Der Finanzminister kommt aus unseren Reihen. All diese Versprechungen haben wir eingehalten und bekamen sogar einen Bonus - den Finanzausschuss.

Außerdem versprochen wir vor den Wahlen, den Rentnern, die eine Sozialzulage beziehen, die Renten auf bis zu 70 % des Mindestlohns anzuheben. Das haben wir gemacht. Wir haben außerdem versprochen, die monatlichen Zahlungen an die Soldaten um 50 % zu erhöhen. Wir haben versprochen, die Situation der Holocaust-Überlebenden zu verbessern, und wir haben ihren jährlichen Zuschuss um 60 % - von 4.000 Schekel auf 6.500 Schekel erhöht. Wir haben kürzlich den Benzinpreis um einen halben Schekel gesenkt, Zölle auf Autoteile, Möbel und Textilien abgeschafft. Jeden Tag tun wir etwas. Wir haben eine Tarifreform in den

öffentlichen Personenverkehr durchgeführt: Ab Juni werden Personen über 75 Jahre von den Fahrkartenzahlungen befreit und ab dem 1. Januar 2023 fahren alle Rentner - Männer über 67 und Frauen über 62 - kostenlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir haben im Wahlkampf nicht über Kindergärten und Kinderkrippen gesprochen. Ja, ich wollte es tun, aber wenn wir vorgezogene Neuwahlen auf die eine Waagschale legen und die Entscheidung, diese Reform um ein Jahr zu verschieben, auf die andere, denke ich, dass ich eine vernünftige Entscheidung getroffen habe. Natürlich ist eine Koalition von 60 Personen nicht die bequemste, und die wichtigste Prüffrage ist: was gelingt uns schließlich? Die Knesset kehrt am 10. Mai zur Sondersitzung zurück (das Gespräch fand am 21. April statt, - Anm. d. Red.), und die Arbeit wird beginnen. Ich denke, wir werden in der Lage sein, innerhalb von zwei Monaten unsere Ergebnisse zu präsentieren. Diese Woche haben wir endlich eine Entscheidung im Finanzausschuss verabschiedet, um denjenigen zu helfen, die den Mindestlohn bekommen: Sie erhalten eine einmalige Zahlung von 1.600 Schekel. Außerdem wurde den berufstätigen Eltern von Grundschulkindern eine Steuerermäßigung von 5.300 Schekel gewährt.

**Ein historisches Ereignis war die Senkung der Spiritsteuer. Das war stets «die heilige Kuh». Es gab Proteste wegen den hohen Lebenskosten, das berührte aber nie die Spiritpreise. Warum wurde es jetzt möglich?**

Was sind hohe Lebenskosten? Das ist die Inflation. Heute liegt sie in Israel bei 4 %. In den USA sind das über 8 %, in Deutschland - über 7 %. Man sollte auf Fakten achten, nicht auf Dogmen. Beispielsweise kostet ein Kilowatt Strom in Deutschland im Vergleich zu Israel fast das Dreifache. Heute ist die Inflation nur in zwei Ländern der Welt niedriger, als in Israel: das sind die Schweiz und Japan. Dabei kann man Japan nicht mit uns vergleichen, denn dort schrumpft die Bevölkerung jedes Jahr, während in Israel die Bevölkerungswachstumsrate sehr hoch ist. Unsere wirtschaftliche Entwicklungsrates liegt bei 8,2 %, solche Zahlen gibt es in anderen Ländern einfach nicht. Neulich wurde ein Bericht der renommierten Ratingagentur Moody's veröffentlicht, in dem die Wachstumsrate unserer Wirtschaft mit der besten Note bewertet wurde...

**Auch ohne Moody's wies unsere Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres einen Haushaltsüberschuss auf. Daher die Entscheidung, die Spiritsteuer zu senken? Weil genug Geld in der Staatskasse ist?**

Der Haushaltsüberschuss betrug 24 Milliarden Schekel. Wir haben das Haushaltsdefizit bis zu 1,4 % gesenkt; eine solche Zahl gab es nie seit der Staatsgründung Israels. Ja, das kann man sagen: Es gibt genügend Geld in der Staatskasse, und wir können uns die Senkung der Spiritsteuer leisten, auch wenn sie uns 1 Milliarde kostet.



Zudem ist eine ganze Reihe der revolutionären Schritte geplant, die in erster Linie das Bauwesen betreffen. Vor Kurzem konnte ich mit dem Bauminister Zeev Elkin unser neues, revolutionäres Programm besprechen.

**Sollte man nicht solche Worte wie «revolutionär» meiden? Weil die Revolutionen bisher auf sich warten ließen?**

Früher habe ich diesen Begriff nie verwendet, jetzt tue ich das im Bezug auf das Programm, das wir vorbereiten. Als das Haushaltsbudget für 2021–2022 verabschiedet wurde, habe ich immer wieder betont, dass die Hauptaufgabe darin besteht, die Einnahmen für die Staatskasse und die Menge an freien Geldern zu erhöhen. Deshalb können wir heute bei den Ersatzteilen für Autos, Möbeln, Textilien und vielem mehr auf Zölle verzichten.

**Was geschieht mit der Landwirtschaftsreform, über die so viel gesprochen wurde?**

Sie ist in vollem Gange; die Ergebnisse werden wir vor dem Sommer sehen;

der Gegenwind ist bei diesem Gesetz sehr stark – es gibt genug Versuche, es zu boikottieren.

Zu unseren Erfolgen zählt auch, dass es uns gelungen ist, das mächtige Supermarktnetz "Carrefour" nach Israel zu holen (Carrefour ist ein französisches international agierendes Einzelhandelsunternehmen, das zweitgrößte in Europa, - Anm. d. Übers.). Ich hoffe, dass die Geschäfte dieses Unternehmens bis Juli eröffnet werden. Es ist um ein Vielfaches größer als alle bestehenden Handelsketten in Israel, das eine starke Konkurrenz hervorrufen wird.

**– Apropos Carrefour... Alle unsere Supermärkte sind größtenteils koscher; Carrefour nicht. Wie wird diese Handelskette bei uns funktionieren? Werden die Supermärkte in koschere und nicht-koschere unterteilt? Sie produzieren ihre eigenen Produkte, also müssen sie Kaschrut-Inspektoren in ihren Fabriken anstellen?**

Ich belehre sie nicht im Hinblick auf ihr Business. Ich denke, sie kennen sich da besser aus, als wir. Ich kenne keine

Details, bin dennoch zuversichtlich: Sie werden einen richtigen Konkurrenzkampf auf dem israelischen Markt entfachen.

**Naftali Benbennet behauptete vor Kurzem, die vorgezogenen Wahlen würden alle wichtigen Errungenschaften der jetzigen Regierung nichtig machen. Worum handelt es sich konkret, welche Errungenschaften sind im Falle eines Machtwechsels bedroht?**

Als ich Finanzminister wurde, betrug das Haushaltsdefizit 9,9 %, jetzt sind es 1,4 %. Wir haben all das getan, was die vorherige Regierung versäumt hat. Zum Beispiel was die Beziehungen zu Menschen mit Behinderungen betrifft. Es gab Streiks und Probleme. Jetzt haben wir alles geregelt: Wir haben eine Vereinbarung mit ihnen unterzeichnet, und alles funktioniert. Dasselbe gilt für die Invaliden der IDF; es gibt keine Proteste mehr. Die neue Regierung wird das alles abwickeln. Das Problem ist, sie wussten nicht, wie man arbeiten muss. Als ich Finanzminister wurde, betrug die

Wirtschaftswachstumsrate 5 %, die Arbeitslosigkeit war ungeheuer hoch. Heute gibt es keine Arbeitslosigkeit, im Gegenteil, es fehlt an Personal, obwohl es offene Stellen im Hightech-Bereich, in der Wirtschaft und in der Hotellerie gibt. Es gibt praktisch keine Arbeitslosen; diejenigen, die geliebt sind, sind, würde ich sagen, chronische Arbeitslose, die mental nicht bereit sind, zu arbeiten; lieber bekommen sie ein paar Groschen, als arbeiten zu gehen.

Wenn wir unser Gespräch zusammenfassen: Sie sind zuversichtlich, dass uns keine vorgezogenen Wahlen erwarten, zumindest in der nahen Zukunft?

Es wird keine vorgezogenen Wahlen geben.

**Herr Minister, vielen Dank für das Gespräch!**

Das Interview führte  
Michail Rabinovitsch

Aus dem Russischen  
von Irina Korotkina

## Israels große Technologie-Ernte: Ohne Freiheit keine Innovation für alle

Schon jetzt besitzt Israel genügend Gas für den Eigenbedarf der nächsten 50 Jahre und plant sogar den Export seiner Offshore-Energie. Gleichzeitig ist Israels Hightech Aufstieg ein Produkt seiner freien, kreativen, bildungsstarken Gesellschaft und weltweit beispiellos: In den USA gibt es heute insgesamt 80 Unternehmen, die von Israelis gegründet wurden und einen Börsenwert von über einer Milliarde US-Dollar aufweisen. (JR)

Von Godel Rosenberg/  
Redaktion Audiatur

Die Sowjetunion hat drei Generationen ihrer Völker die Freiheit genommen und ist letztlich daran zerbrochen, weil sie die eklatanten Fehler ihrer Ideologie nicht mehr mit Geld vertuschen konnte. Israel hat dem jüdischen Volk nach 1878 Jahren Knechtschaft, Verfolgung und geplanter Vernichtung innerhalb von drei Generationen wieder die Freiheit geschenkt. Eine Freiheit, die Israel zu einem Weltzentrum der digitalen Innovation und eines kreativen Unternehmertums gemacht hat. Seit über einem Jahrzehnt wird jährlich wiederkehrend eine beispiellose Ernte eingefahren. Und das ist erst der Anfang.

Wie die „United States – Israel Business Alliance“ (USIBA) aktuell bilanziert gibt es in den USA heute insgesamt 80 „Unicorns“ (Einhörner, die einen Börsenwert von über einer Milliarde US-Dollar haben), die von Israeli gegründet wurden. Vor fünf Jahren waren es nur 18 und allein im letzten Jahr – Pandemie hin, Pandemie her – sind 17 Firmen mit einer Milliarden US-Dollar Wert dazugekommen, die alle ihren Ursprung in Israel haben und in Kalifornien den Durchbruch geschafft haben. Die Namen der Markt-Neulinge wie At-Bay, Big Panda, Cloudinary, Exabeam, Firebolt, RapidAPI oder Hailo sind weitgehend unbekannt, aber ihre Innovationen nutzen inzwischen Milliarden Menschen und haben in den USA und Israel zigtausende von Arbeitsplätzen geschaffen.

Das von Assaf Resnick 2012 gegründete Start-up BIG PANDA beispielsweise, hat eine Software entwickelt, die Fehler in IT-Systemen erkennt und automatisch behebt, bevor Schaden entsteht. Die führenden Köpfe von HAILO sitzen noch immer in Tel Aviv und produzieren Mikroprozessoren, die die Leistung von Datenzentren steigern und sichern. RapidAPI hat ebenfalls



Die Gasplattform „Leviathan“ etwa 10 Kilometer vor der israelischen Küste.

das Licht der Welt in Tel Aviv erblickt und ist die weltgrößte Plattform, die Softwares im Netz entdeckt und miteinander verbindet – unabhängig von Größe und Sprache.

Die 80 israelische Unicorns, die ihren Erfolg in den USA verwirklicht haben und weltweit im Einsatz sind, haben einen gemeinsamen Börsenwert von 224,8 Milliarden US-Dollar, 30 Prozent mehr als der Jahresetat Israels. Kundige Auguren sehen in dieser Erfolgsserie erst den Anfang.

Die Zukunft liegt in

### **AgriFood:**

die Menschheit wird schon bald Fleisch nicht mehr aus Tierhaltung im Stall und auf der Weide, sondern aus dem Bioreaktor genießen. Der Weltmarkt geht in die Billionen US-Dollar mit zahlreichen Start-ups aus Israel.

### **In Health-Devices:**

Die besten Chirurgen werden Roboter sein und Technologien wie CogniGuard werden in das menschliche Gehirn heilend eingreifen ohne Werkzeuge und ohne dass Blut fließt.

### **In Internet Security:**

Eine Start-up in Israel hat bereits einen Web-Browser fertig entwickelt, der keinen Schutz von außen benötigt. Der

Internet-Zugang ist vor Fremdeinfluss per se geschützt und „unhackable“.

Das ist auch der Grund, warum selbst eine nichtgenannte Quelle in Saudi-Arabien gegenüber dem israelischen Wirtschaftsblatt „Globes“ sagt: „Die ganze Welt investiert in israelische Technologie. Es gibt keinen Grund, warum Saudi-Arabien, das die 2030-Vision von Kronprinz Mohammed bin Salman für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in fortgeschrittene Technologie von Morgen fördert, nicht auch in Israel finanziell einsteigen soll“.

In diesem Umfeld taucht aus Washington aktuell die Meldung auf, dass Jared Kushner, Schwiegersohn des Ex-Präsidenten der USA, Donald Trump, zwei Milliarden US-Dollar in Riyad für seinen Venture Capital Fund eingesammelt hat, der in Israel investieren will. Wie wichtig Kushner dieses Unternehmen ist, kann man daran erkennen, dass er seinem Schwiegervater für eine eventuelle Neukandidatur für das höchste Amt in den USA schon mal vorsorglich eine Mitarbeit im Wahlkampfteam abgesagt hat.

Während Europa und mittendrin die große Industrienation Deutschland Sorge hat, ob im nächsten Winter genügend Energie zum Wärmen ihrer

Wohnzimmer verfügbar sein wird, plant Israel, das schon jetzt über genügend Gas für den Eigenbedarf für mindestens die nächsten 50 Jahre besitzt, wohin und wie man die offshore-gedundene Energie aus dem Mittelmeer exportieren könnte. Die 3+1-Außenminister aus Zypern, Griechenland und den USA saßen dieser Tage in Paphos mit Israel an einem Tisch, um die Pläne für eine gemeinsame Nutzung der Energiequellen bis Ende 2022 zu konkretisieren.

„Zufällig“ wurde in diesem Zusammenhang bekannt, dass ENERGEAN's Börsenkurs am 9. Mai um 2,12 Prozent gestiegen ist, weil eine neue Quelle mit mindestens acht Milliarden Kubikmeter Gas entdeckt wurde. Die griechische Gas-Explorations-Firma ist schon vor Jahren mit 150 Millionen US-Dollar bei Israels Delek Group eingestiegen. Die Investition hat sich längst rentiert. Liran Lublin, Forschungsleiter bei IBI Investment House, hat berechnet, dass Israel über 900 Milliarden Kubikmeter Gas verfügt bei einem jährlichen Eigenverbrauch von 13-14 Milliarden Kubikmeter.

Russland, Überbleibsel der Sowjetunion, flächenmäßig über 400mal größer als Israel, mit üppigsten Rohstoff-Vorkommen, hat es in 30 Jahren nicht geschafft, sein eigenes Volk ein erträgliches Auskommen zu organisieren. Seine Herrschaftsriege irrt auf den gleichen Pfaden wie Stalin und Breschnew. Ohne Freiheit kann Innovation und verantwortungsbewusstes Unternehmertum nicht gedeihen. Dem Kreml wird gerade eine schmerzliche Rechnung präsentiert.

Über Godel Rosenberg  
Journalist, Autor, Hightech-Unternehmer.  
Godel Rosenberg war Pressesprecher der CSU und von Franz Josef Strauß, Fernsehjournalist, TV-Moderator und Repräsentant des DaimlerKonzerns in Israel. Von 2009 bis 2018 war Godel Rosenberg der Repräsentant Bayerns in Israel.

## Judenfeindliche Unruhen auf dem islamisch-okkupierten Tempelberg

Wenn ein Jude das „Schma Jisrael“ am Tempelberg rezitiert, dann wird er nicht nur von den Arabern angegriffen und mit Steinen beworfen, sondern sogar von der israelischen Polizei weggezerrt und angezeigt. Verantwortlich dafür ist eine widersinnige Abmachung zwischen Israel und der Waqf-Behörde des ehemaligen jordanischen Okkupationsregimes. Die bis heute unverständlicherweise den jüdischen Tempelberg verwaltet. Entsprechend deren Auslegungen ist es den Juden verwehrt auf ihrem eigenen Tempelberg zu beten. Nachdem ein israelisches Amtsgericht dieses haarsträubende Verbot für drei minderjährige Israelis aufgehoben hat, will nun die neue Regierungskoalition unter Ministerpräsident Bennett genau dagegen klagen und den irrwitzigen Status Quo beibehalten. Die den Wählern vom Netanjahu-Nachfolger Bennett versprochene echte Wahrung jüdischer Interessen, sieht anders aus. (JR)

Nadav Shragai/JNS/Israel Hayom

Vor etwa 77 Jahren betrat der Oberrabbiner der Juden des Landes Israel, Yitzhak HaLevi Herzog – der Großvater des israelischen Präsidenten Isaac Herzog – ein europäisches Kloster und forderte von der Äbtissin kategorisch die Freilassung jüdischer Kinder, die dort während des Holocaust versteckt waren.

"Es gibt hier keine jüdischen Kinder", sagte sie unschuldig, aber der Rabbi bestand darauf, und die Kinder der christlichen Institution wurden in den Hof gebracht und in Reihen vor dem Rabbi und seinem Gefolge angeordnet.

Nach der Aussage meines Großvaters, Shlomo Zalman Shragai, der Rav Herzog auf dieser Reise begleitete – wie in Rabbi Haim Sabatos Buch „Be-Shafir Chevyon“ erwähnt – fragte der Rabbi mehrmals: "Wer ist hier Jude?", wurde aber mit völligem Schweigen beantwortet. Seine Entourage ermutigte ihn, in das nächste Kloster zu gehen, um nach weiteren jüdischen Kindern zu suchen; aber dann, einen Moment bevor sie gingen, wanderte Rabbi Herzog plötzlich durch die Reihen der Kinder und rief laut: "Schma Jisrael, Hashem Eloheinu, Hashem Ehad" ("Höre, o Israel: der Herr, unser Gott, der Herr ist Einer"). Die kleinen Hände von sieben Kindern erhoben



Israelische Polizisten bewachen die Sicherheit am Tempelberg in Jerusalem

sich von selbst, um ihre Augen zu bedecken, und der Rabbi rief aufgeregt: "Sie sind Juden, so haben es ihre Mütter ihnen beigebracht."

Es gibt keinen jüdischeren Ausdruck als das grundlegende Glaubensbekenntnis "Schma Jisrael". Es gibt kein jüdischeres Gebet als das, das uns von dem Moment an, in dem wir die Welt betreten, bis zu dem Moment begleitet, in dem wir sie verlassen. Und es gibt keinen natürlicheren Ort, um es zu sagen – leise oder demonstrativ – als den Tempelberg.

Wir müssen uns heute an diese einfachen Wahrheiten erinnern, wenn is-

raelische Polizisten Juden, die "Schma Jisrael" rezitieren, vom Berg zerrren; und bei Gerichtsverfahren "Der Staat Israel gegen 'Schma Jisrael'" zu Protokoll gegeben wird.

Es gibt keine größere Schande als diese, außer vielleicht die Schande dessen, der das Problem nicht versteht. Einer der Richter am Jerusalemer Amtsgericht, Zion Saharai, versuchte am Sonntag, diesen Fleck zu entfernen. Er folgte einem anderen Richter des Gerichts, Bilha Yahalom, der vor sechs Monaten eine einstweilige Verfügung widerrief, die dort gegen einen jüdischen Gläubigen verhängt

worden war. Sie bemerkte sogar richtigerweise, dass "der Staat nicht bestreitet, dass viele Juden auf dem Tempelberg beten, und diese Aktivität an sich verstößt nicht gegen die Anweisungen der Polizei".

Aber der Wahnsinn regiert weiter. Der Staat plant, gegen die Saharai-Entscheidung Berufung einzulegen, so wie er gegen die Yahalom-Entscheidung Berufung eingelegt hat (die vom Bezirksgericht aufgehoben wurde).

Vor rund sieben Jahren eröffnete das Knesset-Mitglied Gilad Erdan (Likud) die Tore des Tempelbergs für jüdische Besucher und ihre stillen Gebete. Jetzt haben Justizminister Gideon Sa'ar und Premierminister Nafthali Bennett eine ähnliche Gelegenheit. Sie können die Berufung gegen die Saharai-Entscheidung einstellen. Sie können ein wenig Vernunft in die Staatsführung des jüdischen Volkes auf dem Tempelberg zurückbringen. Wenn sie entschlossen sind, besteht auch die Möglichkeit, dass die muslimische Seite diese natürliche Realität akzeptiert; so wie es bis vor kurzem das stille jüdische Gebet an der Stätte akzeptierte.

Nadav Shragai ist Autor und Journalist.

Dieser Artikel wurde ursprünglich von Israel Hayom veröffentlicht.

## Attentat auf iranischen Hardliner: Israel erhöht Sicherheitsmaßnahmen seiner Botschaften

Ein Berater des getöteten iranischen Generals und Terrorchefs Qassem Suleimani, der für den Tod tausender Zivilisten und Attentate auf US-Soldaten verantwortlich war, wurde von Unbekannten im Iran erschossen. Obwohl eine israelische Täterschaft nicht bewiesen ist, droht das Mullah-Regime nun weltweit mit Vergeltung und zwingt damit Israel seine Botschaften in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen. (JR)

Von Redaktion Audiatur

Israel hat die Alarmstufe seiner Botschaften weltweit erhöht, nachdem am 22. Mai ein Offizier der Islamischen Revolutionsgarden in Teheran von Unbekannten erschossen worden war.

Die beiden Attentäter feuerten fünf Kugeln auf den Offizier ab, bevor sie auf einem Motorrad den Tatort verließen, berichteten iranische Staatsmedien. Obwohl es keine Beweise gibt, die Israel mit dem Vorfall in Verbindung bringen, und der Iran es nicht der Beteiligung beschuldigt hat, ist Israel laut dem Sender Kan News dennoch besorgt über die Möglichkeit iranischer Vergeltungsmaßnahmen.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi lobte den getöteten Offizier, Oberst Hassan Sayad Khodayari, und versprach, dass der Iran „dieses Verbrechen mit großer Härte verfolgen“ werde.

In einer offiziellen Erklärung verurteilte der Iran den „terroristischen Anschlag am Sonntagnachmittag in

Teheran und den Märtyrertod eines Revolutionsgarde-Oberst“ und bezeichnete ihn als „Überschreitung einer roten Linie, die ohne vorheriges Nachdenken über die Folgen begangen wurde. Die Täter dieses Verbrechens werden einen hohen Preis zahlen“.

Einem Bericht der kuwaitischen Zeitung al-Qabas zufolge war Khodayari einer der Berater von General Qassem Suleimani und war in der Auslandseinheit der iranischen Revolutionsgarde, der Quds Force, aktiv und nach Angaben von Kan News an mehreren Versuchen beteiligt, Terroranschläge auf israelische Zivilisten in Kenia, Kolumbien, Zypern und in der Türkei zu verüben.

Laut dem Bericht von Kan News war es Khodayari, der Mansour Rassouli mit der Ermordung eines



Der iranische Präsident Ebrahim Raisi

israelischen Diplomaten in Istanbul beauftragt hatte. Israelische Medi-

en berichteten Ende April, der israelische Geheimdienst Mossad habe den Plan vereitelt, der auch die Ermordung eines US-Generals in Deutschland und eines jüdischen Journalisten in Frankreich vorsah. Dem Bericht zufolge wurde Rassouli von israelischen Agenten in seinem Haus in Teheran verhört.

Rassouli erzählte seinen Vernehmungsbeamten, er habe von den iranischen Revolutionsgarden 150.000 Dollar erhalten, um sich auf die Mission vorzubereiten, und sollte nach der Durchführung der Attentate eine weitere Million Dollar erhalten, so die in London ansässige Iran International.

Die Presseabteilung der iranischen Revolutionsgarden berichtete, dass „Mitglieder einer Bande von Hooligans, die mit dem Geheimdienst des zionistischen Regimes in Verbindung stehen, im Iran verhaftet wurden“.

# Nach den Wahlen im Libanon: Hisbollah erhält Dämpfer

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Libanon zeigen in eine neue Richtung. Die Hisbollah ist geschwächt. Hin zu einem echten Wandel ist es aber ein weiter Weg.

## Von Israelnetz

Am 15. Mai haben die Bürger des Libanon ein neues Parlament gewählt. Dabei mussten die Terrorgruppe Hisbollah und ihre Verbündeten harte Einbußen einstecken. Ihre parlamentarische Mehrheit haben sie verloren.

### Wahlkampagne der Hisbollah gescheitert

Die christliche Partei „Freie Patriotische Bewegung“, deren Vorsitzender Michel Aun Präsident des Libanon ist, ist mit der Hisbollah verbündet. Zu dem Block zählt ebenso die schiitische „Amal-Bewegung“. Zusammen hatten sie vor den Wahlen eine stabile Mehrheit im Parlament. Ihnen gehörten 71 der 128 Sitze. Diese Zahl ist nun auf 62 geschrumpft.

Die Zeitung „taz“ berichtet von zahlreichen Versuchen der Hisbollah, Einfluss auf den Ausgang der Wahlen zu nehmen und beispielsweise gegnerische Wähler an der Stimmabgabe zu hindern. Umso mehr erteilt das klare Ergebnis dem bisherigen Machtkartell eine deutliche Absage. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung nur bei 41 Prozent. Die Hisbollah hatte ihre Anhänger dringend aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Viele Gegner des politischen Systems haben die Wahl jedoch boykottiert.

### Neue Gruppe unabhängiger Kandidaten

Zum ersten Mal konnte eine größere Zahl unabhängiger Kandidaten in das



Die Mehrheit der libanesischen Wähler richtet sich gegen den Einfluss der Hisbollah

Gremium einziehen. Die meisten von ihnen gehören Reformbewegungen an. Die christliche Partei „Forces Libanaises“, eine ehemalige Miliz, gewann 20 Sitze und lief damit der „Freien Patriotischen Bewegung“ den Rang als größte christliche Partei ab. Im Gegensatz zu letzterer ist erstere nicht dem Iran, sondern Saudi-Arabien zugewandt.

Bei zukünftigen Wahlen mit höherer Wahlbeteiligung und ohne Betrug könnte die Hisbollah in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, was ihre Rolle als politische Kraft im Zedernstaat betrifft. Auch die Entwaffnung ihres militärischen Arms, der den Süden des Landes kontrolliert, hätte dann Aussicht auf Erfolg.

### Hisbollah sitzt noch zu fest im Sattel

Noch ist das aber Zukunftsmusik. Hassan Nasrallahs Hisbollah ist zwar geschwächt. Sie hat aber zusammen mit ihren Verbündeten immer noch genügend Sitze im Parlament, um sämtliche Regierungsentscheidungen zu vereiteln. Solche nämlich benötigen eine Zweidrittelmehrheit, die die Gegner der Hisbollah kaum erreichen können.

Im Oktober läuft die Amtszeit des 88-jährigen Präsident Michel Aun aus. Im Libanon kommt diesem Posten längst nicht nur eine repräsentative Funktion zu. Der Präsident ernennt den Premierminister und kann ihn auch wieder entlassen.

Er ist Oberbefehlshaber des Militärs und berechtigt, das Parlament aufzulösen. Auch seine Wahl erfordert eine Zweidrittelmehrheit.

### Parlament kaum handlungsfähig

Die Parlamentswahl weist zwar mit positiven Akzenten in eine neue Richtung. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Gremium jedoch in seiner neuen Zusammensetzung nicht handlungsfähig sein. Außerdem steht die neue, noch zu bildende Regierung vor nahezu unlösbaren Aufgaben, zu denen die verheerende libanesisch Wirtschaftskrise zählt. Während eine Regierung ohne die Hisbollah nicht auf die nötige Stimmenmehrheit kommt, wird eine Regierung unter Beteiligung der Terrorgruppe weiterhin auf dringend benötigte Auslandshilfe verzichten müssen.

Zunächst einmal haben sich die Gräben zwischen den verfeindeten politischen Blöcken vertieft. Die Sorge wächst, dass der Kampf sich auf die Straße verlagern und den libanesischen Bürgerkrieg neu entfachen könnte. In der Hoffnung, in der Gunst des Volkes zu steigen, könnte die Hisbollah Krieg mit Israel suchen. Der Preis wäre jedoch für sie sehr hoch bei geringen Chancen, dass die Bürger sich von diesem Schauspiel noch beeindruckt lassen.

Ein Wandel im krisengeschüttelten Libanon mit seinen festgefahrenen politischen Strukturen schien lange unmöglich. Nach dem Votum der Wähler am 15. Mai gibt es einen Hoffnungsschimmer, wenn auch in weiter Ferne. (cs)

## Reaktionen auf Tötung einer Journalistin: Ein Lehrstück an Vorverurteilungen und Propaganda

Die Palästinenser schlachten den Tod einer Journalistin für ihre Propaganda gegen Israel aus. Die Weltgemeinschaft sollte dies zurückweisen, um Menschenleben zu schützen.

### Von Daniel Frick/Israelnetz

Der Fall der am 11. Mai getöteten Journalistin Schirin Abu Aqla ist in menschlicher und professioneller Hinsicht in hohem Maß zu bedauern. Doch die Reaktionen darauf bieten auch Anschauungsmaterial, das die Weltgemeinschaft zur Kenntnis nehmen sollte: In selbstentlarvender Weise haben die „Palästinenser“ gezeigt, dass sie sich nicht um Fakten scheren, wenn sich die Gelegenheit bietet, Israel zu verunglimpfen.

Noch bevor überhaupt eine Untersuchung begonnen hatte, war für „Palästinenserpräsident“ Mahmud Abbas klar, dass die Soldaten eine „Hinrichtung“ vollzogen haben. Es gehöre zur Politik Israels, es auf Journalisten abzusehen. Noch am darauffolgenden Tag sprachen „palästinensische“ Politiker von einem „Attentat“ – in dieser Weise äußerte sich etwa Hussein al-Scheich, der Verbindungsmann der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde (PA) zu Israel. Dabei hatte eine „palästinensische“ Autopsie am Vorabend ergeben, dass nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, woher die tödliche Kugel stammte.

### Journalistische Prinzipien über Bord geworfen

Amnesty International machte es nicht



Tücken der Propaganda: Wer besonnen bleibt, ist im Nachteil

besser. Die Menschenrechtsorganisation ist mir ihrer Israel-Obsession ohnehin nicht mehr ernst zu nehmen, wenn es um Vorgänge im Land westlich des Jordans geht. Warum, das zeigt sie auch im aktuellen Fall: Noch am Tag des Geschehens stand für sie fest, dass Israel die Journalistin getötet hat. Die Rede war von einer „außerrechtlichen Tötung“. Garniert wird der Tweet mit dem Amnesty-Propaganda-Wahlspruch in doppelter Ausführung: „Beendet Israels Apartheid. Beendet Israels Apartheid.“

Bestürzend ist aber auch, dass der Sender „Al-Dschasira“, für den Abu Aqla arbeitete, sämtliche journalistische Tugenden missen ließ. Die Verantwortlichen sprangen in einer offiziellen Stellungnahme nicht nur auf den Propaganda-Zug auf, sondern befeuerten ihn auch. Noch bevor die „palästinensische“ Untersuchung abgeschlossen war, standen für den Sender Täter und Motiv fest. Von einem „unverhohlenen Mord“, einem „Attentat“ war da die Rede. Bei aller Wut über den Tod der Kollegin: Das gehört sich nicht für ein journalistisches Medium. Es wäre wünschenswert, dass Journalistenverbände so eine Prinzipienlosigkeit verurteilen.

listin getötet hat. Die Rede war von einer „außerrechtlichen Tötung“. Garniert wird der Tweet mit dem Amnesty-Propaganda-Wahlspruch in doppelter Ausführung: „Beendet Israels Apartheid. Beendet Israels Apartheid.“

### Taktischer Nachteil

Zumal Israel in der öffentlichen Meinungsmache einen taktischen Nachteil hat, nur weil sich offizielle Stellen besonnen verhielten. Der Armeesprecher Ran Kochav schloss nicht aus, dass es auch eine israelische Kugel gewesen sein könnte. In diesem Fall wäre es ein Fehler der

Soldaten gewesen, sagte er. Aber das steht eben noch nicht fest – und eine gemeinsame Untersuchung lehnten die „Palästinenser“ vehement ab.

Doch so richtig diese abwartende Haltung ist, so wenig kann sie der „palästinensischen“ Propaganda etwas entgesetzen. Wer also erstmal die Fakten sammeln und auswerten will, bevor es zu Schuldzuweisungen kommt, bezieht die Propagandaprügel.

Angesichts dieser Zustände sind die politischen Institutionen gefragt – gerade die, die immerzu nach „Friedensverhandlungen“ und einer „Zwei-Staaten-Lösung“ schreien. Zwar haben die Europäische Union und auch die Vereinten Nationen eine unabhängige Untersuchung gefordert. Doch in ihren Stellungnahmen sollten sie auch besagte Vorverurteilungen zurückweisen.

Dabei geht es nicht nur um das Prinzip der Unschuldsvermutung als Baustein der Zivilisation. Gerade im Nahost-Konflikt ist es die verbale Aufrüstung, die zu Terror gegen Israel führt. Ein Verzicht darauf würde also Menschenleben schützen, gerade in der angespannten Lage der vergangenen Wochen. Mit ihren Äußerungen haben die „Palästinenser“ gezeigt, dass sie kein Partner für den Frieden sind.

# Den «Nakba-Tag» abschaffen

Die Araber verleumdete die Wiederbegründung Israels als „Katastrophe“. Worüber aber die Weltgemeinschaft kaum Kenntnis hat, ist, dass mehr als 850.000 arabische Juden vor und nach der Staatsgründung Israels teilweise gewaltsam aus ihren arabischen Heimatländern vertrieben worden sind. Die ethnische Säuberung fast aller Juden aus der arabischen Welt ist die wahre „Nakba“. e Säuberung fast aller Juden aus der arabischen Welt ist die wahre „Nakba“. (JR)

Von Bassem Eid/  
Redaktion Audiatur

Gibt es irgendjemanden im Nahen Osten, der nicht durch die Umwälzungen des letzten Jahrhunderts traumatisiert wurde? Wir alle feiern die Geschichte unserer Familien und schätzen die Orte, an denen wir gelebt haben, doch nur die palästinensische Führung hat die Erinnerung an die Vertreibung zu einer Waffe gemacht und sie in eine Ideologie des Völkermords verwandelt.

Der „Nakba-Tag“, der jedes Jahr am 15. Mai begangen wird, wurde 1998 vom ehemaligen Führer der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde – und internationalem Drahtzieher des Terrors – Jassir Arafat eingeführt, um Israels Unabhängigkeitstag in ein Fest der Trauer zu verwandeln. Schon die Existenz Israels wurde als „Katastrophe“ – nakba auf Arabisch – gebrandmarkt, nicht aber die Vertreibung, die beide Seiten im anschließenden Krieg betraf und die die ethnische Säuberung aller Juden aus dem heutigen Westjordanland und Ostjerusalem einschloss. Und während und nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 wurden Hunderttausende von Juden aus arabischen Gebieten vertrieben; das ist in der Tat die wahre Nakba.

Im Krieg im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina wurden jüdische Gemeinden in Gush Etzion und Atarot im heutigen Westjordanland von der unter britischem Kommando stehenden Transjordanischen Arabischen Legion entwurzelt und vertrieben. Die alte jüdische Gemeinde von Hebron, in der sich die Grabstätte der biblischen Vorfäter Abraham, Isaak und Jakob, die Höhle der Patriarchen, befindet, war bereits 1929 bei einem arabischen Aufstand vertrieben und von den britischen Behörden an der Rückkehr gehindert worden.

## Ein Drittel der Bewohner Bagdads waren Juden

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Bagdad zu einem Drittel jüdisch, und wie heute der Tempelberg gab es dort viele Stätten, die sowohl von jüdischen als auch von muslimischen Gläubigen genutzt wurden, wie etwa das Grab des Propheten Ezechiel in al-Kifl, das jahrhundertlang sowohl eine Moschee als auch eine Synagoge beherbergte. Im Jahr 1941, während des kurzen, von den Nazis unterstützten Staatsstreichs unter der Führung von Rashid Ali al-Gailani, ermordete und vergewaltigte ein antisemitischer Mob Mitglieder der jüdischen Gemeinde Bagdads in einem Pogrom, das Farhud genannt wurde. Auch nach der Unabhängigkeit Israels verfolgte der Irak seine jüdische Gemeinde. 1951 rettete Israel im Rahmen der „Operation Esra und Nehemia“ fast die gesamte irakische jüdische Bevölkerung per Luftbrücke.

Auch die jüdische Gemeinde im Jemen wurde 1948-49, nur ein Jahr nach der Unabhängigkeit Israels, im Rahmen der „Operation Flügel des Adlers“ vom noch jungen jüdischen Staat gerettet. Der Überlieferung nach hatten viele jemenitische Juden noch nie zuvor ein Flugzeug gesehen und sahen darin die



Jemenitische Juden warten darauf, ein Flugzeug nach Israel zu besteigen. Aden, Jemen. 1. November 1949.

wörtliche Erfüllung der biblischen Verheißung, dass „die, die auf den Herrn warten, ... sich mit Flügeln wie Adler erheben werden“ (Jesaja 40:31).

Insgesamt waren mehr als 850.000 Juden gezwungen, aus den arabischen

Obwohl meine Familie muslimisch ist, wurde ich im jüdischen Viertel der Altstadt von Jerusalem geboren, das damals unter jordanischer Kontrolle stand. Im Jahr 1966, als ich 8 Jahre alt war, siedelte die jordanische Regierung

„ Es war die jordanische Regierung, nicht die israelische Regierung, die mich zum Flüchtling machte. “

Ländern nach Israel zu fliehen, gefolgt von mehr als 70.000 Juden aus dem Iran nach der Islamischen Revolution von 1979. Wie der Irak beherbergte auch der Iran multikonfessionelle Stätten, die von beiden Religionen verehrt wurden, wie etwa das Grab der Königin Esther in Hamadan. Am „Nakba-Tag“ 2020 setz-

meine Familie nördlich von Jerusalem in das Flüchtlingslager Shuafat um. Es war die jordanische Regierung, nicht die israelische Regierung, die mich zum Flüchtling machte.

Der Unterschied zwischen einer „palästinensischen“ Kultur, die das Klagen zelebriert, und einer israelischen Kultur, die die Freiheit idealisiert, ist eklatant. Die Zahl der christlichen Minderheiten in den von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde kontrollierten Gebieten ist zum Beispiel stark zurückgegangen. In Bethlehem ist sie allein in den letzten zehn Jahren von 84 % auf 22 % zurückgegangen. In der Zwischenzeit spielt eine islamisch geprägte Partei eine entscheidende Rolle in der derzeitigen israelischen Regierung, und der Oberste Gerichtshof Israels hat kürzlich seinen ersten muslimischen Richter, Khaled Kabub, ernannt.



Einwanderer aus dem Irak verlassen den Flughafen Lod auf dem Weg nach Ma'abara Flüchtlingslager, 1951

te ein Randalierer Teile des Schreins in Brand, vermutlich aus Hass.

Die arabische Welt hat mehr Vertreibung erlebt als fast jede andere Region, wie die heutigen Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien bezeugen können.

Die „Palästinenser“ sollten unser reiches Erbe feiern und, wie unsere jüdischen Cousins, unsere Verluste betrauern. Doch jetzt ist es an der Zeit für eine Versöhnung auf dem Verhandlungswege, nicht für die Aufrechterhaltung der seit

Generationen bestehenden Opferrolle. Der „Nakba-Tag“ ist Teil des Opferproblems und nicht Teil einer zukunftsorientierten Lösung. Versöhnung findet nur statt, wenn beide Seiten einen Schritt zurücktreten und das gemeinsame Leid anerkennen. Der „Nakba-Tag“ bewirkt das Gegenteil. Während Israel den „Palästinensern“ dreimal Frieden, Würde und Unabhängigkeit angeboten hat, hat Jassir Arafat die gewalttätige zweite Intifada von 2000 bis 2005 in Gang gesetzt – und Mahmoud Abbas hat es nicht geschafft, sie einzudämmen.

Israels Existenz als Katastrophe zu verklären, ist ein Zerrbild, das unsere Kinder verletzt und sie zu Krieg und Selbstmordattentaten verleitet. Fast 1 Million Juden in islamischen Ländern erlebten nach der Unabhängigkeit Israels ihre eigene Nakba. Wenn mehr Palästinenser dies verstehen würden, könnten wir vielleicht auch unsere israelischen Nachbarn besser verstehen.

Wir müssen unsere Kinder über unsere Nachbarn aufklären, um Verständnis zu erwerben und uns für den Frieden einzusetzen. Die „palästinensische“ Führung sollte die Hetze gegen Israel und Juden – einschließlich der Verbreitung antisemitischer Stereotypen – in der öffentlichen Bildung und in den Medien beenden. Stattdessen sollten „palästinensische“ Schulkinder und Bürger die Geschichte, die Freuden und die Traumata unserer Nachbarn, der Israelis, lernen, mit denen wir viel gemeinsam haben. Auf diese Weise können wir den Grundstein für einen neuen Nahen Osten legen, und Städte wie meine Heimatstadt Jericho im Jordantal können als Zentren der internationalen Zusammenarbeit und des Handels aufblühen. Dies kann nur erreicht werden, wenn wir lernen, den Kummer unserer Nachbarn zu verstehen, anstatt unseren eigenen zu verschlimmern.

Der „Nakba-Tag“ bewirkt das Gegenteil und sollte abgeschafft werden.

Bassem Eid ist ein palästinensischer Menschenrechtsaktivist, politischer Analyst und Journalist. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

## Raus aus der Opferrolle

# „Wir weinten tränenlos“ – Ein Film über die Mitglieder des jüdischen „Sonderkommandos“ in Auschwitz

Von Tobias Rürger

Der Dokumentarfilm »We Wept Without Tears« des israelischen Filmemachers Itai Lev porträtiert Überlebende des sogenannten Sonderkommandos von Auschwitz

Jacob Silberberg, Schlomo Dragon, Abraham Dragon, Eliezer Eisenschmidt, Schaul Chasan, Josef Sackar.

Diese Auschwitz-Überlebenden wurden Anfang der '90er Jahre von dem israelischen Historiker Professor Gideon Greif auf dem Gelände des ehemaligen NS-Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zu ihren Erinnerungen befragt.

Alle sechs waren Mitglieder des sogenannten Sonderkommandos, einer Gruppe, die dafür verantwortlich war, im Lagerbetrieb der Mordmaschinerie zuzuarbeiten. Die Bilder, die diese Menschen beschreiben, erschrecken in doppelter Weise. Denn diese Zeitzeugen sind nicht nur Überlebende der Hölle von Auschwitz, sie waren dazu auch noch zur Mitarbeit beim industriellen Töten gezwungen. Sie mussten Menschen zu den Gaskammern begleiten, dabei für einen ruhigen Ablauf sorgen, die Toten aus der Gaskammer schleppen, Wertgegenstände einsammeln, die Gaskammer säubern, die Leichen verbrennen und danach deren Asche beseitigen.

Sie tragen also ein doppeltes Trauma in sich: zum einen das eines Schoa-Überlebenden, zum anderen das einer – erzwungenen – Mittäterschaft.

Gideon Greif ist ein Experte für das Sonderkommando von Auschwitz, er hat dazu 1995 das Buch »Wir weinten tränenlos« veröffentlicht. Die im Rahmen seiner Re-

cherchen dafür gefilmten Interviews lagen allerdings fünfundzwanzig Jahre lang im Archiv, bis der israelische Filmemacher Itai Lev mit Greif zusammenkam und die beiden entschieden, aus dem Material einen Dokumentarfilm zu machen.

Es ist mir eine Freude und ein Stück weit auch eine Ehre gewesen, von Itai Lev mit der Filmmusik zu der Dokumentation beauftragt zu werden. Eine Arbeit zu einem derartigen Thema ist delikat. Was keinesfalls gebraucht würde, darüber waren wir uns sofort im klaren, wäre Musik, die Drama und Pathos versprüht. So entschied ich mich dafür, mit den klanglichen Mitteln der Neuen Musik aber fasslichen Melodien zu arbeiten.

Es ist der Abgrund, in den wir schauen, den ich zu vertonen hatte. Nur: Wie vertont man so etwas, wie komponiert man Apathie, einen stillen Schrei, ein tränenloses Weinen? Ich weiß es immer noch nicht.

Bemerkenswert schien mir beim immer wieder neuen Anschauen des Bildmaterials, wie sehr sich die sechs Persönlichkeiten in der Verarbeitung des Grauens unterscheiden.

Während Eisenschmidt immer wieder Empörung erkennen lässt, Empörung darüber, was geschehen ist, und dass es ihm geschehen ist, scheint bei Silberberg erkennbar, dass er das Erlebte nur mit Entrückung hat ertragen können. Wenn er von den starren Leichen, die er aus der Gaskammer schleppen musste, spricht, dann grinst er und schaut mit schelmischem Blick ins Leere.



Gideon Greif lässt jeden sein, jeden mit seiner Wortwahl, seinem Temperament gemäß sprechen. Nichts wirkt dabei belehrend. Er, der Historiker, betrachtet die Aussagen der Zeitzeugen sachlich und vorurteilsfrei. Vielleicht musste eine solche Dokumentation in Israel entstehen. Wäre es eine deutsche Produktion gewesen, wir hätten vermutlich permanent erklärt bekommen, wie schlimm es war, seinerzeit in Auschwitz. Die Dokumentation von Itai Lev arbeitet hier mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein. Die Schilderungen der Überlebenden, größtenteils in den Ruinen der Gebäude von Auschwitz gefilmt, klingen zeitweise so absurd, dass man tatsächlich meinen könnte, das könne es so gar nicht gegeben haben. Genau hier wird der Film besonders glaubwürdig, denn gerade weil er nicht um Glaubwürdigkeit ringt, Empörung einfordert, nicht belehren will, nicht permanent betont, was gut und was schlecht gewesen ist, holt er uns die Geschehnisse besonders nah heran.

Am Ende meint man zu glauben, nicht mehr urteilen zu dürfen, denn jeder von uns hätte Täter, Opfer oder beides zugleich sein können – je nachdem, in welches Leben man hineingeboren worden wäre. Wenn es das ist, was der Film als Botschaft hinterlässt, dann ist es mit Sicherheit das größte was eine solche Produktion an Aufklärungsarbeit leis-

ten kann. Zugleich ist es Itai Lev aber auch gelungen, der Szenerie eine nahezu bizarre Poesie abzugewinnen. Auch das irritiert. Vor allem, dass im Bildmaterial immer wieder zu erkennen ist, wie die Geschichte über alles Gras wachsen lässt. Hier wortwörtlich zu verstehen, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz.

Auf die Frage, wann er befreit wurde, hören wir Jacob Silberberg am Ende des Films sagen, er sei noch immer ein Gefangener von Auschwitz. Sein Lächeln und die sanfte Stimme, mit der er spricht, bilden den denkbar größten Widerspruch zu seinen Worten.

Hier wird klar: Mit dem Ableben der Zeitzeugen wird die Erinnerung an die Schoa abstrakt. Es ist eine Kulturleistung, unsre Kulturleistung, diese Ereignisse vor dem Vergessen zu bewahren. Itai Lev und Gideon Greif haben hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Der Film wurde am 27. April im israelischen Fernsehsender Kan 11 erstausgestrahlt und wird nun im Rahmen des jüdischen Filmfestivals Berlin-Brandenburg gezeigt. Am 15. Juni um 17.00 Uhr im Thalia Programmkinos in Potsdam sowie am 15. Juni um 20.00 Uhr und 19. Juni um 17.00 Uhr im Delphi Lux in Berlin. [www.jfbb.info](http://www.jfbb.info)

Tobias Rürger ist Saxofonist und Komponist aus Frankfurt. Neben seinen Aktivitäten mit Jazzprojekten und als Mitwirkender bei der Kammeroper Frankfurt komponiert er Hörspiel- und Filmmusiken. Die Produktion der Musik zum Film »Wir weinten tränenlos« entstand mit finanzieller Unterstützung der Hessischen Kulturstiftung.

## Die Malerei im Judentum

Die Kunst spielt im jüdischen Leben eine große Rolle, neben der Musik hat besonders die Malerei prägnante Akzente gesetzt. (JR)

Von Victor Sanovec

Wenn heute über Kunst in Zusammenhang mit Judentum gesprochen wird, ist meistens die Rede von Literatur, Poesie und manchmal auch von der Musik. Die bildende Kunst kommt dabei nicht häufig vor. Die Gründe dafür sind verschieden. Einer kann sein, dass die Kunst der Sprache, die der Schrift und der Musik mit dem Judentum seit Jahrtausenden traditionell direkt verbunden sind, nicht so die bildende Kunst. Eine weitere Begründung könnte im Bilderverbot der Tora zu finden sein. Wo wird das Bilderverbot praktisch angewendet?

Jüdische Haushalte und Häuser haben oft viele Bilder vorzuweisen. Die Synagogen dagegen kommen ohne Bilder oder Skulpturen aus. Die meisten Gebetsbücher haben keine Abbildungen, aber die Hüllen der Tora-Rollen, genauso wie die Tora-Schreine sind oft mit Abbildungen von Löwen, Händen und Krügen geschmückt. Ebenso die Hagadot, die Gebetsbücher für den Sederabend.

Warum ist dem so? Vermutlich ist die Begründung des Bilderverbotes, genauer gesagt des Verbots der Abbildung in der Tora, nur den wenigsten Juden heute geläufig. Könnte so durch die Tradition eine unausgesprochene, gefühlsbetonte Distanzierung gegenüber der bildenden Kunst entstanden sein? Natürlich werden Bilder auch von Juden gerne angesehen, es werden Kunstmuseen und Ausstellungen besucht und Kunst von jüdischen Galeristen vermittelt und gekauft. Könnte es trotzdem sein, dass noch heute von praktizierenden Juden bildende Kunst mit dem Makel der

schleichenden Assimilation belegt wird? Vielleicht wegen der Darstellungen von Tieren oder Menschen? Aber ist die Abhängigkeit der bildenden Kunst von der Darstellung der realen Welt nötig? Kann es vielleicht eine besondere Malerei und Bildhauerei geben, die nicht eine uns bekannte Welt abbildet?

Ja, eine solche Malerei existiert. Sie will nicht auf die Gegenstände in der Welt reagieren. Sie will davon unabhängig sein. Sie möchte keine außerhalb der Malerei bekannten Formen abbilden, keine erkennbare Gestalt wiedergeben, auch nicht in einer abstrahierten Form. Damit unterscheidet sie sich von der Kunst der Moderne des 20. Jh. z.B. von Bildern Picassos oder der Kubisten, auch von den Bildern eines Kandinsky. Dort steht überall die Abbildung der Realität im Focus. Auch Bilder von Künstlern jüdischer Abstammung, wie Pissarro, Modigliani oder Chaim Soutine, sind davon keine Ausnahme. Alle diese Künstler schafften bedeutende, sehr beeindruckende Bilder, die weltberühmt sind. Jedoch bedienen sie sich weiter der klassischen, von der Realität abhängigen Vorlage, sie interpretierten ihre Themen lediglich freier.

Die ersten Künstler, die bewusst eine andere Art der Malerei realisiert haben, waren in den USA in den 40er Jahren des 20ten Jh. die Maler einer Richtung, die wir den Abstrakten Expressionismus nennen. Diese Richtung entstand um den deutschstämmigen Maler Adolph Gottlieb in New York. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Werke von Mark Rothko und Barnett Newman. Beide waren Juden, Rothko als Marcus Rothkowitz in Russland

geboren und Barnett als Baruch Newman in USA geboren.

Was war so anders an der künstlerischen Arbeit von Rothko und Newman? Was ist ihre Botschaft? Entscheidend war ihre bewusste Abkehr von der Abbildung der Realität. Aber was kann die Malerei ohne Bezug zu Figur und zu den uns bekannten Formen aussagen? Die Künstler haben sich mit einem anderen Element der Malerei beschäftigt, nicht mit der Form, sondern mit der Farbe und ihrer Wirkung. Die Malerei sollte befreit werden von der Formabhängigkeit. Das ist ihnen auch überzeugend gelungen. Die Kunstrichtung als Farbfelder Malerei/Colorfield Painting genannt, ist inzwischen weltweit anerkannt und akzeptiert. Rothko sprach in dem Zusammenhang von der Farbe als vom Schleier zwischen dem Heiligtum und dem Allerheiligsten im Tempel. Die Bilder mit pulsierenden farbigen Flächen von Marc Rothko haben unerwartete Popularität entwickelt. Sie werden sogar als Postermotive bei IKEA verwendet.

Die Bilder von Newman sind in ihrer Aussage noch strenger. Er konzentriert sich auf wenige Farben, oft sind das die Grundfarben Weiß, Rot, Blau und Gelb. Die meistens seiner Bilder lassen sogar keinen erkennbaren Pinselschlag erkennen. Gegen die großen Flächen werden manchmal schmale farbige Streifen gesetzt. Das Leitthema von Barnett Newman war die Sublimierung, der Weg von der Materialität der Bilder zu geistigen Werten. Es ist ein zugegeben anstrengendes Unternehmen, das vom Zuschauer verlangt, sich den Bildern gegenüber zu stellen um buchstäblich in sie einzutauchen.

So bleiben die Versuche die Bilder von

Newman und Rothko zu beschreiben nur ein Versuch. Sie führen den Zuschauer in einen Bereich, in dem die Grenzen der Sprache deutlich werden. Das verleitet einige Kritiker immer wieder zu herabsetzenden Äußerungen in Ermangelung einer adäquaten Beschreibung. Aber wir sollen nicht vergessen, unsere Welt ist vielschichtiger als die Sprache alleine sein kann.

Bei der Auseinandersetzung mit den Bildern ist es nicht bei verbalen Attacken geblieben. Die Bilder von Newman »Who's Afraid of Red, Yellow and Blue« wurden sogar in den Museen mit dem Messer attackiert und zerschnitten. So 1982 in Berlin und 1986 in Amsterdam, wiederholt dann in 1997. Rothko hat seine Bilder vor der Banalisierung schützen wollen und kaufte deshalb mehrere Werke zurück, nachdem er erfahren hatte, dass sie für ein New Yorker Restaurant bestimmt waren.

Die Bilder wirklich zu sehen, bedeutet sie im Original zu erleben. Das ist ein besonderes Erlebnis, das nicht durch Fotos ersetzt werden kann. Bilder von Newman und Rothko sind nicht überall zu sehen. In Deutschland sind sie in den Museen in Köln und in Düsseldorf zu finden. Sonst in Zürich und in Basel und auch in der Tate Modern in London. Die Reise zu den Bildern lohnt sich wirklich. Danach ist es möglich über das Erlebte zu sprechen.

Victor Sanovec, geboren 1943 in Olomouc, Tschechien. Lebt seit 1968 in Deutschland. Studierte an der Städelschule Frankfurt Malerei, Grafik und Bildhauerei. Zahlreiche Projekte in Öffentlichen Raum. Veröffentlicht Texte zu jüdischen Themen.

# „Richard Wagner und die Klezmerband. Auf der Suche nach dem neuen, jüdischen Sound in Deutschland“ – Yuriy Gurzhys neues Buch

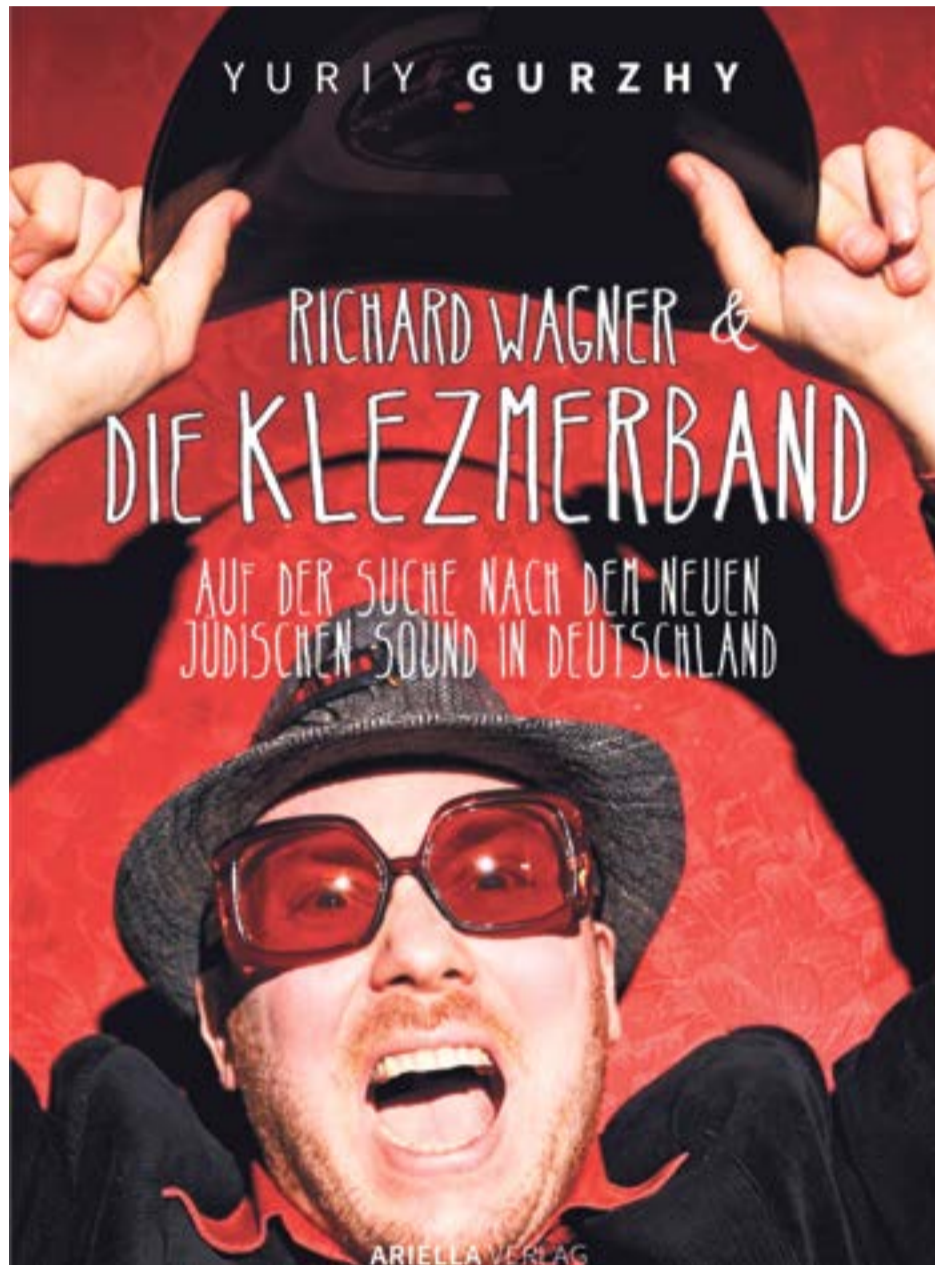
Unter diesem erfrischenden Titel nimmt der jüdische Musiker Yuriy Gurzhy den Leser auf eine Reise in die jüdische Musiklandschaft Deutschlands mit.

Von Matti Goldschmidt

Yuriy Gurzhy, gebürtig aus dem derzeit von russischen Invasionstruppen belagerten Kharkov im Nordosten der Ukraine, wanderte 1995 als Zwanzigjähriger nach Berlin aus. Dort etablierte er sich schnell als Musiker, Diskjockey, Komponist und Musikproduzent und engagierte sich auf diversen Ebenen in vielseitigen Projekten. Darunter fallen etwa Partyreihen in Form von CD-Kompilationen wie die gemeinsam mit dem Schriftsteller Wladimir Kammer legendäre „Russendisko“ oder das Berliner „Born In UA“, welches sich vor allem mit ukrainischer Musik befasst. Schließlich ist er verantwortlich für einige Bandgründungen wie etwa die Formation „RotFront“ oder, gemeinsam mit Daniel Kahn und Marina Frenk, die „Disorientalists“. Nun erschien Gurzhy's erstes Buch, das er nach seinen eigenen Worten nur deshalb schrieb, ja eigentlich schreiben musste, weil ihm bis dato etwas über die jüdische Musik der letzten zwei Jahrzehnte in Deutschland gefehlt hatte.

Wer nun glaubt, mit dem Titel „und die Klezmerband“ ein Buch über Klezmer vorzufinden, irrt. Genauso wenig handelt es über den deutschen Komponisten Richard Wagner (1813-1883). Erst die Titelergänzung beschreibt, worum es im Wesentlichen geht: Nämlich um „den neuen jüdischen Sound in Deutschland“, also nicht um einen, allenfalls irgendeinen, sondern um „den Sound“, einen, den Gurzhy selbst als „äußerst innovativ und progressiv“ empfindet. Und so kommen im Format der „oral history“ Erzählungen zusammen, die das „who's who“ der (hier in diesem Buch überwiegend jüdischen) Klezmerszene Deutschlands widerspiegeln. Dafür wurden einige Dutzend von meist in Deutschland aktiven Musikern, Produzenten und Organisatoren, Zeitzeugen eben, zu Gespräche eingeladen, deren Mitteilungen auf insgesamt 23 Kapitel verteilt wurden. Im Rahmen dieses methodischen Ansatzes verzichtete Gurzhy im Wesentlichen auf Kommentare und beließ es darauf, die Aussagen der von ihm ausgewählten Protagonisten möglichst uneditiert 1:1 wiederzugeben. Die Themenbereiche erschienen unerschöpflich, ging es doch über Chanson, bayrischen Alpenklang, einer echten Kantorin sowie einem echten Rabbi bis zu „hardcore“ und Psychodelisches. Dem Exzentrischem waren kaum Grenzen gesetzt.

Als Einstieg in die Interviews sollte die Frage gestellt werden: „Was ist für dich eigentlich jüdische Musik“? Diese Frage musste alsbald verworfen werden, denn 1. nervte sie alle Beteiligten, 2. die Antwort war immer wieder viel zu lang, 3. keine Definition stellte alle zufrieden und 4. jeder hatte dazu sowieso etwas anderes zu sagen. Wobei es sich Gurzhy wohl etwas zu leicht gemacht hatte, wurde doch dieses Thema längst in der Vergangenheit besprochen, zum Beispiel im vorliegenden Periodikum (JR 7/2018 [47], S. 32).



Eher mit weniger Emotion beschrieb der Musikkritiker Seth Rogovoy, Autor des im Jahre 2000 erschienenen Buches „The Essential Klezmer: A Music Lover's Guide to Jewish Roots and Soul Music“, jüdische Musik: „Ich weiß es, wenn ich sie höre!“

## Auf der Suche nach dem „jüdischen Sound“

Wie zu erwarten war, ist man nach Beendigung der Lektüre um viele Fakten und Facetten reicher, jedoch nicht wirklich schlauer, ob „der jüdische Sound“ nun überhaupt aufzufinden ist, egal, wie und wo gesucht würde. Wird von Juden gemachter Rap deshalb Bestandteil eines „jüdischen Sounds“, weil er eben von Juden ist? Oder infolgedessen, weil manche der benutzten Texte auch von jüdischer Selbstbestimmung und Antisemitismusbekämpfung handeln? So ist beispielsweise der Rap-Sänger Ben Salomo, 1977 in Israel geboren und seit 1981 in Deutschland, verwundert darüber, dass sein Album „Es gibt nur einen“ von der „jüdischen Community“ gar nicht wahrgenommen wurde, obwohl es sich doch um ein „Album mit jüdischer Perspektive in Deutschland“ handle. Dass überdies Rap, soweit sie eine jüdische Perspektive beinhaltet, nicht allen Rap-Kollegen gefällt, macht eine Bemerkung des Verschwörungsideologen B-Lash deutlich, der

Ben Salomos wöchentliche Veranstaltung „Rap am Mittwoch“ als „Judenveranstaltung“ verunglimpfen wollte, die man deshalb besser nicht besuche. Zu dumm, dass man von den Falschen wahrgenommen wird.

Ganz klar ist „der neue jüdische Sound in Deutschland“, so das Credo des Buches, notwendigerweise Tanzmusik. Und selbstredend erhält die „Russendisko“, ursprünglich im Wesentlichen russischer Rock ergänzt durch etwas jüdische Folklore, ihr eigenes Kapitel. Denn wo sollte nicht mehr getanzt werden als in einer Diskothek? Jedoch auch beim Tanzen scheinen gewisse Formalitäten einzuhalten zu sein. Etwa, dass man „zum Tanzen [scheinbar korrekt, M.G.] angezogen“ sein muss (Marina Sorina) – und falls nicht, dann (Zitat) „krepelten wir unsere Jeans hoch und zogen alles aus, was ging“. Nicht selten werden Tanzstile des Publikums kritisiert, es muss eben alles nach den Vorstellungen der Macher ablaufen: „Das waren natürlich besondere Leute, diese hippiesken Kulturliebhaber oder Akademiker, die einen Stock im Arsch haben. Sie haben sich zu diesen Liedern sehr komisch bewegt“ (Garmasch). Tanzen zu Klezmermusik oder Russendisko muss wohl erst erlernt sein.

Wiederholt wird das Alter des Publikums, zumindest das unpassende, thematisiert, wobei „jung“ als Credo

für den „neuen jüdischen Sound“ gehalten wird. Außer, es handele sich um die recht betagte Sängerin Zhenia Fajerman (1925-2021). So ist Sasha Lurje (\*1985) entsetzt, in „einer kleinen deutschen Stadt“ auftretend, von der Bühne aus „nur graue Haare“ gesehen zu haben. In einer seiner angeblich „schrägsten Shows“ seines Lebens beschimpft Joshua Dolgin alias Socalled (\*1976) sein weitgehend nicht-jüdisches Publikum, „die Omas und Opas“, wie folgt: „Fickt euch! Wir sind Juden, wir sind gekommen, um diesen schrecklichen Lärm für euch zu machen, während ihr am Freitag in Nürnberg an eurem Schweinefleisch kaut!“. Sagt einer, der sich nicht scheut, päpstlicher als der Papst wirken zu wollen und als Jude die vorgeschriebene Schabbat-Ruhe verletzt.

## „Jewrovision“

Überraschend widmete Gurzhy auf seiner „Suche nach jüdischem Sound“ einer Veranstaltung ein volles Kapitel, deren Teilnehmer praktisch in allem nicht gegensätzlicher zu dem bisher in diesem Buch eingeschlossenen Personenkreis bezeichnet werden könnte. Nämlich „Jewrovision, ein Tanz- und Gesangswettbewerb für jüdische Teenager in Deutschland“, veranstaltet von der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.) in Frankfurt/Main. Denn weder ist bekannt, dass sich, schwarz-weiß gesprochen, jüdische Teenager heftig für Klezmer oder anderer in Deutschland produzierter jüdischer Musik interessierten, noch ist das Gros des in diesem Buch eingeschlossenen Personenkreises in jüdischen Gemeinden Deutschlands aktiv bzw. besäße deren Mitgliedschaft. Alles begann im Jahre 2002 mit etwa 50 Teilnehmern, auf sechs Gruppen verteilt. Siebzehn Jahre später kamen in die Frankfurter Festhalle „an die viertausend Leute“.

Teilnehmen dürfen allerdings nur jüdische Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 19 Jahren gemeinsam mit dem Jugendzentrum ihrer jeweiligen jüdischen Gemeinde. Repräsentieren jedoch „bekannte Covers“ mit viel schrägem, optimierungswürdigem Gesang, wenn auch mit häufig umgeschriebenen Texten („wir sind diejenigen, die einen besseren Tag schaffen, also lasst uns jüdisch sein“), wirklich einen „jüdischen Sound“, nur weil es von jüdischen (Zitat) „Kids“ vorgetragen wird? In gleichem Atemzug hätte man eigentlich auch das von derselben ZWST veranstaltete Tanzfestival für „riqude'i am“ (israelischen Volkstanz) erwähnen müssen, das im September 2021 zum dritten Male mit etwa 120 Aktiven immerhin allen Alters stattfand und eben nicht nur auf die Jugend begrenzt blieb. Keinerlei Bezug zu „jüdischem Sound in Deutschland“ hat jedenfalls die israelische Sängerin Netta Barzilai, Siegerin des 63. Eurovision Song Contest (2018), der das dem Kapitel zugeordnete Bild gewidmet ist – außer, dass sie für viel Geld für die letzte Jewrovision (2019) eingeladen wurde.

**Kritikpunkte**

Schmerzlich vermisst wird schließlich ein Namensregister, womit das Buch wenig, wenn überhaupt nicht als Nachschlagewerk der zeitgenössischen jüdischen Musikszene in Deutschland dienen kann. Oder wie bitte sollte man die Erwähnungen von Alla Pugachova, Aufwind, Joni Mitchell oder der israelischen Gruppe „Balkan Beat Box“ jemals wiederfinden, ohne das Buch noch einmal von vorne zu lesen zu beginnen? Sicherlich wäre auch eine Bibliographie hilfreich gewesen, selbst wenn es zu Klezmer nicht gerade eine umfangreiche Aufstellung gegeben hätte und hartgesottene Klezmer-Enthusiasten die meisten bisherigen Veröffentlichungen, in deutscher Sprache fast so rar wie die Blaue Mauritius, sowie schon bekannt gewesen sein dürften.

Dass weitere Künstler wie der in Bremen lebende Willy Schwarz, das in Köln beheimatete russisch-israelische Quartett „Klezmer Tunes“, das ebenfalls aus Köln stammende deutsche Trio „A Tickle In The Heart“ oder Joshua Horowitz mit einem Eintrag in dem vorliegenden Buch vermisst werden, sollte nicht unerwähnt bleiben, selbst wenn der Autor selbst grundsätzlich auf diesen Mangel hinweist. So ganz unbedeutend sind diese meist jüdischen Künstler eigentlich nicht. Mit sechs Alben, darunter „Jewish Music around the World“, ist Schwarz sicherlich kein Namensloser mehr in der jüdischen Musikszene Deutschlands. Während Horowitz die Gruppen Budowitz und Veretski Pass co-gründete und u.a. Musiktheorie an der Universität für Musik und

darstellende Kunst Graz unterrichtete. Selbst wenn bekanntlich weder Graz noch Wien Deutschland sind. Denn sonst wären sicherlich auch noch etwa Lena Rothstein oder Timna Brauer neben weiteren anderen zu erwähnen gewesen. Horowitz wurde letztlich sogar von Paul Brody (\*1961) im vorliegenden Buch erwähnt; Gurzhy muss also dessen Namen zumindest schon einmal gehört haben. Eher wahrscheinlich ist jedoch, dass wieder in diesem Buch nicht aufgenommenen Künstler zu wenig bis gar nicht in das musikalische Konzept des Autors über „neuen jüdischen Sound“ hineinpassen.

**Internationale Interpreten**

Eine Diskographie im Anhang dürfte natürlich nicht fehlen, wie der Autor selbst betont. Sie beinhaltet eine „Liste der Veröffentlichungen, die direkt mit den in diesem Buch vorkommenden Menschen zu tun haben“. Aber gerade aus dieser Liste wird deutlich, was eigentlich den „neuen jüdischen Sound in Deutschland“ ausmacht: Brave Old World, Klezematics, Paul Brody, Geoff Berner oder Daniel Kahn stammen aus den USA oder Kanada, Di Naye Kapelye aus Ungarn, die Amsterdam Klezmer Band im Wesentlichen aus den Niederlanden. Sieht man von wenigen Ausnahmen wie die Klezmers Tochter, Andrea Pancur oder auch den in Israel lebenden, aber aus Deutschland stammenden Jewish Monkeys ab, dann scheint der „neue jüdische Sound in Deutschland“ letztendlich aus dem Ausland zu kommen. „Selber Schuld!“, so das bereits vor knapp zwanzig Jah-

ren gestellte Resümee der jüdischen Berliner Soziologin Judith Kessler in ihrem Vortrag „Klezmerfreie Zone oder Jewish Disneyland?“. Und niemand anderes als Alan Bern, Gründer und künstlerischer Leiter des Yiddish Summer Weimar schrieb im Vorwort des CD-Begleitheftes des Albums „Beyond The Pale“ der Gruppe Brave Old World: „Im Jahre 1993 ist Deutschland eines der ganz wenigen Länder, in denen man seinen Lebensunterhalt durch das Spielen jüdischer Musik verdienen kann.“

**„Hommage“ an Richard Wagner**

Ob der Name „Richard Wagner“ im Buchtitel gerechtfertigt ist, ist im Zusammenhang mit „jüdischen Sound“ sicherlich diskutabel. Vor allem, dass Wagner in diesem Buch praktisch keinerlei Rolle spielt, sieht man von Gurzhys Abneigung gegen Wagner ab, die auf nicht mehr als knapp einer halben Seite näher beleuchtet wird. Dabei sollte „Vergeltung“ gegen Wagners „widerlichen Aufsatz «Das Judentum in der Musik»“ geübt werden, erstmalig veröffentlicht 1850 in dem Periodikum „Neue Zeitschrift für Musik“ (Nr. 19, 03.09.1850). Etwa, indem nach Gurzhys Fantasien eine Klezmerband einen Abend lang ausschließlich Werke Wagners aufführte. Letztlich wurde daraus aber lediglich ein Lied, veröffentlicht auf dem RotFront-Album „17 deutsche Tänze“: „Ein Israeli“ (Gurkhy selbst?) verliebte sich in eine blonde Violistin aus Bayreuth, die bevorzugt Wagner spielte, niemals aber auf dessen Versuche der Kontaktaufnahme reagierte. In keinem Fall jedoch, so zumindest

das Resümee des Autors, hätte Wagner an Klezmermusik Freude gehabt.

Gurzhy denkt übrigens bereits an eine Fortsetzung seines Buches. Darin soll es um in Berlin lebende israelische Musiker gehen, die sich etwa von in Israel produzierter Musik distanzieren, ja ihre eigene nicht einmal als jüdisch empfinden. Erklärungen dazu seien „recht kompliziert“, müssten aber in jedem Fall „auch irgendwann aufgeschrieben werden“. Von „jüdischem Sound“ wäre dann allerdings in diesen Fällen nicht mehr zu sprechen. Oder, da von Juden gespielt, etwa doch? Und andererseits: Wenn es nun trotzdem einen neuen jüdischen Sound in Deutschland geben sollte, das Buch versucht ja facettenreich, einen solchen zu erkennen, was ist dann mit dem alten passiert, den es dann logischerweise ebenfalls geben müsste? Und falls so, welche Namen könnten dann wohl dazu gehören? Esther & Abi Ofarim? Oder Daliah Lavi? Oder, um nochmals auf Wien zurückzugreifen, Arik Brauer und André Heller? Herwig Strobls „10 Saiten + 1 Bogen“? Ohne Zweifel wäre es mehr als interessant, quasi als Vorstufe zu vorliegendem Buch den „alten jüdischen Sound in Deutschland“, etwa ab dem Jahre 1950, näher zu beleuchten – sollte es ihn damals bereits gegeben haben.

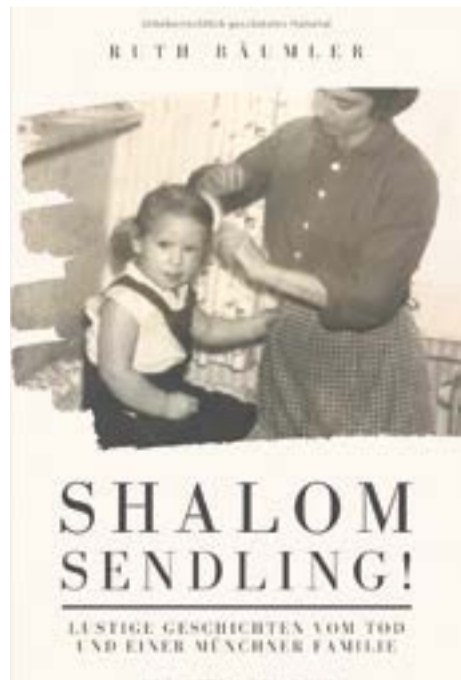
Yuriy Gurzhy  
 „Richard Wagner & die Klezmerband. Auf der Suche nach dem neuen jüdischen Sound in Deutschland“  
 Berlin 2021 (264 Seiten, Ariella Verlag, € 24,95)  
 ISBN 978-3-945530-38-2

# Ruth Bäumlner: „Shalom Sendling! Lustige Geschichten vom Tod und einer Münchner Familie“

Jüdische Max-und-Moritz-Episoden mit austro-bajuwarischem Witz (JR)

**Von Matti Goldschmidt**

Befindet sich, die in Berlin wohnhafte Autorin mit ihrem ersten, 2018 erschienen autobiographischen Buch altersmäßig bereits (Zitat) „auf der ganz falschen



Seite von 30 und mindestens sechs Kilo übergewichtig“, so wird in ihrem zweiten, nun ebenfalls im Wesentlichen autobiographischen Publikation ihre Kindheit erzählt. Berichtet wird nicht nur über einen bei der „Süddeutschen Zeitung“ beschäftigten Papa oder auch über eine auf andere Männer recht attraktive wirkende

jüdische Mami, sondern – so scheint es – über den gesamten im Wesentlichen oberbayerischen Familienzweig (verziert mit dem einen oder anderen Hinweis auf Verwandtschaft in Israel), in dem vor allem, das ist ja gerade das besonders „Pfundige“, das lokale Idiom gepflegt wird: „kruzifixnochamal“.

Dass das Leben unerbittlich schnell vergänglich sein kann, ist schon über den Buchtitel zu erahnen, auch wenn nicht alles lustig ist: Die Mami musste nämlich bereits 28-jährig sterben, während anderen wie der Tante Olly oder dem Onkel Wacki ein längeres Leben beschieden war. Wie in Bäumlner's ersten Buch geht es um Beziehungsgeschichten, seien sie fiktiv oder nicht, wenn hier auch um familiäre, wobei sie es als Kind sicher nicht allen leicht gemacht haben dürfte.

Zweifelsohne werden ihre Erinnerungen aus der entfernteren Vergangenheit amüsant-minutiös beschrieben, die eigentlich jeden Leser zum Schmunzeln bringen müssten. Denn manche ihrer „Abenteuer“ klingen eher nach Max-und-Moritz-Geschichten, als dass man sich die Autorin in jungen Jahren als „braves Kind“ vorstellen dürfte. Selbst fremden, gleichaltrigen Kindern wird vorgegaukelt, dass die Familie „in München“ (bzw. „z'Minga“) einen „Bauernhof mit vielen Tieren“ habe, sie besäße gar ein eigenes Pony und darüber hinaus einen Bernhardiner namens Sultan. Nur das Melken in der Früh sei zumindest „manchmal“ doch schwer...

Ob Bäumlner je den Toni Kellnberger

geheiratet hat, wie sie es sich als Achtjährige vornahm, haben wir allerdings bis zur letzten Seite nicht erfahren. Auch ihr erstes Buch gibt darüber keine Auskunft. Wahrscheinlich sind dessen damals blonde Haare längst ergraut und sein Schäferhund Blacky ist sicherlich nicht mehr am Leben.

Auch diesem Buch ist ein kleines Glossar angehängt, denn nicht jedem Leser außerhalb des austro-bajuwarischen Sprachraumes wären Bezeichnungen wie „Gschafflhuba“ oder „Zwiderwurzn“ geläufig. Dessen eingedenk

ist Bäumlner's zweite autobiographische Veröffentlichung vor allem für diejenigen als leichte Nachtkastlektüre empfehlenswert, die unter Umständen in Gedanken versunken darüber einschlafen wollen, dass sie vielleicht in ihrer Kindheit etwas an Aufregendem versäumt hatten.

Ruth Bäumlner  
 „Shalom Sendling! Lustige Geschichten vom Tod und einer Münchner Familie“  
 2022 (192 S., € 9,90)  
 ISBN 979-8-41024-442-8

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

## DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

# Mehr als nur eine Ausstellung: Mit historischen Fakten gegen Anti-Israel-Propaganda

JR-Autor Hein Tiede besuchte im April die Wanderausstellung „1948 – Wie der Staat Israel entstand“ in Nürnberg und musste schon auf dem vielleicht nicht zufällig schlecht ausgeschilderten Weg dorthin feststellen, dass Deutschland wohl noch immer Schwierigkeiten mit der Verarbeitung seiner Vergangenheit hat. Die Ausstellung selbst ist aber ein gelungener Gegenpol zur beispiellosen Propagandakampagne gegen Israel und widerlegt die arabischen Narrative wie „Flucht“ und „Boden“ mit historischen Fakten. (JR)

Von Hein Tiede

## Was wir wissen

Die Leser der Jüdischen Rundschau wissen natürlich, wie der Staat Israel entstand. Es gab die Abstimmung in der UNO-Vollversammlung 1947, die die Teilung des britischen Mandatsgebietes vorsah und Ben Gurion rief wenige Monate später am 14. Mai 1948 den Staat Israel aus. Dass Ben Gurion weder im November 47 noch im April 48 die Freude seiner Landsleute uneingeschränkt teilen konnte, lag daran, dass er wusste, dass es Krieg geben würde.

Schon nach der mit Zweidrittel der Mitglieder der UN-Vollversammlung angenommenen Resolution, steigerten sich die Anschläge und Terrorangriffe auf jüdische Siedler im ganzen Mandatsgebiet. Nach der Staatsgründung erklärten fünf arabische Staaten Israel den Krieg.

Ägypten, Irak, Transjordanien, Libanon und Syrien stellten eine unbezwingbare Übermacht dar. „Aber wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“, sagte Ben Gurion einst.

Die Ausstellung „Wie der Staat Israel entstand“ vermittelt aber noch viel vertiefendere Eindrücke.

## Wie ich auf die Ausstellung aufmerksam wurde

Der Kurator der Ausstellung, Leo Sucharewicz, machte mich auf die Ausstellung aufmerksam. Ihn lernte ich durch seine Tochter Melody Sucharewicz kennen. Sie führte durch das Programm mehrerer Israel-Kongresse in Deutschland und stellte den Kontakt zwischen ihrem Vater und mir her. Er empfahl mir die Ausstellung, die vom 27. April bis 27. Mai 22 in Nürnberg stattfand. Es ist nicht wichtig, dass ich sie sonst nicht wahrgenommen hätte, sondern wichtig ist, dass zu viele Menschen an dieser hervorragend gemachten und informativen Ausstellung vorbeigehen.

Defensive Werbung für Israel oder Feigheit?

Woran liegt das? Ein Plakatständer, der auf die Ausstellung aufmerksam machen sollte, stand vor dem falschen Gebäude.

Hier befindet sich die Dauerausstellung über die Nürnberger Prozesse. Die Tafeln zur Entstehung Israels jedoch waren im Hauptjustizgebäude. Dort gab es keinen Info-Ständer vor dem Eingangsportale oder auf der Fürther Straße, an der es liegt. Auf die Ausstellung im zweiten Stock konnte man allenfalls zufällig stoßen. Die beiden Plakate an den Säulen waren so geklebt, dass man sie nur beim Hinuntergehen sehen konnte. So mutig ist man in Deutschland, wenn es darum geht, positive und faktische Informationen über Israel zu vermitteln!

Spürhunde haben Stunden vor der Eröffnung am 26. April die Räumlichkeiten im Justizgebäude nach Sprengstoff abgesucht. Die SZ berichtete, dass



Auf 32 Tafeln gibt es einen Überblick von der Frühzeit vor 10.000 Jahren bis zur Bedrohung Israels heute.

auch Ministerpräsident Söder anwesend war. Justizminister Georg Eisen-

„Jeder, der sich mit dem Staat Israel beschäftigt hat, kann sich freuen, wie

„Antisemitismus kann man besiegen, wenn wir begreifen, dass wir nolens volens in einem Informationskrieg sind. Und darin müssen wir performen. Koordiniert, qualifiziert, couragiert und mit genügend Ressourcen ausgestattet.“

reich (CSU) hielt eine Ansprache und führte aus, dass die Ausstellung eine von vielen Maßnahmen sei, um Antisemitismus zu bekämpfen. Jeder dürfe die Politik der israelischen Regierung kritisieren, „aber niemand darf den Staat Israel dämonisieren oder ihm das Existenzrecht absprechen“, betonte Eisenreich.

Wie oft haben wir schon diese Selbstverständlichkeiten gehört, und wie hohl klingen diese Wiederholungen! Warum sagt Herr Eisenreich nicht:

Menschen, die uns kulturell und religiös so nahestehen, einen so wunderbaren Staat hervorgebracht haben. Israel ist ein vorbildlicher Staat, der umgeben von meist unfriedlichen Nachbarn ist und leider auch Staatsangehörige hat, die Israel beseitigen möchten. Das Judentum hat sich hier sein Zuhause wiedergegeben. Es hat humane Werte in das Denken der Menschheit gebracht, vor Tausenden von Jahren das Menschenopfer abgeschafft, die Nächstenliebe als anzustreben defi-

niert. Der Staat Israel beschenkt die Welt mit technischem Fortschritt, der nicht mehr wegzudenken ist.“ Das wäre eine Ansage, die vielen Israelfreunden gefallen würde.

Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrates der Juden, wird auf der Webseite der Ausstellung zitiert: „Sogenannte ‚Israelkritik‘ dient vermehrt auch in Deutschland dazu, Judenhass freien Lauf zu lassen.“ Mit dieser Aussage hat sich der bayerische Justizminister wohl nicht auseinandergesetzt.

Leider wird immer wieder mit negativen Assoziationen geframt. Sie bestimmen das Meinungsbild in Deutschland. Ein Beispiel erlebte ich im Gespräch mit einer RichterIn, die sich die Ausstellung ebenfalls anschaut. Gerne würde sie Israel besuchen, sie habe aber Angst vor den Anschlägen dort. Ich widersprach: So schlimm und verbrecherisch diese Anschläge auch seien, sie sollten nicht vor einem Israelbesuch abhalten. Ich fühle mich dort stets sicher, sagte ich ihr.

## Die Ausstellung

Die Ausstellung sah ich mir zweimal hintereinander an. Zuerst las ich alles, was auf den 32 Tafeln dokumentiert war. Eine Fülle von Informationen, die umso besser gespeichert werden können, je mehr man ohnehin schon weiß. Ein zweites Mal hörte ich mir auf einem Audiobegleiter, den man per QR-Code auf seinem Smartphone aufrufen kann, Kommentare von jeweils einer halben Minute pro Tafel an.

Während dieser zwei Stunden haben sich vielleicht vier Menschen einige Tafeln angesehen.

Die Tafeln behandeln folgende Themen: Jüdische Reiche und ihre Zerstörungen in der Antike, zweitausend schwere Jahre in der Diaspora, jüdische Beiträge zur Entwicklung Deutschlands, jüdischer Patriotismus in Deutschland, Theodor Herzls Kampf für eine Neugründung Israels, der konkrete Zionismus im Heiligen Land, Gründung von Tel Aviv und Siedlungsbau in unwirtlicher Natur, Zusammensetzung der Bevölkerung in Judäa und Samaria, Juden und Araber – anfänglich ein gutes Zusammenleben, der Erste Weltkrieg kommt nach Palästina, die Rolle Jordaniens, die unaufrichtige Politik Großbritanniens, Hitler und der Mufti von Jerusalem, jüdische Untergrundorganisationen, Haganah und Irgun, Aufbau der Verteidigungstreitkräfte, UNO-Teilungsplan, Ausrufung des Staates und Krieg gegen Israel, Überlebenswille gegen Übermacht, arabische und jüdische Flüchtlinge, die Rolle der UNRWA, Aufnahme von Juden aus aller Welt, der arabische Widerstand, Flugzeugentführungen und Attentate, der 6-Tage-Krieg, arabisch-muslimische Desinformation.

Besonders beeindruckt hat mich die Tafel über Großbritanniens unaufrichtige Politik. Die Briten versprochen den Arabern einen eigenen Staat, aber auch den Juden (Balfour Deklaration)



– je nachdem, wie man es brauchte. Im zweiten Weltkrieg war man sich der Unterstützung der Juden wegen der Verfolgungen in Deutschland und in Deutschland besetzten Gebieten ohnehin sicher, musste ihnen daher nichts mehr versprechen, konnte sie ungeschützt gegenüber ihren arabischen Feinden lassen, ließ die jordanische Armee von britischen Offizieren leiten. Bis 1956 war ein hoher Anteil der Offiziere Briten.

Weitere Informationen zur Dokumentation sind auch im Netz zu finden. „Ausstellung 1948 - Wie der Staat Israel entstand“ im Web (1948-web.de)“

**Fragen an den Kurator der Ausstellung Leo Sucharewicz**  
**Jüdische Rundschau: Lieber Leo, kannst Du Dich bitte den Lesern der Jüdischen Rundschau kurz vorstellen?**

Leo Sucharewicz: Ich bin Kommunikationspsychologe mit Schwerpunkt Politische Psychologie, verheiratet, zwei wundervolle Töchter, vier wundervolle Enkel und kämpfe seit meiner Schulzeit gegen Antisemitismus und antiisraelische Propaganda.

**Jüdische Rundschau: Wie bist Du zum Projekt „Demokratie und Information“ gekommen? Welche Rolle hast Du dort?**

Leo Sucharewicz: Vor fünf Jahren habe ich den DEIN e.V. mit anderen gegründet, um den Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus auf ein professionelles Level zu heben. Unsere Kernkompetenz liegt im Public Opinion Building. Ich bin Vorstand.

**Jüdische Rundschau: Was verbindet Dich mit Israel?**

Leo Sucharewicz: Nichts weniger als der Kern meiner Identität und die feste Überzeugung, dass Israel unterstützt werden muss.

**Jüdische Rundschau: Welche Gefahren drohen Israel von Seiten der Bundesrepublik, westlicher Staaten und der UNO**

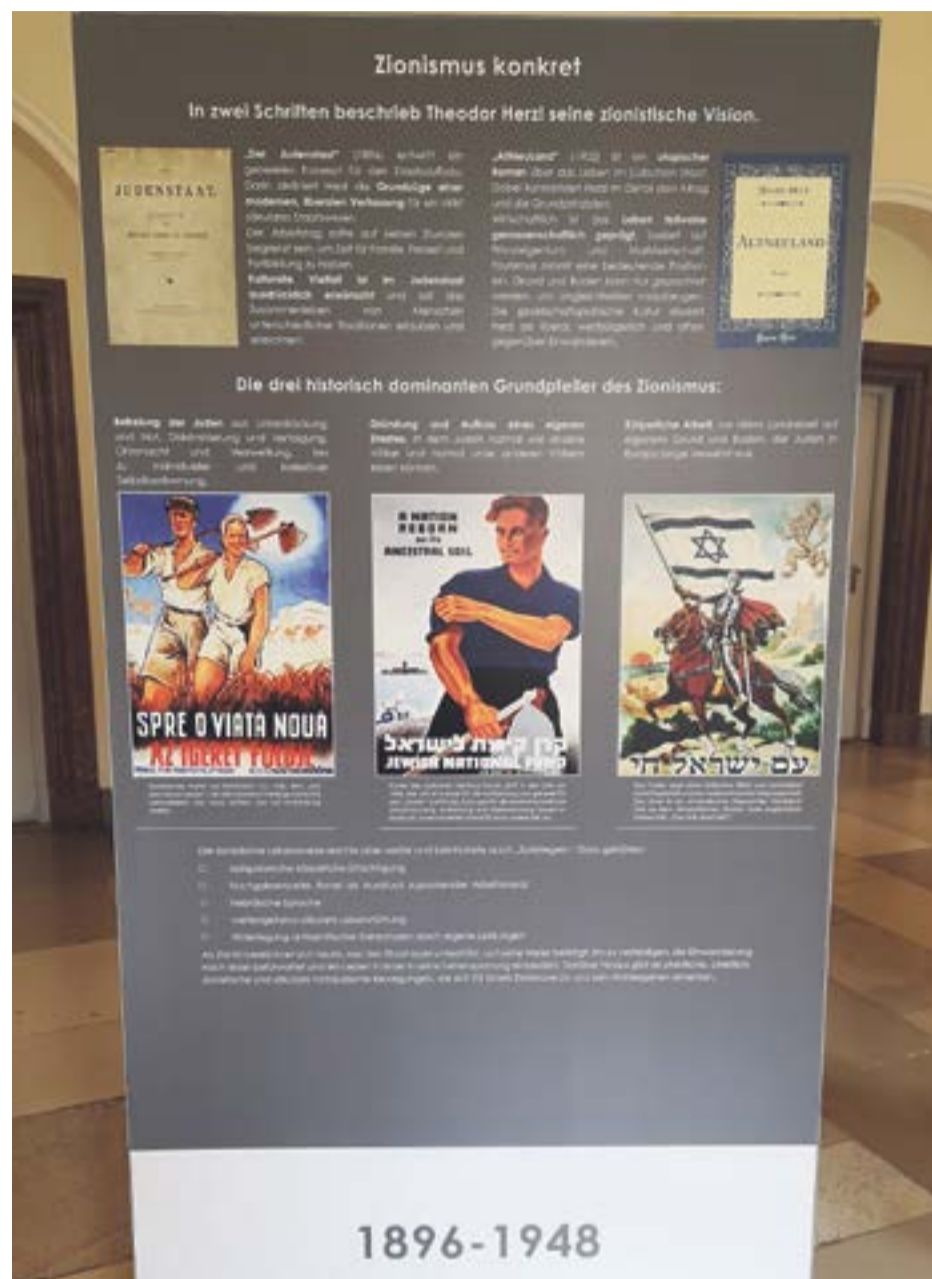
Leo Sucharewicz: „Gefahren“ im Wortsinn von Seiten der Bundesrepublik und westlicher Staaten sehe ich nicht. Allerdings ist das Abstimmungsverhalten Deutschlands in der UNO skandalös. Die obsessiven und inflationären Verurteilungen Israels durch die UNO haben dazu geführt, dass diese Institution und ihre Gremien immer weniger ernst genommen werden. Dass Iran, Pakistan, Saudi-Arabien und andere in Gremien für Frauenrechte und Menschenrechte sitzen, beschleunigt die Selbstdesavouierung. Insofern sehe ich von Seiten der UNO fortlaufende Probleme, aber keine Gefahren. Israel entwickelt sich mit atemberaubendem Tempo schlicht davon.

**Jüdische Rundschau: Wie kam es zum Projekt „1948 – Wie der Staat Israel entstand“?**

Leo Sucharewicz: Palästinensische Organisationen haben in den vergangenen Jahrzehnten in einer historisch beispiellosen Propagandakampagne die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Das betrifft die wichtigsten Narrative wie „Flucht“, „Boden“ und Völkerrecht. Es war an der Zeit, ein Korrektiv zu entwickeln. Die Ausstellung 1948 zerlegt mit historischen Dokumenten und Fakten die palästinensische Propaganda.

**Jüdische Rundschau: Auf 32 Tafeln werden viele Themen angesprochen: das historische Israel und Judäa, das osmanische Reich, die britische Mandatszeit, die Gründung und Gefährdung des Staates Israel. Welche dieser Informationen sind Dir besonders wichtig?**

Leo Sucharewicz: Als im 19. Jahrhun-



Die drei historisch dominanten Grundpfeiler des Zionismus

dert jüdische Pioniere vom Sultan Land kauften, war das spätere Mandatsgebiet Palästina fast menschenleer. Der Aufbau jüdischer Orte und später die britische Mandatsverwaltung zog hunderttausende Araber aus Syrien und Ägypten an. Viele davon flüchteten, als 1947 die Milizen des Amin el Hussein die Land mit Terror überzogen, dem auch viele Araber zum Opfer fielen, und sich die Invasion arabischer Staaten abzeichnete. Aus diesen zugezogenen und wieder abgewanderten „Flüchtlingen“ konstruierten die Palästinenser ihren „Vertreibungsmythos“, der seit 70 Jahren eine ununterbrochene Einnahmequelle sprudeln lässt. Diesen Mythos zu entlarven ist mir persönlich wichtig.

**Jüdische Rundschau: Die Ausstellung war schon seit September 2018 an vielen Orten. Wie war die Resonanz? Hättest Du Dir mehr Publizität, prominentere Räume gewünscht?**

Leo Sucharewicz: Die Resonanz war und ist fabelhaft. Wir haben 95% positives Feedback. 1948 wurde bundesweit in Universitäten, Gymnasien, Parlamenten und an vielen prominenten Orten ausgestellt. Leider reagieren die meisten jüdischen Gemeinden überhaupt nicht. Dafür reagieren die Besucher. Unser Direktor, Dr. Oren Osterer, leitet das Projekt und ist bei vielen Ausstellungen vor Ort. Er berichtet von überwältigender Zustimmung.

**Jüdische Rundschau: Wie kann man den grassierenden, immer wieder neu entfachten Antisemitismus am besten begegnen? Durch Wissen und Empathie?**

Leo Sucharewicz: Antisemitismus ist Information. Toxische, gehässige, propagandistische und verlogene Information. Sie beeinflusst Gesellschaften, vor allem, wenn es kein informatives Korrektiv gibt und wenn die Informationsproduzenten nicht bekämpft und zum Schweigen gebracht werden. Mit Larmoyanz erreicht man nichts. Mit Verharren in einer Opferrolle auch nichts. Mit anderen Worten. Antisemitismus kann man besiegen, wenn wir



Screenshot www\_wir-Juden.com

begreifen, dass wir nolens volens in einem Informationskrieg sind. Und darin müssen wir performen. Koordiniert, qualifiziert, couragiert und mit genügend Ressourcen ausgestattet.

**Jüdische Rundschau: Das Projekt „Wir Juden“ wird ebenfalls von „Demokratie und Information“ unterstützt. Kannst Du den Lesern der „Jüdischen Rundschau“ dazu etwas sagen?**

Leo Sucharewicz: „www.wir-Juden.com“ ist eine Online-Ausstellung, die

immer weiterwächst. Wir haben tausende von zum Teil rührenden Zuschriften. Wer die Website besucht, ist für jeglichen Antisemitismus immun. Leider reagieren auch hier die meisten Gemeinden überhaupt nicht auf das Angebot, geführte Online-Ausstellungen durchzuführen.

**Jüdische Rundschau: Was wünschst Du Dir als Beitrag der Deutschen für die Zukunft Israels?**

Leo Sucharewicz: Konsequente Bestrafung von Antisemiten aller Couleur, Schluss mit den schändlichen Abstimmungen in der UNO und weiteren Ausbau der sehr guten wissenschaftlichen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit Israel. Von den jüdischen Gemeinden wünsche ich mehr Courage und Beitrag im Kampf gegen antiisraelische und antisemitische Tendenzen. Wenn eine Gemeinde wie in Mainz sich weigert, für Israel einzustehen, macht das sprachlos ob der Feigheit und Kurzsichtigkeit. Unsere Feinde machen keinen Unterschied zwischen Juden in Israel oder in Europa. Mit der Mainzer Haltung wird das Judentum in Deutschland in zwei Generationen zur politisch marginalisierte und gesellschaftlich bedeutungslosen Minorität wie im Iran. Der Antisemitismus wird nicht verschwinden. Staatliche Rahmenbedingungen reichen nicht aus. Institutionelle Professionalität fehlt. Deshalb wünsche ich mir von den jüdischen Gemeinden neue Prioritäten, neue Professionalität. Wir müssen zweitens kämpfen und erstens selber kämpfen. Das Know-how ist vorhanden.

**Meine Gedanken zu den Antworten von Leo Sucharewicz und zur Ausstellung**

Gefühl schlägt Wissen! Die „Funzel der Vernunft“ leuchtet leider weniger hell als das „Feuer der Emotionen“. Daher hat mich besonders ein Plakat angesprochen: „Die drei historisch dominanten Grundpfeiler des Zionismus“. Säkulare Lebensweise, körperliche Arbeit, gleichberechtigtes Zusammenwirken von Mann und Frau. Hier werden Gefühle angesprochen, die möglicherweise den Wunsch nach Kennenlernen weiterer Fakten hervorrufen könnten. Starke positive Gefühle sind eine Medizin gegen den Entlastungsantisemitismus deutscher Menschen. Leider sind zu starke negative Gefühle auf arabisch-muslimischer Seite ein nahezu unüberwindbares Hindernis gegen den Wunsch, sich scheuklappenfrei mit Israel auseinanderzusetzen. Trumps erfolgreiche Politik, die die Anerkennung Israels durch einige arabische Staaten zu Folge hatte, sollte auch die Einstellung arabischer Menschen zu Israel langfristig verbessern.

Möge es der Ausstellung gelingen, die Gefühlswelt vieler indifferent-zu Israel-Stehender zu positivem Engagement zu verändern.

**Die nächsten Termine:**  
 1. - 30. Juni Universität Trier,  
 30. Mai - 15. Juli, Altenburg, Christliches Spalatin-Gymnasium,  
 Weitere Termine werden auf der Homepage der Ausstellung veröffentlicht.

Hein Tiede, Jahrgang 1949, geboren in Hamburg, aufgewachsen in der Straße Barmbecks, in der Ralph Giodanos „Die Bertinis“ spielen, Lehrer bis zur Pensionierung, zwischen 2014 und 2019 hat er sechsmal Israel besucht und dort wunderbare Menschen getroffen.

# Geschichtsklitterung pur: Als die Araber „Palästinenser“ wurden

*Angesichts des jüngsten Ausbruchs arabischer Gewalt auf dem Tempelberg und der anschließenden Ermordung von drei Israelis in der Stadt Elad lohnt es sich, über die Geschichte eines vermeintlichen Volkes nachzudenken, das bis vor kurzem noch nicht existierte und das offenbar entschlossen ist, sich durch die Ermordung von Juden zu definieren. (JR)*

Von Jerold S. Auerbach/  
Redaktion Audiatur

Die modernen Vorstellungen von Palästina gehen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als der britische Künstler David Roberts den Spuren der alten Israeliten von Ägypten in ihr „Heiliges Land“ folgte. Seine Lithografien zeigten atemberaubende Ansichten von Hebron, Jerusalem, Jericho, Nablus und anderen alten jüdischen Stätten. „Palästinensische“ Stätten gab es damals noch nicht zu sehen.

Wenig später bezeichnete der schottische Schriftsteller Alexander Keith, der das Land Israel als das „Heilige Land“ bezeichnete, die Juden als „ein Volk ohne Land, so wie ihr eigenes Land ... ein Land ohne Volk ist“. Der britische Lord Shaftesbury zitierte „die alten und rechtmäßigen Eigentümer des Bodens, die Juden!“ Die „Palästinenser“ wurden nicht erwähnt.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs sagte Chaim Weizmann, der Jahrzehnte später der erste Präsident Israels werden sollte, Folgendes: „Es gibt ein Land, das Palästina genannt wird, ein Land ohne Volk, und auf der anderen Seite gibt es das jüdische Volk, und es hat kein Land.“ Er fragte sich, was sonst nötig sei, „als den Edelstein in den Ring zu stecken, um dieses Volk mit diesem Land zu vereinen.“

Obwohl Araber in geringer Zahl seit Jahrhunderten in Palästina lebten und sich die wohlhabenden Elitefamilien auf Jerusalem konzentrierten, gab es keine Anzeichen für eine arabische nationale Identität vor dem Ersten Weltkrieg. Ironischerweise waren die aufkeimenden Anzeichen eines jüdischen Nationalismus, der als Zionismus bezeichnet wurde, dessen wichtigster Ansporn. Aber das brauchte Zeit. Kurz vor der Gründung des Staates Israel erklärte der arabische Historiker Philip Hitti: „So etwas wie Palästina gibt es in der Geschichte nicht, absolut nicht.“ Ohne Palästina konnte es keine Palästinenser geben.

Erst als Israel die arabischen Länder im Sechs-Tage-Krieg (1967) besiegte und demütigte und damit die jordanische Kontrolle über die Araber im Westjordanland beendete, begann sich eine ausgeprägte „palästinensische“ Identität herauszubilden. Wie kommt es, fragte sich Walid Shoebat aus Bethlehem, „dass ich am 4. Juni 1967 Jordanier war und über Nacht zum Palästinenser wurde“. Selbst der militärische Befehlshaber der PLO, Zuhair Mushin, räumte ein: „Es gibt keine Unterschiede zwischen Jordaniern, Palästinensern, Syrern und Libanesen. Wir sind alle Teil eines Volkes.“ Die Vision eines „palästinensischen“ Staates, so erkannte er, sei lediglich „ein neues

Werkzeug im andauernden Kampf gegen Israel.“

Ohne eine eigene Geschichte plünderten die „Palästinenser“ die jüdische Geschichte, um sich selbst zu definieren. Die alten Kanaaniter wurden als die ursprünglichen „Palästinenser“ bezeichnet. Das Gleiche gilt für die Jebusiter, die biblischen Bewohner Jerusalems. Auf der Grundlage dieser fantasievollen Behauptungen wurde dem Land Israel eine imaginäre „palästinensische“ Geschichte von 5.000 Jahren eingepflanzt.

Der Identitätsdiebstahl der „Palästinenser“ hat seltsame Züge angenommen. Sie haben die Nakba (Katastrophe) von 1948, als die Araber einen Vernichtungskrieg gegen die Juden begannen – und verloren –, absurderweise mit dem Holocaust gleichgesetzt. In der Tat war die Leugnung des Holocaust das Kernstück der Doktorarbeit des Präsidenten der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas. Er behauptete in grotesker Weise, die zionistischen Führer seien „wesentliche Partner“ der Nazis und mitverantwortlich für die Ermordung von sechs Millionen Juden.

Die „Palästinenser“ haben sich auf das Modell des israelischen Rückkehrgesetzes gestützt, um zu fordern, dass Millionen von „Flüchtlingen“ – weniger als dreißig-

tausend sind heute noch am Leben – die Erlaubnis erhalten sollten, in das Land zurückzukehren, das sie 1947-48 während des arabischen Krieges zur Vernichtung der Juden verlassen haben. Arabischen Mädchen im Teenageralter wurde beigebracht, ihre Notlage mit der des Holocaust-Opfers Anne Frank gleichzusetzen.

So kommt es, dass ein Volk, das bis weit ins 20. Jahrhundert hinein keine nationale Geschichte hatte, versucht, ein leichtgläubiges Weltpublikum davon zu überzeugen, dass die „Palästinenser“ die rechtmäßigen Erben der jüdischen Geschichte – und des Landes – sind. Ironischerweise wurde sogar der Koran (in dem die Juden häufig erwähnt werden, nicht aber die „Palästinenser“) von den Muslimen vor mehr als einem Jahrtausend so interpretiert, dass er bekräftigt, dass das Land Israel von Gott „den Kindern Israels“ als ewiger Bund gegeben wurde. Die Ermordung von Juden wurde nicht erwähnt. Aber wie die Wissenschaftlerin und Romanautorin Dara Horn ihr neues Buch treffend betitelt: Das Volk liebt tote Juden.

Jerold S. Auerbach ist Autor von zwölf Büchern, darunter „Print to Fit: The New York Times, Zionism and Israel 1896-2016“. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Algemeiner. Übersetzung Audiatur-Online.

## Die Leugnung der jüdischen Geschichte ist rassistisch motivierter Hass

*Wer Israels Wiedergeburt hasst, hasst das jüdische Volk, egal wie sehr man es unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit unserer Zeit verbirgt. Israel ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der jüdischen Identität. Diese Geschichte und diese Verbindung anzugreifen, zu delegitimieren oder zu leugnen, ist ein Akt unverhohlenen Rassenhasses. (JR)*

Von Ryan Jones/Israel Heute

Ein jüdischer Journalist, dem ich gerne folge, hat letzte Woche einen einfachen, auf den Punkt gebrachten Tweet gepostet, der mich zum Nachdenken brachte.

Die jüngeren Generationen, die heute in den Bewegungen für „soziale Gerechtigkeit“ so aktiv sind, sind gleichzeitig so unaufmerksam, dass ihnen ausführliche Argumente nichts nützen. Sie bilden sich ihre Meinung fast ausschließlich auf der Grundlage von Schlagwörtern und Klickköder-Schlagzeilen.

Lassen Sie uns also Worte verwenden, die sie vielleicht verstehen.

Rassenhass ist schlecht. Die Juden sind eine Rasse (und auch eine Religion – diese Kombination war in der Antike nicht unüblich). Und die Leugnung der jüdischen Geschichte ist ein Akt des Rassenhasses.

Ein großes Lob an Hen Mazzig, der genau das gesagt hat, was gesagt werden musste:

„Jews are indigenous to modern day Israel.“

Jews were violently expelled by those who hate us, but many of us never left.

So much of Jewish culture is based around our desire to return home.

Denying our history is an act of hate.“

Dass die Juden im Heiligen Land beheimatet sind, ist inzwischen so gut dokumentiert, dass nur Lügner oder absichtlich Unwissende noch immer etwas anderes be-

haupten würden. Leider haben wir nicht wenige von ihnen in unserer Mitte.

Wir wollen hier keine umfassende Betrachtung dieses Themas anstellen (für den objektiven Betrachter gibt es reichlich Quellen dafür), aber für den säkularen Beobachter genügt es, einen Blick auf den großen Bogen im Zentrum Roms zu werfen. Die Römer errichteten ihn, nachdem sie einen jüdischen Aufstand in Jerusalem niedergeschlagen hatten, und er zeigt, wie ihre Soldaten jüdische Schätze wie eine riesige Menora wegtragen. Dies ist der dokumentierte Beweis dafür, dass Juden schon vor 2.000 Jahren in Jerusalem und im Heiligen Land waren.

Für diejenigen, die den Wahrheitsgehalt der Bibel anerkennen, geht es in der gesamten Bibel um die Juden (früher als „Israeliten“ bezeichnet) und ihre Geschichte in diesem Land. Die Bibel ist nicht nur das heilige Buch für Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt, sondern auch ein umfangreiches historisches Dokument, das Tausende von Jahren jüdischer Kultur und jüdischen Glaubens genau hier im Nahen Osten beschreibt.

Selbst für Christen muss dies offensichtlich sein. Das Neue Testament bezeichnet diese Region ausdrücklich als Judäa und



Das Anzünden der israelischen Flagge ist ein Symbol für den Hass gegen den jüdischen Staat

ihre Bewohner als Juden und hebt wiederholt den eigenen jüdischen Hintergrund Jesu hervor.

Dass die Juden gewaltsam aus dem Heiligen Land vertrieben wurden, ist ebenfalls durch viele Quellen belegt, aber wir brauchen nicht weiter zu schauen als bis zu dem oben erwähnten Titusbogen. Die Juden, die darauf abgebildet sind, werden in die Sklaverei verschleppt oder auf andere Weise über das ganze Reich verstreut.

Und von diesem Moment an bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ist es unbestreitbar, dass ein Großteil der jüdischen Kultur auf dem unstillbaren Wunsch nach Rück-

kehr beruhte. Jüdische Literatur, Musik und Gebete, die sich über die Jahrhunderte erstrecken, zeugen davon. Am bekanntesten für Nichtjuden ist vielleicht das Gebet, das jedes Pessachmahl mit „Nächstes Jahr in Jerusalem“ abschließt.

Juden sagen das schon seit 2.000 Jahren. Es wurde nicht erst mit dem Ausbruch des modernen israelisch-arabischen Konflikts erfunden. Warum sollten sie das schon so lange sagen, wenn sie nicht zu diesem Land gehörten und dieses Land zu ihnen?

Die jüdische Geschichte in und die Verbindung zu diesem Land ist ein wesentlicher Bestandteil der jüdischen Identität. Und diese Geschichte und diese Verbindung anzugreifen, zu delegitimieren oder zu leugnen, ist ein Akt des Rassenhasses.

Das ist auch der Grund, warum Antizionismus von einer wachsenden Zahl von Regierungen mit Antisemitismus gleichgesetzt werden sollte und wird. Der Zionismus ist die moderne Umsetzung der tiefsten Hoffnungen und Träume des jüdischen Volkes, die sich aus seiner alten Geschichte und seinem Glauben speisen.

Die Wiedergeburt Israels zu hassen bedeutet, das jüdische Volk zu hassen, egal wie sehr man es unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit unserer Zeit verbirgt.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

**Allgemeine  
Jüdische Zeitung**

Redaktion:  
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.  
Telephon: II, 3387.

Expedition und  
Adresse für Geldsendungen  
und Bestellungen:  
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.,  
Berlin N. 54, Poggenstrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition  
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) von  
mittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

**Abonnementspreis**  
einschliesslich LITERATURBLATT  
vierteljährlich:  
1. durch die Expedition:  
a) in Berlin — 90 Mark, b) nach aus-  
wärts 1,— Mark, c) für das Ausland  
1,50 Mark.  
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

**Insertionspreis**  
die viergespaltene Petit-Zelle oder  
deren Raum 25 Pfennig.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

---

Nummer 25
Berlin, 29. Siwan 5666 — 22. Juni 1906
XI. Jahrgang

---

Inhalt

Der Zionismus erstrebt  
für das jüdische Volk die  
Schaffung einer öffentlich-  
rechtlich gesicherten Heim-  
stätte in Palästina.  
(Basler Programm.)

Judenhetzen in Bialystock

**Zur Beachtung**

Gründonnerstag in Bialystock  
Bialystock

**Das Judenmorden in Bialystock**  
Amtlich approbierte Nachrichten  
Man wusste was kommen wird  
Fortsetzung der Metzerei  
Amtliche Lügen  
Balten und Russen  
Dr. Paul Nathan über die Morde  
Weitere Nachrichten  
Briefe aus Bialystock  
Wie man es vorbereitet hat  
Die Duma und das Judenschlachten  
Gouverneur und Minister  
Der Pogrom und die Behörden  
Bialystock und das Ausland  
Einzelheiten  
Weitere Judenhetzen  
Ein Wort an die Judenmission

**Rundschau**  
Judenlos  
Wie die Alten sangen  
Reichstagsersatzwahl  
„Gutgläubig“ — „nur für Kenner“  
Rumänien  
Waisenkinder

**Lustige Ecke**  
HAMBURGER ISRAELITISCHES  
FAMILIENBLATT

Aus Gemeinden und Vereinen  
Kleine Mitteilungen

**Beilage:** Aus d. zion. Bewegung  
Schekelgelder und Landesbeträge

Mitteilungen des Zentralbureaus der  
zionist. Vereinigung f. Deutschland

**Palästinafragen**  
Referat des Mitgliedes des Engeren  
Aktionskommittees Prof. O. Warburg  
auf dem Delegiertentag in Hannover.  
Fortsetzung

**Verbandstag des Gruppenverbandes  
Brandenburg und Pommern**

Aus den Ortsgruppen  
Lübeck — Nürnberg — Obersitzko —  
Herzidenkmal — Schweizer Dele-  
giertentag — Petersburg — Texas

**Sprechsaal**  
Nationalfond

**Literaturblatt No. 13**

Vorgeschichtliches vom Zionismus  
Von Heinrich Loewe  
II. Teil

Literaturbericht  
Notizen

# Sechstagekrieg 1967: Wie Israel den gegen die Juden geplanten arabischen Vernichtungskrieg gewann

Der Sechstagekrieg von 1967 jährt sich in diesem Juni zum 55. Mal. Im Mai 1967 drohte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser öffentlich und vor aller Welt, „alle Juden ins Meer zu treiben“. Darauf reagierte Israel mit einem militärischen Präventivschlag und fügte nach nur sechs Tagen den arabischen Streitkräften von Ägypten, Jordanien und Syrien eine vernichtende Niederlage zu. (JR)

Von Jérôme Lombard/  
Redaktion Audiatur

Bis heute hält nicht nur die Diskussion über die politischen Auswirkungen des Sechstagekriegs an. Es wird auch heftig über den Charakter des Kriegs gestritten. Für einige Historiker bedeutet der Krieg von 1967 ein Wendepunkt in der israelischen Militärgeschichte. Dieser kürzeste aller Kriege im Nahen Osten hat die regionalen Machtverhältnisse wie kein zweiter geprägt. Alle nachfolgenden militärischen Auseinandersetzungen und Krisen, vom Yom-Kippur-Krieg 1973 bis zur Intifada, sind eine unmittelbare Folge dieser sechs intensiven Kriegstage.

„Ha-Hamtana“ – „Das Warten“, so nennt die israelische Geschichtswissenschaft die kritischen Wochen von Mitte Mai bis zum Ausbruch des Kriegs am 5. Juni 1967. Am 17. Mai erreichten den israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol die ersten Geheimdienstberichte über ägyptische Militärbewegungen auf der Sinai-Halbinsel. „Es ist noch völlig unklar, welche diplomatischen Überlegungen oder charakterlichen Schwächen ihn zu dieser verheerenden Entscheidung veranlasst haben“, heißt es in einem Schreiben des israelischen Außenministeriums vom 17. Mai. Gemeint war damit nicht etwa der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser, der seinen Truppen an diesem Tag den Marschbefehl in Richtung Israels Südgrenze befahl. Das Schreiben und das darin bekundete Unverständnis bezogen sich auf den damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, den aus Birma stammenden U Thant. Der hatte am 16. Mai 1967 dem wiederholten Drängen der arabischen Seite nachgegeben und erklärt, die zur Sicherung des Friedens zwischen Israel und Ägypten auf der Sinai-Halbinsel stationierten internationalen Truppen der UNEF (United Nations Emergency Force) abziehen zu lassen. Eine verheerende Entscheidung des Generalsekretärs: Israel verlor damit von dem einen auf den anderen Tag die wichtigste militärpolitische Errungenschaft seit 1956, waren doch die UNO-Truppen nach dem Suez-Krieg auf dem Sinai stationiert worden, um israelischen Schiffen die freie Passage durch die Meerenge von Tiran zu gewährleisten und die Südgrenze des jüdischen Staats dauerhaft zu sichern.

Mit dem Ende der UNEF-Mission ging der friedenssichernde Puffer, der Israel und der Region eine fast zehn Jahre anhaltende Phase relativen Friedens beschert hatte, verloren. Nasser hatte von nun an freie Hand. Und dass der ägyptische Präsident mit seinem zuvor bei den Vereinten Nationen in New York eingereichten Antrag, die Friedensmission der UNO auf seinem Staatsgebiet so schnell wie möglich zu beenden, die Vorbereitung einer militärischen Aggression gegen Israel verband, war für die Zeitgenossen offensichtlich. Der Ägypter hatte sich die Zerstörung des jüdischen Staats



General Narkis, Verteidigungsminister Moshe Dayan, Chef des Stabes Yitzhak Rabin in der Altstadt von Jerusalem am 07. Juni 1967.

seit seinem Machtantritt 1954 auf die Fahnen geschrieben. Seine Rhetorik gegenüber Israel war von Antizionismus und Feindseligkeiten geprägt. Auf dem Gipfel der Arabischen Liga im Januar 1964 in Kairo hatten die arabischen Staaten unter Führung Ägyptens Israel bereits unumwunden den Krieg erklärt. In der Abschlusserklärung wurde an alle arabischen Nationen appelliert, die notwendigen militärischen Vorbereitungen für eine „endgültige Zerstörung Israels zu treffen“. Das war keineswegs bloße Rhetorik: Spätestens

hatte Nasser in einer Rundfunkansprache bei Radio Kairo erklärt: „Unser grundlegendes Ziel ist die Vernichtung Israels. Das arabische Volk will kämpfen.“ In dieser Situation der omnipräsenten Vernichtungsdrohungen war mit dem Abzug der UNO-Truppen für Israel klar: Die arabische Seite bereitet einen Krieg vor, der als Vernichtungskrieg geführt werden soll. Daran wollten die arabischen Vertreter selber keinen Zweifel lassen. „Ich, als Militärmann, glaube, dass die Zeit gekommen ist, um in einen Vernichtungskampf

des UNO-Generalsekretärs deutlich geworden. Die Frage Mitte Mai 1967 war also nicht ob, sondern wann ein Angriff erfolgen würde. Konkret stellten sich die Israelis die Frage: Was würde Nasser als wortgewaltigster und dank der überaus guten Kontakte zur Sowjetunion militärisch stärkster arabischer Anführer als nächstes tun? Er blieb nicht lange eine Antwort schuldig. Noch am 17. Mai drangen zwei ägyptische MiG-17 Militärjets entgegen allen internationalen Rechts in den israelischen Luftraum ein. Ihr Ziel: Der Atomreaktor Dimona im Süden Israels. Der überraschende Überflug, der sehr wahrscheinlich „Aufklärungszwecken“ dienen sollte, dauerte nur wenige Sekunden. So schnell konnte die israelische Luftwaffe gar nicht reagieren. Sinn und Zweck der Aktion lagen für die israelischen Armeegeneräle auf der Hand: Nasser hatte immer wieder betont, dass die Möglichkeit einer israelischen Atombombe ein Grund für einen Angriff sein könnte. Wollte Nasser also jetzt zuschlagen, da er davon ausging, dass Dimona noch kein nuklearwaffenfähiges Material produzieren konnte?

Die berechnete, israelische Angst vor einem für den Süden des Landes verheerenden ägyptischen Angriff auf Dimona war ein entscheidender Katalysator für die Zuspitzung der Situation im Verlauf des Monats Mai 1967. Die Lage verschärfte sich endgültig mit der von Nasser angeordneten Sperrung der Meeresstraße von Tiran. Eilat, Israels einziger Hafen am Roten Meer mit vitaler Bedeutung für die israelische Wirtschaft, wurde von allen Seehandelsrouten abgeschnitten. Die Aktion stellte einen klaren Bruch internationalen Rechts dar, nachdem eine Seeblockade einen kriegerischen Akt darstellt. Die UNO hatte Israel 1956 die freie Passage der Meeresstraße versichert.

In Zürich gingen am 2. Juni rund 2'000 Menschen auf die Straße, um „für das Lebensrecht des Staats Israel“ zu demonstrieren“, wie es das Basler Volksblatt schrieb. Die am Ende der Demonstration gefasste Resolution verurteilte die gegen Israel gerichtete Kriegshetze und forderte die Vereinten Nationen auf, die 1956 übernommene Verpflichtung umzusetzen, die für Israel lebenswichtige freie Schifffahrt durch die Straße von Tiran zu garantieren. In einer Rede forderte der Rechtswissenschaftler Dr. Werner Kägi, dass der Drohung der totalen Vernichtung das Lebensrecht des Staats Israel entgegengestellt werden müsse, dies sei die Pflicht der ganzen Menschheit. Dem Staat Israel stehe wie jedem anderen Staat der Welt das Recht auf Selbstverteidigung zu.

Generalsekretär U Thant verurteilte Ägyptens Aggression, ebenso wie die Regierungsvertreter westlicher Staaten, unter ihnen US-Präsident Lyndon B Johnson. Praktische Unterstützung hatten diese Solidaritätserklärungen freilich nicht zur Folge. Die US-Armee war in Vietnam gebunden, Johnson

„ Die Frage mitte Mai 1967 war nicht ob, sondern wann ein Angriff erfolgen würde

seit 1965 verübten von Ägypten und Syrien unterstützte „palästinensische“ Guerillagruppierungen in regelmäßigen Abständen terroristische Anschläge auf Grenzsoldaten und militärische und zivile Einrichtungen in Grenznähe. Das syrische Militär nahm immer wieder landwirtschaftliche Siedlungen in Galiläa unter Artilleriebeschuss.

Das stets präsente diplomatische Säbelrasseln hatte mit Beginn des Jahres 1967 zugenommen. Anfang Mai 1967

einzutreten“, brachte es Hafez Al-Asad, der damalige Verteidigungsminister Syriens, im Mai 1967 auf den Punkt.

Umzingelt von Ägypten, Syrien und Jordanien, drei hochgerüsteten Feindstaaten in unmittelbarer Nachbarschaft, sah sich das kleine Israel im Mai einer wahrhaftig existenzbedrohenden Lage gegenüber. Auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft konnte die israelische Führung nicht hoffen. Das war mit der Entscheidung

wollte sich nicht in einen weiteren militärischen Konflikt hineinziehen lassen. Israel blieb von den wichtigen Öllieferungen aus dem Iran abgeschnitten. Anfang Juni standen circa 3'000 Panzer und 810 Kampfflugzeuge zum Angriff auf den jüdischen Staat an den Grenzen des Landes bereit. Die arabischen Nachbarn hatten Israel den Krieg erklärt. Israel musste handeln.

### Der Tag der Entscheidung

Es ist der frühe Morgen des 5. Juni 1967: Die Sonne ist schon aufgegangen, es ist fröhlich warm an diesem Junitag. Die Sicht ist exzellent, der Wind weht schwach. Perfekte Bedingungen also für die israelischen Streitkräfte, um zum Verteidigungsschlag auszuholen.

Um exakt 7.30 Uhr israelischer Zeit steigen 200 Kampffjets der israelischen Luftwaffe der Typen Mirage und Mystère aus französischer Produktion von den Luftwaffenstützpunkten in Hatzor, Ramat David und Haterim auf. Ihre Ziele liegen im Westen: Militärbasen der ägyptischen Armee. Die israelische Offensive, die den Sechstageskrieg einleiten sollte, hatte unter dem Codenamen „Moked“ (Fokus) mit einem aus der Luft ausgeführten Präventivschlag begonnen. Die zwei primären Ziele des Angriffs waren die Brechung der völkerrechtswidrigen ägyptischen Seeblockade der Straße von Tiran und die Zerstörung der ägyptischen Streitkräfte auf dem Sinai. Angriffe gegen jordanische und syrische Einheiten waren nicht geplant. Auf etwaige Attacken der beiden Staaten, mit denen Ägypten in Vorbereitung des Kriegs gegen Israel einen Beistandspakt abgeschlossen hatte, sollte lediglich reagiert werden. An der West- und Nordgrenze stationierten die Israelis daher nur gerade so viele Truppeneinheiten, wie zu Verteidigungszwecken benötigt wurden. Verteidigungsminister Moshe Dayan und der Chef des Stabes Jitzchak Rabin hatten ihren Generälen einen strikten Zeitplan für die Militäroperation vorgegeben. Der Angriff sollte präzise und schnell erfolgen. Die israelischen Militärs wussten: Die israelischen Streitkräfte sind den Armeen der arabischen Staaten numerisch weit unterlegen. Rund 250 000 israelische Soldaten, darunter drei Viertel mobilisierte Reservisten, standen einer halben Million arabischer Kämpfer gegenüber. Die israelische Strategie der Vorwärtsattacke war durchdacht und schon bald von Erfolg gekrönt. Für die Ägypter kam der Militärschlag überraschend.

Praktisch alle Kampffjets der ägyptischen Luftwaffe, sowjetische Modelle der Typen MiG, Ilyushin und Tupolew, waren zu dem Zeitpunkt des israelischen Luftangriffs am Boden. „Ein Kampffjet ist die tödlichste Waffe, die existiert – am Himmel. Am Boden hingegen, ist sie absolut schutzlos“, so die Worte des Chefs der israelischen Luftwaffe, General Mordechai Hod. Er sollte Recht behalten. Mit gezielten Luftschlägen auf Startbahnen und geparkte Kampffjets schaffte es die israelische Luftwaffe, innerhalb einer halben Stunde vier Flugplätze auf dem Sinai und zwei im ägyptischen Kernland zu zerstören. Um 8 Uhr hatte Ägypten 204 Flugzeuge und damit die Hälfte seiner Luftstreitkräfte verloren. Um 10.35 Uhr vermeldete General Hod an Rabin: „Die ägyptische Luftwaffe existiert nicht mehr.“ Luftangriffe waren von ägyptischer Seite von nun an nicht mehr zu befürchten. Entgegen israelischer Warnungen, nicht in den

Konflikt einzugreifen, intervenierten Jordanien und Syrien, unterstützt von irakischen Verbänden. Mit Artilleriegeschützen griffen jordanische und irakische Truppen Ziele im Westjordanland und in Tel Aviv an, syrische Einheiten feuerten von den Golan-Höhen auf Galiläa und das Hula-Tal, Kampffjets der drei Staaten zielten auf die israelischen Städte Netanya und Kfar Saba. Israel konnte seine Lufthoheit jedoch behaupten.

### Arabische „Fake News“ im Informationskrieg

Am Ende des ersten Kriegstags waren die Luftwaffen der beteiligten arabischen Staaten weitestgehend zerstört. Die israelischen Streitkräfte verlegten Kampfverbände in das Westjordanland und nach Jerusalem, um gegen den jordanischen Artilleriebeschuss vorzugehen, und das Nordkommando gegen Syrien wurde mit Einheiten verstärkt. Der erste Kriegstag war ein Desaster für die arabische Seite, die ihre drohende Niederlage mit einer westlichen Verschwörung zu erklären suchte. Am 6. Juni streuten Radio Kairo und der jordanische König Hussein I. die Falschmeldung, dass Israel mit amerikanischer und britischer Unterstützung kämpfe.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) bezeichnete die Anschuldigungen als „Arabische Dolchstoßlegende“. Die NZZ-Korrespondenten erklärten sich die ägyptischen und jordanischen Lügen damit, dass die Staatsführer von ihren Verlusten ablenken und die Sowjetunion auf arabischer Seite aktiv in den Konflikt mit einbeziehen wollten. Die Korrespondenten schrieben: „[Es] liegt die Vermutung nahe, dass es sich um einen Versuch handle, die Sowjetunion auf der Seite der Araber in den Kampf zu ziehen. Trotz den energischen englischen und amerikanischen Dementis geht in den arabischen Ländern die Legendenbildung weiter.“

US-Präsident Johnson bezeichnete diese Falschmeldung später als „Big Lie“. Am tatsächlichen Kriegsverlauf änderte die fälschliche Propaganda freilich nichts. Der Himmel war frei, das israelische Militär wandte sich dem Kampf am Boden zu. Fallschirmspringer und Panzereinheiten überquerten



Gamal Abdel Nasser

ser seinen Rücktritt. Er hatte seiner Bevölkerung einen vernichtenden Sieg über Israel und die Vertreibung der Juden aus dem Nahen Osten versprochen und war auf ganzer Linie gescheitert. Die Massen verziehen ihm jedoch die Niederlage. Zu tausenden gingen die Ägypter auf die Straße, um Nasser zum Weitermachen an der Staatsspitze aufzufordern. Bis zu seinem Tod im Jahr 1970 sollte Nasser ägyptischer Präsident bleiben.

### Historischer Moment an der Klagemauer

An der jordanischen Front stellten sich ebenfalls rasche Erfolge für Israel ein. Nach drei Tagen des Kampfs war das Westufer des Jordans unter israelischer Kontrolle. Bereits am 7. Juni hatten is-

den in der gesamten Welt mit, dass sie wieder in der Stadt Davids vor der Klagemauer des salomonischen Tempels beten können.“

An der Front im Norden gegen Syrien gestalteten sich die Kämpfe am schwierigsten. Dort gab es die heftigsten Auseinandersetzungen und die meisten Toten im Kampf Soldat gegen Soldat. Dies lag an dem schwierigen Terrain der Golan-Höhen, das den syrischen Truppen einen erheblichen Vorteil für ihre Angriffslinien bot. Strategisch umso entscheidender war der israelische Durchbruch und die Einnahme des Golan am 10. Juni, dem letzten Tag der Kampfhandlungen. Noch am selben Tag verkündete der UNO-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand, der von allen Kriegsparteien akzeptiert wurde. Der Krieg war vorbei.

Am Ende des Sechstageskriegs standen 679 Tote und 2563 Verletzte auf israelischer Seite. Die Araber verzeichneten insgesamt 21 000 Tote und 45 000 Verletzte. Unmittelbar nach der Verkündung des Waffenstillstands sagte Israels Premierminister Levi Eshkol in einem Interview mit der britischen Sunday Times: „Die Gefahr der Vernichtung, die Israel seit seiner Gründung bedrohte und die im Begriff war, umgesetzt zu werden, konnte beseitigt werden.“ Eshkol bringt die explosive Situation Anfang Juni 1967 auf den Punkt. Für Israel gab es zum Kampf keine Alternative. Es konnte nur heißen: Kämpfen und siegen, oder ausgelöscht werden. Welche gewichtigen Folgen die sechs intensiven Kriegstage für Israel und den Nahen Osten haben sollten, war kurz nach Ende des Kriegs noch nicht absehbar. Tatsache ist: Die Einnahme der Gebiete Gaza, Westbank und Golan war nicht von Israel geplant, sondern ergab sich spontan im Verteidigungskrieg gegen die zum Angriff rüstenden Feinde. Dies wurde in den vom israelischen Staatsarchiv veröffentlichten Protokollen des damaligen Sicherheitskabinetts abermals bestätigt.

„ Dem Staat Israel steht wie jedem anderen Staat der Welt das Recht auf Selbstverteidigung zu “

die israelisch-ägyptische Grenze noch am 5. Juni, um gegen Stellungen der ägyptischen Infanterie vorzugehen, die sich entlang des Grenzverlaufs auf dem Sinai und im Gaza-Streifen eingegraben hatte. Am 6. Juni überquerten sodann drei israelische Divisionen die Grenze in westlicher Richtung. Ihnen standen sieben Divisionen der ägyptischen Armee mit 900 Panzern gegenüber. Ein brillantes Manöver des israelischen Generalmajors Israel Tal brachte seine Panzerfahrer hinter die feindlichen Linien, von wo aus sie die ägyptischen Verbände ungeschützt angreifen konnten. Ein weiterer vernichtender Schlag gegen die Ägypter.

Am 7. Juni hatten die israelischen Truppen den gesamten Sinai erobert und standen in Sharm asch-Schaich im Süden und am Suez Kanal im Norden. Am 8. Juni war die Lage offensichtlich: Ägypten war besiegt, die Straße von Tiran war wieder frei. Tags darauf verkündete der ägyptische Präsident Nas-

raelische Fallschirmjäger nach kurzen, blutigen Straßenkämpfen die Altstadt von Jerusalem erobert. Dayan und Rabin besuchten noch am selben Tag den Tempelberg mit der für Juden heiligen Klagemauer. Ein historisches Ereignis sondergleichen: Erstmals nach der Eroberung der Altstadt Jerusalems durch Jordanien im Unabhängigkeitskrieg 1948 konnten Juden wieder an der Klagemauer beten. Die Schlacht um Jerusalem mag militärisch im Gesamtverlauf des Sechstageskriegs eher unbedeutend gewesen sein, emotional war sie dafür umso bedeutender für die Israelis. Die „NZZ“ beschrieb die Situation am Tempelberg nach der Einnahme durch die Israelis in einem Artikel vom 8. Juni 1967: „Der historische Augenblick wurde durch den obersten israelischen Militärgestlichen, den im Rang eines Fallschirmjäger-Generals stehenden Rabbiner Schlomo Goren, eingeleitet. Er ergriff das Schofar, das Widderhorn, und teilte damit allen Ju-

# Schawuot: Die Tradition der „Lernnacht“

Am jüdischen Wochenfest Schawuot wird die Übergabe der Tora durch G'tt an das jüdische Volk gefeiert. In der Schawuot-Lernnacht werden die Schriften bis zum Morgengrauen studiert. Dies verspricht einen besonderen Segen G'ttes. (JR)

Von Rabbiner Elischa Portnoy

## Im Lern-Paradies

Gefühlsmäßig haben wir erst vor Kurzem den Pessach gefeiert und schon steht das nächste große Fest vor der Tür – Schawuot (Wochenfest). Diesen Feiertag feiern wir diesen Juni zwei Tage nach dem Schabbat-Ausgang am 4. Juni bis zum Sternenaufgang am 6. Juni.

Auch wenn an diesen beiden Tagen ein solch großes Ereignis wie die Tora-Übergabe am Berg vor 3334 Jahren gefeiert wird, gibt es kaum Gebote, die wir an diesem Fest erfüllen müssen. Im Vergleich zu Pessach und Sukkot, mit ihren zahlreichen Geboten, ist Schawuot ein ziemlich ruhiges Fest. Es gibt ein einziges Gebot, das die Tora uns für diese Tage vorschreibt: fröhlich zu sein. Interessanterweise entstanden mit der Zeit (auch im Gegensatz zu anderen Jomim Tovim) sehr viele Bräuche, die heutzutage in vielen Gemeinden praktiziert werden.

Die zwei bekanntesten Bräuche am Schawuot sind zweifellos das milchige Essen und das Schmücken der Synagogen mit Grünzeug und Blumen. Beide Bräuche haben gute Gründe, doch werden sie unterschiedlich praktiziert. Manche Gemeinden schmücken ihre Synagogen mit Grünzeug nicht, weil der große Vilnaer Gaon gegen diesen Brauch war. Dagegen ist der Brauch Milchiges zu essen, sehr verbreitet und wird sehr gern sowohl in den Gemeinden als auch in den Familien praktiziert. Manche essen eine ganze Mahlzeit nur aus milchigen Speisen, manche essen das Milchige nur beim Kiddusch nach dem Morgengebet. Was jedoch viele eint, ist der Käsekuchen, der heutzutage in vielen Familien extra für Schawuot gebacken wird.

Es gibt mehrere andere, wenig bekannte und beachtete Bräuche, die mehr mit dem Gebot zu tun haben. So wird in manchen Gemeinden beim Morgengebet Sefer Ruth (Buch Ruth) aus Schriften vorgelesen. In diesem Buch wird die Geschichte der ersten Proselytin Ruth erzählt. In manchen Gemeinden wird vor dem Tora-Lesen „Akdmut“ gelesen, ein Pijut, der auf Aramäisch geschrieben ist. In dem Pijut „Akdmut“ werden G'tt, Seine Tora und Sein Volk gelobt und gerühmt.

## Ein wichtiger und umstrittener Brauch

Es gibt jedoch noch einen, ziemlich bekannten Brauch, der vor allem in den orthodoxen Gemeinden praktiziert wird, jedoch sogar dort nicht unumstritten ist. Es geht um das Tora-Lernen in der ersten Nacht zu Schawuot. Und es wird nicht lediglich ein paar Stunden, sondern tatsächlich die ganze Nacht bis zum Morgen gelernt. Der Brauch wird damit begründet, dass die Juden vor der Tora-Übergabe am Berg Sinai geschlafen haben und für die G'ttliche Offenbarung sogar geweckt werden mussten. Und wir müssen jetzt „ihren Fehler“ so zu sagen „wiedergutmachen“. Deshalb schlafen viele in der ersten Nacht zum Schawuot nicht und lernen fleißig die Tora.

Dieser Brauch entstand vor lange Zeit und wurde bereits im kabbalistischen Werk „Sohar“ (Wochenabschnitt Emor) erwähnt. Dort wird auch eine große Belohnung für diejenigen versprochen, die es schaffen, die ganze Nacht zu lernen. Für diese Nacht würde man 70 Segen und eine Himmlische Krone bekommen. Außerdem wird der Name dieser Person in „Sefer haSikaron“ („Buch der



Schawuot (Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim, 1880)

Erinnerungen“) eingetragen werden.

Der berühmte Kabbalist Arizal (Rabbi Jitzhak Luria Aschenasi, 1534-1572) verspricht sogar, dass jeder der in dieser Nacht lernt, sich sicher sein kann, dass ihm bis Ende des Jahres nichts passieren wird! So ein Versprechen könnte ziemlich gewagt erscheinen. Jedoch erwähnt es der ziemlich bodenständige große „Chafetz Chaim“ (Rabbi Israel Meir ha-Kohen, 1838-1933) in seinem Kommentar „Mischna Brura“ zum Gesetzkodex „Schulchan Aruch“ (494:1). Da muss wohl schon wirklich was dran sein.

Auch wenn sich die Belohnungen für die schlaflose Lernnacht schön anhören, sind nicht alle von diesem Brauch begeistert. Erstens, es ist nicht einfach eine ganze Nacht tatsächlich mit Fleiß und Elan ohne Unterbrechungen zu lernen. Zweitens muss man nach dieser Lernnacht das Morgengebet beten und sich dabei auch gut konzentrieren können. Und wenn man beim Rezitieren von „Schma Israel“ einschläft, hat man damit sogar ein Gebot der Tora nicht erfüllt! Außerdem gibt es halachische Probleme mit den Segenssprüchen am Morgen, wenn man einen ganzen Tag nicht geschlafen hat, die nur mühsam zu lösen sind. Deshalb gibt es nicht wenige Gemeinden, die nur ein paar Stunden nach der festlichen Mahlzeit lernen und dann schlafen gehen.

Jedoch meinen viele, dass ein Mal pro Jahr für so einen wichtigen Brauch alle Unannehmlichkeit und halachischen Probleme in Kauf genommen können. Deshalb wird in vielen Gemeinden eine große Lernnacht veranstaltet, viel Kaffee und Kuchen bereitgestellt und gleich mit Morgengrauen das Morgengebet durchgeführt.

## Besonderes Buch für das Schawuot-Lernen

Also, wenn man sich entschieden hat, doch die ganze Nacht am Schawuot zu lernen, stellt sich die Frage, gibt es etwas, was man in dieser Nacht lernen soll? Tatsächlich wurde für diese spezielle Nacht ein spezielles Lehrbuch „Tikkun Lejl Schawuot“ („Berichtigung in der Schawuot-Nacht“) zusammengestellt, das die Abschnitte sowohl aus der schriftlichen, als auch aus der mündlichen Tora beinhaltet. Jedoch nicht alle lernen dieses Werk, das

dazu noch gute Hebräisch- und Aramäisch-Kenntnisse erfordert. Während viele sefardische (orientalische) Juden den „Tikkun“ gewissenhaft lernen, halten sich viele aschkenasische (europäische) Juden nicht daran und lernen mehr Talmud und den jüdischen Gesetz Halacha. Doch auch das erfordert Erfahrung im Umgang mit rabbinischen Quellen.

## Das Lernen zum Einstieg

Was ist aber, wenn man Anfänger ist und zum ersten Mal an einer Schawuot-Lernnacht teilnehmen möchte? Was kann man so alles aus der „Tora“ lernen und dabei nicht einzuschlafen? Und nicht nur lernen, sondern auch noch etwas erlernen? Unsere Weisen betonen im Talmud (Awoda Zara 19a), dass man das am besten lernt, was einem gefällt. Deshalb muss jeder für sich etwas aussuchen, worauf er wirklich Lust hat. Und da bietet das Judentum ein breites Spektrum von verschiedenen Themen, wo wirklich jeder für sich was finden kann. Und auch wenn die meisten Bücher auf Hebräisch oder in Englisch sind, gibt es in der letzten Zeit immer mehr gute Bücher zu jüdischer Tradition, die ins Deutsche übersetzt sind.

Das einfachste Thema, das man am Schawuot lernen kann, ist wohl über das Fest selbst. Das Beste, was man dazu auf Deutsch finden kann, ist „Das Jüdische Jahr“ von Elijah Ki Tov. In diesem sehr hilfreichen Werk sind alle Hintergründe und alle Bräuche des Festes gut verständlich beschrieben. Außerdem gibt es da viele interessante Informationen zum Buch Ruth, das am Schawuot in vielen Gemeinden vorgelesen wird. Die Moabitin Ruth, die zum Judentum übergetreten war, wurde zu Urgroßmutter von König David. Schon allein die spannende und geheimnisvolle Geschichte rund um die Geburt von David wird jeden lange wach halten.

## Fünf Bücher Moses

Auch ziemlich logisch wäre in dieser Lernnacht aus dem Pentateuch (Fünf Bücher Moses) zu lernen. Denn wenn wir von der Tora sprechen, meinen wir oft die schriftliche Tora und vor allem den Pentateuch. Am ersten Tag von Schawuot wird ein Teil des Wochenabschnittes „Jitro“ vorgelesen, der die Zehn Gebote beinhaltet (2.B.M. 19:1-20:23). Und da man realistisch in einer Nacht nicht mal ein Buch Moses erlernen kann, wäre es logisch, sich genau mit diesem Abschnitt zu beschäftigen.

Man könnte denken, dass man für die 48 Verse dieses Abschnittes nicht viel Zeit braucht. Doch im Judentum lernt man die schriftliche Tora nur mit den Kommentaren von unseren Weisen. Sonst läuft man Gefahr, dass man Vieles nicht versteht und Manches sogar falsch versteht. Und deshalb gibt es sehr viele ziemlich unterschiedliche Kommentare über die Fünf Bücher Moses, einige von denen sind auch in Deutsch zu finden. Der bekanntere von allen Kommentaren ist der Kommentar von Raschi (Rabbi Schlomi Jitzhaki, 1040-1105). Dieser Kommentar gilt als klassisch und wird in allen standardisierten Ausgaben von Chumasch mitgedruckt. Interessant, dass Raschi diesen Kommentar eigentlich für fünfjährige Jungen, die mit dem Tora-Lernen beginnen, bestimmt hat. Doch entweder waren die Jungs in seiner Zeit viel schlauer, oder wir sind nicht mehr so scharfsinnig, können heutzutage vieles in seinem Kommentar nicht nachvollziehen. Deshalb gibt es zahlreiche Kommentare zum Kommentar von Raschi. Für uns wäre der Kommentar auf Raschi von 7. Ljubawitschen Rebbe sehr interessant. Unter „Likutej Sichos“ sind fast 800 Reden von Rebbe gesammelt, in denen er während 25 Jahre verschiedene Raschi-Kommentare analysiert hat. Rebbe löst nicht nur viele Schwierigkeiten in Raschi, sondern zeigt auch, was wir für uns daraus lernen können und sollen. Der größte Teil von „Likutej Sichos“ ist in Hebräisch oder Englisch zu finden, doch in letzter Zeit wurde immer mehr davon auch in Deutsch übersetzt.

Doch nicht nur der Kommentar von Raschi wird oft gelernt. Es gibt mehrere andere anerkannte Kommentare über die Tora. Zu den Bekanntesten zählen vor allem die mittelalterlichen Kommentare von Ramban (Rabbi Mosche ben Nachman, 1194-1270) und Ibn Esra (Rabbi Avraham ben Meir, 1089-1167). Auch wenn diese Kommentare sehr viel Weisheit beinhalten, sind sie für uns heutzutage nicht immer leicht zu verstehen. Deshalb wären besonders für diejenigen, die erst beginnen die jüdische Tradition zu

ergründen, die Kommentare von zeitgenössischen Rabbinern sehr passend. Und hier ist vor allem der Kommentar vom berühmten deutschen Rabbiner Rabbi Samson Rafael Hirsch zu empfehlen. Er lebte in einer schwierigen Zeit, als die Aufklärung die Säulen des authentischen Judentums ins Wanken brachte. Deshalb war einer der Ziele von Rabbi Hirsch, als er seinen Kommentar auf Deutsch verfasste, den verwirrten Menschen die Schönheit und Echtheit der G'tlichen Tora zu zeigen. In seinen Kommentaren kann man die Antworten auch auf die Fragen finden, die für uns heutzutage aktuell sind. Auch in unserer Generation haben bekannte und geschätzte Rabbiner viele wichtige Beiträge zum Verständnis der Tora geschrieben. Als Beispiel kann man die Kommentare zur Tora von dem bekannten englischen Rabbiner und Philosoph Rabbi Jonathan Sachs erwähnen. Seine Gedanken zum Pentateuch, wo traditionelle jüdische Werte mit zeitgenössischen und gesellschaftlich relevanten Botschaften verknüpft sind, sind im Buch „Covenant & Conversation: A Weekly Reading of the Jewish Bible“ zusammengefasst. Seit mehr als einem Jahr werden die Teile dieses Buches vom Bund der Traditionellen Juden in Deutschland (BtJ) in der Zusammenarbeit mit dem Rabbinerseminar zu Berlin auf Deutsch übersetzt und wöchentlich veröffentlicht.

### Propheten und Schriften

Doch besteht unsere schriftliche Tora nicht nur aus den fünf Büchern Moses. Bücher der Propheten und Schriften vervollständigen den jüdischen TaNaCh (Tora, Newim, Ketuwim). Auch bei den Propheten und Schriften gibt es viele interessante Texte und manche Geschichten sind so spannend, dass man sich wundern kann, warum sie immer noch nicht verfilmt sind.

Für die Schawuot-Nacht wäre natürlich das Buch Ruth (Sefer Ruth) ein heißer Tipp. In vielen Gemeinden wird dieses Buch aus Schriften sogar öffentlich

vor dem Tora-Lesen vorgelesen. Die Geschichte einer moabitischen Prinzessin, die einen Juden geheiratet hat und dafür zum Judentum übertrat, ist schon für sich ziemlich spannend und interessant. Jedoch mit den klassischen Kommentaren unseren Weisen erfährt man solche Hintergründe, dass man von der Tiefe der Geschichte einfach überwältigt wird.

### Die Mündliche Tora

Jedoch darf beim Lernen auch die mündliche Tora nicht vergessen werden. Unter mündlicher Tora verstehen wir nicht nur den Talmud, sondern alle rabbinischen Schriften und Überlieferungen. Auch in diesem Bereich gibt es viele interessante Texte, die Spannung bis zum Morgen grauen garantieren. Das sind vor allem Midraschim und Haggada – zahlreiche Geschichten und Überlieferungen von unseren Weisen. Viele dieser Texte sind ungewöhnlich und sollen deshalb nicht wortwörtlich genommen werden, sind aber auch keine Märchen. Unsere Weisen sagen, dass diejenigen, die an Midraschim voll und ganz glauben, dumm sind und diejenigen, die diese Geschichten überhaupt nicht ernst nehmen, Apeksim (Häretiker) sind. Deshalb muss man beim Lesen von solchen Geschichten immer daran denken, dass auch die merkwürdigsten Stellen ihren Sinn und eine Erklärung haben. Doch wenn man vorhat, beim Schawuot-Lernen Mischna oder Gemara (die den Talmud bilden) kennen zu lernen, sollte man einen erfahrenen Lehrer finden. Auch wenn diese Werke komplett auf Deutsch übersetzt sind, kann man sie ohne Erfahrung kaum verstehen. Und wenn man versucht, durch die komplizierten Texte selbst durchzukommen, würde man wohl den Morgen im tiefen Schlaf begegnen.

### Jüdisches Gesetz - Halacha

Ein weiteres spannendes Thema könnte für manchen die Halacha (jüdisches Gesetz) sein. Und das nicht nur für Anwälte oder Jura-Studenten. Denn auch halachische Literatur ist sehr vielfältig

und kann sehr interessant sein. Die Hauptwerke der Halacha sind vor allem große Gesetz-Kodexe, wie „Mischne Tora“ vom Rambam, „Arba Turim“ vom Rabbi Jakob ben Ascher (1283-1340) oder „Schulchan Aruch“ von Rabbi Josef Karo (1488-1575). Es gibt natürlich auch mehrere Kommentare über diese großen Werke, die leider kaum auf Deutsch zu finden sind. Eine andere Art der halachischen Literatur, die eher für die lange Nacht des Lernens hilfreich ist, sind die Responsen – die Antworten von großen Rabbinern auf die halachischen Fragen, die ihnen gestellt wurden. Da sind oft solche Geschichten und Konstellationen zu finden, die man sich kaum ausdenken könnte. Auch diese Werke sind leider sehr wenig in Deutsch übersetzt worden, deshalb könnte nur diejenigen damit Vergnügen haben, die mindestens Englisch beherrschen.

### Ethik ist ein Teil der Tora

Man könnte meinen, es ist genug Tora zu lernen, um ein guter Mensch zu sein. Doch das stimmt leider nicht und es gab in der langen jüdischen Geschichte schon mehrere Personen, die ihre umfangreiche Tora-Kenntnisse für falsche Zwecke benutzt haben. Unsere Weisen betonen, dass die Tora – „Tawlin“ ist. Tawlin ist ein Gewürz, deshalb wollen unsere Weisen damit ausdrücken, dass so wie Gewürze den Geschmack eines Gerichtes verstärken, so verstärkt auch die Tora die Charaktereigenschaften eines Menschen. Und wenn die Person einen schlechten Charakter hat, werden ihre schlechten Eigenschaften durch das Tora-Lernen noch verstärkt. Deshalb haben unsere Weisen ständig darauf hingewiesen, dass jede Person seinen Charakter verbessern soll. Dafür wurden zahlreiche Bücher zur jüdischen Ethik („Mussar“) geschrieben. Vieles zu diesem Thema ist auch auf Deutsch zu finden. Zu empfehlen sind „Sprüche der Väter“ (Mischna-Traktat) oder „Hüte deine Zungen“ vom schon erwähnten Chafetz Chaim.

### Richtige Kabbala aus sicherer Quelle

Für diejenigen, die auch für die Kabbala Interesse haben, wäre Chassidut ein passendes Themengebiet. Man findet dort Vieles zur richtigen Weltanschauung und Dank den zahlreichen Hinweisen aus der Kabbala wird man auch besser verstehen, wie G'tt diese Welt funktionieren lässt. Auch wenn man vielleicht nicht alles sofort versteht, wird man schon einen Eindruck von der Tiefe der jüdischen Mystik bekommen. Auf jeden Fall findet man dort richtiges Wissen, und nicht Erdichtungen von modernen Pseudo-„Kabbalisten“.

### Richtige Weltanschauung mit jüdischer Philosophie

Diejenigen, die sich für Philosophie interessieren, würden auch viele wichtige Werke in Judentum zu diesem Thema finden. Viele jüdische Weisen waren nicht nur große Rabbiner und gerechte Menschen, sondern auch große Philosophen. In ihren fundamentalen Werken wurden solche wichtigen Themen wie der freie Willen, das Leiden der Gerechten und das Gedeihen von Bösewichten, das Ziel des Lebens und vieles andere ausführlich diskutiert und erklärt. Auf jeden Fall sind solche Meisterwerke wie „Kusari“ (von Rabbi Jehuda haLevi) und „More Newuchim“ („Führer der Unschlüssigen“) vom Rambam mit deutscher Übersetzung zu finden.

Das Beste im Judentum ist, dass jeder für sich etwas finden kann. Und das Beste am Schawuot ist, dass man alles für das störungsfreie Lernen hat: man muss nicht auf Kuchen wie am Pessach verzichten und man muss nicht in der Laubhütte wie am Sukkot bibbern. Deshalb trifft es sich wirklich gut: ob in einem Lehrhaus mit guten Lehrern oder auf dem eigenen Sofa zu Hause mit Kaffee und Käse-Kuchen, man kann entspannt die Lernnacht mit guten jüdischen Büchern genießen. Dann wird man nicht nur mit tausendjähriger Weisheit bereichert, sondern man verdient auch die große Segen, die unsere großen Weisen versprochen haben.

## JUDISCHE RUNDSCHAU

### Unabhängige Monatszeitung

**Herausgeber:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH  
**Verlag:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin  
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin  
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601  
 E-Mail: [redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de) • [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de)  
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

### Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: [redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de)  
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)  
 • per Website: [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de)

### Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: [werbung@juedische-rundschau.de](mailto:werbung@juedische-rundschau.de)  
 Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.  
 Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)  
 (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

[redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de)

(03222) 13 24 601

[www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de)

[www.facebook.com/jrundschau](http://www.facebook.com/jrundschau)

@jrundschau



## COUPON ABO- BESTELLUNG

**Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von**

**39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**

**49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**

**73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**

**32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ich zahle gegen Rechnung:**  
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

**Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: [redaktion@juedische-rundschau.de](mailto:redaktion@juedische-rundschau.de). Sie können die Zeitung auch auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) abonnieren.**

# Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

In der Ausgabe vom Januar 2022 hat die Jüdische Rundschau damit begonnen, auszugsweise Stellen aus dem Talmud darzulegen und zu erörtern. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus, der als „Daf Yomi“ bezeichnet wird. Folgendes stellt eine Fortsetzung dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Eines der aktuellen Blätter - Einen Nicht-Juden am Schabbat um einen Gefallen bitten

29. Juni 2022 (Yevamot 114): Die besagte Stelle erwähnt eine Situation, in der ein Nicht-Jude am Schabbat für einen Juden eine Handlung ausführt, die dem Juden aufgrund der Schabbat-Gebote untersagt ist. Ein Konzept, das im jüdischen Volksmund als „Schabbes-Goi“ bekannt ist und einige Fragen aufwerfen kann.

Was ist ein „Goi“?

Heutzutage bezeichnet dieses Wort einen Nicht-Juden. Die Annahme, dieses Wort wäre abwertend ist leider weit verbreitet, aber ohne wirkliche Grundlage.

Das Wort „Goi“ kommt in der Bibel über 500 Mal vor und hat dort die Bedeutung eines Volkes. „Volk“ im Sinne einer Gruppe mit religiösen und/oder sprachlichen und/oder ethnischen Eigenschaften, die es von einem anderen Volk unterscheidet. Im 2. Buch Moses, Kapitel 19 Vers 6 wird das jüdische Volk als „goi kadosch“ bezeichnet, also als heiliges Volk. Somit ist das Wort sicherlich nicht pejorativ.

Im Laufe der Zeit hat das Wort zwei Bedeutungsveränderungen durchlaufen. Einerseits der Wechsel von einem Kollektiv zu einem Individuum und damit einhergehend der Verlust einer religiös-sprachlich-ethnischen Bedeutung. Und andererseits die Einschränkung, dass es jetzt nur für Nicht-Juden verwendet wird.

Liegt hier ein Widerspruch oder eine Heuchelei vor?

Man mag sich fragen, was für einen Sinn das Ganze hat. Wenn ich annehme, dass Gott am Schabbat eine gewisse Handlung untersagt hat, warum soll ich dann jemand anderen zu dieser Handlung ermutigen, Gottes Unmut auf ihn umleiten und annehmen, für mich hätte das alles keinerlei Konsequenzen? Die Antwort hierauf liegt in der Tatsache, dass laut jüdischem Glauben die vielen jüdischen Gebote nur für Juden verpflichtend sind und die restliche Menschheit von den meisten Geboten freigestellt ist. Ein und dieselbe Handlung kann somit für den einen erlaubt und für den anderen verboten sein, wobei das Judentum sozusagen gegen sich selbst diskriminiert und den Anderen mehr Freiheiten lässt als sich selbst. Diesbezüglich und darüber „was das Judentum über die Erfordernisse eines moralischen, gottgefälligen Lebens von Nicht-Juden zu sagen hat“ möchte ich auf den Artikel in der April-Ausgabe verweisen.

Abgesehen von dieser Verweisung möchte ich auch auf zwei verschiedene Arten von Gesetzen zu sprechen kommen – „chok“ und „mischpat“. Diese Kollokation erscheint bereits im 5. Buch Moses, Kapitel 4, Verse 5, 8 und 14 und drückt eine Zweiteilung der göttlichen Gebote aus. „Mischpat“ beschreibt ein Gesetz, dessen Sinn dem menschlichen Verstand zugänglich ist, und das es somit in den meisten Gesellschaften auf der

Welt gibt. Das Verbot zu Morden ist ein gutes Beispiel dafür. „Chok“ hingegen bezeichnet ein Gesetz, das die Menschheit nicht rational verstehen kann und es sich ohne göttliche Offenbarung auch so nicht entwickelt hätte. Hierunter fallen auch die Gebote des Schabbats. Wenn man auch argumentieren könnte, dass es für einen wöchentlichen Ruhetag eine rationale Erklärung gibt, so entziehen sich die exakten Bestimmungen des Schabbats doch diesem Zugang. Der menschliche Verstand ist hierfür unzureichend. Sie sind uns nur durch göttliche Offenbarung bekannt und diese richtet sich ausschließlich an das jüdische Volk. Und die Handlungen, um die ein Jude einen Nicht-Juden bitten kann, stammen nur aus der Kategorie von „Chok“ und sind übrigens nicht nur auf den Schabbat beschränkt. Wenn ein Jude aus irgendeinem Grund an einem Werktag eine nicht-koschere Mahlzeit für Nicht-Juden kochen muss, dann kann er einen Nicht-Juden darum bitten, probezukosten, ob sie bereits fertig ist. Denn auch die Speisegesetze gehören zur Kategorie von „chok“.

Dass bei dem Konzept eines „Schabbes Goi“ weder Widerspruch noch Heuchelei vorliegt, können wir anhand der beiden folgenden Situationen eines Kochs veranschaulichen, wobei es egal ist, ob dieser jüdisch ist oder nicht.

Im ersten Fall reden wir von einem überzeugten Vegetarier, der einen Auftrag erhalten hat, der die Bearbeitung von Fleisch beinhaltet. Er könnte nun einen Kollegen bitten, ihm diesen Auftrag abzunehmen. Aber was hätte er damit erreicht? Das Fleisch wird dennoch verzehrt und somit wird die Nachfrage nach weiterem Fleisch bemerkt und weiteres Fleisch produziert werden. Genau das, was ein Vegetarier vermeiden will. Dadurch, dass er den Auftrag einem Kollegen aufdrückt, spart sich unser vegetarischer Koch nur die persönliche Unannehmlichkeit der Fleischbearbeitung, seine ideologische Überzeugung hat er jedoch verraten, dafür hätte er den Auftrag gänzlich boykottieren müssen.

Diese Situation können wir kontrastieren, mit dem Fall eines Kochs der hochgradig (lebensgefährlich) gegen ein gewisses Lebensmittel (z.B. Nüsse) allergisch ist, selbst bei bloßem Hautkontakt. Ein solcher Koch könnte ohne Gewissensbisse und weltanschauliche Widersprüche einen Kollegen um die Übernahme eines Auftrages bitten, der das entsprechende Allergen enthält.

Der Fall eines Juden, der für Nicht-Juden eine nicht-koschere Mahlzeit kochen muss, entspricht dem Fall des allergischen Kochs. Denn am Verzehr von z.B. Schweinefleisch gibt es an sich moralisch nichts auszusetzen. Genau so wenig wie am Anzünden von Feuer am Schabbat, oder Ähnliches. Wobei „an sich“ bedeutet, falls es nicht die göttliche Offenbarung gäbe, die das verbietet. Aber diese Offenbarung verpflichtet wie gesagt nur Juden.

Wenn hingegen ein Jude gezwungen wäre anderen Juden, die sich nicht an das Religionsgesetz halten,



eine nicht-koschere Mahlzeit vorzubereiten, dann würde das dem Fall des vegetarischen Kochs entsprechen, denn hier gibt es einen weltanschaulichen Konflikt.

Um was darf man einen Nicht-Juden an Schabbat bitten und warum nicht?

Obwohl Nicht-Juden wie gesagt nicht den Schabbatgesetzen unterliegen, haben unsere Weisen die Möglichkeiten eingeschränkt, sie am Schabbat um die Ausführung von uns verbotenen Handlungen zu bitten. Die Gesetze sind zu umfangreich, als dass man Sie in einem Zeitungsartikel erörtern könnte. Daher sollen hier nur einige Grundlagen erörtert werden.

Der wichtigste Grundsatz ist, dass die Zu-Hilfe-Ziehung eines Schabbes-Gois so weit wie möglich vermieden werden muss. Die absolute Leichtigkeit, mit der Schabbes-Gois in der Praxis eingesetzt werden, widerspricht dem jüdischen Gesetz. Trotzdem muss gesagt werden, dass die Ausführung einer am Schabbat verbotenen Handlung durch einen Nicht-Juden auf Bitten eines Juden hin immer noch besser ist, als wenn der Jude die Handlung selbst ausführen würde.

Für die besagte, weitestgehende Vermeidung ist eine entsprechend vorausschauende Vorbereitung auf Schabbat und jüdische Feiertage erforderlich. Das heißt zum Beispiel, dass man sich im Voraus überlegt, wo Licht brennen soll und wo nicht, dass man die Heizung/Kühlung vorausschauend einstellt, dass man bei alten Kühlschränken die Glühbirne herausdreht und/oder den Sensor abklebt, so dass beim Öffnen der Tür das Licht nicht eingeschaltet wird, etc. Bei modernen, „intelligenten“ Kühlschränken ist es schwieriger. Bei manchen elektronischen Geräten hilft auch die Verwendung von Zeitschaltuhren, die den Strom zu festgelegten Zeiten an- und ausschalten.

Ein weiterer Grundsatz ist, dass man dem Schabbes-Goi nur indirekt zu verstehen geben soll, wobei man seine Hilfe braucht. Wenn z.B. während dem Schabbat-Essen das Licht ausgegangen ist, dann darf man ihm nicht sagen „Mach doch bitte das Licht an“

und auch nicht mit dem Finger oder anderen Körperteilen auf den Lichtschalter, die Glühbirne, den Sicherungskasten – oder wo auch immer das Problem liegen mag – zeigen. Am besten sollte man die Handlung auch gar nicht erwähnen, also nicht sagen: „Mir ist es verboten das Licht anzumachen“. Anstelle dessen kann man z.B. sagen: „Ach wie schade, dass es dunkel ist“ und der Schabbat-Goi versteht dann hoffentlich von allein, wie er behilflich sein kann.

Soweit möglich, ist es gut den Nicht-Juden in die Nutznießung der Handlung miteinzubeziehen. Wenn man ihn z.B. im letztgenannten Fall nicht nur zur Lösung des Problems herbeibittet, sondern ihn zum Essen einlädt, dann würde er das Licht nicht (nur) für Juden anmachen, sondern (auch) für sich selbst. Und das erleichtert den Fall aus einer religionsgesetzlichen Perspektive.

Juden, die ein Geschäft, eine Gesellschaft oder dergleichen besitzen, die am Schabbat und an jüdischen Feiertagen geöffnet sind und durch nicht-jüdische Mitarbeiter betrieben werden, sollten sich an einen jüdischen Gelehrten wenden. Denn es gibt religionsgesetzliche Lösungen dies zu ermöglichen. Aber die Details sind komplex.

Zur weiteren Vertiefung in das Thema empfehle ich das Buch von Rabbi Simcha Bunim Cohen: „The Sanctity of Shabbos: A comprehensive guide to forbidden activities which one may ask a gentile to do on the Sabbath or Yom Tov“, ArtScroll Halachah Series, Mesorah Publications, erstmalig gedruckt 1988, zuletzt 2005. Der Untertitel kann auch erscheinen als: „A comprehensive guide to the laws of Shabbos and Yom Tov as they apply to a non-Jew on behalf of a Jew“. Dort werden unter anderem auch die Gründe dargelegt, die den Einschränkungen der Zu-Hilfe-Ziehung eines Schabbes Gois zu Grunde liegen und für die hier im Artikel kein Platz mehr war.

Auch von Interesse sind zwei Artikel auf ([www.chabad.org](http://www.chabad.org)): „The Myth of the Shabbos Goy“ und „Amirah Le-nochri: Asking a Gentile to Do Forbidden Work on Shabbat“